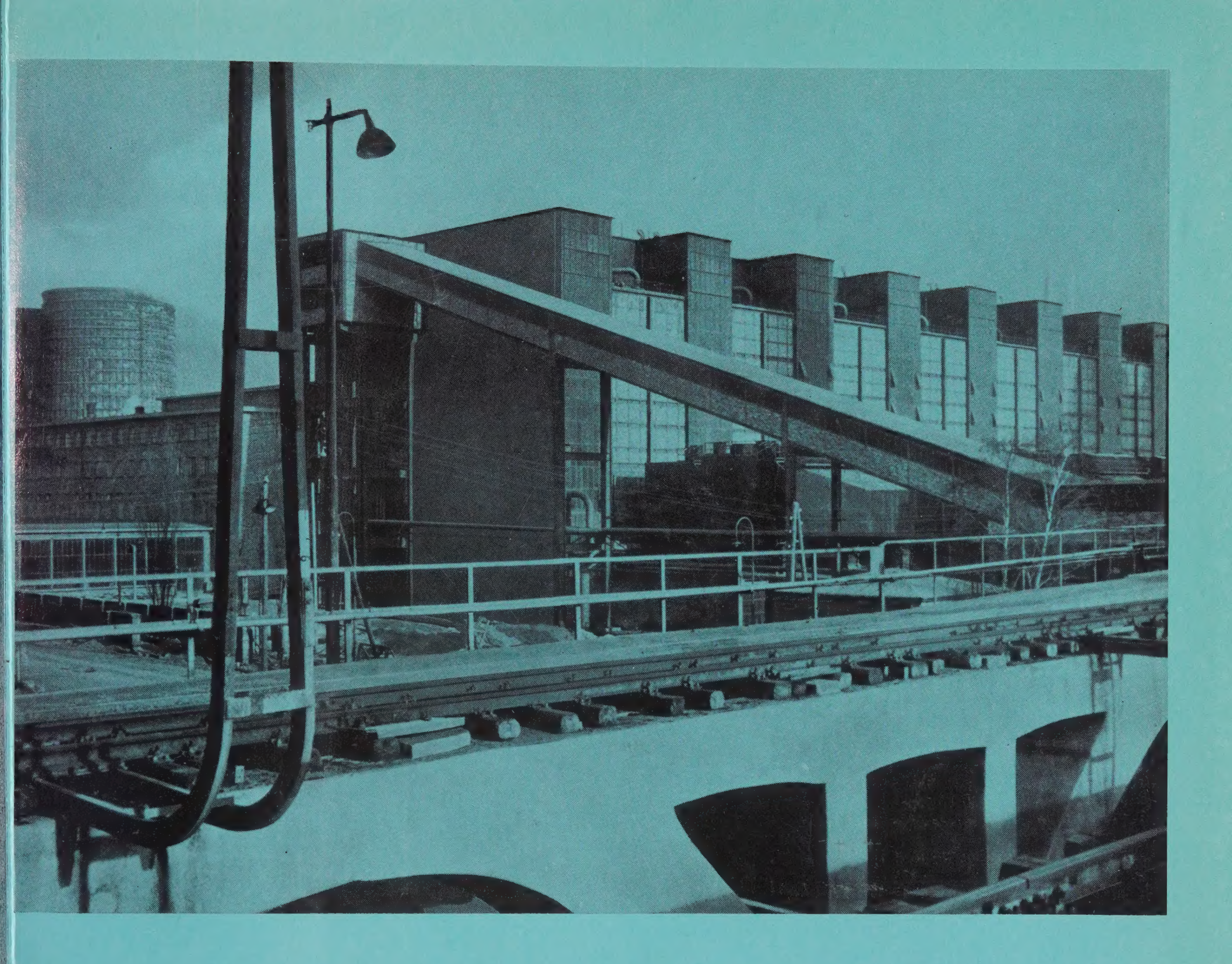




# Deutsche Architektur

7. Jahrgang · Berlin · Juni 1958 Heft 6

# Deutsche Architektur

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Heft 6 1958

## Dem V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands entgegen!

Die Parteitage der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind große und bedeutende Ereignisse für das Leben des deutschen Volkes. Der I. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Jahre 1946 ist in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und des deutschen Volkes als Vereinigungsparteitag eingegangen.

Mit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zu einer einzigen Partei ging ein Traum der besten revolutionären Marxisten in Deutschland in Erfüllung. Damit wurde die entscheidende politische Voraussetzung geschaffen, um der Arbeiterklasse die führende Rolle im gesellschaftlichen Leben unseres Landes zu sichern. Die Macht der Großgrundbesitzer und Monopolherren, die das deutsche Volk in schwere Katastrophen gestürzt haben, konnte endgültig gebrochen werden. Es entstand die Möglichkeit, die Voraussetzungen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen.

Der II. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Jahre 1947 faßte die grundlegenden Ergebnisse der Industriereform, der Bodenreform und der Schulreform zusammen und entwickelte die Richtlinien für den Kampf um die Einheit der Arbeiterbewegung in ganz Deutschland, für die Einheit Deutschlands und für die Weiterentwicklung der Demokratie.

Nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1949 wurde auf dem III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Jahre 1950 der erste Fünfjahrplan verkündet, der auf der erfolgreichen Durchführung des Zweijahrplanes aufbaute. Den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik wurde die Aufgabe gestellt, die durch die Spaltung Deutschlands hervorgerufenen Disproportionen in der Wirtschaft zu überwinden und den Stand der Industrieproduktion von 1936 zu erreichen.

Der IV. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Jahre 1954 zeigte allen Deutschen in Ost und West den Weg zur Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation.

Seit dem Jahre 1954 haben sich infolge der konsequenten sozialistischen Politik und der großen Erfolge im wirtschaftlichen Leben der sozialistischen Völker sowohl im internationalen Maßstab als auch in Deutschland große Veränderungen vollzogen. Die Politik der friedlichen Koexistenz, die den Weg zur Verhütung neuer Kriege weist, ist in den Ländern des Sozialismus tief verwurzelt. Sie wird von zahlreichen anderen Staaten der Welt wirksam unterstützt und findet die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung auch in den kapitalistischen Ländern. Immer mehr erkennen die Völker, daß die Politik der Stärke und des Wettrüstens, wie sie von den imperialistischen Mächten betrieben wird, zum Scheitern verurteilt ist. Die wirtschaftlichen und technisch-wissenschaftlichen Erfolge der Länder des Sozialismus, die ihren weithin überzeugenden Ausdruck im Start der ersten sowjetischen künstlichen Erdtrabanten fanden, wirken auf das Bewußtsein aller Menschen im Sinne des Sozialismus.

Mit dem Vorschlag der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, eine Konföderation der beiden deutschen Staaten zu schaffen, ist auch eine neue Phase in der Politik zur Wiedervereinigung Deutschlands eingeleitet worden. Die Politik der westdeutschen Bundesregierung, die mit dem Beschluß zur Atomausrüstung der westdeutschen Armee ihren militaristisch-imperialistischen Cha-

rakter offenbarte, hat eine schwere moralische Niederlage erlitten. Im Westen unseres Vaterlandes wächst die Volksbewegung gegen den Atomtod.

Während in Westdeutschland die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung durch ernste ökonomische Krisenerscheinungen ins Wanken geraten, ist es in der Deutschen Demokratischen Republik durch die hingebungsvolle Arbeit der Werktätigen gelungen, unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus nahezu zu vollenden. Während in Westdeutschland die militaristisch-klerikale Ideologie von den Arbeitern, den werktätigen Bauern und großen Teilen der Intelligenz immer schärfer verurteilt wird und auf Ablehnung stößt, wächst in der Deutschen Demokratischen Republik unter den Werktätigen das Bedürfnis, sich die sozialistische Weltanschauung anzueignen. Während sich in Westdeutschland die Widersprüche zwischen den Volksmassen und der regierenden Klasse vertiefen, entwickelt und festigt sich in der Deutschen Demokratischen Republik die politisch-moralische Einheit des Volkes. Das findet seinen Ausdruck in dem Gesetz zur Vervollkommnung und Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates, an dessen Verwirklichung das ganze Volk mitarbeitet. Die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik arbeiten erfolgreich an der Überwindung der Schwierigkeiten, der Widersprüche, die durch den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus bedingt sind. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands hat uns allen eine klare und reale Perspektive für unsere Entwicklung eröffnet, die uns mit Vertrauen und Kraft erfüllt. Daraus erklärt sich auch die große Anteilnahme, die die gesamte Bevölkerung an der Vorbereitung des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands nimmt. Das äußert sich auch in den Selbstverpflichtungen der Bauschaffenden und der Architekten in der Deutschen Demokratischen Republik.

In den letzten Monaten ist von unseren Architekten und Ingenieuren unter der Anleitung des Ministeriums für Bauwesen eine umfassende organisatorische Arbeit durchgeführt worden. Ein großes Netz von Stadt-, Kreis- und Bezirksbauämtern ist im Entstehen, um die erweiterte Verantwortung, die die demokratischen Staatsorgane in den Bezirken tragen, auch organisatorisch zu untermauern. Im höchsten wissenschaftlichen Organ des Bauwesens der Deutschen Demokratischen Republik, in der Deutschen Bauakademie, und im Ministerium für Bauwesen selbst werden ebenfalls wesentliche strukturelle Veränderungen durchgeführt.

Wenn es gelungen ist, diesen Prozeß in einer verhältnismäßig kurzen Zeit zu erfolgreichen Resultaten zu führen, so zeugt das von dem gewachsenen ideologischen Bewußtsein unserer Bauschaffenden. Das kam auch in den ideologischen Auseinandersetzungen zum Ausdruck, die im vergangenen Jahr im Bund Deutscher Architekten und in den letzten Monaten an den Hochschulen unserer Republik geführt wurden. Die sozialistische Erziehung ist in vollem Gange. Unsere Aufgabe besteht darin, die sozialistische Erziehung mit der Praxis unseres täglichen Handelns eng zu verbinden.

Auf der 2. Baukonferenz der Deutschen Demokratischen Republik wurden die Aufgaben zur weiteren Industrialisierung im Bauwesen allseitig erörtert und unsere nächsten Schritte bestimmt. Die Bauschaffenden haben große Möglichkeiten, um die Verwirklichung unseres Kohle- und Energieprogramms zu unterstützen, um die Bauten für die chemische Industrie und die Baustoffindustrie fristgemäß zu projektieren, die landwirtschaftliche Produktion durch die Projektierung und den Bau neuer Produktionsgebäude erweitern zu helfen, und von unserem Handeln hängt in erster Linie die Erfüllung unseres Wohnungsbauprogramms ab.

## Zu Ehren des V. Parteitages

Um die Lösung all dieser Aufgaben zu unterstützen, verpflichtete sich die Brigade Tacke im Entwurfsbüro für Industriebau Berlin, zu Ehren des V. Parteitages die Ausführungszeichnungen für zwei Objekte im Kombinat „Schwarze Pumpe" 40 beziehungsweise 45 Tage vorfristig fertigzustellen. Die Brigade Spezialbau verpflichtete sich, für ein Objekt des Kombinats „Schwarze Pumpe" das Grundprojekt um 31 Tage vorfristig auszuliefern und das Ausführungsprojekt eines Objektes für das Kraftwerk Lübbenau II 21 Tage vor Ablauf des Termins abzuliefern. Ferner will die Brigade bei einem Projekt für das Stahl- und Walzwerk „Wilhelm Florin" durch Verbesserung der Technologie 50 000 DM Baukosten einsparen. Die Brigade Junge hat sich vorgenommen, die Ablieferung der Ausführungsunterlagen für zwei Objekte des Kraftwerkes Lübbenau I um 11 beziehungsweise 16 Tage vorzuverlegen. Beide Verpflichtungen ergeben eine Einsparung der Projektierungskosten in Höhe von 11 840 DM. Die Brigade Barth übernahm die Verpflichtung, für zwei Objekte des Großkraftwerkes Lübbenau die Ausführungszeichnungen jeweils 28 Tage vorfristig zu übergeben. Die Brigade Installation im Entwurfsbüro für Industriebau Berlin hat die Verpflichtung übernommen, ihre Projektierung für die MTS Nauen 12 Tage vorfristig abzuschließen.

Die Kollegen der Brigade VI des Entwurfsbüros für Hochbau Cottbus verpflichteten sich am 10. März 1958, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit umgehend mit den Bauarbeiten für die im Bereich des Entwurfsbüros bis zum 1. Mai 1958 zu errichtenden Rinderoffenställe begonnen werden konnte. Der Kollege Oßwald vom Entwurfsbüro für Hochbau Cottbus verpflichtete sich, das Ausführungsprojekt für ein Umspannwerk gegenüber dem Grundprojekt so zu überarbeiten, daß durch Vereinfachungen die Kubatur um etwa 300 m³ verringert und eine voraussichtliche Einsparung an Baukosten von etwa 25 000 DM erreicht werden. Das Kollektiv Plachetka im Entwurfsbüro für Hochbau Cottbus will die Unterlagen für 29 Wohnungseinheiten des genossenschaftlichen Wohnungsbaus neun Tage vorfristig abliefern. Ebenso hat sich die Brigade III vorgenommen, für den genossenschaftlichen Wohnungsbau die Ablieferungstermine für die Ausführungsunterlagen bei 18 Wohnungseinheiten um 12 Tage, bei 24 Wohnungseinheiten um 13 Tage und bei 19 Wohnungseinheiten um 22 Tage vorzuverlegen. Die Brigade 10 verpflichtete sich ebenfalls, die Unterlagen für 18 Wohnungseinheiten um fünf Tage und für 69 Wohnungseinheiten um 15 Tage vor dem gestellten Termin abzuliefern. Außerdem übernahm die Brigade 10 die Verpflichtung, die AWG Hoyerswerda bei der Werbung neuer Mitglieder durch Anfertigung von Zeichnungen für Plakate und Broschüren sowie durch Beratung beim Ausbau und Einrichten der Wohnungen zu unterstützen.

Zur Vorbereitung des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sind auch im Entwurfsbüro Hochbau I Groß-Berlin eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet worden, um die Projektierung zu verbessern, billiger zu bauen und das sozialistische Bewußtsein zu entwickeln.

Die Abteilung Vorplanung hat sich verpflichtet, bis zum 30. April 1958 6273 Wohnungseinheiten einschließlich Nachfolgeeinrichtungen vorzuplanen. Davon wurden bis zum 10. April 1958 bereits 3667 Wohnungseinheiten einschließlich Nachfolgeeinrichtungen an die Stadtbezirke der Stadt Berlin ausgeliefert.

Des weiteren verpflichtete sie sich, bis zum 30. Juni 1958 die Vorplanung für 3514 Wohnungseinheiten einschließlich Nachfolgeeinrichtungen zu beenden.

Die Abteilung Entwicklung übernahm die Verpflichtung, die bestehenden Typen — industrielle Bauweise Q 3 a — mit dem Ziel zu überarbeiten, Material, vor allen Dingen Stahl, einzusparen und die Baukosten zu senken. Die Einsparungen erfolgen durch die Entwicklung eines einschaligen Daches, durch die Veränderung der Balkonkonstruktion und durch die Einsparung von 40 000 Kranspielen bei 3000 Wohnungseinheiten.

Die Produktionsabteilungen, und zwar Architekten-, Statiker-, Kostenplaner-, Heizung-und-Sanitär- sowie Elektrokollektive, einschließlich der Gütekontrolle verpflichteten sich, um einen Vorlauf für das Jahr 1959 zu erreichen, bis zum 30. September 1958 einschließlich Überhangbauten aus dem Projektierungsplan 1958 8600 Wohnungseinheiten und bis zum Jahresende weitere 4000 Wohnungseinheiten zu projektieren.

Im Rahmen des Nationalen Aufbauwerkes verpflichteten sich die Angehörigen des Entwurfsbüros, bis zum V. Parteitag 2500 freiwillige Aufbaustunden zu leisten. Bis zum 31. März 1958 wurden bereits 1835 Stunden vornehmlich in Form von freiwilligen Projektierungen (Sportplatz, Spielplätze, Fassadengestaltung, Jugendheim Bohnsdorf, Straßenbau Weißensee und Grünanlagen Berlin-Mitte) geleistet. Des weiteren wurden im Rahmen der Aktion „Berlin hilft dem Oderbruch" für die LPG Sophienthal, Kreis Seelow, und für die LPG Hohenselchow, Kreis Angermünde, freiwillige Projektierungen vorgenommen. Im II. Quartal werden Mitarbeiter des Entwurfsbüros der LPG Hohenselchow unmittelbare Hilfe bei der Aufstellung von drei Rinderoffenställen leisten.

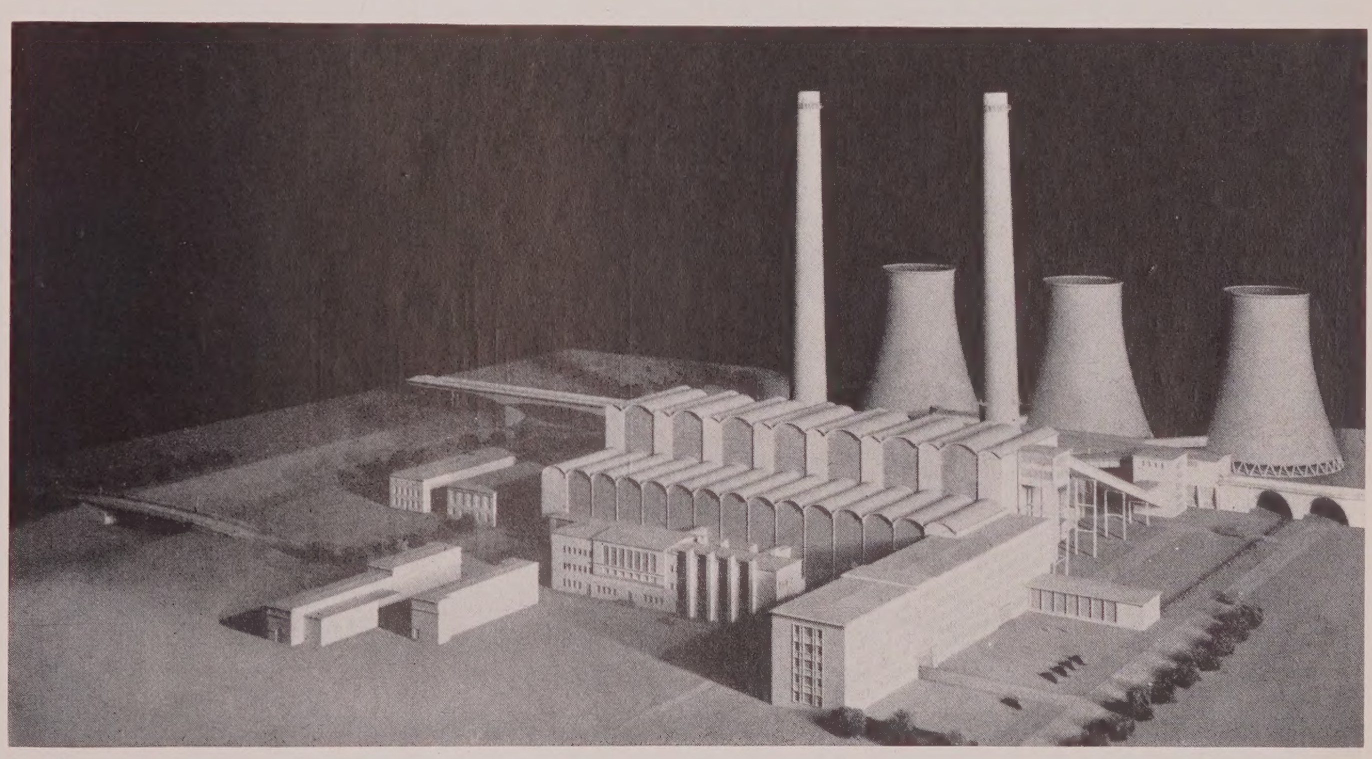
Zur Vorbereitung des V. Parteitages haben sich die Parteileitung und die Betriebs-

parteiorganisation mit den Fragen der sozialistischen Erziehung eingehend beschäftigt und sind zu dem Schluß gekommen, daß die Mitarbeiter in den volkseigenen Entwurfsbüros nicht nur über ein gutes Fachwissen verfügen, sondern auch den dialektischen Materialismus meistern lernen müssen. Es ist deshalb, entsprechend dem 33. Plenum, eine Auseinandersetzung zur Frage des sozialistischen Wohnkomplexes eingeleitet worden.

Um das sozialistische Bewußtsein zu entwickeln und zu festigen, haben Betriebsparteiorganisation und Betriebsgewerkschaftsleitung beschlossen, im Rahmen eines Zyklus, der von wissenschaftlichen Mitarbeitern durchgeführt wird, den Kampf gegen die bürgerliche Ideologie, die Theorien der ideologischen Koexistenz und die schädlichen Einflüsse aus dem Westen aufzunehmen.

Wir haben in den vergangenen Jahren große Leistungen vollbracht. Wir mußten neue Wege beschreiten, die unser Volk noch nicht kannte. Wir mußten Aufgaben lösen, für die wir noch keine praktischen Erfahrungen hatten. Brüderliche Freunde standen uns zur Seite. Die große Sowjetunion leistete uns unschätzbare Hilfe. Der Marxismus, dessen Licht einst in unserem Vaterlande entzündet worden war, beleuchtete uns den Weg. Noch größere Aufgaben wird uns die Zukunft stellen. Viele Architekten fragen: Haben wir die Kraft, um diese Aufgaben zu meistern? Wir antworten mit den Worten des Ersten Sekretärs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands:

„Wir schöpfen die Kraft für diese großen Aufgaben aus der Gewißheit, daß die objektive Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung den für den Sozialismus kämpfenden Kräften zum Siege verhelfen wird; aus der Gewißheit, daß die sich an die alte, historisch überlebte, auf Krieg, Unterdrückung und Ausbeutung begründete imperialistische Ordnung klammernden Kräfte aus der gleichen objektiven Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung heraus zum Untergang verurteilt sind."



Modell eines Kraftwerkes

# Betrachtungen zum neuzeitlichen Kraftwerkbau

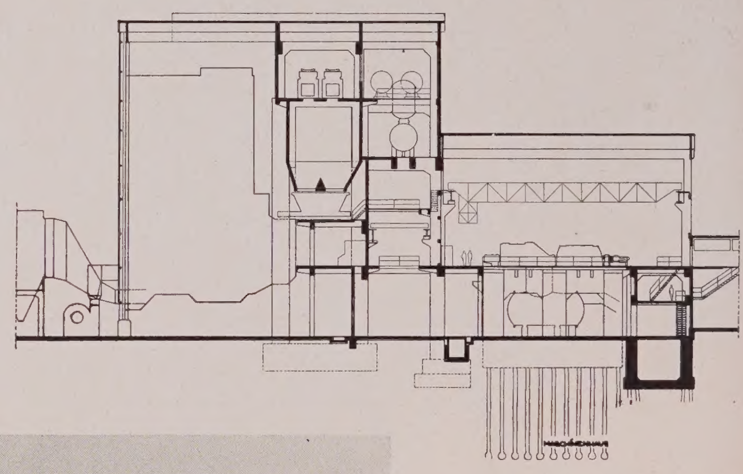
Robert Volk
Entwurfsbüro für Industriebau Berlin

Die Periode zwischen dem IV. und dem bevorstehenden V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist in ökonomischer Beziehung durch den erfolgreichen Abschluß des ersten Fünfjahrplanes und durch die stetige Entwicklung der Volkswirtschaft im zweiten Fünfjahrplan gekennzeichnet.

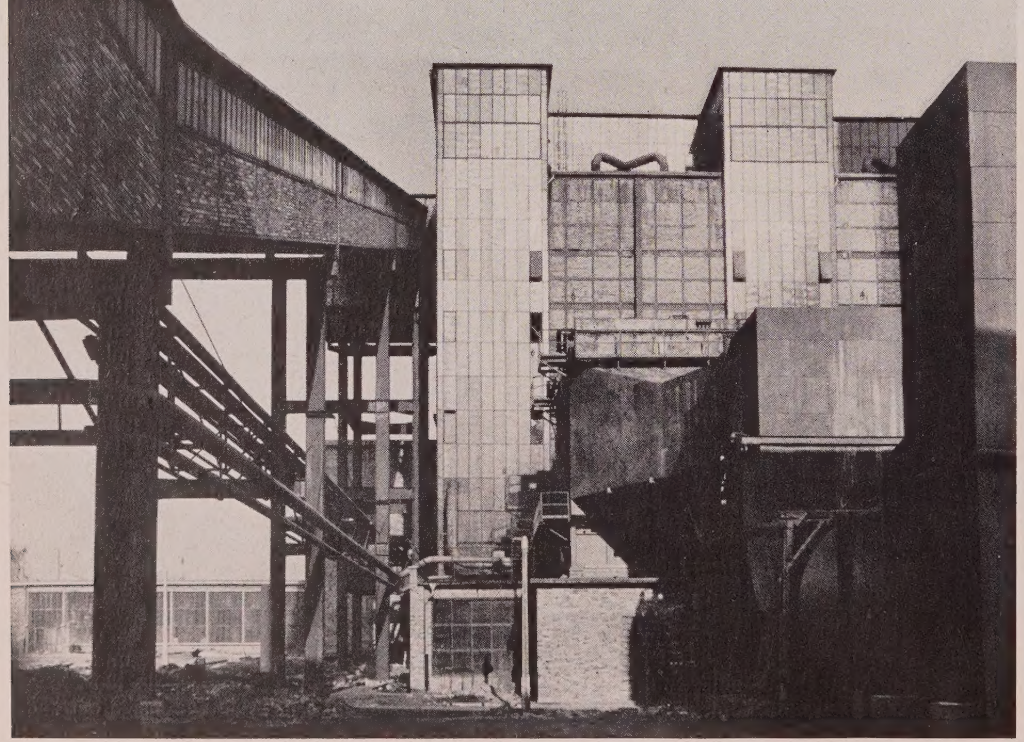
Auch im Bauwesen wurden große Erfolge erzielt. Mehr und mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß der weitere geplante Aufschwung im Bauwesen von der konsequenten Einführung der Typisierung und Industrialisierung im Bauwesen abhängt. Nicht umsonst ist deshalb in der „Direktive für den zweiten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik 1956 bis 1960" festgelegt worden, daß bis 1960 zum Beispiel im Wohnungsbau 90 Prozent und im Industriebau 40 Prozent aller Bauten als Typenbauten zu errichten sind. Daraus geht hervor, daß auch die Bauschaffenden, die im Industriebau tätig sind, vor einer ernsthaften Aufgabe stehen, zu deren Meisterung sie alle Vorurteile, Bedenken und Schwierigkeiten beiseite räumen müssen. Es ist gewiß, daß diese Aufgabe gelöst werden kann, wenn die Industriebauer ihrer Arbeit die Ergebnisse der Industriebaukonferenz in Leipzig und der 2. Baukonferenz der Deutschen Demokratischen Republik zugrunde legen, und wenn sie mit dem gleichen Elan arbeiten wie im Kampf um das Leninbanner zur Erfüllung der zu Ehren des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingegangenen Verpflichtungen.
Eine der wichtigsten praktischen Aufgaben der Industriebauer ist die termingerechte Projektierung der für das Kohle- und Energieprogramm der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik vorgesehenen Bauten. Im Verlauf des zweiten Fünfjahrplanes soll das Zurückbleiben der Energieversorgung hinter den Bedürfnissen der Wirtschaft und der Bevölkerung vollständig überwunden und die Kohleindustrie so weit ausgebaut werden, daß die geplante Entwicklung der Industrie und es Verkehrs garantiert werden. Die Erzeugung der Elektroenergie muß daher im Jahre 1960 153 Prozent und die Erzeugung von Rohbraunkohle 130 Prozent gegenüber dem Stand von 1955 betragen. Zur Senkung der Baukosten der neuen

Schemagrundriß

1 Kohlehochbahn mit Bunker — 2 Umlenkstation — 3 Brecherhaus — 4 Übergabestation — 5 Bunkerschwerbau — 6 Kohlemühlen — 7 Kesselanlage — 8 Rauchgasfilter und Schornsteine — 9 Maschinenhaus — 10 Maschinenumspanner — 11 6-KV-Anlage und Schaltwarte — 12 110-kV-Anlage (Umbau) — 13 Hilfsmaschinenhaus — 14 Verwaltungsgebäude (Altbau) — 15 Verwaltungsgebäude — 16 Speisewasseraufbereitung — 17 Kühltürme (Altbauten) — 18 Kühltürme — 19 Lokschuppen — 20 Fahrradaufbewahrung — 21 GKV-Station (Altbau) — 22 Werkstatt (Altbau) — 23 Garagen und Feuerwehr — 24 Trinkwasseraufbereitung — 25 Werkstatt (Umbau) — 26 Lagergebäude



Querschnitt durch den Kraftwerkblock

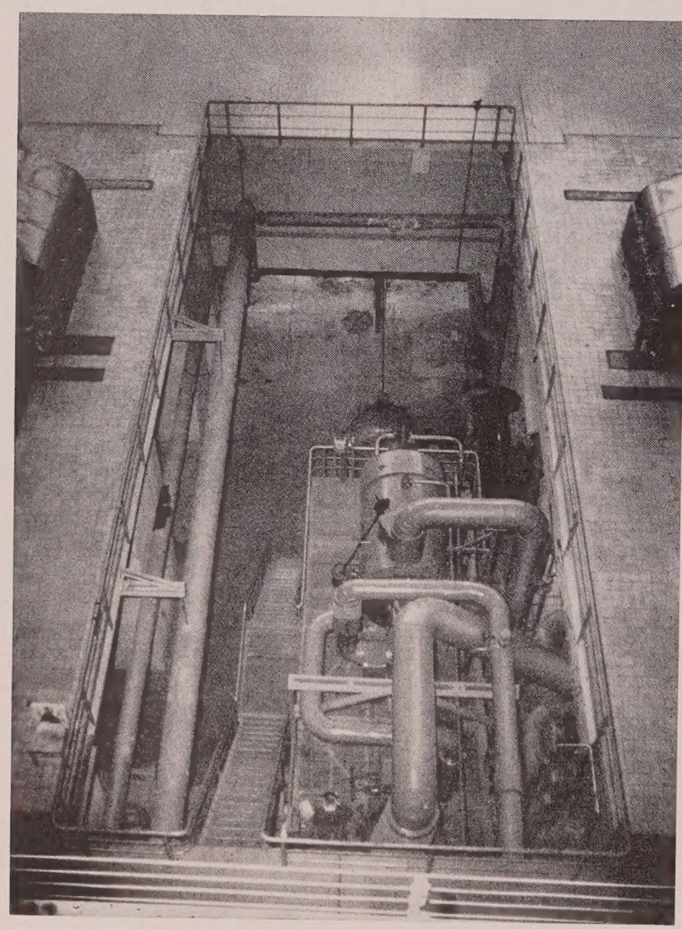


Detailaufnahme der Kesselanlage

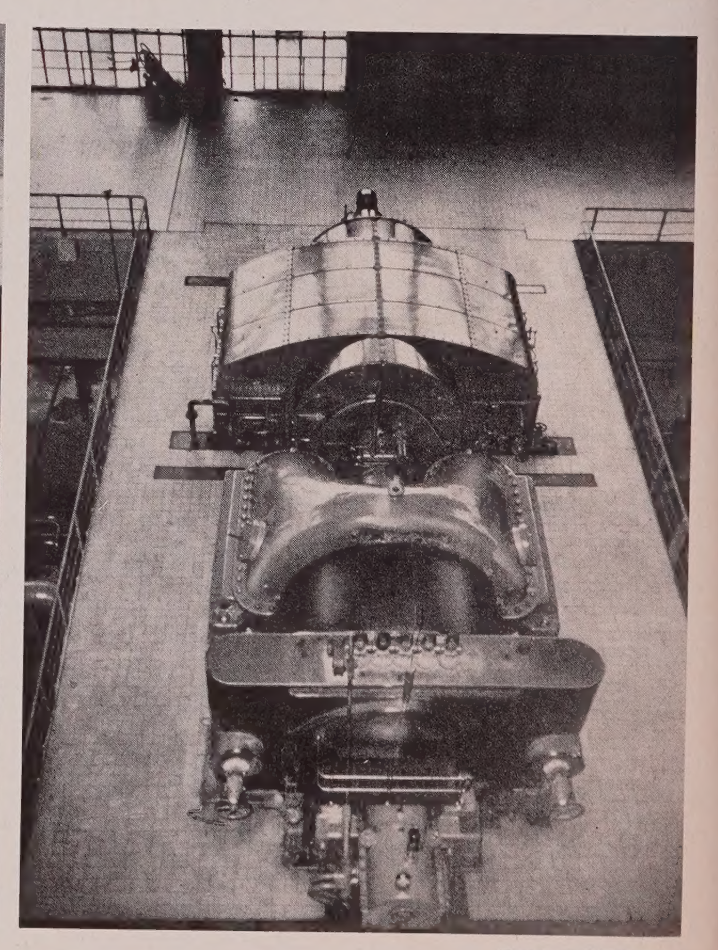
Gesamtansicht der Kesselanlage mit Bandbrücke

Grundriß des Kraftwerkblocks

Blick in das Maschinenhaus



Blick von der Maschinenbühne in den Kondensatorkeller

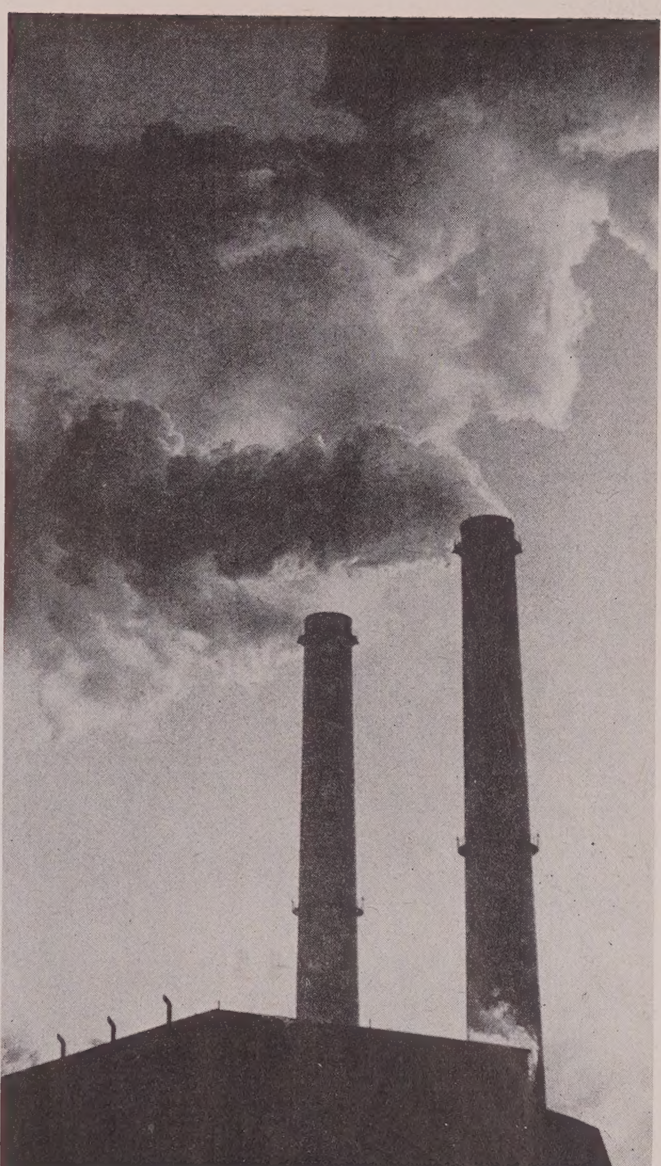


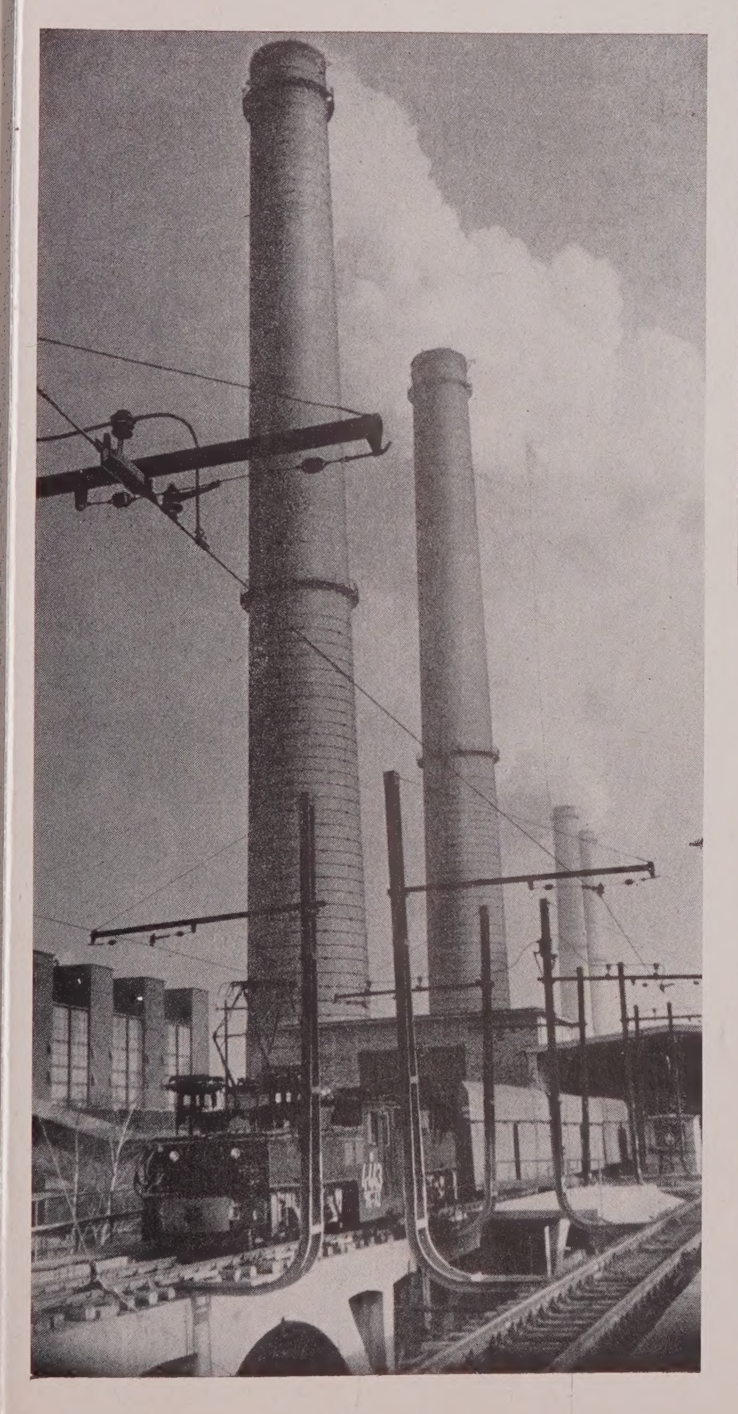
Turbine mit Generator

Kraftwerke sind bei der Projektierung weitgehend Typenprojekte und die Freibauweise der Kessel zu berücksichtigen.

Neben der Erweiterung der Kapazität der Kraftwerke Zschornewitz, Harbke und Böhlen sowie dem Ausbau des Kraftwerkes Hirschfelde stehen die Kraftwerke Elbe und Trattendorf III vor der Vollendung. Der Bau der Kraftwerke Trattendorf I und Berzdorf ist in Angriff genommen. Außer den genannten Kondensations-Kraftwerken wurden im Eisenhüttenkombinat Ost und im Eisenhüttenkombinat West je ein Kraftwerk errichtet, die mit den Gichtgasen der Hoch- beziehungsweise Niederschachtöfen betrieben werden. Neu begonnen wurde der Bau des Großkraftwerkes Lübbenau und der Kraftwerke des Kombinats „Schwarze Pumpe".

Als Beispiel für die Gestaltung eines modernen Kraftwerkes wird nachstehend die Energieanlage eines im Bezirk Cottbus liegenden Kraftwerkes behandelt, wobei die Gesichtspunkte des bautechnischen Projektanten im Vordergrund stehen sollen.





Schornsteingruppe vor der Kesselanlage

Hierbei ist zu beachten, daß im Rahmen der neuen Aufgabenstellung de facto ein völlig neues Großkraftwerk bearbeitet werden mußte, wobei der bautechnische Projektant gemeinsam mit dem Technologen alle Möglichkeiten hatte, nach den neuesten Gesichtspunkten zu verfahren.

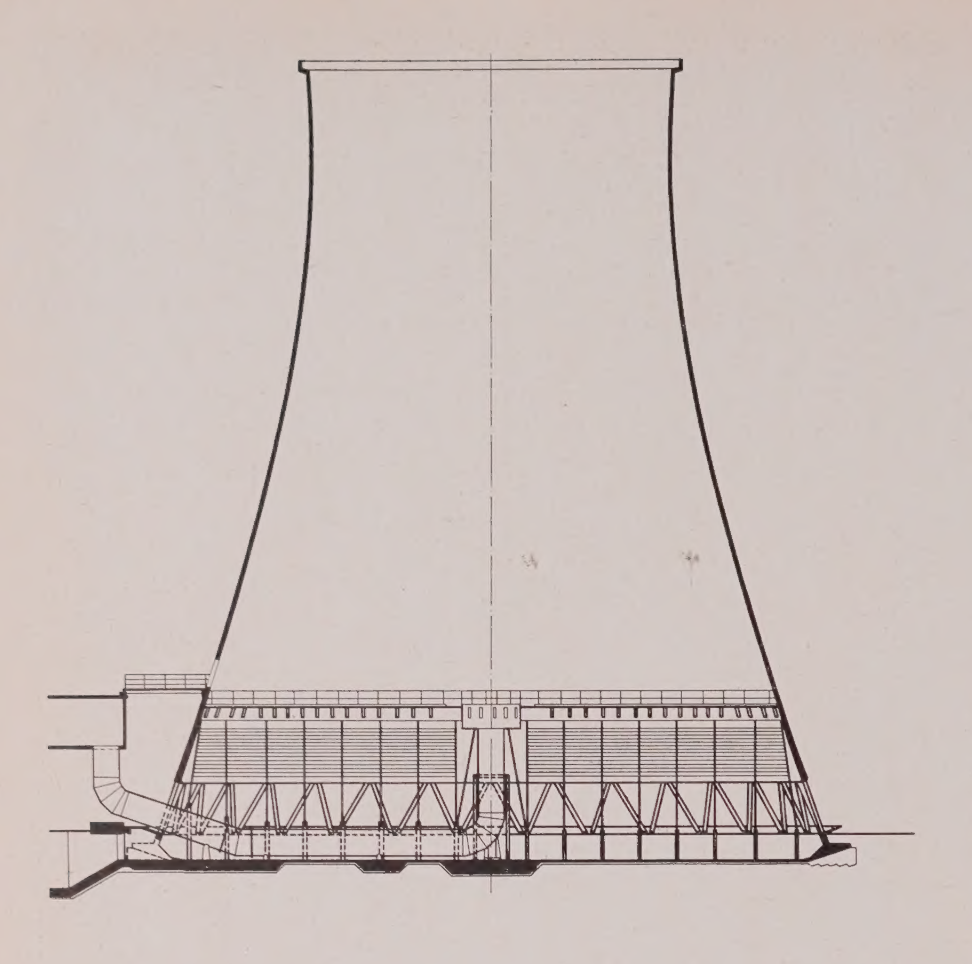
Durch den Bau des Kraftwerkes wird eine Lücke im Verbundnetz, die besonders für die Versorgung Berlins nachteilig war, geschlossen.

Die Kapazität des Kraftwerkes umfaßt:

6 Maschinen zu 25 MW = 150 MW
7 Mitteldruckkessel

Nach dem endgültigen Ausbau eines anderen Kraftwerkes kommen zwei Halbwerke mit einer Leistung von je 150 MW hinzu, so daß später eine Gesamtenergiemenge von 450 MW zur Verfügung steht. Einen Überblick über den Umwandlungsprozeß der Kohle in Strom kann man aus folgenden Stichworten ableiten:

Querschnitt durch den Kühlturm mit Rieseleinbauten

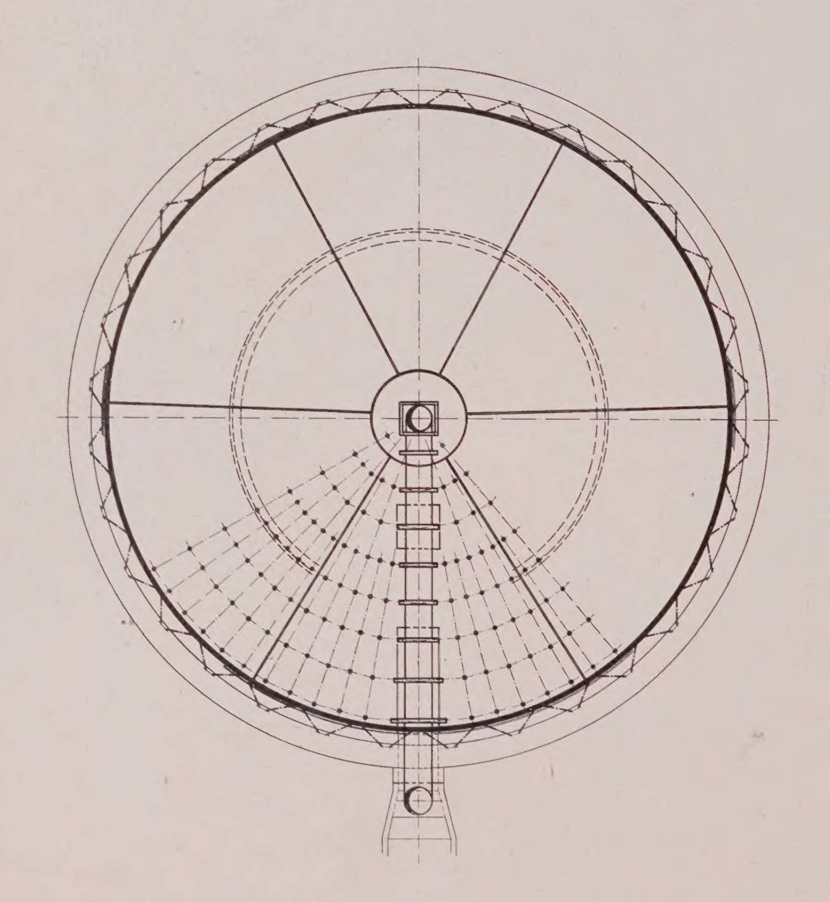


Vom Kohlehochbahnbunker (1) zur Umlenkstation am Ostende des Bunkers (2) — von hier zum Brecherhaus an der Nordwestecke des Bunkers (3) — weiter zum Übergabeturm am Westgiebel des Kraftwerkblocks (4) — zum Bunkerschwerbau mit Bunkertaschen im Kraftwerkblock (5) — zu den Kohlenmühlen im Kesselhaus (6) — zu den Dampferzeugern (7) — Rauchgasabführung über Lurgi-Filter von den Kesseln in zwei Schornsteine von je 120 m Höhe (8) — Dampf durch Hilfsmaschinenhaus zum Maschinenhaus (9) — erzeugte elektrische Energie zum Maschinenumspanner (10) — weiter zur 6-kV-Eigenbedarfsanlage mit Schaltwarte (11) und zur 110-kV-Anlage (altes Gebäude nach Umbau — 12) in das Verbundnetz.

I.

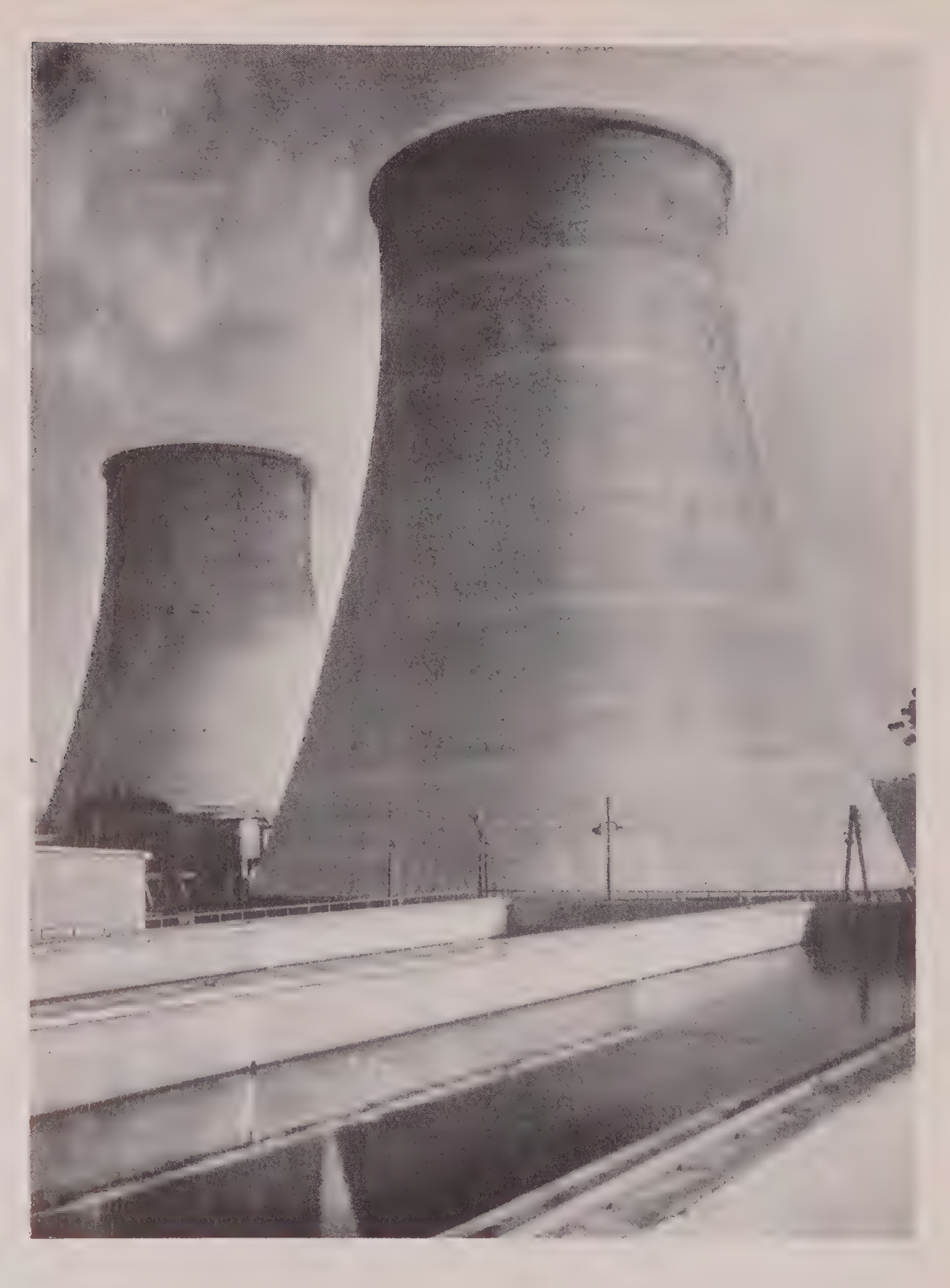
Ein Hauptgedanke, welcher der Projektierung der Kraftwerkbauten zugrunde lag, und zwar die teilweise Anwendung der Freibauweise des Kesselhauses nach neuen Gesichtspunkten, ist aus den Abbildungen gut zu erkennen. Diese Bauweise gibt dem Kesselhaustrakt sein charakteristisches Gepräge, das durch den Rhythmus von Kesselrückwand und verglaster Kesselgasse bestimmt wird.

Bei der vorgenannten Freibauweise werden unter Verwendung von neuartigen, möglichst leichten Bauelementen die Stahlkonstruktionen der Kesseleinheiten mit zur Gebäudekonstruktion herangezogen. Dadurch können die bisher üblichen umfangreichen und kostspieligen Kesselhaushallen fortfallen. Die Kessel werden untereinander mit leichten Glaswänden verbunden, wodurch die notwendigen Schutzräume gegen Witterungseinflüsse entstehen. Die Überdachung von frost- und witterungsempfindlichen Teilen der Kessel wird durch Hochziehen der Eck- und Zwischenstiele der Kesselgerüste und Abdecken durch möglichst leichte Bauelemente, wie Leichtbetonschalen und Alublech, erreicht. (Nähere Einzelheiten hierüber sind aus dem Artikel „Senkung der Energiebaukosten" in „Bauplanung und Bautechnik", Heft 6/1953, ersichtlich.)



Grundriß des Kühlturmes

Blick auf die Kühltürme. Im Vordergrund ein Teil der Wasseraufbereitung



Mit den eben geschilderten neuen Erkenntnissen auf dem Gebiet des Baus von Kesselanlagen sind auch neue Ausdrucksformen verbunden, wobei die zwischen den Kesseln angeordneten kaminartigen Gassen den früheren Hallenbaucharakter eines klassischen Kesselhauses völlig abwandeln. Eine solche Anlage erscheint nicht mehr als „Haus" im althergebrachten Sinne, sondern als eigengesetzliches Gebilde, das nach außen hin seine Funktion erkennen läßt. Zugleich wird angedeutet, daß sich die Kessel- und Maschinenaggregate im Innern des Gebäudes fortlaufend aneinanderreihen, ihre Wirkung summieren und zu beachtlicher Energie steigern, wodurch ein harmonischer Zusammenklang zwischen Technik und Gestaltung in Erscheinung tritt.

Die Teilfreibauausführung wird bei künftigen Kraftwerkprojekten in der Deutschen Demokratischen Republik und auch zum Teil im Ausland weiterhin zur Anwendung kommen, wobei einige konstruktive Einzelheiten, die bei dem hier erörterten Kraftwerkbau noch Schwierigkeiten bereiteten, einer befriedigenden Lösung zugeführt werden können.

Durch die Kesselfreibauweise werden fortlaufend wesentliche Kosteneinsparungen im Energiebau und vor allem günstigere Bedingungen für die Kessel- und Apparatemontage erreicht. Die Montage kann sofort nach Fertigstellung der Fundamentierung beginnen und nicht erst nach Errichtung einer Kraftwerkhalle. Außerdem ist die „Freimontage" schwerer Konstruktionsteile derjenigen in einem geschlossenen Gebäude vorzuziehen.

II.

Einen charakteristischen Ausdruck geben dem Werk die neuen Kühltürme.

Es sind dies Gebilde von hyperbolischer Form mit einer Höhe von 55 m und einem unteren Durchmesser von 47,50 m. Sie dienen zur Abkühlung von Wasser für die Kondensatoren, wobei als Kühlmittel die atmosphärische Luft benutzt wird. In Zukunft wird man allerdings wahrscheinlich immer mehr dazu übergehen, für die Kühlwasserrückgewinnung Ventilatorkühler zu wählen. Diese Technologie erfordert weniger Bauvolumen; außerdem kann die Leistung solcher Kühlaggregate unabhängig von Jahreszeit und Witterung nach den Betriebserfordernissen gesteuert werden. Die jetzt beispielsweise auch noch in der „Schwarzen Pumpe" zur Ausführung kommenden Kühlturmriesen werden bei künftigen Kraftwerken aller Voraussicht nach nicht mehr in Erscheinung treten.

Die beiden Schornsteine des Kraftwerkes sind je 120 m hoch und haben eine obere lichte Weite des Futters von 7 m. Die Innentemperatur der Abgase beträgt bei einer Abgasmenge von 940000 $Nm^3/h$ pro Schornstein etwa 210° C.

Das Betriebswasserwerk war zum Teil vorhanden und wurde um zwei Doppelfilteranlagen und zwei Absetzbecken erweitert. Da die Funktion und die Technologie dieser Erweiterungsbauten die gleichen sind wie diejenigen der vorhandenen Anlagen, waren hier lediglich rein konstruktive Probleme zu lösen. Auch die äußere Gestaltung der Erweiterungsbauten wurde durch die schon vorhandenen Baukörper bestimmt.

*

Städtebaulich war die Aufgabe gestellt, die bereits vorhandenen Baumassen mit dem neuen Kraftwerk zu einer einheitlichen Gesamtanlage zusammenzufügen. Die Hauptkörper der beiden Kraftwerke, von einem Flußlauf durchschnitten, stehen in ihrer Längsentwicklung senkrecht zur Fluß- und Verkehrsrichtung einer Tallandschaft und bilden mit den Schornstein- und Kühlturmgruppen die bestimmenden Umrisse. Eine Kohlenbahn, verbunden durch eine Brücke und weitere Verbindungsbrücken über die Spree, steigert funktionell als auch städtebaulich den Zusammenklang der beiden Kraftwerke.

Die architektonische Bearbeitung der Gesamtanlage lag in den Händen des Chefarchitekten Dipl.-Ing. Schneider und seiner Mitarbeiter, der Architekten Votteler und Hübner. Für die Kesselfreibauweise wurden die Anregungen des Kollegen Volk, Entwurfsbüro für Industriebau Berlin, zugrunde gelegt.

# Die Intelligenz und der Aufbau des Sozialismus

Rudi Scharmacher
Sekretariatsmitglied beim Zentralvorstand der IG Bau-Holz

Eine bessere Orientierung auf die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins in den Reihen der Intelligenz ist von außerordentlicher Bedeutung, um den sozialistischen Sektor des Entwurfswesens zu stärken.

Auf dem Wege der weiteren Industrialisierung des Bauens, der komplexen Planung und Bauweise, auf der Grundlage von Typenprojekten ist die kollektive Zusammenarbeit der Architekten und Ingenieure nicht nur möglich, sondern notwendig.

Der Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik vollzieht sich entsprechend den objektiv wirkenden ökonomischen Gesetzen des Sozialismus. Die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung für die schaffenden Menschen sind dem volksfeindlichen kapitalistischen System in Westdeutschland völlig fremd. Es erweist sich immer mehr, daß der Sozialismus die Zukunft für ganz Deutschland ist. Hieraus ergeben sich auch die kühnen und grandiosen Perspektiven für die schöpferische Arbeit der Architekten und Ingenieure in der Deutschen Demokratischen Republik. Sie tragen nicht nur für die Deutsche Demokratische Republik, sondern für ganz Deutschland eine hohe Verantwortung bei der Entwicklung der sozialistischen Architektur und des sozialistischen Aufbaus.

Es wird immer klarer, daß die Lösung der großen Aufgaben vom rein „fachlichen" Standpunkt zu Schwierigkeiten in der Arbeit führt. Die Architekten und Ingenieure müssen erkennen, daß das Studium und die praktische Anwendung der Theorie des Marxismus-Leninismus im allgemeinen und des dialektischen Materialismus im besonderen sowie ihre Verschmelzung mit der fachlichen Arbeit in ihrem eigenen Interesse liegen.

Deshalb sind mit Hilfe der Gewerkschaften falsche und überlebte Vorstellungen, konservative Ansichten, kleinbürgerlicher Eigendünkel und Egoismus sowie andere Überreste kapitalistischen Denkens bei einigen Architekten und Ingenieuren zu überwinden, damit ihr Blick für die sozialistische Perspektive klarer, ihr Leben inhaltsvoller und optimistischer wird.

Jeder Versuch, eine ideologische Koexistenz zwischen der sozialistischen und kapitalistischen Architektur sowie zwischen dem sozialistischen und kapitalistischen Städtebau herbeizuführen, schadet der sozialistischen Moralauffassung und dient dem kapitalistischen Regime in Westdeutschland.

Daher ist auch allen Bemühungen — ganz gleich von welcher Seite sie kommen —, den sozialistischen Sektor des Entwurfswesens zu schwächen, entschieden entgegenzutreten.

In Leipzig, Berlin, Karl-Marx-Stadt und auch in anderen Orten gelang es in der Vergangenheit dem privatkapitalistischen Sektor im Entwurfswesen, einige Architekten und Ingenieure in sozialistischen Entwurfsbüros zu korrumpieren und ihre Arbeitskraft und Gesundheit zu mißbrauchen.

Offensichtlich gab es bei diesen Architekten und Ingenieuren keine ideologische und politische Klarheit und keine sozialistische Einstellung zur Arbeit.

Die Kollegen sollten begreifen, daß eine solche Haltung den Interessen der Arbeiterklasse in der Deutschen Demokratischen Republik und ihren eigenen Interessen zuwiderläuft.

Die BGL und die Leitungen und Vorstände der IG Bau-Holz müssen in engem Zusammenwirken mit den Leitungen des Bundes Deutscher Architekten und des Fachverbandes Bauwesen der Kammer der Technik die sozialistische Erziehungs- und Bildungsarbeit so verbessern, daß ein festes sozialistisches Kollektiv in den Entwurfsbüros geschaffen wird.

Die Erfolge der politischen und ökonomischen Arbeit der Architekten und Ingenieure des Entwurfsbüros für Industriebau Dessau sind in erster Linie darauf zurückzuführen, daß die Leitungen dieses Entwurfsbüros zusammenarbeiten und sich in ihrer Tätigkeit in wachsendem Maße von den sozialistischen Leitungsprinzipien leiten lassen.

Viele Brigaden und Fachgruppenleiter dieses Entwurfsbüros besitzen eine sozialistische Einstellung zur Arbeit und genießen deshalb Autorität, weil sie die sozialistische Zusammenarbeit der Kollektive fördern.

Die große Teilnahme von Architekten und Ingenieuren an der Verpflichtungsbewegung zu Ehren des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und am sozialistischen Wettbewerb um den Bau der besten und billigsten Wohnung zeigen, daß die Mehrheit der Architekten und Ingenieure in zunehmendem Maße offen für den Sozialismus Partei ergreift.

Der Kampf zur Senkung der Baukosten, zur Förderung der Typenprojektierung und Industrialisierung des Bauens sowie der Kampf um die Gestaltung des sozialistischen Wohnkomplexes sind in ein entscheidendes Stadium getreten.

Die großen Bauaufgaben können nur gelöst werden, wenn die Architekten und Ingenieure auf der Grundlage der Beschlüsse der 2. Baukonferenz eine enge Verbindung zu den Bauarbeitern pflegen, an ihren Produktionsberatungen teilnehmen und eine feste Zusammenarbeit mit den Arbeiterrationalisatoren und Neuerern herstellen.

Die Autorenkontrolle muß daher wirksamer gestaltet werden. Das ist in erster Linie eine ideologische und keine finanzielle Frage.

Man wird alle Arbeiten leichter verrichten können, wenn die BGL in den Entwurfsbüros ihre politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Aufgaben als eine Einheit betrachten und gemeinsam mit den Betriebsparteiorganisationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und den Betriebsleitungen lösen.

Je mehr fortschrittliche Architekten und Ingenieure in den BGL und Vorständen der IG Bau-Holz mitarbeiten, um so besser wird die einheitliche Interessenvertretung der Intelligenz sein.

Angesichts der drohenden Gefahr für den Frieden, die durch den Beschluß der reaktionären CDU/CSU-Mehrheit im Bundestag zur Ausrüstung der westdeutschen Söldnerarmee mit atomaren Waffen entstanden ist, ist die Erhöhung der politischen Wachsamkeit und Kampfkraft der Arbeiter und ihrer Intelligenz zur Verhinderung aller Anschläge gegen den Frieden erforderlich.

Um diese Aufgaben lösen zu helfen, hat entsprechend dem Beschluß der 27. Tagung des Zentralvorstandes der IG Bau-Holz eine Kommission für Intelligenzfragen beim Zentralvorstand ihre Arbeit aufgenommen.

Dieser Kommission gehören Meister, Architekten, Bauingenieure, Techniker, leitende Funktionäre des Ministeriums für Bauwesen, des Präsidiums des Bundes Deutscher Architekten, des Vorstandes des Fachverbandes Bauwesen der Kammer der Technik und des Zentralvorstandes der IG Bau-Holz an.

Sie steht unter der Leitung des Vorsitzenden des Zentralvorstandes Nationalpreisträger Walter Tille.

Die Zusammensetzung der Kommission gewährleistet eine enge Zusammenarbeit der IG Bau-Holz mit dem Bund Deutscher Architekten, der Kammer der Technik und dem Ministerium für Bauwesen.

Ihre Hauptaufgabe sieht die Kommission darin, auf der Grundlage der Beschlüsse der letzten sechs Tagungen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der 30. Tagung des Bundesvorstandes des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes die sozialistische Erziehungs- und Bildungsarbeit unter der Intelligenz zu fördern und das Verhältnis zwischen den Arbeitern und der Intelligenz auf sozialistische Art zu festigen.

Die Kommission tritt in der Regel einmal in jedem Quartal zusammen. Sie überprüft die Durchführung der Beschlüsse der Partei und Gewerkschaften und unterbreitet dem Zentralvorstand in dieser Hinsicht Vorschläge zur Beschlußfassung. Zwischen den Zusammenkünften werden Mitglieder der Kommission in den Entwurfsbüros und Baubetrieben gemeinsam mit den Architekten und Ingenieuren über wichtige gewerkschaftspolitische Aufgaben beraten und Versammlungen durchführen.

Im Ergebnis ihrer Arbeit soll die Tätigkeit der Betriebsgewerkschaftsleitungen in den Entwurfsbüros und volkseigenen Baubetrieben verbessert und eine engere Verbindung der Projektanten mit den Arbeitern und Ingenieuren auf den Baustellen herbeigeführt werden.

Die Vertreter des Bundes Deutscher Architekten, der Kammer der Technik und der Gewerkschaften in der Kommission für Intelligenzfragen beim Zentralvorstand der IG Bau-Holz werden bestrebt sein, ihre Arbeit im Interesse der Architekten und Ingenieure und des weiteren Aufbaus der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik durchzuführen.



## Verehrter Genosse Walter Ulbricht!

Die Mitglieder und die Mitarbeiter der Deutschen Bauakademie grüßen Sie in herzlicher Verbundenheit zu Ihrem 65. Geburtstag.

Wir wissen uns mit allen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik einig, wenn wir Ihnen an diesem Tage unseren Dank für die unermüdliche Arbeit aussprechen, die Sie für den Sozialismus, für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes und für den Frieden geleistet haben.

Wir versichern Sie unseres unerschütterlichen Vertrauens. Wir ehren in Ihnen den unbeugsamen Revolutionär und weitschauenden Staatsmann. Wir werden den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik mit aller Kraft vorwärtsbringen und auf dem von unserer Partei und unserer Regierung gewiesenen Weg die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes erreichen. Wir wissen, daß es uns gelingen wird, unter der Führung der mächtigen Sowjetunion, aufs engste verbunden mit den Ländern der Volksdemokratie und gemeinsam mit den fortschrittlichen Kräften in der ganzen Welt, den Frieden zu sichern und den Atomtod abzuwenden.

Verehrter Genosse Walter Ulbricht! Wir möchten Ihnen als Ehrenmitglied der Deutschen Bauakademie unseren besonderen Dank für die unablässige Hilfe aussprechen, die Sie allen Bauschaffenden und besonders auch uns gewährt haben. Sie förderten unsere wissenschaftliche Arbeit, und dadurch wurde es uns möglich, die große Aufgabe der Industrialisierung des Bauens mit Hilfe der Forschung ein wesentliches Stück voranzubringen. Sie zeigten uns die Bedeutung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung für die Schaffung einer sozialistischen Architektur und eines sozialistischen Städtebaus. Sie lehrten uns vor allem, daß wir die uns gestellten großen materiellen und kulturellen Aufgaben nur in engster Verbindung mit den werktätigen Menschen und unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse lösen können.

Wir wünschen, daß Ihnen noch lange Jahre bester Gesundheit und voller Schaffenskraft zum Wohle unseres Volkes beschieden sein mögen.

Der Präsident der Deutschen Bauakademie
Prof. Dr. Kurt Liebknecht

# Wohnstadt Lübbenau

Entwurfsbüro für Hochbau Finsterwalde

Zur Steigerung der Energieversorgung beschloß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die reichen Braunkohlenvorkommen der Lausitz für Energiezwecke auszunutzen.

Bei der Aufschließung des Lausitzer Kohlenreviers wurde als Standort für das zu errichtende Großkraftwerk das Gebiet südlich Lübbenau festgelegt. Als Folgemaßnahme soll eine Wohnsiedlung für die im Werk Beschäftigten erbaut werden.

Die Aufstellung der städtebaulichen Projektierung für die Wohnsiedlung „Neustadt Lübbenau" führte auf Vorschlag des Rates des Bezirkes Cottbus das Staatliche Entwurfsbüro für Stadt- und Dorfplanung des Ministeriums für Aufbau, Halle, durch. Nach Vorlage von drei Vorschlägen durch das Entwurfsbüro beschloß der Rat des Bezirkes Cottbus den Standort der Neustadt — Vorschlag I — zur weiteren Bearbeitung. Die Grundkonzeption des Bebauungsplanes wurde durch den Rat der Stadt Lübbenau, den Rat des Kreises Calau und schließlich durch den Rat des Bezirkes Cottbus am 7. Mai 1957 bestätigt. Der Bearbeitung wurden die Gutachten über Bioklima, Baugrund, Wasserwirtschaft, Hydrologie, Energiewirtschaft, Ingenieur-Geologie sowie der Technischen Bergbauinspektion zugrunde gelegt.

Die Perspektivplanung stellte die Plankommission des Rates des Bezirkes Cottbus auf.

Für den volkseigenen Wohnungsbau sind insgesamt 2187 Wohnungseinheiten vorgesehen, und zwar:

| Prozent | Wohnungen mit |
|---|---|
| 3,7 | einem Zimmer |
| 23,9 | zwei Zimmern |
| 47,6 | zweieinhalb Zimmern |
| 19,8 | zweizweihalb Zimmern |
| 5,0 | vier Zimmern |

Im Bebauungsplan verhält sich die Bebauungshöhe zur Anzahl der Wohnungseinheiten wie folgt:

| Geschosse | Wohnungs-einheiten | Prozent |
|---|---|---|
| ein | 13 | 0,6 |
| zwei | 96 | 4,4 |
| drei | 438 | 20,0 |
| vier | 1560 | 71,3 |
| über vier | 80 | 3,7 |
| insgesamt | 2187 | 100,0 |

Bei der hier getroffenen städtebaulichen Lösung ist es möglich, uneingeschränkt Typenprojekte zur Anwendung zu bringen.

Auch die Industrialisierung der Baustellen kann hier durchgesetzt werden. Leider ist bei der Aufstellung des städtebaulichen Projektes nicht der Umfang der industriell zu errichtenden Bauten bekannt gewesen.

Die nachträgliche Festlegung der Bauabschnitte für Großplatten bereitete einige Schwierigkeiten. Auch das örtliche Betonwerk, das die Bauelemente herstellt, hätte vom Stadtprojektanten eingeplant werden müssen.

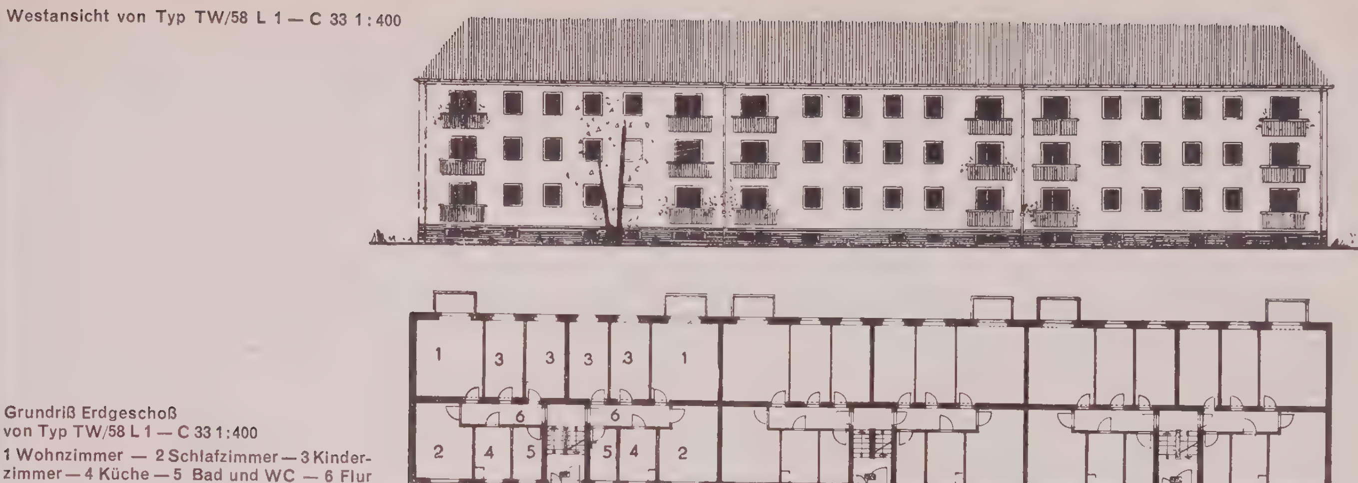
Die Projektierung für die Großplattenbauweise bedurfte einer gewissen Zeit; zumal die bisher gemachten Erfahrungen in dieser Bauweise weitestgehend berücksichtigt werden sollten. Der beschleunigte Baubeginn forderte andererseits die sofortige Auslieferung der ersten Projekte, damit die in Lübbenau inzwischen eingetroffenen Arbeitskräfte eingesetzt werden konnten. Daher wurde entschieden, die ersten Wohnblöcke zunächst in traditioneller Bauweise zu errichten. Die vorhandene Eichenallee wurde als Baustraße hergerichtet, um für die ersten Bauten als Baustoffanfuhrstraße zu dienen.

Lageplan 1 : 5000




1 Wohnhochhaus für Ledige — 2 Meldestelle der Deutschen Volkspolizei — 3 Kindergarten — 4 Kinderkrippe — 5 Normalsportplatz — 6 Tennisplätze — 7 Faustballplätze — 8 Volleyballplätze — 9 Umkleidehaus — 10 Ersatzsportplatz — 11 Turnhalle — 12 Ladengruppe für Tagesbedarf — 13 Kleine Bedarfsladengruppe — 14 Kaufhaus für Industriewaren — 15 Drogerie — 16 Volksbuchhandlung — 17 Friseur — 18 Imbißstube — 19 Garagen — 20 Schaltstation — 21 Kleingärten

Westansicht von Typ TW/58 L 1 — C 33 1:400



Grundriß Erdgeschoß von Typ TW/58 L 1 — C 33 1:400
1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Küche — 5 Bad und WC — 6 Flur

Nach wiederholten Verhandlungen und mehrmaligen Veränderungen des Ablaufprogramms wurden schließlich unter Zugrundelegung der Typen 1958 bis 1960 für folgende Wohnblöcke die Projektierung abgeschlossen und teilweise bereits im August 1957 die baureifen Unterlagen an die Aufbauleitung ausgeliefert:

| Block | Typ |
|---|---|
| 1 | TW/58 L 1 C 33 |
| 2 | TW/58 L 1 C 33 |
| 3 | TW/58 L 1 B 33 |
| 14 | TW/58 L 1 B 43 |
| 15 | TW/58 L 1 B 43 |
| 16 | TW/58 L 1 B 43 |
| 38 | 56/12 in Anlehnung |
| 39 | an die Typen TW/58 |
| 40 | |

1958 sollen insgesamt 204 Wohnungseinheiten bezugsfertig sein. Die Blöcke 1 bis 3 und 14 bis 16 wurden bereits am 25. Februar 1958 im Rohbau abgenommen. Nach unserer Feststellung sind dies die ersten Wohnblöcke im fortgeschrittenen Stadium.

Bedingt durch die Baustofflage und die örtlichen Gegebenheiten sind gegenüber den Typentechnologien folgende Änderungen getroffen worden:

1. An Stelle der im Typ vorgesehenen DIN-F-Decke ohne Druckbeton wird die DIN-F-Decke mit Druckbeton ausgeführt.

2. Da die Wohnblöcke fernbeheizt werden, wurde für die Decken über dem Keller und über dem obersten Wohngeschoß eine Verstärkung der Dämmschicht angeordnet.

3. An Stelle der Stahlbeton-Dachkonstruktion werden Holz-Gittersparren mit Walm verwendet.

4. An Stelle des Bahnenbelages für Treppen werden Kunststeinstufenbeläge verwendet.

5. Die Balkonkonstruktion wird in der Gestaltung wie im Typenprojekt übernommen, jedoch in Ortbeton ausgeführt.

Zur Industrialisierung der Baustelle und zur Einsparung von Arbeitskräften wurde in engster Zusammenarbeit mit der Deutschen Bauakademie und durch Einsichtnahme in die Entwicklung der Großplattenbauweise in Hoyerswerda sowie nach Studium der entsprechenden Veröffentlichungen in Querwandbauweise unter Zugrundelegung der Type C die Großplattenbauweise in Lübbenau entwickelt. Auf der Baustelle liegen bereits die zeichnerischen Unterlagen für die Wohnblöcke 4, 5, 6, 7, 8 und 10 vor. Die Kellergeschosse befinden sich in der Bauausführung in traditioneller Bauweise. Die Formen für diese Bauelemente werden zur Zeit hergestellt. Das fliegende Betonwerk wird im Westteil der Neustadt westlich des Blockes 8 eingerichtet. Das Werk soll ab 1. Mai 1958 produzieren.

Im technologischen Ablauf der Montage soll ein Turmdrehkran, Typ „Schwerin" 45 tm, die Bauelemente versetzen. Der Kran wird ohne Demontage von Gebäude zu Gebäude transportiert. Bei Gebäuden in einer Reihe wird das Krangleis verlängert und bei Umsetzung in eine andere Reihe eine Schiebebühne aus Fertigteilen zwischengeschaltet. Die Krangleise werden auf Streifenfundamente verlegt. Diese Fertigteilfundamente werden vom Kran umgesetzt.

Die Großplattenbauweise gliedert sich in drei Hauptabschnitte:

a) die Produktion der Fertigteile,

b) die Montage der Fertigteile und

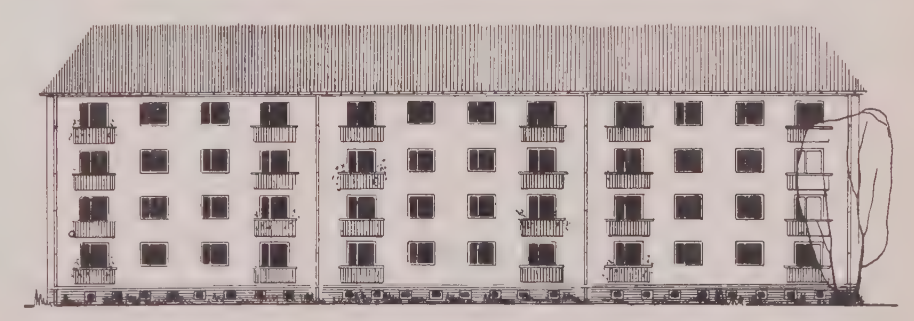
c) die Vor- und Restarbeiten.

### Produktion der Fertigteile

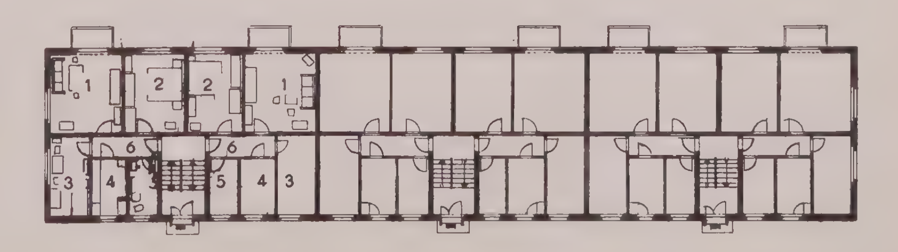
Die Fertigung der Platten erfolgt in einer auf der Baustelle befindlichen, offenen und ortsveränderlichen Fertigungsstätte.

Als Material für sämtliche Fertigteile kommt Schwer- und Leichtbeton zur Verwendung.

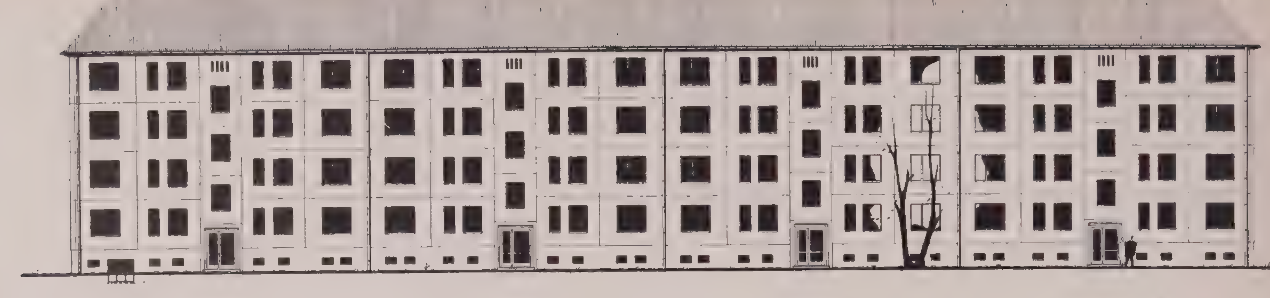
Um ein schnelleres Ausschalen zu ermöglichen, werden die Abbindezeiten durch Dampfbehandlung beziehungsweise Zugabe eines Schnellbindemittels wesentlich herabgesetzt. Die Innenwände werden in einer stehenden Form gefertigt, während die Herstellung der Umfassungswände und Deckenplatten liegend erfolgt.



Südansicht von Typ TW/58 L 1 — B 43 1:400



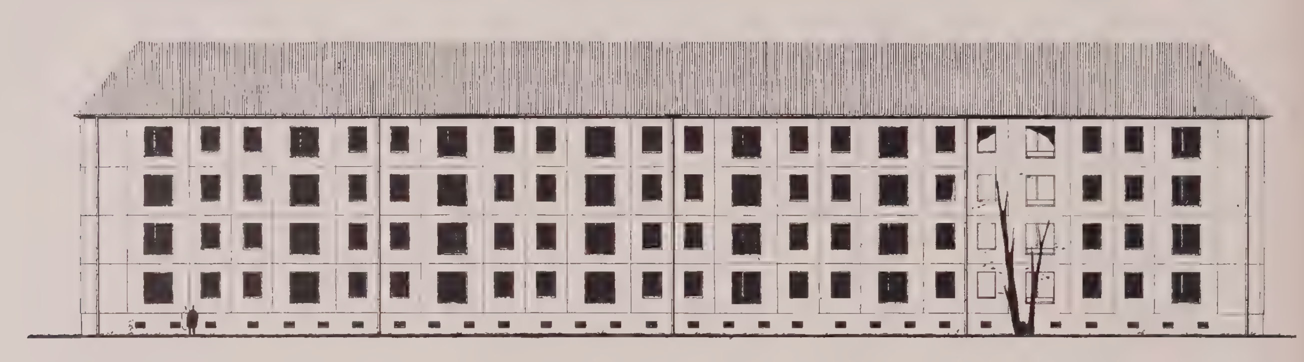
Grundriß Erdgeschoß von Typ TW/58 L 1 — B 43 1:400
1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Küche — 5 Bad und WC — 6 Flur



Ostansicht der Blöcke 4 bis 8 1 : 400

Grundriß Erdgeschoß, Block 4 bis 8 1 : 400
1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Bad und WC — 5 Küche — 6 Flur

Westansicht der Blöcke 4 bis 8 1 : 400



Die Außenwandplatten werden aus Hüttenbims-Leichtbeton B 30 mit einem spezifischen Gewicht von 1,4 hergestellt. Der Innenputz ist 1 cm stark, während der Außenputz aus 1,5 cm starkem Kalkzementmörtel besteht. Die Gesamtstärke der Platte beträgt 28 cm. Die Verbundfenster werden in die Form eingelegt. Sämtliche Holzteile sind vor dem Einbau mit Signarol zu imprägnieren. Sohlbank und Fensterbrett sind aus Kunststein mit Porphyrvorsatz — rot — auszuführen. Kunststeinelemente werden nach dem Entformen der Platte eingesetzt. Die Fensterflügel werden, nachdem die Platte entformt und die Kunststeinelemente eingesetzt sind, verglast und grundiert eingehangen.

Die Querwandplatten werden aus Schwerbeton B 120 mit einem spezifischen Gewicht von 2,2 angefertigt. Da hierbei die Batterie-Fertigung angewendet wird, ist das Einbringen von Putzmörtel nicht möglich. Die Stärke der Platten beträgt 15 cm. Die Türen werden als Blendrahmentüren ausgeführt und mittels eines aussteifenden Formteiles ebenfalls vor dem Betonieren in die Form eingebracht. Bei dem Einbau des Formteiles und des Blendrahmens ist der laut Montageplan erforderliche Türaufschlag zu beachten. Die eingelegten Holzteile sind auch hier mit Signarol zu behandeln, um ein Quellen und Schwinden des Holzes zu vermeiden. Die Aussparungen für die E-Installation sowie die Dübelsteine für die FW-Heizung sind maßgerecht anzuordnen.

Die Bewehrungs-, Aufhänge- und Verbindungsstähle sind nach der entsprechenden Plattenzeichnung zu fertigen und in die Form zu bringen.

Die Nebenwandplatten werden aus Schwerbeton B 120 mit einem spezifischen Gewicht von 2,2 hergestellt. Die Plattenstärke beträgt 10 cm. Die Fertigung erfolgt in stehenden Formen. Die erforderlichen Türen (Bad-Küche) werden erst nach der Montage der Platte als Futtertüren eingesetzt. Bei der Fertigung der Platte werden nur die Türdübel, und zwar drei Stück je Seite, mit eingesetzt. In der Nebenwandplatte, die Küche und Bad trennt, sind die Aussparungen für Kalt- und Warmwasser und Entwässerung der Spüle sowie Dübel für den Druckspüler im Bad vorgesehen. Die Deckenplatten werden aus Schwerbeton B 160 mit einem spezifischen Gewicht von 2,2 gefertigt. Die Stärke der Rohdecke beträgt 24 cm. Die Fertigung erfolgt in liegenden Formen. Als Deckensystem wird die Deckenplatte „Typ 170 K" mit einer konstruktiven Höhe von 24 cm angewendet. Die Richtlinien zur Projektierung, Herstellung und Verwendung der Deckenplatte „Typ 170 K" für den Wohnungsbau, Mitteilungen für die volkseigene Bauindustrie, 1. Sonderheft 1957, werden beachtet.

Die an der Außenfront liegenden Deckenplatten des letzten Obergeschosses erhalten einen Vollbetonstreifen, der die Lasten des Daches aufnimmt.

Die Gesimsfertigteile bestehen aus Schwerbeton B 160 mit einem spezifischen Gewicht von 2,2. Die Fertigung der Gesimsteile erfolgt in liegenden Formen nach den Abmessungen in den Zeichnungen.

**Montage der Fertigteile**

Für die Montage der Platten wird als Hebezeug der Turmdrehkran „Schwerin" mit der Auslagerstellung 10,50 und 15 m benutzt. Die Kranachse ist in einer Entfernung von 2,40 m von der Gebäudefront zu verlegen. Das maximale Plattengewicht beträgt 4 t beziehungsweise 3 t bei einer Hubleistung von 45 tm, so daß die volle Auslastung der Hubleistung des Kranes gegeben ist. Die Aufhängung der Platten ist im gleichen Abstand zur Schwerpunktachse angeordnet.

Die Platten sind nur an den vorgesehenen und besonders gekennzeichneten Punkten aufzulagern. Nachdem die Fundamente gelegt und das Kellermauerwerk bis zum Auflager beziehungsweise zur Oberkante Rohdecke gemauert ist, wird mit der Montage der Kellerdecke nach dem Montageplan begonnen.

Über den Aussparungen im Kellermauerwerk, die in den Querwänden unmittelbar unter der Kellergeschoßdecke liegen, sind je Öffnung zwei Winkel 80/80/8 als Auflager für die Deckenplatten zu legen.

Die Fugen sind mit Beton B 160 auszugießen. Auf der Deckenfläche sind die Wandplattenstellungen vorzureißen, Mörtelfuge aufzutragen und die Wandplatte aufzustellen. Bevor die Platte vom Kran gelöst wird, ist sie standsicher zu befestigen, das heißt, die entsprechenden Laschen sind aufzulegen und zu verschweißen. Die Wandplatten, die während des Montageablaufes nicht an zwei Punkten verbunden werden können, sind mittels

Kanthölzer abzusteifen. Die Installationszellen sind in die Bäder einzusetzen und die Halteeisen in die obere Fuge zwischen Wand- und Deckenplatte zu legen. Die unteren Aussparungen in den Querwandplatten sind für die Verlegung der E-Installation vorgesehen.

Nachdem die Erdgeschoßwände und Installationszellen aufgestellt sind, erfolgt die Verlegung der Erdgeschoßdecke genau wie die der Kellerdecke. Von der Deckenebene werden die senkrechten Fugen der Erdgeschoßwände sowie die Deckenfugen mit Beton B 160 ausgegossen. Die Montage der drei Obergeschosse erfolgt in der vorstehend beschriebenen Weise. Bei der Verlegung der dritten Obergeschoßdecke ist anschließend das Fertigteilgesims zu verlegen.

Sämtliche Gebäude der Neustadt werden an die Fernheizung angeschlossen. Bis zur späteren Fertigstellung des Anschlusses an das Kraftwerk werden Interimsheizwerke errichtet, und zwar in den Gebäuden, die später als Garagen verwendet werden. Nach Fertigstellung des Kraftwerkes erfolgt der Anschluß an die Heizungsleitung des Werkes. Die behelfsmäßig in den Garagen aufgestellten Kessel werden herausgenommen und die Räume ihrem eigentlichen Verwendungszweck zugeführt.

Nach vielen, eingehenden Verhandlungen und nach Vorlage des betriebswirtschaftlichen Gutachtens sind die mit der Projektierung Beauftragten zu der Überzeugung gekommen, daß das geplante Zweileitersystem für Raumheizung und Warmwasserbereitung hier erstmalig projektiert und ausgeführt werden soll. Die Pumpenwarmwasserfernheizung 110/70° wird vom Werk aus parallel zur Werkstraße frei und innerhalb der Wohnstadt in unterirdischen Kanälen verlegt. Über 16 Unterverteilungsstellen werden dann die Wohnungen beheizt und in jedem Wohnblock über Warmwasserspeicher die Küchen und Bäder mit Warmwasser versorgt.

Die Folgeinvestitionen, wie Schule, Kindergarten und Läden, werden ebenfalls an dieses Versorgungsnetz angeschlossen. In weiteren Verhandlungen wurden mit den übrigen Projektanten die Wasserversorgung, die Entwässerung, die Energieversorgung, die Schwachstromanlagen, die Straßenbeleuchtung und die gärtnerischen Anlagen abgestimmt, so daß trotz eiliger Projektierung in der Ausführung keine besonderen Schwierigkeiten entstanden.

Im einzelnen werden projektiert:

- die Hochbaumaßnahmen vom Entwurfsbüro für Hochbau Finsterwalde,
- die Wasserversorgung vom VEB Wasserwirtschaft Spree, Cottbus,
- die Entwässerung vom VEB Wasserwirtschaft Spree, Cottbus,
- die Energieversorgung vom VEM Anlagenbau Cottbus,
- die Schwachstromanlage vom Projektierungsbüro der Deutschen Post Dresden und RFT Cottbus,
- die Fernheizung von Energieprojektierung Berlin und vom Entwurfsbüro für Hochbau Finsterwalde.

Durch Errichtung eines Wasserwerkes, das sich zur Zeit im Bau befindet, wird zugleich auch für die Altstadt eine bessere Versorgung erreicht.

Die Entwässerungsleitungen werden auf Grund des hohen Grundwasserstandes zu einem Sammelbecken geführt und nach Zwischenschalten eines Hebewerkes zu einer Großkläranlage und schließlich in den Vorfluter geleitet.

Als Folgeeinrichtungen befinden sich folgende Objekte in der Projektierung:

| Folgeeinrichtung | Objekt |
|---|---|
| ein Friseurladen | 17 |
| ein Buchladen | 18 |
| ein Laden für Tagesbedarf | 13 |
| ein Kaufhaus für Industriewaren | 15 |
| eine Drogerie | 16 |
| eine Imbißstube | 20 |
| eine 20-Klassen-Schule | 3 |

Die Schule soll im Südgelände der Neustadt errichtet werden. Von der Abteilung Volksbildung des Rates des Bezirkes Cottbus erhielten wir den Auftrag zur Projektierung einer 20-Klassen-Schule, die in der Funktion als flurloses Klassentraktsystem entwickelt wird, mit dem Ziel, gegenüber der vom Ministerium für Volksbildung erlassenen Anweisung über maximal Kubikmeter umbauten Raum etwa 3000 m³ einzusparen.

Das Grundprojekt liegt nunmehr vor, nachdem die hierzu erforderlichen Zustimmungen seitens des Hauptarchitekten und der Abteilung Volksbildung des Rates des Bezirkes eingeholt wurden. Es wird bemerkt, daß die Auflage der obengenannten Einsparung im Grundprojekt erfüllt werden konnte.

Die Kollegen des Entwurfsbüros für Hochbau Finsterwalde zeigen bei der Lösung dieser Bauaufgaben ein großes Interesse. Es kann mit Überzeugung und Genugtuung vermerkt werden, daß die Jugendbrigade, die in der Hauptsache mit diesem Aufgabenkreis betraut ist, die Arbeiten mit Freude erledigt. Damit wächst ein Kollektiv heran, das in der künftigen Entwicklung zu noch größeren Leistungen für den Sozialismus befähigt sein wird.

## Typung von Ein- und Eineinhalbzimmerwohnungen im mehrgeschossigen Wohnungsbau

Architekt Ernst Altmann

Mit dem Bau von Ein- und Eineinhalbzimmerwohnungen sollen Kleinwohnungen geschaffen werden, die die vorhandenen Typenprojektreihen TW 58 und IW 58 vervollständigen. Hiermit wird nicht nur die ideale Einraumwohnung für alleinstehende ältere Personen geschaffen, sondern auch alleinstehenden werktätigen Menschen der entsprechende Wohnraum gegeben. Die Eineinhalbzimmerwohnung ist für zwei Personen geeignet und vorgesehen.

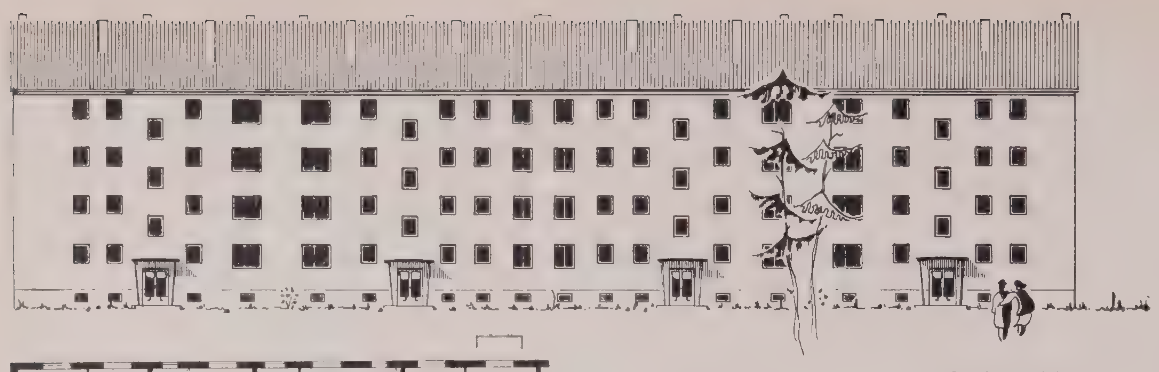
Mit der Vervollständigung der Typenprojektreihen TW 58 und IW 58 ist es möglich, auch einen kleineren Bedarf an diesen Wohnungen in das Wohnungsbauprogramm mit aufzunehmen und der Forderung nach Anwendung der von diesen Projektreihen verwendeten Typenbauelemente zu entsprechen. Durch die Anwendung gleicher Elemente ist die Einfügung der neu erarbeiteten Typensektionen in die bereits projektierten Baukörper des mehrgeschossigen Wohnungsbaus erreicht worden.

Entsprechend dem Bedarf, dessen Verhältnis Eineinhalbzimmerwohnung zur Einzimmerwohnung wie 1 : 3 ist, wurden eine Eineinhalb- und drei Einzimmerwohnungen in die bestehenden Sektionen B (Zweispänner mit Zweieinhalbzimmerwohnungen) der TW- und IW-Serien 1958 eingefügt. Die Anwendung der in diesen Typensektionen verwendeten Balkenlänge von 4,75 m bedingte eine Verwinkelung der Sektionstrennwand und somit ein Aneinanderfügen von zwei der geschaffenen Halbsektionen.

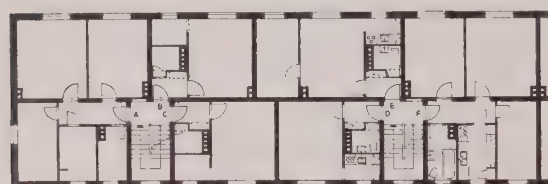
Die Wohnzimmer der vorgenannten Wohnungen weisen durchschnittlich eine Wohnfläche von 16 m² auf. Der Schlafraum der Eineinhalbzimmerwohnung mit einer Nutzfläche von etwa 10,7 m² läßt eine Möblierung mit zwei Normalbetten und einem großen Kleiderschrank zu. Bäder, Kochabteile und Flure sind in allen Wohnungen gleich, wodurch die Anwendung gleicher Elemente und Einbauteile gewährleistet ist.

Die Kochabteile werden grundsätzlich mit Einbaumöbeln ausgestattet, die eine maximale Raumausnutzung zulassen. Als Kochgelegenheit ist ein Zwei-Loch-Gaskocher beziehungsweise bei Nichtvorhandensein von Gas ein Zwei-Platten-Elektrokocher vorgesehen.

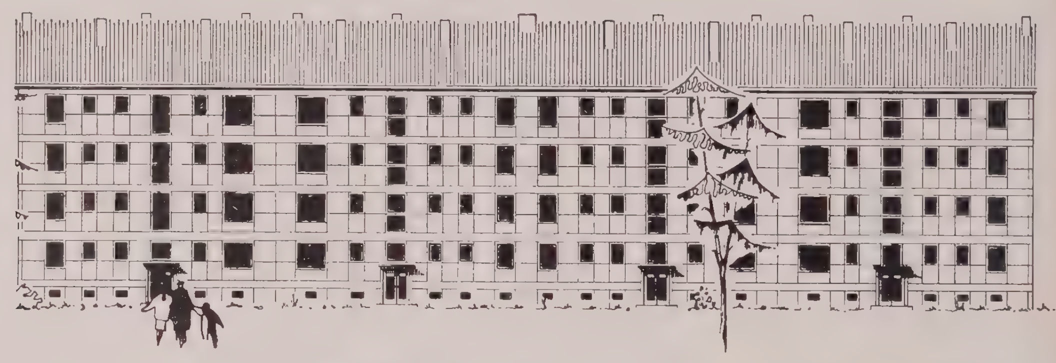
Weiterhin ist das Kochabteil mit einem einteiligen Spülbecken ausgestattet. Für die Warmwasserbereitung wird ein Gas-Durchlauferhitzer beziehungsweise ein Elektro-Heißwasserspeicher installiert, der jeweils Warmwasser für die Spüle und das Brausebad liefert. Über der als Unterschrank ausgebildeten Arbeitsfläche ist ein Hängeschrank vorgesehen. Die Kochabteile sind durch Kippflügelfenster direkt belüftbar. Die Innenbäder, die durch Gas- beziehungsweise Elektro-Heizgeräte beheizt werden, sind mit einem WC und



Straßenansicht von Typ TW 58, Serie L 1 — E 44, Mz
1 : 400



Grundriß von Typ TW 58, Serie L 1 — E 44, Mz
1 : 400



Straßenansicht von Wohnblock D 44
1 : 400



Grundriß von Wohnblock D 44
1 : 400

einem Waschtisch ausgestattet. Für die Bedienung der Handbrause wird im Bad eine zweite Armatur angebracht. Das Brausebad kann innerhalb des Bades durch einen Vorhang aus Kunststoff-Folie abgetrennt werden. Für die Elektro-Heißwasserspeicher und Heizgeräte sind Schaltuhren für die Benutzung von Nachtstrom vorgesehen. Die Entlüftungsrohre ermöglichen eine Entlüftung der Innenbäder.

Durch die zentrale Lage der Kochabteile und Innenbäder ist eine Anwendung der getypten Zählerschränke in den Treppenhäusern möglich. In den Fluren sind kleine Schrankeinbauten vorgesehen, deren untere Teile als Garderobe genutzt werden können und deren obere Teile Abstellmöglichkeiten bieten.

Sämtliche Ein- und Eineinhalbzimmerwohnungen werden durch Kachelöfen beheizt. Die Öfen in den Wohnräumen der Eineinhalbzimmerwohnungen sind so bemessen und angeordnet, daß mit ihnen eine angemessene Temperierung der Schlafräume möglich ist.

Um einen möglichst umfangreichen Bau der besprochenen Ein- und Eineinhalbzimmerwohnungen zu ermöglichen, werden sie zur Zeit in folgenden Kombinationen projektiert:

TW 58 Serie L 1

| | | | |
|---|---|---|---|
| E 22 | 4 | 2½-Zimmerwohnungen | Ausführung |
| | 2 | 1½-Zimmerwohnungen | in Mz, Hbl |
| | 6 | 1- Zimmerwohnungen | und Hlz |
| E 32 | 6 | 2½-Zimmerwohnungen | Ausführung |
| | 3 | 1½-Zimmerwohnungen | in Mz, Hbl |
| | 9 | 1- Zimmerwohnungen | und Hlz |
| E 34 | 12 | 2½-Zimmerwohnungen | Ausführung |
| | 6 | 1½-Zimmerwohnungen | in Mz, Hbl |
| | 18 | 1- Zimmerwohnungen | und Hlz |
| E 44 | 16 | 2½-Zimmerwohnungen | Ausführung |
| | 8 | 1½-Zimmerwohnungen | in Mz |
| | 24 | 1- Zimmerwohnungen | und Hlz |

IW 58 Serie L 4

| | | | |
|---|---|---|---|
| D 44 | 16 | 2½-Zimmerwohnungen | Ausführung |
| | 8 | 1½-Zimmerwohnungen | in Großblock- |
| | 24 | 1- Zimmerwohnungen | bauweise |

IW 58 Serie L 4 — D 44

| Wohnung | A = F - 2½ m² | B - 1 m² | C = D - 1 m² | E - 1½ m² |
|---|---|---|---|---|
| Wohnzimmer ... | 17,36 | 15,76 | 15,98 | 15,58 |
| Schlafzimmer ... | 15,14 | — | — | 10,69 |
| Kinderzimmer ... | 9,63 | — | — | — |
| Zimmerfläche ... | 42,13 | 15,76 | 15,98 | 26,27 |
| Küche ........ | 6,10 | 2,86 | 2,86 | 2,86 |
| Bad und WC ... | 4,44 | 2,29 | 2,29 | 2,29 |
| Flur und Abstellfläche .... | 6,06 | 2,64 | 2,64 | 2,64 |
| Wohnnebenfläche | 16,60 | 7,79 | 7,79 | 7,79 |
| Wohnfläche ..... | 58,73 | 23,55 | 23,77 | 34,06 |
| $K_1 = \frac{\text{Nebenfläche}}{\text{Zimmerfläche}}$ | 0,39 | 0,49 | 0,49 | 0,30 |

Bebaute Fläche 567,72 m²

TW 58 Serie L 1 — E 44

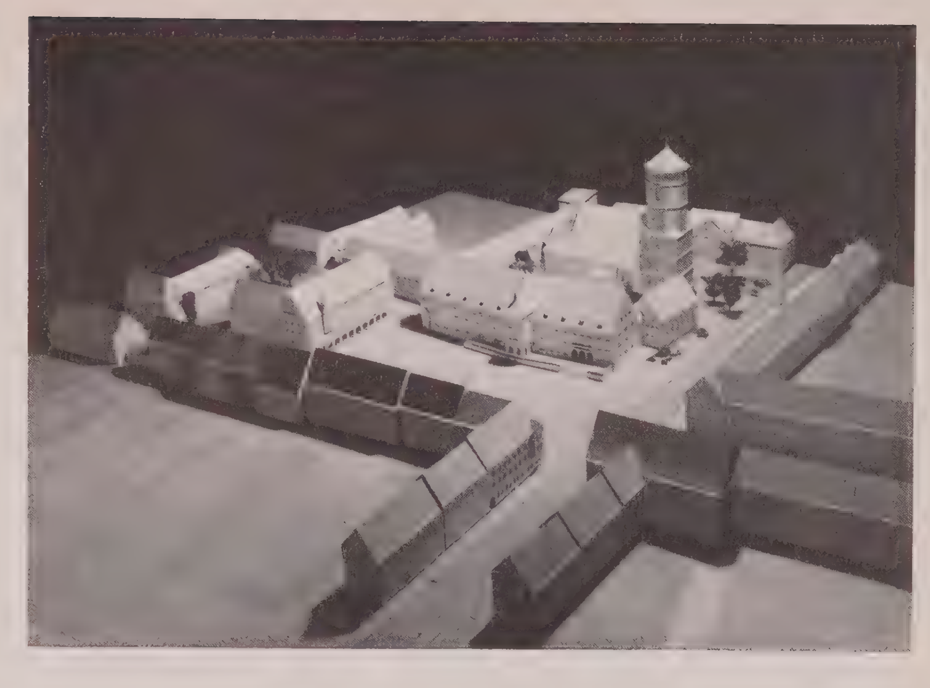
| Wohnung | A = F - 2½ m² | B - 1 m² | C = D - 1 m² | E - 1½ m² |
|---|---|---|---|---|
| Wohnzimmer ... | 17,89 | 16,20 | 16,39 | 16,12 |
| Schlafzimmer ... | 14,98 | — | — | 10,76 |
| Kinderzimmer ... | 10,19 | — | — | — |
| Zimmerfläche ... | 43,06 | 16,20 | 16,39 | 26,88 |
| Küche ......... | 6,69 | 3,04 | 3,04 | 3,04 |
| Bad und WC ... | 4,78 | 2,39 | 2,39 | 2,39 |
| Flur und Abstellfläche .... | 4,90 | 2,76 | 2,76 | 2,76 |
| Wohnnebenfläche | 16,37 | 8,19 | 8,19 | 8,19 |
| Wohnfläche ..... | 59,43 | 24,39 | 24,58 | 35,07 |
| $K_1 = \frac{\text{Nebenfläche}}{\text{Zimmerfläche}}$ | 0,38 | 0,51 | 0,51 | 0,31 |

Bebaute Fläche 604,30 m²

Weiterhin besteht die Möglichkeit, die Halbsektionen im Zuge der örtlichen Anpassung auch mit anderen Sektionen aus den Typenreihen TW 58 und IW 58 zu koppeln.

Für Typenprojekte für Ein- und Eineinhalbzimmerwohnungen als Appartement- und Ledigenwohnhäuser im Mittelgang- oder Laubengangprinzip wurden Grundkonzeptionen erarbeitet; eine Typenprojektierung jedoch vorerst noch nicht in Angriff genommen.

# Wiederaufbau der Innenstadt Eilenburg*



Entwurfsbüro für Hochbau II Leipzig

Architektengruppe Komplexe Projektierung:

Chefarchitekt K.-H. Sommer, Dipl.-Ing. P.-G. van Norden, Architekt Ing. W. Becker, Dipl.-Ing. G. Walther

Die Arbeit, die praktisch bei der Lösung des städtebaulichen Problems einer Stadt zu leisten ist, setzt sich bekanntlich aus vielen Einzelstudien, Feststellungen, Berechnungen, Verhandlungen und Überlegungen zusammen, die wiederum ihren Niederschlag in sehr vielen Einzelzeichnungen, Erläuterungen und Übersichtsplänen finden, so daß hier nur das Wesentliche des Ergebnisses der städtebaulichen Planung dargelegt werden kann.

Das komplexe Projekt für den Wiederaufbau der Innenstadt Eilenburg enthält die Klärung sämtlicher erforderlichen baulichen Maßnahmen für Hochbauten, Verkehrsanlagen, Grünanlagen, den unterirdischen Raum, und zwar hinsichtlich

- der Kapazität,
- des funktionellen Ablaufes,
- der Gestaltung,
- der Wirtschaftlichkeit,
- der Bauweise.

Weiterhin waren Gegenstand der Bearbeitung: Ermittlung der für die verschiedenen Maßnahmen aufzuwendenden Kosten und Festlegung der abschnittweisen Durchführung der verschiedenen Bauvorhaben, die sich über den Zeitraum mehrerer Jahre erstrecken wird, einschließlich der jeweils dafür erforderlichen Geldmittel.

Die Stadt Eilenburg hat etwa 20 000 Einwohner und ist durch Kriegseinwirkung im Stadtkern weitgehend zerstört. An bemerkenswerten und denkmalpflegerisch wichtigen Bauten sind lediglich das Rathaus, das nach dem Krieg wiederaufgebaut wurde, sowie die Kirche erhalten geblieben.

Die komplexe Projektierung für den Bereich der Innenstadt sichert deren Wiederaufbau in der organisch-harmonischen Form, die sich aus dem Bedürfnis der Bevölkerung ergibt, wobei die politischen, verkehrstechnischen, wirtschaftspolitischen und verwaltungstechnischen Belange sinnvoll in die soziale und künstlerische Natur eingeordnet wurden.

Es ist beabsichtigt und notwendig, die Projektierung durch eine spätere Untersuchung auf das gesamte Stadtgebiet innerhalb des Stadtringes auszudehnen, da im Zuge der Verkehrssanierung auch weitgehende bauliche Eingriffe entlang des Ringes notwendig werden. Der Hauptverkehr soll später nicht mehr durch die Leipziger beziehungsweise Torgauer Straße geführt, sondern um die Innenstadt herumgeleitet werden. Zu diesem Zweck ist der Ausbau einer neun Meter breiten Verkehrsstraße rund um das Innenstadtgebiet geplant. Anzustreben wäre, diese Straße auf zwölf Meter zu verbreitern, um dem zu erwartenden Anwachsen des Verkehrs zu begegnen. Trotzdem bleibt die Ost-West-Straße (Leipziger Straße, Torgauer Straße) eine wichtige Verkehrsader. Dem Kreuzungspunkt dieser Straße mit dem nord-südlichen Straßenzug Rinckartstraße, Bernhardistraße ist am Stalinplatz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Für die Gestaltung der Baukörper im zentralen Bezirk war das Anknüpfen an die Überlieferung der Stadt maßgebend, und zwar an das, was im Wandel der Zeiten unwandelbar bleibt und den Geist dessen ausmacht, was man als heimatliche Überlieferung empfindet. Das Dach — seine Behandlung —, das Material, der Charakter von Fenster und Tür sind dabei von Bedeutung.



Rathaus nach der Zerstörung im zweiten Weltkrieg

* Wir veröffentlichen diesen Beitrag mit der Absicht, eine Diskussion über den Wiederaufbau von Stadtzentren einzuleiten. Im nachfolgenden Artikel werden nach unserer Meinung die grundlegenden Methoden der Industrialisierung und die damit verbundene Typenprojektierung nicht genügend angewandt. Wir bitten die Kollegen um ihre Stellungnahme.

Die Redaktion

Für die innerstädtische Bebauung sind fast ausschließlich dreigeschossige Bauten vorgesehen, die im Zuge des Geländegefälles gestaffelt und aus maßstäblichen Gründen bewußt als Einzelbaukörper behandelt wurden. Lediglich entlang der Ringstraße ist an bestimmten Punkten eine viergeschossige Bebauung vorgesehen, wie dies im Bereich der jetzigen Planung bereits in der Kleinen Mauerstraße geschehen ist.

Die Bauflächen am Stalinplatz sind im wesentlichen auch für den kommenden Wohnungsbau vorgesehen, wobei die Gebäude mit Läden, einer Apotheke und Räumen für die Deutsche Bauern-Bank geplant sind.

Die besondere Bedeutung, die dem Stalinplatz als politischem Zentrum der Stadt zukommt, war bei der Planung des Platzraumes zum Ausdruck zu bringen. Ausgangspunkt war das vorhandene, nach dem Krieg dreigeschossig wiederaufgebaute und unter Denkmalschutz stehende Rathaus.

Neben diesem vorhandenen, den Stalinplatz beherrschenden Rathausbaukörper ist die Errichtung eines Hauses der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, eines Kreistagsgebäudes sowie eines Hotels vorgesehen.

Nach vielen Untersuchungen, Modellversuchen und Einschaltung des Instituts für Denkmalpflege Dresden wurde bei Wahrung des typischen Maßstabes der Altstadt die entsprechend würdige, der Bedeutung des Stalinplatzes angepaßte städtebauliche und architektonische Lösung gefunden.

Das Haus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ist mit dem vorhandenen Rathaus zu einer geschlossenen, außerordentlich wirkungsvollen Baugruppe verbunden worden. Hervorzuheben ist hierbei die architektonische Bedeutung des im Gelenkpunkt der Baumasse vorgesehenen Turmes. Es ist daran gedacht, in dem arkadenförmig aufgelösten Erdgeschoß des Turmes eine Gedenkstätte oder ein Ehrenmal zu errichten. Der niedrig gehaltene Einbau in der Rinckartstraße leitet maßstäblich zu der dortigen Bebauung über. Durch eine Mauer mit Torbogen zwischen Anbau und Kirche entstehen sehr schöne Raumwirkungen.

Das Kreistagsgebäude, das zusammen mit dem Rathaus und dem Haus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands den würdigen Rahmen des Stalinplatzes bildet, wird an der Platzseite durch großzügige, über die Gesamtlänge des Gebäudes angeordnete Arkaden entsprechend repräsentativ gestaltet.

Die Platzfläche des Stalinplatzes wird zur Unterstützung der maßstäblichen Verhältnisse mit gemischtem Platten- und Kleinpflasterbelag mosaikartig gegliedert. In der Verlängerung der August-Fritzsche-Straße befindet sich hinter dem Kreistagsgebäude ein öffentlicher Parkplatz, da der Stalinplatz grundsätzlich von jedem Fahr- und Parkverkehr frei gehalten werden soll. An der Leipziger Straße Ecke Rinckartstraße soll ein Hotelrestaurant mit etwa 35 Betten errichtet werden, das städtebaulich in der vorgeschlagenen Form von großer Bedeutung ist. Der Giebel mit den Arkaden begrenzt den Blick in drei Richtungen: von der Rinckartstraße her in Richtung Bernhardistraße, aus dieser in umgekehrter Richtung und von der Torgauer Straße her in Richtung Leipziger Straße. Die letztere Blickrichtung ist für das Raumerlebnis des Stalinplatzes besonders wichtig (Überschneidung der Fronten, Bank, Hotel und anschließendes Wohngebäude). Das Hotel erhält im Erdgeschoß ein großes Restaurant und ein Musikcafé, das im Stadtkern sehr günstig gelegen ist.

Für den Wohnungsbau sind die entsprechenden Typen vorgesehen beziehungsweise ist bei den Lückenbebauungen soweit wie möglich in Anlehnung an die Typen geplant worden. Entsprechend den Wünschen der maßgebenden Stellen wurden im Plangebiet Wohnungen mit ein, zwei, zweieinhalb, zweizweihalb, drei und dreieinhalb Zimmer mit Küche und Bad vorgesehen. Der Durchschnitt liegt bei 2,35 Zimmern pro Wohnung. Die mittleren Baukosten für eine Wohnung im zentralen Bezirk liegen bei etwa 26000 DM. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der breiten Verkehrsstraße rund um das Innenstadtgebiet werden nach Möglichkeit nur noch neue Typen zur Anwendung kommen, so daß die durchschnittlichen Baukosten pro Wohnung auf 22000 DM gesenkt werden können.

Mit der Neuanlage des Nord- und Südringes ist die Anlage neuer Grünflächen als luftbringendes, hygienisches Element der Stadt verbunden, die als ein Aderwerk in möglichst zusammenhängendem Durchfluß die Wohnkomplexe beleben, von Luft durchfluten lassen und innerhalb der Gesamtfunktion eine bedeutende Rolle spielen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß, obwohl einige unerhebliche Fragen nicht geklärt sind, auf der festen Grundlage gewissenhaftester Studien eine real konstruierte Stadtbebauung entworfen wurde, deren Durchführung in jeder Beziehung gewährleistet ist.

Sommer



Gesamtlageplan 1 : 2500




Lageplan der Bebauung zwischen Leipziger Straße—Rinckartstraße im Anschluß an das vorhandene Neubaugebiet 1 : 800

1 Wohnhaus mit Ladeneinbauten — 2 Wohnhaus mit Apotheke und Nebenräumen — 3 Fußgänger-Passage — 4 Privater Neubau mit Fleischerei (im Erdgeschoß vorhanden) — 5 Wohngebäude im Anschluß an vorhandene Bebauung — 6 Garagen und Waschhäuser

Ansicht der Bebauung um die Nikolaikirche von der Rinckartstraße aus 1 : 800



Lageplan der Bebauung zwischen Rinckartstraße—Stalinplatz und August-Fritzsche-Straße 1 : 800

TORGAUER STRASSE

STALINPLATZ

P

AUGUST FRITZSCHE STRASSE

NICOLAIPLATZ

1 Vorhandene Nikolaikirche — 2 Haus der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands — 3 Vorhandenes Rathaus — 4 Kreistagsgebäude — 5 Wohnbebauung zur Schließung vorhandener Baulücken

Ansicht der Bebauung zwischen Bernhardistraße—Kleine Mauerstraße und Hirschgasse von der Torgauer Straße aus 1 : 800





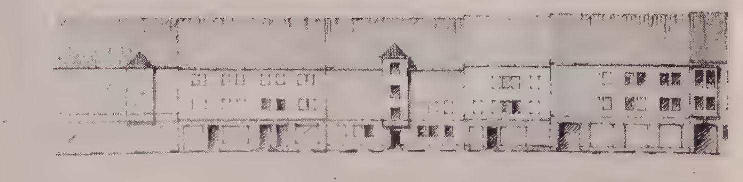
GROSSE MAUERSTRASSE

BERNHARDI STRASSE

LEIPZIGER STRASSE

**Lageplan der Bebauung zwischen Leipziger Straße—Bernhardistraße und Große Mauerstraße 1 : 800**

1 Hotel-Restaurant mit zugehörigen Nebenräumen — 2 Typen-Wohnhaus — 3 Typen-Wohnhaus — 4 Fußgänger-Passage — 5 Geplanter, privater Neubau mit Bäckereiladen — 6 Vorhandenes Bäckereigebäude mit Brandmauer zur Großen Mauerstraße — 7 Eckbebauung mit einhüftiger Verbauung der Brandmauer Haus 5 — 8 Hofeinfahrt — 9 Wohnbebauung am vorhandenen Baublock — 10 Garagen — 11 Wohnhaus mit Ladeneinbauten — 12 Geplantes Kino mit Kulturhaus



Ansicht der Bebauung zwischen Rinckartstraße—Stalinplatz und August-Fritzsche-Straße von der Torgauer Straße aus 1 : 800

Lageplan der Bebauung zwischen Bernhardistraße—Kleine Mauerstraße—Hirschgasse und Torgauer Straße 1 : 800

1 Wohngebäude mit Imbißstube — 2 Wohngebäude mit Bank — 3 Fußgänger-Passage — 4 Typen-Wohnungsbau — 5 Individuelle Ecklösung — 6 Wohnbau mit Hofeinfahrt — 7 Wohnungsbau mit Läden — 8 Garagen und Waschhäuser




Ansicht der Bebauung in der Leipziger Straße von der Rinckartstraße aus 1 : 800



# Wohnungsbau Guben

Architekt BDA Werner Bärwolf

Entwurfsbüro für Hochbau Cottbus



Blick auf den Wohnkomplex Helmut-Just-Straße

In der Geburtsstadt unseres Präsidenten Wilhelm Pieck wurden in den Jahren 1950 bis 1958 erhebliche Investitionsmittel zur Beseitigung der durch den zweiten Weltkrieg entstandenen Wohnraumnot durch unseren Arbeiter-und-Bauern-Staat bereitgestellt.

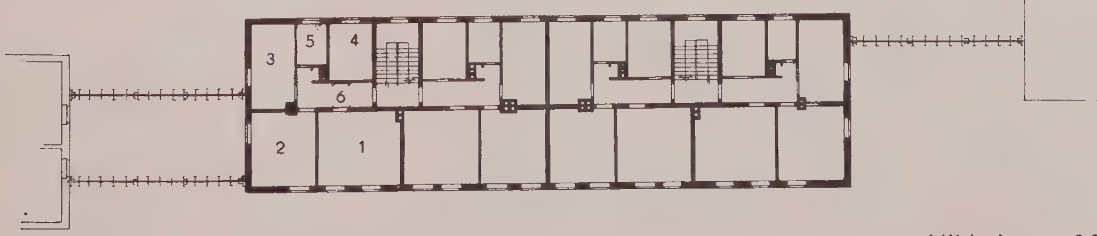
Zwischen dem Altstadtteil Gubens westlich der Neiße und dem Niederungsgebiet des Schwarzen Fließes entstand ein neues komplexes Wohngebiet mit einem neuen Zentrum. Diese Entwicklung wurde bereits mit den ersten Wohnbauten in den Jahren 1950 bis 1951 begonnen. Der Gesamtumfang dieses neuen Komplexes wird etwa 1000 Wohnungseinheiten umfassen. Die darüber hinausgehende bauliche Entwicklung wird dann jenseits der Niederung auf dem 15 m höher gelegenen Gebiet des Ortsteiles „Sprucke" erfolgen.

Die Niederung soll zu einem Sport- und Erholungszentrum umgestaltet werden. Die Pestalozzistraße und die Sprucker Straße in Ost-West-Richtung und die neu angelegte Karl-Marx-Straße in Nord-Süd-Richtung sind als Verkehrsstraßen zu werten. In den Jahren 1950 bis 1951 wurden die vorhandenen Ruinengrundstücke in diesem Gebiet ausgebaut. In den nachfolgenden Jahren wurden für die Projektierung der Wohnungen nur noch die Typen des Instituts für Typung zugrunde gelegt. So entstanden in den Jahren 1950 bis 1957 in diesem Stadtteil 450 Wohnungseinheiten in drei- und viergeschossiger Bebauung. Entsprechend dem Wunsche der Bevölkerung wurden Eineinhalb-, Zwei-, Zweieinhalb- und Dreieinhalbzimmerwohnungen gebaut. Zur Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs wurden im Rahmen dieses Bauprogrammes folgende Ladeneinheiten geschaffen: je eine Verkaufsstelle für Lebensmittel, Fleisch, Obst und Gemüse, Fisch, Tabak und Spirituosen, Schuhe, Musik- und Schreibwaren sowie Sportartikel. Weiter wurde in einem Block an der Karl-Marx-Straße eine Apotheke eingebaut. Eine 10-Klassen-Schule sowie ein repräsentatives Filmtheater mit 630 Plätzen wurden ebenfalls in diesem Bereich geschaffen. Die Läden des überörtlichen Bedarfs sind am künftigen Zentralen Platz vorgesehen, ebenso die Gebäude für die öffentlichen und kulturellen Institutionen.

Im Jahre 1954 wurde die erste Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft gegründet, die in den ersten Jahren Reihenhäuser nach




Blick auf einen Wohnblock in der Helmut-Just-Straße

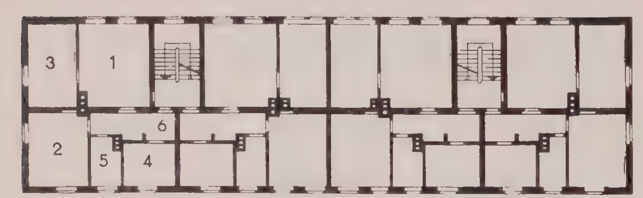



Grundriß Erdgeschoß 1 : 400

1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Küche — 5 Bad und WC — 6 Flur



Blick auf den Wohnblock in der Sprucker Straße




Wohnungsbau Sprucker Straße, Block 3 und 4

Grundriß Erdgeschoß 1 : 400

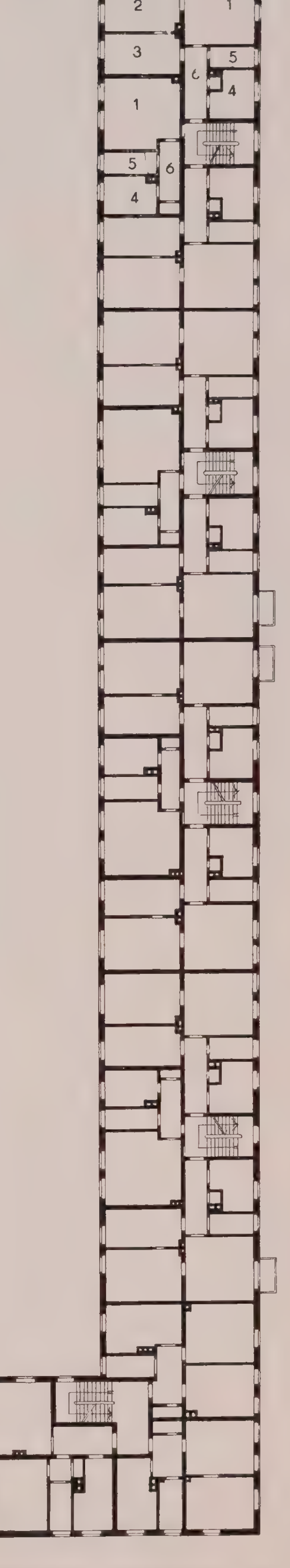
1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Küche — 5 Bad und WC — 6 Flur

dem damals sogenannten Typ AR 33 baute. Heute bestehen im Kreisgebiet Guben bereits drei Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften, die ebenfalls nach den Typen des Instituts für Typung ihre Wohnungen bauen. Der ausgewiesene Standort für die einzelnen AWG liegt auch in diesem Stadtteil.

Bei der Errichtung der einzelnen Blocks mußte die Ziegelbauweise Anwendung finden, da die noch nicht ausreichende Mechanisierung des örtlichen Baubetriebes noch keine anderen Bauweisen zuläßt. Mit der Gestaltung der einzelnen Wohnblocks wurde ein harmonisches Gesamtbild erreicht. Die geputzten Fassaden wurden zur Belebung und weiteren Betonung teilweise mit Balkons oder Fenstertüren mit kunstschmiedeeisernen Gittern versehen. Die Dächer sind als Walmdächer ausgeführt und mit Dachziegelsteinen eingedeckt. Die Bindung der einzelnen Blocks wurde durch Pergolas beziehungsweise Verbindungsglieder massiv hergestellt. Die vorhandenen Grünanlagen sollen im Jahre 1958 noch erweitert werden, so daß die einzelnen Baukörper mit den Grünanlagen ein gutes städtebauliches Gesamtbild ergeben.



Blick auf den Wohnblock in der Karl-Marx-Straße



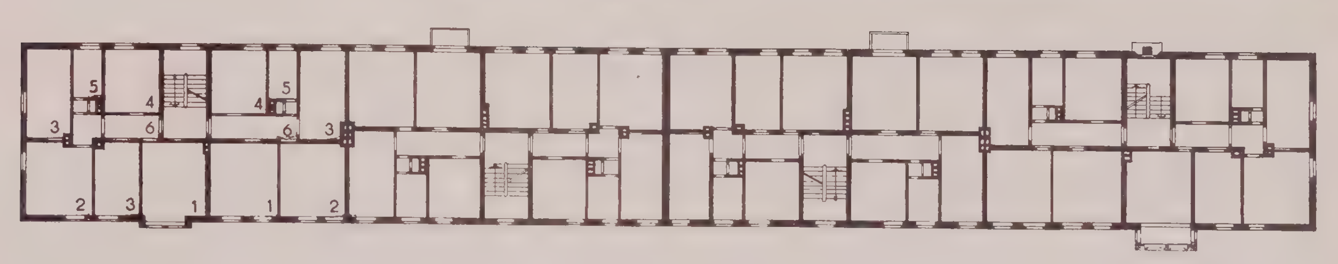

Wohnungsbau Karl-Marx-Straße, Block 5

Grundriß Erdgeschoß 1 : 400

1 Wohnzimmer — 2 Schlafzimmer — 3 Kinderzimmer — 4 Küche — 5 Bad und WC — 6 Flur



Blick auf den Wohnblock in der Friedrich-Engels-Straße




Grundriß Erdgeschoß 1 : 400

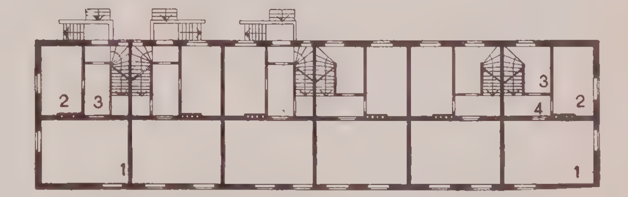
1 Wohnzimmer 16,63 m² — 2 Schlafzimmer 15,60 m² — 3 Kinderzimmer 11,72 m² — 4 Küche 10,15 m² — 5 Bad und WC 4,09 m² — 6 Flur 6,90 m²

Bei der Ausführungsart ging man davon aus, die Wohnungen ständig zu verbessern, um dem steigenden Lebensstandard unserer Bevölkerung auch in bezug auf Wohnraum gerecht zu werden. Diese Verbesserungen durften aber nicht zu einer Erhöhung der Kosten der Wohnungseinheiten führen. Entsprechend der Forderung des 33. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands werden auch in der Stadt Guben ab 1958/59 die Baukosten je Wohnung 22000 DM nicht übersteigen.

Der ausgewiesene Standort für diesen neuen Stadtteil befindet sich auf rein landwirtschaftlich genutztem Gelände. Zur Errichtung der Wohnblocks und der Nachfolgeeinrichtungen mußten neue Straßen angelegt und Versorgungsleitungen geschaffen werden. Für die Aufschließung dieses Geländes stellte unsere Regierung beträchtliche Mittel zu Verfügung.

Zur Senkung der Baukosten für die Wohnungseinheit wurden in der Stadt Guben umfangreiche Solidaritätsleistungen im Rahmen des Nationalen Aufbauwerks durch die Bevölkerung vollbracht. Zur Schaffung von zusätzlichem Wohnraum sollen im zweiten Fünfjahrplan in den Jahren 1957 bis 1960 im Nationalen Aufbauwerk 16 Wohnungseinheiten mit je Zweieinhalbzimmern geschaffen werden.

Unter Mithilfe der gesamten Bevölkerung wird auch in der Stadt Guben versucht, die heute noch bestehende Wohnraumnot so schnell wie möglich zu beheben, um so den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik verwirklichen zu helfen.




Grundriß 1 : 400

Links Erdgeschoß: 1 Wohnzimmer 17,72 m² — 2 Küche 9,17 m² — 3 Diele 4,08 m²

Rechts Obergeschoß: 1 Schlafzimmer 17,97 m² — 2 Kinderzimmer 9,17 m² — 3 Bad und WC — 4 Flur



Blick auf den Wohnblock in der Gubener Wolle

# Der sozialistische Wohnkomplex als Architektur

Dipl.-Ing. Hans Schmidt

Der Wohnkomplex ist — was bei dieser Gelegenheit freundschaftlich in Erinnerung gerufen sei — ein Kind des sozialistischen Städtebaus der Sowjetunion. Ursprünglich bezeichnete das russische Wort Wohn-,,Quartal" allerdings nichts anderes als das von vier Straßen umschlossene Häusergeviert, das die Grundeinheit der im strengen Schachbrettsystem angelegten ehemaligen russischen Provinzstädte bildete. Mit der Entwicklung der Theorie und Praxis des sowjetischen Städtebaus wurde der Begriff des ,,Quartals" zur Bezeichnung einer größeren städtebaulichen Einheit, die außer den Wohnungsgebäuden auch die dazugehörigen gesellschaftlichen Einrichtungen und Bauten umfaßt und so unserem Begriff Komplex entspricht. Der westliche Städtebau übernahm den ihm bis dahin unbekannten Begriff des Wohnkomplexes erstmalig in den Jahren nach 1930, verwandelte ihn dabei jedoch praktisch in sein Gegenteil, indem er daraus die auf eine Auflösung der politisch unerwünschten Großstadt zielende ,,Nachbarschafts-Einheit" machte.

Zur ursprünglichen Bestimmung des Wohnkomplexes als funktionelle Einheit ist inzwischen von der Seite der Industrialisierung des Bauens die Forderung getreten, daß er auch für die Baudurchführung als Einheit zu behandeln sei. So sprechen die Thesen der 33. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands davon, daß ,,der Aufbau eines Wohnkomplexes in einheitlicher industrieller Bauweise und einheitlicher Bautechnologie erfolgen" solle. Auf die architektonische und städtebauliche Bedeutung der Aufgabe wird hingewiesen, wenn es weiter heißt, die Gebäude sollen so zueinander in Beziehung stehen, ,,daß das Zusammengehörigkeitsgefühl und das gesellschaftliche Leben der Bevölkerung gefördert werden", und daß ,,die Wohnkomplexe sich harmonisch in das Gesamtgefüge der Stadt einordnen sollen".

Man geht nicht zu weit, wenn man den Wohnkomplex als eine der zentralen Aufgaben der sozialistischen Architektur bezeichnet. Heute sind — fußend auf den Arbeiten der sowjetischen Städtebauer — die funktionellen Fragen auch bei uns schon weitgehend durchgearbeitet worden (vergleiche Dipl.-Ing. Kurt Junghanns, Der Wohnkomplex als Planungselement im Städtebau, Berlin 1954). Neu stellt sich die organisatorische und technologische Ausführung des Wohnkomplexes als Aufgabe des komplexen Bauens. Erst recht aber bildet die Zusammenfassung aller dieser Gegebenheiten zur Architektur, zum Element der Stadt ein Stück Neuland. Noch beim Plan von Stalinstadt bildet der Wohnkomplex nicht die städtebauliche Einheit. Den bewußten Aufbau des Stadtorganismus aus den Wohnkomplexen zeigt erst das Projekt für die neue Stadt Hoyerswerda. Beim Wettbewerb Fennpfuhl ist die Kernfrage der Bildung von Wohnkomplexen bei fast allen Projekten zugunsten formaler Versuche bei der Aufstellung der Blöcke verwischt worden. Beim Projekt von E. May bleibt das bestechende Spiel der verschieden hohen Baublöcke ohne Beziehung zum funktionellen Sinn der Wohnkomplexe, deren zentrale Einrichtungen — Einkauf, Klub beziehungsweise Gaststätte — irgendwo im Grünen verstreut liegen. Am klarsten sind wohl die Wohnkomplexe mit ihren Zentren beim angekauften Projekt von Kurt Leucht herausgearbeitet, wobei diese Zentren allerdings noch so liegen, daß die einkaufende Hausfrau Wege zurückzulegen hat, die bis zu 350 m betragen.

Die Unsicherheit, mit der wir noch an die Frage des Wohnkomplexes herangehen, kommt natürlich nicht von ungefähr. Im Wohnkomplex kommt das kollektive Wesen, das Gemeinsame und Verbindende der menschlichen Siedlung zum Ausdruck. Wir finden dieses Wesen im ganzen vorkapitalistischen Städtebau als natürlichen Ausdruck der Tatsache, daß das Dorf und die Stadt als ökonomische und bauliche Leistung von den Bewohnern gemeinsam und für sich selbst vollbracht wurden. Der Markt, auf dem die Straßen zusammenlaufen, der Kirchplatz, die Stadttore und der gemeinsame Abschluß gegen die freie Landschaft bilden die Elemente, die selbst aus der bescheidenen märkischen Landstadt ein übersehbares, wohnliches Ganzes machen. Gerade das aber hat die hinter uns liegende kapitalistische Epoche des Städtebaus radikal beseitigt. Nicht etwa damit, daß sie Stadttore und Marktplätze als unzweckmäßig erklärte, sondern dadurch, daß sie das Bauland und die Wohnung zu Objekten der unerbittlichen Profitwirtschaft machte, bei der die Beziehungen des einzelnen zum Ganzen sich darin erschöpfen, daß der einzelne eine Wohnung mietet, ein Einfamilienhäuschen oder ein Villengrundstück kauft. Die Stadtpläne haben keinen anderen Sinn, als möglichst viel von der Ware Wohnung oder Bauland auf den Markt zu bringen. Wenn es hoch kommt, wird wie beim Blumenhändler ,,ein bißchen Grün beigegeben". Gewiß hat auch der kapitalistische Städtebau seither nicht zu unterschätzende Fortschritte in der Verbesserung der Ware gemacht, indem man die geschlossene Bauweise beseitigt, für Grünanlagen, Kindergärten und ,,Shopping Centres" gesorgt hat. Da sich aber an der ökonomischen Grundlage nichts geändert hat, bleibt das Wesen der Sache dasselbe. Alle die bekannten Versuche, mit gemischten Bauhöhen, Hochhausdominanten und schräg gestellten Baukörpern für Belebung und Abwechslung zu sorgen, bleiben im Formalen stecken, ohne das Wesen der Sache zu treffen. Bei der Sache aber geht es darum, daß die ,,Polis" — die Stadt als kollektive, ,,politische" Einheit der Bewohner — durch den Kapitalismus, konkret gesagt durch die kapitalistische Warenwirtschaft, vernichtet wird, indem sich die Bewohner, um den Ausdruck eines schwedischen Fachmannes zu gebrauchen, in eine ,,in egozentrische Atome aufgelöste Menschenmasse" verwandeln. Darüber können keine Architektenkunststücke hinweghelfen.

Der sozialistische Wohnkomplex ist also etwas Neues. Er ist selbst dann etwas Neues, wenn die Wohnungsgrundrisse, der Selbstbedienungsladen und der Ruheraum in der Kinderkrippe nicht anders aussehen als bei den Kapitalisten, oder wenn die Architekten die Häuser nicht schräg aufstellen dürfen, weil die Kranführung dies nicht erlaubt, oder durchweg viergeschossig gebaut wird, weil sich dies als die billigste Bauweise erwiesen hat.

Darin liegt nämlich nicht das Wesentliche. Das Wesentliche liegt darin, daß der Wohnkomplex als eine Einheit, ein Ganzes erdacht, gebaut und bewohnt werden soll. Diese Einheit ist aber mehr als nur eine Summe von Wohnblöcken und gesellschaftlichen Bauten. Es stellt sich die Aufgabe, die verschiedenen Bauten so zusammenzuordnen, daß sie eine räumliche Einheit bilden, bei der alle Teile in einem bewußten und vom Bewohner empfundenen Zusammenhang zueinander stehen.

So verstanden, wird der Wohnkomplex zu einer Architektur im selben Sinne, in dem — wenn auch mit anderen Mitteln — das märkische Städtchen eine Architektur geworden ist. Dabei braucht man nicht nur an das märkische Städtchen zu denken. In der langen Geschichte des Städtebaus, die bis in die Gruppenbildungen der ersten steinzeitlichen Siedlungen zurückreicht, bildet die Zusammenfassung zum Komplex als Ausdruck der gesellschaftlichen Zusammengehörigkeit das in unendlichen Variationen behandelte und zu einer immer bewußteren Form gesteigerte Thema. Was in der mittelalterlichen Stadt noch als ,,malerische" Zufälligkeit erscheint, wird in der Stadtbaukunst der Renaissance und des Barocks zur geometrisch strengen Komposition. Im Wandel der architektonischen Form, der sich dabei vollzieht, spiegelt sich die Entwicklung von der Stadt der handwerklich-zünftischen Produktion zur Stadt der Manufakturproduktion wider. Größe und Einheit der jetzt entstehenden Komplexe werden zum Ausdruck wachsender Produktivkräfte und veränderter Produktionsverhältnisse. Am Ende dieser Entwicklung steht Weinbrenners Entwurf für den Ausbau der Schloßstraße in Karlsruhe (1797),

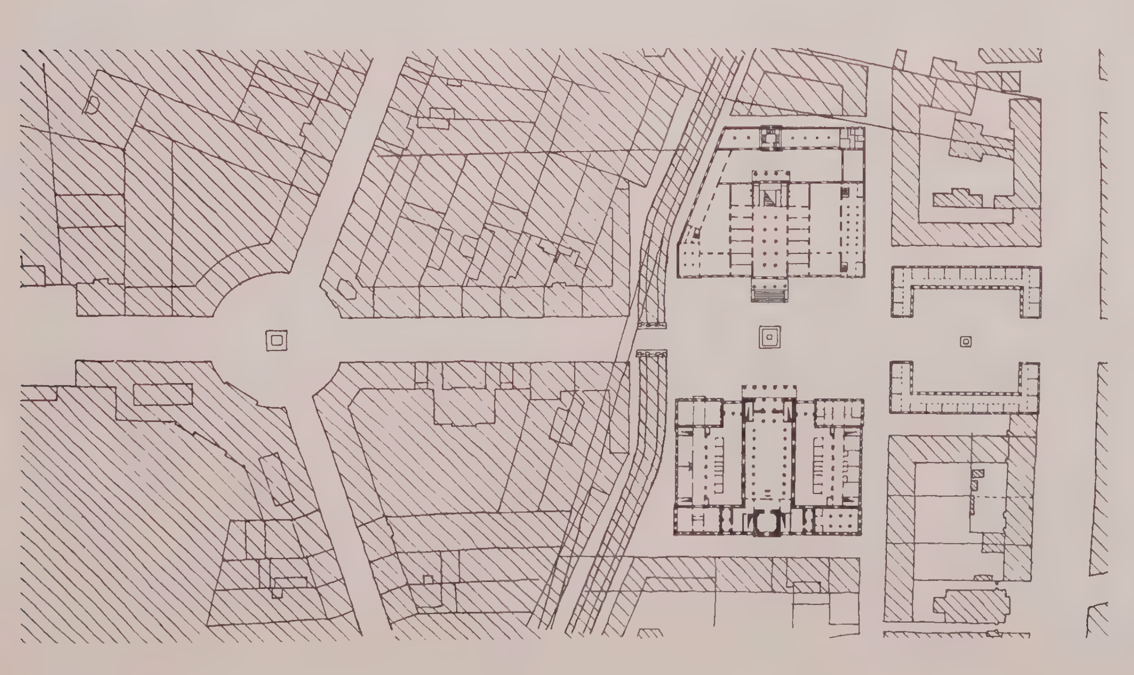
die mit Rathaus, Stadtkirche und einem von „Boutiquen für Fabrikanten und Handwerker" umschlossenen Marktplatz das Herz der etwa 4000 Einwohner zählenden Residenzstadt bildete.

Entscheidend sind für den Wohnkomplex — wenn er im Sinne unserer Forderung zur Architektur werden soll — seine funktionelle und räumliche Einheit. Wenn wir daran denken, daß ein Wohnkomplex im heutigen Begriff an Zahl der Einwohner und Flächenausdehnung einer früheren Stadt gleichkommt, so leuchtet ein, daß schon die einfachsten Formen des öffentlichen Lebens seiner Bewohner — der Einkauf, der Besuch der Gaststätte, der Abend im Klub — zur Bildung eines bescheidenen Zentrums führen müssen. Die gesellschaftliche Funktion, die früher der Dorfplatz, die antike Agora, der ehemalige Marktplatz erfüllt hatten und die in den Einkaufsstraßen der Wohnquartiere aus dem 19. Jahrhundert auf einen kommerziellen Rest zurückgedrängt wurde, wird damit zum organisierenden Faktor. Soll das bedeuten, daß das Zentrum des Wohnkomplexes eine zentrale Lage erhalten muß? Eigentlich müßte dies mit Rücksicht auf den Einkaufsweg der Hausfrau, der 200 bis 250 m nicht überschreiten sollte, so sein. Die Lage am Eingang zum Wohnkomplex, in Verbindung mit der Haltestelle des öffentlichen Verkehrsmittels, wie sie gewöhnlich für die „shopping-centres" im Siedlungsbau des Westens gefordert wird, hat demgegenüber den Nachteil der großen Entfernung für die entlegeneren Teile des Komplexes. Dabei sollte man allerdings das richtige Prinzip übernehmen, daß das Einkaufszentrum in kürzester Verbindung zur Haltestelle des öffentlichen Verkehrsmittels steht, da der Einkauf oft mit dem Heimweg von der Arbeit verbunden wird. Der Wohnkomplex muß also schon aus funktionellen Überlegungen eine Art Zentrum bekommen. Wenn wir dabei vom täglichen Einkauf ausgegangen sind, so braucht man darin nichts Banales zu sehen. Die Agora, der Markt waren ebensosehr die Stätte des täglichen Handels wie der Sitz des Rathauses und anderer gesellschaftlicher Bauten. Damit ist für uns allerdings die Analogie mit dem früheren Marktplatz zu Ende. Architektonisch-räumlich müssen wir die Sache von Neuem beginnen. Das Grundelement unseres Wohnkomplexes ist nicht mehr die einfache Reihung von höchstens dreigeschossigen Häusern und der daraus

Milet 1 : 20000




Drei Wohnquartiere um ein Zentrum gruppiert
Starker Kontrast der flachgebauten Wohnhäuser zu den öffentlichen Bauten, die in Beziehung zu den Meeresbuchten gebracht sind



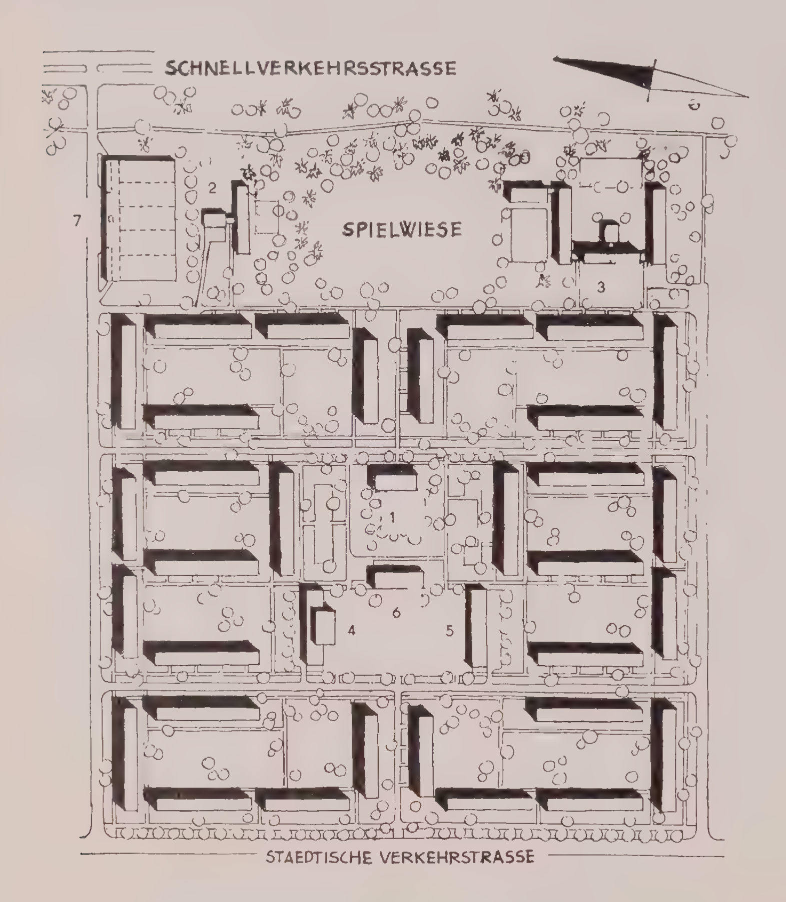
Karlsruhe, Ausschnitt aus dem Entwurf der Schloßstraße von Weinbrenner (1797)
1 : 3000

Von Interesse ist der Marktplaz mit den „Boutiquen für Fabrikanten und Handwerker", die allerdings nicht ausgeführt wurden




Schema-Entwurf eines Wohnkomplexes für 4500 Einwohner 1 : 5000, Institut für Typung

Perspektivische Ansicht des Zentrums des Schema-Entwurfes Wohnkomplex




| | | |
|---|---|---|
| Gesamtfläche | 20,5 ha | = 100 Prozent |
| Wohnbauland | 12.0 ha | = 59 Prozent |
| Bauland der Nachfolgeeinrichtungen | 5.0 ha | = 24 Prozent |
| Verkehrsflächen (befahrbar) | 0,6 ha | = 3 Prozent |
| Öffentliche Grün- und Freiflächen | 2,9 ha | = 14 Prozent |

Anzahl der Einwohner 4500
Einwohnerdichte 220 Ew/ha
Wohndichte 375 EW/ha
Geschoßflächendichte 0,75

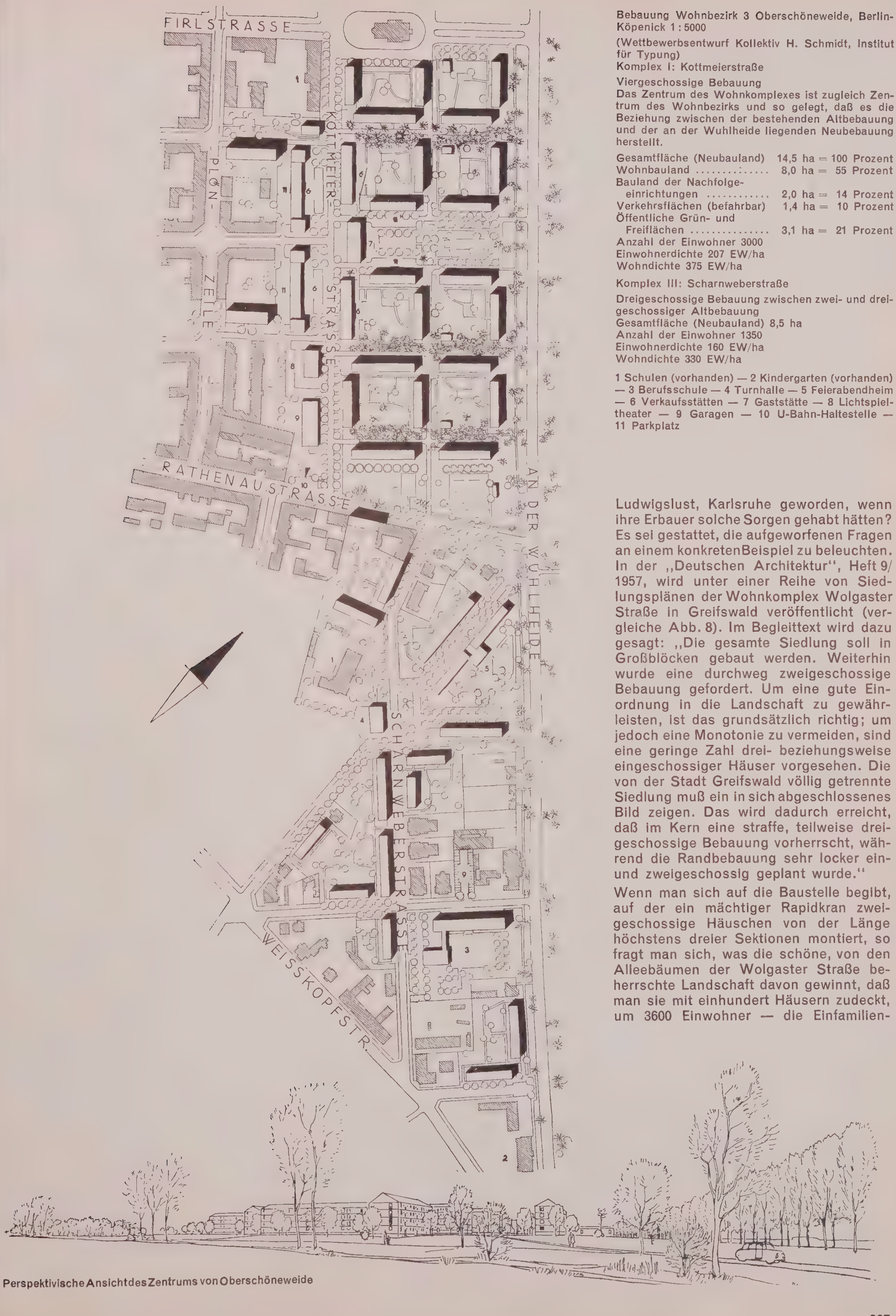
1 Kinderkrippe — 2 Kindergarten — 3 20-Klassen-Schule — 4 Kaufhalle — 5 Verkaufsstätten — 6 Klub-Gaststätte — 7 Garage für 300 Stellplätze

32 Wohnblöcke der Typenreihe IW 58/L 4 für Großblockbauweise

gebildete geschlossene Häuserblock, der es erlaubte, auf die einfachste Weise die Straßen und Platzräume einer mittelalterlichen oder barocken Stadt zu bilden und dem öffentlichen Gebäude die natürliche Dominanz der Größe sicherte. Wir haben es in der Regel mit viergeschossigen, zwischen 45 und 75 m langen Blöcken von Häusern zu tun, die wir in offener Bauweise aufstellen. Die so poetisch-anschaulich mit ,,Folgeeinrichtungen'' bezeichneten gesellschaftlichen Bauten, wie Läden und Gaststätte mit Klub, beschränken sich auf ein- bis zweigeschossige Trakte, die in ihrer Masse niemals über die vierstöckigen Wohnblöcke dominieren können. Zwar versucht man immer noch, das, was man dem mittelalterlichen Städtebau als Rezept der ,,malerischen'' Komposition glaubt abgucken zu können, nach dem Vorbild Theodor Fischers und vor allem Schmitthenners für den modernen Siedlungsbau zu verwenden; aber mit ein paar plastischen ,,Akzenten'', einer versetzten oder ausgeklinkten Straßenflucht, mit den vorgeschobenen Arkaden einer Gaststätte und einer Ladenzeile im Erdgeschoß wird noch kein echter Raum geschaffen. Man kann dies in Stalinstadt so gut wie im neugebauten Wohnteil von Alt-Hoyerswerda beobachten. Die viergeschossigen Wohnblöcke mit ihren 30 m breiten Straßen- und meist noch größeren Hofabständen führen notwendigerweise zu Raumbildungen, aus denen sich der Raum des Wohnkomplex-Zentrums nicht mehr in der einfachen Art ergibt wie beim alten Marktplatz.

Wir sehen die Lösung darin, daß das Zentrum seinen eigenen Raum innerhalb des Wohnkomplexes bildet. Dieser Raum, je nach Umständen als ,,Marktstraße'' (vergleiche den Schema-Entwurf eines Wohnkomplexes für 4500 Einwohner) aufgefaßt, dominiert im Wohnkomplex nicht mehr durch seine absolute Größe, was funktionell nicht berechtigt wäre, oder durch die Höhe der Bauten, sondern durch den eigenen Maßstab, der sich aus den gesellschaftlichen Bauten — den Läden und der Gaststätte — ergibt und der ihn auf natürliche Weise weit und bedeutsam erscheinen läßt. Dafür ist allerdings notendig, daß diese Bauten in sich einen Komplex, eine architektonische Einheit bilden, sich in ihrer Architektur unterstützen und zugleich die Beziehung zu den Blöcken der Wohnhäuser aufnehmen. Ein solches Zusammenwirken, wie es besonders eindrücklich Weinbrenners Entwürfe für das Zentrum von Karlsruhe zeigen, ist allerdings nicht möglich auf dem Wege des malerisch-zufälligen Arrangierens von individuell für sich entworfenen gesellschaftlichen Bauten. Es wird sich aber bereits aus rein technischen Notwendigkeiten ergeben, sobald wir an die Aufgabe gehen, einen Wohnkomplex in einheitlicher industrieller Bauweise und Bautechnologie aufzubauen und dabei auch die gesellschaftlichen Bauten einzubeziehen.

Das einfache Beispiel des Wohnkomplex-Zentrums zeigt, daß wir, ausgehend von neuen Forderungen, zu einer neuen Gestalt der Stadt gelangen müssen. Zu dieser neuen Gestalt kann uns nur die höchste Gesetzmäßigkeit und Eindeutigkeit in der Verwirklichung aller Faktoren führen. Das ist übrigens auch das Einzige und Entscheidende, das wir aus der Vergangenheit übernehmen sollen und müssen. Ist es dabei aber nicht so, daß wir uns gemeinhin immer noch heftig bemühen, das Gesetzmäßige mit allen denkbaren ,,gestalterischen'' Begründungen zu umgehen oder zu verschönern? Das Notwendige — die gestreckte Linie der Kranbahn, die viergeschossige Bauweise, die Typisierung der Wohnblöcke und Folgeeinrichtungen — erscheint geradezu als der Feind der Architektur. Das Wichtigste ist die ,,Anpassung''. Man muß sich vor allem anpassen — an das historische Milieu, an vorhandene Bebauungshöhen, an die Landschaft. — Was wäre aus Milet, Calau,




Bebauung Wohnbezirk 3 Oberschöneweide, Berlin-Köpenick 1 : 5000

(Wettbewerbsentwurf Kollektiv H. Schmidt, Institut für Typung)

Komplex I: Kottmeierstraße

Viergeschossige Bebauung

Das Zentrum des Wohnkomplexes ist zugleich Zentrum des Wohnbezirks und so gelegt, daß es die Beziehung zwischen der bestehenden Altbebauung und der an der Wuhlheide liegenden Neubebauung herstellt.

| | | |
|---|---|---|
| Gesamtfläche (Neubauland) | 14,5 ha = | 100 Prozent |
| Wohnbauland .............. | 8,0 ha = | 55 Prozent |
| Bauland der Nachfolgeeinrichtungen ............ | 2,0 ha = | 14 Prozent |
| Verkehrsflächen (befahrbar) | 1,4 ha = | 10 Prozent |
| Öffentliche Grün- und Freiflächen .............. | 3,1 ha = | 21 Prozent |

Anzahl der Einwohner 3000
Einwohnerdichte 207 EW/ha
Wohndichte 375 EW/ha

Komplex III: Scharnweberstraße

Dreigeschossige Bebauung zwischen zwei- und dreigeschossiger Altbebauung
Gesamtfläche (Neubauland) 8,5 ha
Anzahl der Einwohner 1350
Einwohnerdichte 160 EW/ha
Wohndichte 330 EW/ha

1 Schulen (vorhanden) — 2 Kindergarten (vorhanden) — 3 Berufsschule — 4 Turnhalle — 5 Feierabendheim — 6 Verkaufsstätten — 7 Gaststätte — 8 Lichtspieltheater — 9 Garagen — 10 U-Bahn-Haltestelle — 11 Parkplatz

Perspektivische Ansicht des Zentrums von Oberschöneweide

Ludwigslust, Karlsruhe geworden, wenn ihre Erbauer solche Sorgen gehabt hätten? Es sei gestattet, die aufgeworfenen Fragen an einem konkreten Beispiel zu beleuchten. In der „Deutschen Architektur", Heft 9/1957, wird unter einer Reihe von Siedlungsplänen der Wohnkomplex Wolgaster Straße in Greifswald veröffentlicht (vergleiche Abb. 8). Im Begleittext wird dazu gesagt: „Die gesamte Siedlung soll in Großblöcken gebaut werden. Weiterhin wurde eine durchweg zweigeschossige Bebauung gefordert. Um eine gute Einordnung in die Landschaft zu gewährleisten, ist das grundsätzlich richtig; um jedoch eine Monotonie zu vermeiden, sind eine geringe Zahl drei- beziehungsweise eingeschossiger Häuser vorgesehen. Die von der Stadt Greifswald völlig getrennte Siedlung muß ein in sich abgeschlossenes Bild zeigen. Das wird dadurch erreicht, daß im Kern eine straffe, teilweise dreigeschossige Bebauung vorherrscht, während die Randbebauung sehr locker ein- und zweigeschossig geplant wurde."

Wenn man sich auf die Baustelle begibt, auf der ein mächtiger Rapidkran zweigeschossige Häuschen von der Länge höchstens dreier Sektionen montiert, so fragt man sich, was die schöne, von den Alleebäumen der Wolgaster Straße beherrschte Landschaft davon gewinnt, daß man sie mit einhundert Häusern zudeckt, um 3600 Einwohner — die Einfamilien-



Wohnkomplex Greifswald, Wolgaster Straße

Entwurfsbüro für Hochbau Stralsund

Lageplan 1 : 5000

eingeschossig

zweigeschossig

dreigeschossig

1 Garagen — 2 Schule — 3 Kindergarten — 4 Kinderkrippe — 5 Läden — 6 Klubhaus — 7 Verwaltung

häuser nicht gerechnet — unterzubringen. Werden diese einhundert Häuschen — die den Maßstab einer Kleinstadt oder eines Dorfes vortäuschen sollen — nicht gerade das erzeugen, was man so sehr fürchtet — die Monotonie? Die Monotonie entsteht durch das Häufen einer unübersehbaren Zahl kleiner, für sich existierender, den Zusammenhang mit dem Ganzen negierender Elemente. Was zu einem Wohnkomplex, zu einem architektonischen Ganzen führen sollte, wird zu einer Sammlung von „städtebaulichen Motiven", Versetzungen, Schrägstellungen und Höfchen, die nichts anderes ausdrücken kann als die maximale Isoliertheit der Bewohner.

Wir müssen uns mit dem Begriff der „Einordnung in die Landschaft", der „Anpassung an den Landschaftscharakter" beschäftigen. Wurde das alte Greifswald dem Charakter der Landschaft angepaßt? Es wurde ganz einfach so gebaut, wie es den Bedürfnissen und technischen Möglichkeiten seiner Erbauer entsprach, wobei die Landschaft nicht als ästhetisches oder sentimentales Erlebnis, sondern als Summe einer Reihe sehr materieller Bedingungen, wie Bodenverhältnisse, Klimaverhältnisse, Baumaterialvorkommen, Verkehrslage, Verteidigungsmöglichkeit, mitzureden hatte.

Das Ergebnis war keine Anpassung, sondern vielmehr ein Kontrast zur Landschaft, ein Werk des Menschen, das mit seinen Straßen- und Platzräumen, Türmen, Umwallungen und Alleen das Erlebnis der Landschaft im Sinne des Gegensatzes steigert.

Was hindert uns daran, dasselbe zu tun, wie die Erbauer des alten Greifswald, mit dem einzigen Unterschied, daß wir uns




Bebauung Wolgaster Straße
Ansicht von Osten

nach unseren heutigen Notwendigkeiten und Möglichkeiten richten? Wenn wir statt zwei- und dreigeschossig in vier Geschossen bauen, so bringen wir auf einer Gesamtfläche von etwa 28 ha zwei Wohnkomplexe von 2500 und 3500 Einwohnern unter. Es bleiben von den etwa 46 ha des Geländes zwischen der Wolgaster Straße und dem Ketscherinbach etwa 18 ha freier Landschaftsraum nach der Seite dieses Baches übrig. Wir brauchen die ökonomischen Vorteile nicht besonders zu betonen. Abgesehen von der größeren Wirtschaftlichkeit der viergeschossigen Bauweise* ergeben sich wesentlich kürzere Wege für die Versorgungsleitungen, eine viel billigere Aufschließung und ein bedeutend rationelleres Arbeiten des Montagekrans. Es geht bei diesem Beispiel um die Frage, ob die viergeschossige Bauweise die Greifswalder Landschaft erschlägt, und ob sich der neue Maßstab, der durch das Bauen in den zusammengefaßten Wohnkomplexen der industriellen Bauweise entsteht, mit der gegebenen Landschaft verträgt. Wir leugnen nicht, daß damit besondere architektonische Probleme aufgeworfen werden. Jede neue bauliche Gestalt — und um eine solche geht es beim Wohnkomplex — schafft sich ihren eigenen Maßstab und verlangt ihren eigenen Raum. Indem wir unsere Wohnkomplexe bewußt an die Wolgaster Straße mit ihrer den Nordwind abhaltenden Allee anlehnen und die im Süden liegende leichte Niederung des Ketscherinbaches unüberbaut lassen, schaffen wir den für die Raumbildung entscheidenden Kontrast zwischen dem Offenen und dem Geschlossenen. Die Zentren der Wohnkomplexe sind so gelegt, daß sie den Blick von der Wolgaster Straße nach Süden in die offene Landschaft freigeben und zusammen mit der Zäsur zwischen den beiden Komplexen die Kompaktheit der Wohnbebauung unterstreichen. Während die zweigeschossige Bebauung die Weite der Landschaft in eine große Zahl kleiner Räume zersplittert hat, wird diese Weite jetzt nachdrücklich hervorgehoben und architektonisch gegliedert. Eine neue Harmonie zwischen Bauwerk und Landschaft entsteht.

* Nach Berechnungen des Instituts für Typung kostet die Zweieinhalbzimmerwohnung der Typenreihe TW 58/L 1 bei

zweigeschossiger Bauweise 25700 DM = 100 Prozent
dreigeschossiger Bauweise 23370 DM = 91 Prozent
viergeschossiger Bauweise 21718 DM = 85 Prozent

Bebauung Wolgaster Straße 1 : 5000
Studie H. Schmidt

# Wohnungsnot und Mietpreise in Westdeutschland

Dipl.-Wirtschaftler Horst Villwock

Zum Paradestück des westdeutschen „Wirtschaftswunders" wurde mit viel Aufwand an mehr oder weniger guten Worten der Wohnungsbau, besonders der sogenannte soziale Wohnungsbau erkoren. Allenthalben herrschten eitel Jubel und Freude, und die einschlägige Presse überschlug sich fast in sensationell aufgemachten „Erfolgsmeldungen". Die Fata Morgana einer immerwährenden Hochkonjunktur und — man kann fast sagen — die „Ideologie der vollen Schaufenster" trübten vielen Menschen in Westdeutschland und auch einigen Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik den Blick für die Dinge, die sich nicht unmittelbar im „Schaufenster" abspielen.

Man kann jetzt feststellen, daß, je mehr sich der Zeiger des westdeutschen Wirtschaftsbarometers vom „Schönwetter" zum „veränderlich" neigt, sich in der westlichen Presse die Stimmen mehren, die gezwungen sind, sich sachlich mit der Problematik auseinanderzusetzen. Andererseits gibt es aber auch Stimmen, die dafür sprechen, die kritische Situation auf dem Wohnungsmarkt durch einen stärkeren Druck auf die Konsumenten, das heißt auf die werktätige Bevölkerung, auszugleichen.

Über die Grundlagen und die ökonomischen Zusammenhänge des westdeutschen Wohnungsbaus wurde bereits einiges gesagt.[1] Inzwischen hat die „Statistik der Wohn- und Mietverhältnisse und des Wohnungsbedarfes (Wohnungsstatistik 1956/57)"[2] einige recht interessante Ergebnisse gebracht, aus denen sich ein Überblick über den westdeutschen Wohnungsmarkt ergibt.

#### Einige Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57

Bundesgebiet (ohne Westberlin)

Die Haupterkenntnis aus der Wohnungsstatistik 1956/57 ist, daß trotz einer zweifellos vorhandenen Steigerung der Anzahl der Wohnungen die Wohnungsnot in Westdeutschland und Westberlin nicht behoben ist. Einige Zahlen mögen diese Feststellung erhärten. Am 25. September 1956 wurden im gesamten Gebiet Westdeutschlands ohne Westberlin 12,734 Millionen Normalwohnungen gezählt[3]. Als Normalwohnung gelten die nach ihrer baulichen Anlage zur Nutzung durch einen Haushalt bestimmten Räume, die in der Regel aus Küche oder vollausgebauter Kochnische, Wohn- und Schlafräumen und den Nebenräumen wie Flur, Bad und dergleichen bestehen, gleichgültig ob am Stichtag der Wohnungszählung nur ein oder mehrere Haushalte die Wohnung bewohnten[4]. Von den gezählten Normalwohnungen lagen 136 200 Wohnungen in Behelfsheimen von 30 und mehr Quadratmetern und 23 400 Wohnungen in einsturzgefährdeten Gebäuden. Diese Wohnungen werden, obwohl man sie zu den Normalwohnungen zählt, als beschränkt bewohnbar bezeichnet.

672 900 Wohnungen verfügten nur über eine Kochnische.

An ausgesprochenen Notwohnungen wurden 517500 gezählt. Unter Notwohnungen versteht man Unterkünfte in nicht für den dauernden Wohngebrauch geeigneten Gebäuden, wie zum Beispiel in Baracken, kleinen Behelfsheimen, Wohnlauben, Bunkern, Wohnwagen und außer Dienst gestellten Fahrzeugen; ferner Kellerwohnungen in regulären Gebäuden und Mansardenwohnungen, die von den Bewohnern als nicht zum dauernden Wohnen geeignet bezeichnet wurden und schließlich in regulären Gebäuden liegende Unterkünfte ohne Küche oder baulich eingerichtete Kochnische.

Um einen Überblick über das Wohnungsdefizit zu bekommen, stellt man gewöhnlich die Zahl der vorhandenen Wohnungen der Zahl der Haushalte gegenüber. Als Haushalt gilt jede Personengemeinschaft, die eine gemeinsame Hauswirtschaft führt, das heißt ihre Lebensbedürfnisse gemeinsam finanziert und insbesondere gemeinsam wohnt[5].

Bei der Wohnungsstatistik 1956/57 wurden rund 16,57 Millionen Haushalte mit etwa 49,74 Millionen Personen gezählt. In dieser Zahl sind das Personal und die Insassen von Anstalten aller Art nicht mit inbegriffen, da man davon ausging, daß sie keinen Anspruch auf Wohnraum erheben. In der Zahl der Haushalte sind weiter Doppelzählungen enthalten, die dadurch auftreten, daß Personen beziehungsweise Haushalte einen zweiten Wohnsitz haben, an dem sie Anspruch auf eine Wohnung oder ein Untermietverhältnis besitzen, zum Beispiel Studenten, die am Studienort in Untermiete wohnen und am Heimatort ebenfalls als zu einem Haushalt gehörig gezählt wurden, und sogenannte Arbeitspendler.

Von den gezählten etwa 16,6 Millionen Haushalten wohnten 15,96 Millionen Haushalte in Normalwohnungen, davon 182000 Haushalte mit etwa 546000 Personen in Behelfsheimen von 30 m² und mehr und in einsturzgefährdeten Gebäuden.

In Notwohnungen wohnten 531000 Haushalte mit etwa 1,54 Millionen Personen und in Unterkünften außerhalb von Wohnungen, das sind zum Beispiel Fremdenheime und Hotels, lebten 74600 Haushalte mit ungefähr 216000 Menschen[6].

Insgesamt leben in Westdeutschland also etwa 2,3 Millionen Menschen in Unterkünften, die normalerweise nicht zum menschenwürdigen Wohnen geeignet sind.

Nach den Mietverhältnissen aufgeschlüsselt wohnen in den Normalwohnungen 4,64 Millionen Haushalte, das sind 29 Prozent von 15,96 Millionen, als Eigentümer der Wohnungen. Als Hauptmieter wohnen in Normalwohnungen 8,02 Millionen Haushalte, das sind 50,3 Prozent, und als Untermieter wohnen 3,3 Millionen Haushalte, das sind 20,7 Prozent der in Normalwohnungen wohnenden Haushalte.

Berücksichtigt man bei der Zahl der in Untermiete lebenden Haushalte die Zahl der Doppelzählungen und die Menschen, die aus verschiedenen Gründen keine eigene Wohnung als Hauptmieter beziehen möchten, das trifft besonders für die Einpersonenhaushalte zu, so ergibt sich aus der Gegenüberstellung ein Wohnungsfehlbedarf von etwa 2,3 Millionen Wohnungen. Hierzu kommen noch die 182000 in beschränkt bewohnbaren Wohnungen lebenden Haushalte und ein geschätzter Bedarf aus Neugründung von Familien von etwa 1 Million Wohnungen, so daß sich insgesamt ein Wohnungsfehlbedarf von 3,4 Millionen Wohnungen ergibt.

Diese Zahl deckt sich auch ungefähr mit dem vom Wohnungsbauministerium festgestellten Wohnungsdefizit. Auch der Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen in Köln ermittelte eine etwa gleiche Anzahl fehlender Wohnungen und stellte darüber hinaus fest, daß man von einer „Behebung der Wohnungsnot noch weit entfernt sei". Das beweisen auch solche Maßnahmen, wie sie in Niedersachsen getroffen wurden, nach denen die im Rahmen von Räumungsprogrammen freiwerdenden Wohnbaracken nicht abzubrechen, sondern zur Deckung des Wohnungsbedarfs neue Baracken zu errichten seien[7].

Zur Illustration des Wohnungsfehlbestandes sei noch gesagt, daß im Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches 1931 ein Wohnungsdefizit von etwa 900000 Wohnungen ermittelt wurde.

#### Die Wohnungssituation in einigen Bundesländern

Wenn es auch im Rahmen dieses Aufsatzes nicht möglich ist, die Wohnungsfrage aller Bundesländer einer genauen Untersuchung zu unterziehen, so ist es doch notwendig, auf die Lage in einigen Ländern einzugehen — das um so mehr, als auch in der westdeutschen Fachpresse teilweise recht umfangreich auf Verhältnisse eingegangen wird und Zustände geschildert werden, die es verdienen, der offiziellen Propaganda vom „Wirtschaftswunder" gegenübergestellt zu werden — und zu fragen, was diese, wie es heißt, vom „Wunder" nicht berücksichtigten Menschen zu ihrem eigenen „Wirtschaftswunder" sagen[8].

Im größten Land der Bundesrepublik, in Nordrhein/Westfalen, gibt es bei 4,9 Millionen Haushalten etwa 3,8 Millionen Normalwohnungen. Gleichzeitig werden 123400 Notwohnungen ausgewiesen und 29900 Haushalte wohnen in Unterkünften außerhalb von Wohnungen.

Nach statistischen Erhebungen der Landesregierung Nordrhein/Westfalen fehlen allein in diesem Land noch 730000 Wohnungen[9]. In Gelsenkirchen sind fast 90000 Einwohner, das sind 23,4 Prozent der Bevölkerung der Stadt, ohne ausreichende Wohnungen. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt der Stadt wird als katastrophal bezeichnet. Auch in Essen suchen noch 40000 Familien eine eigene Wohnung. Rund 4000 Familien sind zur Zeit in Notunterkünften untergebracht.

Auch eine ausreichende Versorgung der Bergarbeiter des Ruhrgebiets mit Wohnraum ist nicht gegeben. Nach offiziellen Angaben fehlen den Bergarbeitern noch rund 40000 Wohnungen.

Von den obengenannten 23400 Normalwohnungen in einsturzgefährdeten Gebäuden liegen allein 10400 in Nordrhein/Westfalen.

Nach einer Mitteilung des Hamburger Bausenators Dr. Nevermann hat Hamburg die größte Wohnungsnot. Von den etwa 525000 Wohnungen sind 37600 Wohnungen nur beschränkt bewohnbar, rund 600 Wohnungen liegen in abbruchreifen Gebäuden, und 30500 Wohnungen sind Notwohnungen[10].

Berücksichtigt man, daß 51 Prozent der Hamburger Arbeiter monatlich weniger als 300 DM netto verdienen, daß die Mietpreise ständig steigen, und daß auch im Hamburger Wohnungsbau ein rückläufiger Trend zu verzeichnen ist, so kann mit einer baldigen Behebung der Hamburger Wohnungsnot nicht gerechnet werden.

Im Land Bayern hat die Zahl der Notwohnungen vom Jahre 1950 bis 1956 von 73000 auf 110000, das sind rund 5 Prozent aller Wohnungen des Landes Bayern, zugenommen. Der Münchener Stadtrat richtete kürzlich einen dringenden Appell an den Bund und das Land Bayern um Hilfeleistung bei der Finanzierung des Wohnungsbaus. München sei nicht mehr in der Lage, des ungeheuren Wohnungselends Herr zu werden. 87000 Familien suchten Ende 1957 eine Wohnung. Davon haben 50 Prozent nur ein Einkommen bis zu 500 DM monatlich. Für die große Masse der Wohnungssuchenden kommen also nur solche Wohnungen in Betracht, die billig sind. Nach dem gegenwärtigen Stand der Finanzierungsmöglich-

Barackenlager am Ortsrand von Neuhausen im Kreis Esslingen



Nissenhütten in St. Pauli (Hamburg)

keiten können aber durch die Stadt München jährlich nur 470 billige Wohnungen, die den Quadratmeterpreis von 1,20 DM nicht überschreiten, gebaut werden[11].

Auch im Land Rheinland/Pfalz ist die Zahl der Notwohnungen von 14800 auf 28000, also um 93 Prozent, gestiegen. Da diese beiden Länder überwiegend landwirtschaftliche Produktion haben, ist die Zunahme der Notwohnungen und Elendsquartiere besonders bedenklich.

Ähnliche Zustände lassen sich auch aus den übrigen Bundesländern schildern.

**Zur Mietentwicklung**

Es ist notwendig, noch einiges zur Entwicklung der Mieten in Westdeutschland im Zusammenhang mit der Auswertung der Wohnungsstatistik 1956/57 zu sagen.

Die Wohnungsmiete ist für jede Familie ein monatlich wiederkehrender, fixer Bestandteil der zur unmittelbaren Lebenshaltung notwendigen Ausgaben. Dieser Teil der Lebenshaltungskosten ist um so schwerwiegender, je geringer das Einkommen der Familie ist. Vergrößert sich der Mietanteil, so verringert sich notwendigerweise der Teil, der für die Deckung des übrigen notwendigen Bedarfes, also für Essen, Kleidung und für kulturelle Bedürfnisse, ausgegeben werden kann.

Nach der Wohnungsstatistik betrug das monatliche Mietaufkommen von 7,4 Millionen Wohnungen — das sind 92,2 Prozent der von Hauptmietern bewohnten Normalwohnungen, bei denen Mietangaben gemacht wurden — im Herbst 1956 374,7 Millionen DM oder jährlich etwa 4,6 Milliarden DM[12]. Im Verhältnis zum Jahre 1950, in dem von 5,1 Millionen Wohnungen monatlich 197,2 Millionen DM aufgebracht werden mußten (jährlich etwa 2,4 Milliarden DM), bedeutet das eine Steigerung des Gesamtmietaufkommens von rund 90 Prozent. Natürlich sagt das Steigen des Gesamtmietaufkommens noch wenig über eine Steigerung der Mieten pro Wohnung beziehungsweise pro Raum aus. Es ist aber festzustellen, daß die Miete pro Wohnung von 1950 bis 1956 von 38,37 DM auf 50,64 DM — das sind 32 Prozent — erhöht wurde. Die Miete je Raum — das sind Wohnräume mit sechs und mehr Quadratmetern und Küchen — stieg von 10,90 DM im Jahre 1950 auf 15,27 DM im Jahre 1956, das heißt um 40,1 Prozent.

Die gesetzlichen Grundlagen zur Mieterhöhung finden wir in der Verordnung Nr. 72/1952 über einen allgemeinen Mietszuschlag bei Wohnraum des Althausbesitzes vom 27. September 1952, in der eine Mieterhöhung für die vor dem 1. April 1924 erbauten Wohnungen um 10 Prozent festgelegt wurde[13]. Im Gesetz über die Maßnahmen auf dem Gebiet des Mietpreisrechts (1. Bundesmietengesetz) vom 27. Juli 1955 wurde eine weitere Erhöhung, die je nach Ausstattung der Wohnung zwischen 10 und 20 Prozent lag, beschlossen. Für Wohnungen, die in der Zeit vom 1. April 1924 bis 20. Juni 1948 gebaut wurden, wurden im gleichen Gesetz die Mieten je nach Ausstattung der Wohnung um 10 bis 20 Prozent erhöht[14].

Recht interessant sind die Ergebnisse der Untersuchung der Mieten der normalen Mietwohnungen nach dem Baualter der Wohnungen. Danach liegen die Mieten für Wohnungen, die vor dem 1. Juli 1918 bezugsfertig wurden, mit 43,49 DM pro Wohnung und mit 12,91 DM pro Raum unter dem Bundesdurchschnitt. Wohnungen, die in der Zeit zwischen dem 1. Juli 1918 und dem 20. Juni 1948 bezugsfertig wurden, liegen mit einem Mietpreis von 51,35 DM pro Wohnung und 15,16 DM pro Raum etwas über dem Durchschnitt. Neubauwohnungen, die nach dem 20. Juni 1948 bezugsfertig wurden, liegen mit 60,48 DM pro Wohnung und 18,97 DM pro Raum weit über dem Bundesdurchschnitt.

Es zeigt sich also, daß Neubauwohnungen wesentlich teurer als Altbauwohnungen sind. Die Gründe hierfür dürften nicht nur in den gestiegenen Baukosten zu suchen sein, sondern auch und vor allen Dingen in dem durch die Wohnungspolitik der Bonner Regierung unterstützten Bestrebungen der Hausbesitzer und Wohnungsunternehmen, im sogenannten freifinanzierten und auch im „steuerbegünstigten" Wohnungsbau die Mieten, wie es so schön heißt, der „Marktlage anzupassen", das heißt sie möglichst hoch zu halten.

Wir sehen, es geht auch auf dem Gebiet der Mieten wie auf den anderen Gebieten der Lebenshaltungskosten in Westdeutschland „ständig aufwärts".

Stellt man diesen Tatsachen das Gerede der Bonner Politiker über die angeblich ständige Erhöhung des Lebensstandards und über das stetige Steigen des Wohlstandes gegenüber, so kann man doch nur feststellen, daß für breite Kreise der werktätigen Menschen in Westdeutschland diese Propagandathesen nicht zutreffen. Man muß allerdings bemerken, daß der „steigende Wohlstand", der für die Werktätigen kaum zu verzeichnen ist, sich nur auf die Besitzenden bezieht. Die Bonner Regierung tut alles, um die Profite dieser Schicht der Bevölkerung zu sichern und zu erhöhen.

## Perspektiven des westdeutschen Wohnungsbaus

In der Regierungserklärung vom 29. Oktober 1957 kündigte der Bonner Kanzler unter anderem die „Eingliederung der Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft" an.

Der Zentralverband der Deutschen Haus- und Grundbesitzer e. V. nahm diese Ankündigung zum Anlaß, eine Denkschrift unter dem Titel „Eingliederung der Wohnungswirtschaft in die soziale Marktwirtschaft" zu verfassen und an die Fraktionen des Bundestages zu verschicken. Diese Denkschrift ist insofern interessant, als sie klarlegt, welche Ziele die hinter dem Verband stehenden Wirtschaftskreise verfolgen, und wie man sich die Perspektiven der westdeutschen Wohnungswirtschaft vorstellt.

So heißt es zum Beispiel unter anderem, daß vor allen Dingen „die tiefeingewurzelte Wahnvorstellung", daß der Staat in der Lage sei, billige Wohnungen zu bauen, um sie jedermann zur Verfügung zu stellen, zu bekämpfen sei[15]. Viele Staatsbürger erwarten vom Staat, daß er für ihre Kinder das Schulgeld und den Kindergarten bezahlt, daß er im Krankheitsfalle für jeden sorgt, und jede Familie auch eine billige Wohnung mit möglichst viel Komfort bekommt. Es müsse aber der Bevölkerung klargemacht werden, daß jeder Staatsbürger (gefälligst) für die Kosten seiner Wohnung selbst aufzukommen habe und daß er dazu (gefälligst) auf unnötige Ausgaben (welche? — Bei 300,— DM Nettoeinkommen im Monat!) zu verzichten habe. Die Wohnraumbewirtschaftung sei (gefälligst) restlos zu beseitigen und die Aufhebung des Mieterschutzes gesetzlich vorzunehmen. Auch das jetzige „System der Mietzinsregelung" sei überholt und (gefälligst) aufzuheben und durch ein neues, den Herren des Haus- und Grundbesitzerverbandes genehmes Mietsystem zu ersetzen. Auch sei jeder Eingriff in die nätürliche Gestaltung der Bodenpreise zu verwerfen[16].

Aus Äußerungen des Wohnungsbauministers Lücke ist zu entnehmen, daß die „Forderungen" des Zentralverbandes im Wohnungsbauministerium durchaus auf Zustimmung stoßen.

In seinem Geleitwort zum Jahresbericht 1957 kündigte Wohnungsbauminister Lücke bereits die Überführung des Wohnungswesens in die „soziale Marktwirtschaft" an. Auch ein sogenanntes soziales Mietrecht soll das bisherige Mietsystem Westdeutschlands ablösen.

Es ist also zu erwarten, daß sich die Lage in der Wohnungswirtschaft besonders bei der Gestaltung der Mieten weiter zuungunsten der Bevölkerung verschärft.

Wenn man sich die gesamte Situation vor Augen führt, so wird man lebhaft an eine Lithographie des großen französischen Meisters der politischen Karikatur, Honoré Daumier, erinnert, der in einer seiner treffsicheren und wirkungsvollen Arbeiten ähnliche Zustände im damaligen Frankreich geißelte. In dieser Lithographie stehen drei Hausbesitzer, denen man die Profitgier und die Raffsucht vom Gesicht abliest, mit zum Schwur erhobenen rechten Händen vor einem Hintergrund aus halbzerfallenen Häusern. Unterschrift: „Der erneuerte Rütli-Schwur: Wir schwören, die Miete zum nächsten Termin wieder zu steigern ... — Wir schwören es!"

[1] Villwock, H., Sozialer Wohnungsbau — für wen? „Deutsche Architektur", Berlin, Heft 12/1957, S. 678 f.
[2] Bundesgesetzblatt I 1956, Nr. 23
[3] Katsch, K.-H., Die Wohnverhältnisse im September 1956 — Erste Ergebnisse der Wohnungsstatistik 1956/57, „Wirtschaft und Statistik", Stuttgart, Heft 7/1957, S. 368 ff.
[4] Ebenda
[5] Ebenda
[6] Ebenda
[7] Wohnungsnot nicht behoben, „Berliner Wirtschaftsblatt" vom 21. 12. 1957
[8] Baumann G., Am Rande des Wirtschaftswunders; Jehn sch, H. M., Wohnungsnot und Wohnungselend in der Statistik „Neue Heimat", Hamburg, Heft 1/1958, S. 1—60
[9] Ebenda
[10] Ebenda
[11] Ebenda
[12] Katsch, K.-H., a. a. O., S. 409 ff.
[13] Ebenda
[14] Ebenda
[15] Zwangswirtschaft verhindert die Bildung eines normalen Wohnungsmarktes, „Die Bauwirtschaft", Wiesbaden, Heft 5/1958, S. 94 f.
[16] Ebenda

# Gegen den Atomtod

Über 4000 Dresdner Wissenschaftler, Kulturschaffende, Erzieher und Studenten wandten sich auf einem Meeting am 30. März 1958 in ihrem „Ruf der Stadt Dresden" an die westdeutschen Kulturschaffenden mit der Aufforderung, für den Sieg der Vernunft und gegen den Wahnsinn der Atomaufrüstung der westdeutschen Imperialisten und Militaristen zu kämpfen. Auf der Veranstaltung hielt der Präsident der Deutschen Bauakademie Professor Dr. Kurt Liebknecht folgende Ansprache:

Liebe Freunde und Genossen!

Der westdeutsche Bundestag, genauer gesagt: die Adenauer-Partei der CDU/CSU, hat einen ungeheuerlichen Beschluß gefaßt. Sie hat die Atombewaffnung der westdeutschen Armee beschlossen und wenige Stunden später bereits mit der Atomausrüstung der Bundeswehr begonnen. Das längst vorbereitete Geschäft mit der amerikanischen Atomrüstungsindustrie ist perfekt und in Kürze hoffen auch die westdeutschen Atomfabrikanten zu profitieren.

Die Kriegspartei der westdeutschen Bourgeoisie und die westdeutschen Imperialisten haben ihre Maske fallen gelassen, und wir erkennen in aller Deutlichkeit das blutige Antlitz des faschistischen Militarismus.

Der Vorsitzende der FDP in Westdeutschland Reinhold Maier charakterisierte das Auftreten der Adenauer-Partei völlig richtig, als er feststellte, daß die Rede von Strauß nicht die Rede eines Verteidigungsministers, sondern die eines Reichskriegsministers war. Das war schon nicht mehr Politik, fuhr Reinhold Maier fort, sondern Kriegsgeschrei, und er fügte hinzu, daß man diesem Menschen kein Geschütz anvertrauen dürfe, denn wer so spricht, schießt auch. Für unsere westdeutschen Brüder und Freunde möchten wir hinzufügen, der schießt nicht nur auf die Deutsche Demokratische Republik, auf Polen, Ungarn, auf die Tschechoslowakische Republik und auf die Sowjetunion, sondern der schießt ebenso, wenn es um die Durchsetzung seiner Pläne geht, rücksichtslos auf die Arbeiter und Bürger Westdeutschlands.

In diesen Tagen jährte sich zum dreizehnten Male jener grauenvolle Tag, da Ihre Heimatstadt Dresden in zweimal zwanzig Minuten in einem mörderischen Terrorangriff nach dem Teppich-System, im Zeichen der in den Lüften schwebenden Christbäume, wie sie das Volk nannte, aufs schwerste getroffen wurde, unersetzliche Kulturwerte vernichtet und ungezählte Menschenleben in wenigen Minuten auf die qualvollste Weise ausgelöscht wurden.

Im Zeichen des Christentums wagten verblendete Leute, die man schon nicht mehr Menschen nennen kann, im westdeutschen Bundestag darüber zu diskutieren, ob die Waffen ausreichen würden, Dresden diesmal völlig zu zerstören, die Menschen restlos zu vernichten, diese Ihre Stadt für immer unbewohnbar zu machen, und nicht nur Dresden, sondern Deutschland, und nicht nur Deutschland, sondern alles und alle.

Vor wenigen Jahren glaubten manche oder sogar viele unter uns noch, der Wahnsinnsplan Hitlers, die Welt erobern zu wollen, könne sich nicht wiederholen. Aber Adenauer hat Hitler übertroffen. In dem Gehirn dieses 80jährigen Wahnsinnigen kreisen die Gedanken nicht nur um die Welteroberung, sondern um die Weltvernichtung; denn die Verwirklichung der Pläne Adenauers würde die Gefahr der Weltvernichtung heraufbeschwören.

Die Sorge um unser aller Leben, um unser gemeinsames Leben füllt unsere Herzen bis zum Rand. Unsere Phantasie, genährt durch die Erfahrungen des letzten Krieges, der der Menschheit mehr als 30 Millionen Tote und ungezählte Krüppel brachte, malt uns grausige Bilder unserer Zukunft. Millionen Menschen können eine Angst, die sie quält, kaum noch beiseite schieben, obgleich sie selbst mit dieser Angst nicht leben können.

Aber wir müssen angesichts dessen, was in den letzten Tagen in Bonn, in Westdeutschland, in einem Teil unseres Vaterlandes, geschah, uns dieses Bild des Grauens dennoch vergegenwärtigen. Die Hölle war eine Ausgeburt der Phantasie, eine Erfindung unentwickelter, rückständiger, mittelalterlicher Gehirne, doch der Atomtod ist die Hölle, die uns die Wissenschaft mit ihrer ganzen Präzision zeichnet. Einsichtsvolle, hochgebildete, von ihrem Gewissen genötigte Gelehrte, an deren Thesen kein Zweifel erlaubt ist, sagen uns: Allein die Fortsetzung der Atombombenversuche im Pazifik verurteilt Tausende von Menschen schon im Mutterleib zu einem verkrüppelten Dasein. Die Wogen des Stillen Ozeans tragen vergiftete Wellen an die Ufer der Kontinente. Eisenhower brüstet sich damit, er wolle beweisen, daß man diese Gefahren herabmindern oder — wie er großsprecherisch prahlt — vermeiden kann. Das ist ein ungeheuerlicher Zynismus angesichts der Tatsache, daß seine Politik die noch viel verhängnisvollere Gefahr des totalen Krieges, ich möchte sagen: des absoluten Krieges, heraufbeschwört.

Angesichts dieser Gefahr mag es auch unter uns nicht wenige Menschen geben, die die Auffassung vertreten, daß der absolute Krieg die absolute Vernichtung zur Folge hat und so der allgemeinsten menschlichen Vernunft widerspricht. Einige Menschen ziehen daraus die Schlußfolgerung, daß damit der Krieg unmöglich sei.

Widersprachen die Taten und die Politik der faschistischen Mörder und Verbrecher, die das deutsche Volk länger als ein Jahrzehnt an seiner Spitze duldete, nicht den allgemeinen Prinzipien der menschlichen Vernunft? Aber dieser Widerspruch zur allgemeinen menschlichen Vernunft hinderte die Hitler und Goebbels und Göring keineswegs, die Welt in ein Meer von Blut und Tränen zu stürzen.

Die menschliche Vernunft ist gewiß eine große, ja, eine gewaltige Kraft. Aber diese Kraft wirkt nur dann, wenn sie die Massen ergreift. Diese Kraft ist lebendig und wirkt in den Arbeitern, den Bauern, in der Intelligenz, in allen fortschrittlichen Bürgern. Aber die Tatsachen beweisen, und mit solchen Tatsachen müssen wir rechnen, daß diese Vernunft nicht lebt, nicht wirkt im Bewußtsein von Strauß, Adenauer und Kiesinger, so wenig wie im Bewußtsein eines Dulles. Der Atomtodbeschluß von Bonn widerspricht den Grundsätzen der menschlichen Vernunft, aber er ist eine Tatsache und diese Tatsache ist eine riesengroße Gefahr.

Den Mörder bringt man auf die Anklagebank; man untersucht, warum er so unmenschlich und widernatürlich handelte. Aber die Praxis des menschlichen Lebens und das allgemeine Interesse der Gesellschaft verlangen seine Verurteilung.

Die faschistischen Kriegsverbrecher wurden vor dem internationalen Tribunal der Alliierten in Nürnberg zum Tode durch Erhängen verurteilt, nachdem sie ihre Verbrechen begangen hatten. Es ist notwendig, die neofaschistischen Kriegsverschwörer von Bonn durch das internationale Tribunal der Volksmassen zu verurteilen. Sie müssen gestürzt werden, bevor ihre Verbrechen zur Auswirkung kommen. Das verlangen die Praxis des menschlichen Lebens und das allgemeine Interesse der menschlichen Gesellschaft.

Wir können der Sozialdemokratischen Partei Westdeutschlands beileibe nicht bestätigen, daß sie es versteht, konsequent und folgerichtig zu handeln. Im Gegenteil! Immer wieder schreckt sie davor zurück, die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Aber die Entwicklung der Ereignisse, die Selbstentlarvung der Bonner Kriegsverschwörer haben sie dazu gezwungen, den Rücktritt der Adenauer-Regierung zu fordern und einen nationalen Notstand zu proklamieren. Die Konsequenzen der Kriegspolitik, wie sie von der Adenauer-Regierung vertreten wird, zwingen sie dazu, die Paulskirchen-Bewegung wieder aufzunehmen. Im westdeutschen Bundestag spielten sich bereits die ersten Szenen eines Prozesses ab, in dem die Kriegsverbrecher auf der Anklagebank sitzen und die Stimme des Volkes sich Geltung verschafft.

Es ist leider so, daß wir es der sozialdemokratischen Parteiführung nicht ersparen können, ihr vorzuwerfen, auch heute noch angesichts der bedrohlichen Situation mit Methoden zu arbeiten, die wir nicht anders als unheilvoll für die deutsche Arbeiterbewegung, für Deutschland, ja, für die ganze Welt ansehen müssen. Wir fragen, ob die Sozialdemokratie auch heute wieder nach all den schrecklichen Fehlschlägen und Versäumnissen der Vergangenheit — die nicht nur für das deutsche Volk so viel Unheil, das uns hätte erspart werden können, gebracht haben — erneut der imperialistischen Bourgeoisie Schützenhilfe zu leisten be-

absichtigt? Mit dieser Art von Politik kann die Sozialdemokratische Partei die Entwicklung, die sich in Bonn angebahnt hat, nicht bremsen. Deshalb sagen auch wir heute wieder: Schlagt ein in unsere Hände! Stellt Eure Bedenken zurück! Die Erhaltung des Friedens und die Zukunft Deutschlands erfordern es.

Zunächst gilt es, mit vereinten Kräften die Brandstifter im deutschen Hause zu bändigen. Kämpfen wir gemeinsam gegen die Bonner Atom-Kriegs-Politiker, die euch, uns und ganz Deutschland bedrohen.

Wir müssen doch erkennen: Während die Sozialdemokratische Partei noch manövriert, nimmt die Arbeiterbewegung, ja, die Volksbewegung von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat und, wie die letzten Tage beweisen, von Tag zu Tag einen immer klareren Kurs.

Zum erstenmal in der deutschen Geschichte wandten sich hervorragende westdeutsche Wissenschaftler, noch unter dem moralischen und politischen Druck des kapitalistischen Systems stehend, trotz dieser Unfreiheit unmittelbar an die Arbeiterklasse und forderten sie auf, gemeinsam gegen die Atomtodbedrohung zu kämpfen.

Als im Jahre 1945 die amerikanische Regierung den unmenschlichen Beschluß faßte, in Hiroshima Atombomben abzuwerfen, gelang es ihr noch, die Wissenschaftler, die sich damals, wie inzwischen authentisch nachgewiesen werden konnte, gegen diese Methode der Kriegsführung wandten, zu isolieren und kaltzustellen und solange auszuwechseln, bis einige gefügige Leute gefunden waren.

Aber heute sind diese Zeiten vorbei. In aller Welt, und nicht nur in den USA, erheben zahlreiche Wissenschaftler unmißverständlich und unüberhörbar ihre Stimme gegen die Atomrüstung.

Der 24stündige Warnstreik der ÖTV-Arbeiter ließ die Kapitalisten erzittern. Die Urabstimmung über den Streik der Metallarbeiter ergab eine mehr als 85prozentige Mehrheit für eine kämpferische Politik gegen die Folgen der Aufrüstung. Und diese Bewegungen der Arbeiterklasse spiegeln bereits die Wirkung der Bonner Kriegsdebatte auf die Arbeiter wider.

Die Folgen der Aufstellung der Adenauer-Armee trieben die Preise in Westdeutschland in die Höhe und die Arbeiter zum ökonomischen Streik. Es ist nicht schwer, vorauszusehen, daß die Folgen der atomaren Aufrüstung verstärkte Not und erhöhte Preise bringen und unvermeidlich zur Volksbewegung gegen den Krieg und schließlich zum politischen Streik führen werden, dessen Konsequenzen unzweifelhaft sind.

Das politische Kräfteverhältnis hat sich in Westdeutschland bereits in Richtung der realen Kräfteverhältnisse verändert. Mit den Septemberwahlen 1957 konnten die faschistischen Kriegsverschwörer noch ihre Machtergreifung legalisieren und in den letzten Tagen einen parlamentarischen Atomtodbeschluß durchsetzen. Aber schon heute wissen es alle: Wenn in Westdeutschland eine Volksabstimmung über diesen Beschluß durchgeführt wird, so wird sich eine erdrückende Volksmehrheit gegen diese 51prozentige parlamentarische Mehrheit ergeben. Das reale Kräfteverhältnis setzt sich unvermeidlich auch im politischen Leben durch.

Die Frage des Sturzes der Adenauer-Regierung ist aber nicht allein eine westdeutsche Angelegenheit, sondern eine Frage von gesamtdeutscher Bedeutung. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Walter Ulbricht erklärte in seinem Interview, das unter der Losung „Die Brandstifter im deutschen Haus bändigen" im Zentralorgan der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 27. März 1958 veröffentlicht wurde: „Es geht jetzt um die Zukunft Deutschlands. Im Kampf gegen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands, im Kampf gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus entscheidet sich die Zukunft Deutschlands. Alle friedliebenden und fortschrittlichen Kräfte in Deutschland wollen die nationale Wiedergeburt Deutschlands als friedliebenden und demokratischen Staat."

Kann man denn, wenn man die Frage nach dem wahren Kräfteverhältnis hinsichtlich des Atombombenbeschlusses in Bonn beantworten will, die Millionen Arbeiter, Bauern, Wissenschaftler, Künstler und Bürger der Deutschen Demokratischen Republik übersehen?

Der Atomtodbeschluß von 1958 gleicht wie ein Ei dem anderen dem hitlerischen Ermächtigungsgesetz. Die Reden von Hitler, Goebbels und Göring unterscheiden sich in nichts von den Reden Adenauers, Strauß' und Kiesingers. Es besteht manche Ähnlichkeit zwischen dem Verhalten Ollenhauers und dem Severings.

Die Faschisten konnten die führenden Funktionäre, die besten Repräsentanten der deutschen Arbeiterklasse in das Konzentrationslager schleppen, einkerkern, foltern, hinrichten; sie konnten sie in die Emigration zwingen, sie konnten unseren unvergeßlichen Ernst Thälmann ermorden; aber sie sind nicht imstande, die fortschrittlichen Menschen der Deutschen Demokratischen Republik einzukerkern und ihre führenden Persönlichkeiten zu foltern, zu martern und hinzurichten. Die Deutsche Demokratische Republik ist kein Ort der Emigration, sondern der erste sozialistische Staat auf deutschem Boden.

Man konnte die Wissenschaftler im Dritten Reich zum Schweigen bringen und demoralisieren. Aber unsere deutschen Atomforscher können von den Bonner Atomstrategen nicht daran gehindert werden, durch den Mund von Leninpreisträger Professor Dr. Thießen und unter dem Beifall von 250000 Berlinern auf dem Marx-Engels-Platz und Millionen deutschen Arbeitern zu bekunden und zu beweisen, daß der Weg, den unsere Regierung und unsere Partei eingeschlagen haben, mit unfehlbarer Sicherheit zu Glück, Wohlstand und Frieden führt.

Das Vertrauen zu der Festigkeit unseres Staates wächst wie unsere Leistungen und unsere Erfolge. Das Bewußtsein festigt und entwickelt sich in den Reihen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und unter den Parteilosen. Offenbar ist das ein Faktor von grundsätzlicher Bedeutung, wenn man das wirkliche Kräfteverhältnis in ganz Deutschland einschätzen will.

Vielleicht glauben einige Leute in Westdeutschland: Entscheidend und wahrhaft real sind die Atomsprengköpfe an den Geschossen und die amerikanischen Raketenabschußbasen. Niemand zweifelt an deren Realität. Aber wenn schon Strauß dazu fähig ist, zu schießen, so kann er sich darauf verlassen, daß wir in dieser Beziehung die notwendigen Vorkehrungen treffen werden, um ihn daran zu hindern. Unsere Volksarmee, die dem Schutze unserer friedlichen Arbeit dient, steht auf Wacht für den Frieden. Wenn wir sagen, daß die Deutsche Demokratische Republik auf den am weitesten exponierten Posten im Lager des Kampfes um ein friedliches Leben, um Glück und Wohlstand der sozialistischen Völker steht, so heißt das, hinter ihr steht die gewaltige und geballte Kraft der Länder des Sozialismus, und in den Staaten des kapitalistischen Westens selbst haben wir so manche Verbündete und Freunde, wie die Arbeiterklasse Frankreichs, Italiens und anderer Länder.

Die Adenauer und Strauß brüsten sich mit ihren amerikanischen und britischen Freunden, mit Dulles und Mac Cloy, aber diese Freunde Adenauers sind die Feinde der Völker. Und die Völker erkennen das immer mehr! Sieben Millionen Arbeitslose in den USA lernen Dulles hassen. Der Haß der Millionenmassen der unterdrückten Völker ist den Imperialisten ebenfalls gewiß. Und auch die Bevölkerung Westdeutschlands und Westberlins sieht sich fast täglich vor die Tatsache gestellt, gegen diese „Verbündeten" aufzutreten und gegen ihre Schandtaten zu protestieren. Adenauer und die CDU empfangen ihren Freund Pineau. Das ist in der Tat eine passende Gesellschaft. Das Verbrechen von Guernica, das die Vorläufer Adenauers begingen, ist den Völkern noch allzu gut in Erinnerung, als daß sie nicht die Ähnlichkeit mit dem Verbrechen an der tunesischen Ortschaft Sakiet Sidi Youssef erkennen könnten.

Die Völker, darunter auch das französische Volk, stehen nicht auf der Seite Gaillards und Pineaus, die Freunde der Adenauers, sondern auf der Seite Djamila Bouhireds und der um ihre Freiheit ringenden algerischen Patrioten. Zählt man noch eine Handvoll solcher „Verbündeter" Adenauers und Strauß' auf, die auf solch unsicheren Grund stehen wie Gaillard und Pineau, so kann man mit mathematischer Sicherheit den politischen Bankerott der Adenauerclique voraussagen.

Liebe Freunde und Genossen!

Gewiß erinnern Sie sich gut jener bedeutsamen Worte, die die Friedenskräfte in allen Ländern mobilisierten:

Ein dritter Weltkrieg kann verhindert werden, wenn die Völker die Sache des Friedens in ihre eigenen Hände nehmen. Heute können wir mit erhöhter Zuversicht den maßlosen Drohungen der Atombombenstrategen in Bonn entgegenrufen: Ihr werdet euer teuflisches Spiel mit dem Tode nicht beginnen können! Die Profite, die ihr aus der Fabrikation dieser Bomben zieht, werden eure letzten Kriegsprofite sein! Ein dritter Weltkrieg wird verhindert werden, weil die Völker die Sache des Friedens in ihre starken Hände genommen haben, hier und überall!

# Die Stadt Tábor und ihre Befestigung

Dobroslava Menclová

Es klingt heute wie eine Legende, wenn wir die Augenzeugenberichte über die Gründung dieser Stadt lesen. Eine Schar Bauern aus den umliegenden Dörfern bemächtigte sich im Winter des Jahres 1420, geführt von dem ehemaligen „Scholaren" und Glöckner Hromádka sowie dem Hussitenpriester Vaucek, nach kurzem Kampf der mächtigen Burg der Herren von Usti na Hradisti und ihrer ganzen Umgebung samt Meierhof und der Friedhofskapelle der Heiligen Philippus und Jakobus. Außer einigen Fischerhütten am Fluß unterhalb der Burg stand damals an der Stelle der heutigen Stadt nichts.

Die beiden Führer des Aufstandes, Hromádka und Vaucek, waren in Südböhmen gut bekannt. Sie gehörten zu den Hauptorganisatoren der Wallfahrten „in die Berge", wo dem Volk gesagt wurde, daß es einzig und allein nach der Lehre der hussitischen Priester das Heil erlangen könnte. In Wirklichkeit waren diese Wallfahrten in die Berge eigentlich die ideologische Vorbereitung für das künftige radikale Taboritentum. Zu den Wallfahrtsteilnehmern gehörten offenbar auch die Bauern, die sich Hradistis bemächtigt hatten. Es waren ihrer nicht viele. Gleich nach der Einnahme der Burg sandte Hromádka Boten zu Zizka nach Pilsen und bat um Hilfe und Verstärkung; denn „er habe einen guten Platz für eine Stadt gefunden und diesen besetzt". Zizka entsprach seiner Bitte und sagte: „Ich werde diesen Berg und diese Niederlassung und dann die Stadt sehr fest machen und ihr den Namen ‚Tábor' geben . . ."

Wie man aus der Botschaft Hromádkas an Zizka ersehen kann, waren sich die beiden Führer des Aufstandes der ungewöhnlich günstigen Lage des Platzes für die künftige Stadt sehr wohl bewußt. Es war eine ausgedehnte Landzunge, die zwar nicht höher als die umliegende Landschaft lag, die aber durch steile Hänge fest umgrenzt war, wodurch sie auf der einen Seite jäh ins Flußtal der Luznice und auf der anderen Seite in das Tal des nicht großen, aber tiefen Baches Tismenice herabfiel, der am Fuße der Burg in den Fluß einmündete. Der einzige Zugang zur Landzunge befand sich — wie ein Augenzeuge schreibt — an der östlichen Seite, wo tief eingeschnitten ein Bach, als wollte er sich mit dem Fluß vereinigen, die kaum zwanzig Schritt breite Landenge umschließt. Der Teich Jordán, der heute den Zugang zur Stadt an der Ostseite schützt, hat damals noch nicht existiert. Er wurde erst im Jahre 1492 angelegt.

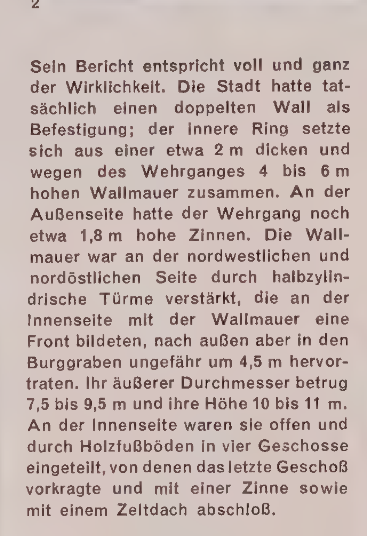
Unverzüglich begannen die neuen Bewohner mit dem Bau der Befestigung, und sie arbeiteten daran so intensiv, daß bereits im Jahre 1433 im ältesten Grundbuch der Stadt das Neue Tor vermerkt ist, das an der östlichen Landzunge, gegenüber dem Zufahrtsweg, offensichtlich an der Stelle einer älteren provisorischen Befestigung dieses strategisch wichtigsten Punktes der Stadt, errichtet worden ist. Bis zum Jahre 1451 war die Stadt bereits völlig befestigt. In diesem Jahr fuhr nämlich der spätere Papst Pius II., damals noch Kardinal Äneas Sylvius Piccolomini, bei seiner Rückkehr vom Baseler Konzil über Tábor und übernachtete in dieser Stadt, indem er sich lieber in den Schutz der Wölfe als in den Schutz der Hasen begab. Seinem Bericht nach besaß die Stadt mit ihrem doppelten, mit Türmen und Bastionen sowie drei Toren befestigten Wall bereits ihre vollständige Befestigung. Größte Bewunderung erweckte in ihm das Neue Tor mit seiner mächtigen Barbakane, an der sowohl ein Engel, der den Kelch hält, als auch Zizka, „der auf beide Augen blinde Alte", in Wandmalerei dargestellt gewesen sein sollen.



1



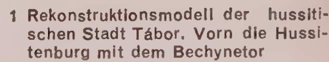
2



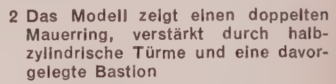
Sein Bericht entspricht voll und ganz der Wirklichkeit. Die Stadt hatte tatsächlich einen doppelten Wall als Befestigung; der innere Ring setzte sich aus einer etwa 2 m dicken und wegen des Wehrganges 4 bis 6 m hohen Wallmauer zusammen. An der Außenseite hatte der Wehrgang noch etwa 1,8 m hohe Zinnen. Die Wallmauer war an der nordwestlichen und nordöstlichen Seite durch halbzylindrische Türme verstärkt, die an der Innenseite mit der Wallmauer eine Front bildeten, nach außen aber in den Burggraben ungefähr um 4,5 m hervortraten. Ihr äußerer Durchmesser betrug 7,5 bis 9,5 m und ihre Höhe 10 bis 11 m. An der Innenseite waren sie offen und durch Holzfußböden in vier Geschosse eingeteilt, von denen das letzte Geschoß vorkragte und mit einer Zinne sowie mit einem Zeltdach abschloß.

In der Höhe des dritten Geschosses waren die Türme durch abgespitzte Portale mit den Wehrgängen verbunden. Die Länge des Walles betrug an der nordöstlichen Seite, wo nur der Bach Tismenice den Zugang zur Stadt schützte, 25 bis 30 m, an der nordwestlichen Seite, gesichert durch den Fluß Luznice, 50 bis 70 m. Der Burggraben lag um 3 bis 3,5 m niedriger als die Flurhöhe der Stadt bei den Wällen und besaß eine niedrige Schanzenmauer, die jedoch zum Unterschied von der traditionellen Zinne bereits überdachte Wehrgänge aufwies, die hier und da mit fünfseitigen Erkern mit hohen Zeltdächern versehen waren. An den besonders bedrohten Seiten verstärkten

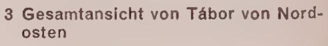
1 Rekonstruktionsmodell der hussitischen Stadt Tábor. Vorn die Hussitenburg mit dem Bechynetor



2 Das Modell zeigt einen doppelten Mauerring, verstärkt durch halbzylindrische Türme und eine davorgelegte Bastion



3 Gesamtansicht von Tábor von Nordosten



4 Wasserturm an der Stadtmauer



3



4

die Befestigung des Burggrabens noch mächtige, vorgelagerte, polygonal angeordnete Bastionen, die durch schmale Halsgräben mit dem Burggraben verbunden waren. Zusammen mit den dreiseitigen Auskragungen der Burggrabenmauer gehören sie zu den größten Sehenswürdigkeiten der Befestigung von Tábor. Den Schutz dieser Bastionen übernahmen die Zünfte der Stadt. Davon zeugen ihre Namen. Die mächtigste, ursprünglich Zizkova (Zizkabastion) genannt, hieß dann Soukenická (Tuchmacherbastion), eine weitere kleinere Bastion Reznická (Fleischerbastion). Erhalten ist nur ein Bruchstück, weil der gesamte Teil des Burggrabens, der dem Jordánteich zugewandt war, Ende des 15. Jahrhunderts im spätgotischen Stil umgebaut wurde.

In die Stadt führten zwei Tore, das eine bei der Burg, das andere gegenüber der Zugangsstraße an der östlichen Seite. Dieses Tor, im Jahre 1433 Nová braná, das Neue Tor, genannt, setzte sich aus zwei prismenförmigen Durchgangstürmen und aus einer großen polygonalen Barbakane zusammen, die kammerförmige Schießscharten im Erdgeschoß und Schießscharten für die Bogenschützen im Obergeschoß hatte und mit einem Wehrgang abschloß. An der Südseite der Barbakane befand sich, eingekeilt in ihre 7,6 m dicken Mauern, der prismenförmige Eingangsturm mit Tor und Fallbrücke über dem Graben. Die mächtige Barbakane, eine der ältesten in Mitteleuropa, war durch einen schmalen Halsgraben mit dem mittleren prismenförmigen Eingangsturm verbunden, der in einem breiten, ausgemauerten Graben errichtet war. Dieser schützte die Burggrabenmauer gegen die offene Flanke der Landenge.

In der eigentlichen Stadtmauer befand sich dann ein dritter Eingangsturm, der durch ein Fallgitter verschlossen war und Prager Turm genannt wurde. Er ist erst im Jahre 1884 abgerissen worden. Das zweite Stadttor lag an der Burg, an der Südseite der Stadt. Sein innerer Eingangsturm, Klokotská genannt, wurde im Jahre 1865 abgerissen. Das Außentor, Bechynská genannt, das als Quertrakt an die Burg angebaut worden war, steht bis zum heutigen Tage. Nur der Graben, über den vom Tor eine Fallbrücke führte, ist heute zugeschüttet. Außer dem Turm besaß das mittelalterliche Tábor noch zwei Turmpforten. Sie sind jedoch beide im vergangenen Jahrhundert beseitigt worden.

Die größte Sehenswürdigkeit der Befestigung von Tábor sind neben der Barbakane die mächtigen Bastionen in der Mauer des Burggrabens, die hier in der Geschichte unserer Stadtbefestigungen zum ersten Male auftreten. Sie waren die beste Befestigung gegen die im Entstehen begriffene Artillerie und wurden in diesem Sinne bald auch anderswo angewandt. Fast gleichzeitig mit Tábor wurden sie in Cáslav gebaut, und um die Mitte des 15. Jahrhunderts befestigten die Sternberks mit diesen Bastionen, eingeordnet in ein sinnvolles Befestigungssystem, das ganze, ihnen untergebene Städtchen Bechyne. Mit den Hussitenscharen des Jan Jiskra z Brandysa gelangte dieser Bastionstyp, der als Vorläufer des italienischen Bastionssystems gilt, auch nach Oberungarn und nach der heutigen Slowakei. So wurde er bei den Burgen in Topol'cany und Bojnicie bei Nitra und bei der Stadtbefestigung in Levoca und Presov angewandt.



5

5 Das äußere Stadttor Bechynská brama schützt den Südeingang von Tábor zusammen mit dem Wachturm der mit dem Tor verbundenen Hussitenburg



6

6 Marktplatz mit der Dekanatskirche

7 Ein schönes Bürgerhaus aus dem 18. Jahrhundert tritt mit seinen Arkaden vor die Reihe der anderen Markthäuser

8 Charakteristisch für die tschechische Renaissance ist die Sgraffitoquaderung der geputzten Fassaden



7



8


1


2


3

1 und 2 Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaft Nordhausen — Entwurfsbüro für Hochbau Nordhausen — F. Stabe, R. Buntfuß, W. Hoffmann I und W. Hoffmann II — Baujahr 1956 — 1 Stresemannring Ecke Jahnstraße — 2 Teilkomplex Stresemannring

3 Wohnhaus (Großblockbauweise) Wohnkomplex Berlin-Friedrichshain, Koppenstraße — Ansicht von der Langestraße — Entwurf: H. Henselmann, Entwurfsbearbeitung: Entwurfsbüro für Hochbau II Berlin — Bauzustand Dezember 1957

4 bis 7 Poliklinik Wismar — Entwurfsbüro für Industriebau Stralsund — K. Rieck — Baujahr 1955/56 — 4 Hauptansicht — 5 obere Halle — 6 Operationsraum — 7 Elektrotheraphie

8 bis 10 Frankfurter Tor, Berlin — H. Henselmann — Baujahr 1956/57 — 8 Ansicht von Südosten (Nordseite) — 9 Ansicht von Südwesten (Südseite) — 10 Nordostecke ,,Frankfurter Tor'', Baujahr 1956/58

11 Verwaltungsgebäude der Industrie- und Handelskammer der DDR, Berlin, Chausseestraße Ecke Invalidenstraße — J. Päßler — Baujahr 1955/56

12 und 13 Wohnbauten in Großblockbauweise in Berlin-Karlshorst — L. Wiel — Baujahr 1957/58 — 12 Block 03 kurz vor der Fertigstellung — 13 Teilansicht von der Lisztstraße


4


5


6


7


8


10


9


12


11


13

# Neue Wege der sanitären Installation im Wohnungsbau

Dipl.-Ing. Erwin Haack

Die immer stärker in den Vordergrund tretende Industrialisierung der Arbeiten des Bauhauptgewerbes mit dem Ziel, die Baustelle zur Montagestelle werden zu lassen, zwang auch die Ausbaugewerke, neue Wege zu suchen.

Neue Wege sind jedoch nur dann sinnvoll, wenn sie grundsätzlich vier Forderungen erfüllen:

1. Verkürzung der Bauzeit auf der Baustelle selbst,
2. Kostensenkung bei den von den einzelnen Gewerken durchzuführenden Leistungen,
3. Einsparung von Material und zugleich Verbesserung der Qualität,
4. Erreichung des internationalen Niveaus bei der Ausgestaltung mit technischen Anlagen.

Die Durchsetzung dieser Forderungen ist die gemeinsame Aufgabe aller an der Planung und Durchführung beteiligten Ingenieure, Architekten und Bauarbeiter. Es darf also keine „Industrialisierung um jeden Preis" geben. Bei den Aufgaben, die die Sanitärtechnik im neuzeitlichen Wohnungsbau lösen muß, handelt es sich in erster Linie um die Erkennung und die Lösung hygienischer Probleme.

Die Aufgabe kann dann als gelöst angesehen werden, wenn berechtigte hygienische Forderungen mit den technischen Ansprüchen der künftigen Mieter auf ein ökonomisch vertretbares Niveau abgestimmt sind. Bei der sanitären Installation muß einzig und allein die Zweckbestimmung entscheiden. Es bleibt dabei unbestritten, daß die sanitäre Installation ein organischer Bestandteil jedes Bauwerkes ist und die zweckmäßigste Lösung für den Gesamtbaukörper nur in einem guten „Miteinander" zwischen Ingenieur und Architekt und nicht im „Nebeneinander" gefunden werden kann.

Die Verkürzung der Bauzeit auf der Baustelle erfordert die Verlagerung eines Teiles der Arbeiten von der Baustelle in die Werkstatt, um dort nach den Gesichtspunkten einer Maßanfertigung unter Einsatz von neuzeitlichen Gewindeschneidmaschinen, Trennscheiben, Lehren und Schablonen eine Produktionsrationalisierung zu erreichen. Dabei ergibt sich zwangsläufig die Notwendigkeit einer Normung in zweifacher Hinsicht:

**A. Normung der Grundrißlösung, das heißt, Schaffung klarer Typengrundrisse mit „verbindlichen" Raummaßen**

**B. Normung, Standardisierung und Typenbereinigung der sanitären Objekte und Armaturen**

A. Es war notwendig, bei der Schaffung einiger den heutigen Anforderungen entsprechenden Typengrundrisse eine möglichst einheitliche Lösung der Zuordnung zwischen Bad und Küche zu finden und die Ausgestaltung beider Räume mit den dem neuzeitlichen Wohnungsbau entsprechenden Objekten durchzusetzen. Im Jahre 1954 erschien nach einer Periode umfangreicher Untersuchungen als Extrakt der Erfahrungen und Versuche das Normblatt DIN 18 022 „Küche und Bad im sozialen Wohnungsbau". In der Einleitung zu diesem DIN-Blatt-Entwurf wird völlig richtig festgestellt, daß Küche und Bad um so sorgfältiger geplant werden müssen, je kleiner der zur Verfügung stehende Raum ist, und zwar mit dem Ziel, den Hausfrauen die Arbeit zu erleichtern. Es wäre daher richtig, wenn jede Kosteneinsparung durch Verbesserung der Grundrißlösung des Wirtschaftsteils einer Wohnung der haustechnischen Ausrüstung zugute käme.

Die ersten positiven Ergebnisse brachte im Berliner Wohnungsbau die Entwicklung des Typs 19/2, der im Jahre 1956 baureif vorlag und das Durcheinander im Wohnungsbau Berlins endlich beendete. Die Anstrengungen des Chefarchitekten von Berlin, insbesondere wohl des Kollegen Giske, hatten einen entsprechenden Einfluß auf die Beseitigung des Individualismus im Berliner Wohnungsbau. Leider unterblieb bei der Entwicklung dieses Typs wie so oft die vorherige Abstimmung zwischen dem Projektanten und dem Ausführungsbetrieb, so daß der sanitärtechnische Teil zwar nicht prinzipiell, aber doch in Einzelheiten überarbeitet werden mußte, da durch gewisse Umstellungen der Zu- und Abflußleitungen untereinander eine wesentliche Material- und Montagekosteneinsparung herbeigeführt werden konnte.

In bezug auf die Montage der sanitären Installation war allerdings damit die Abkehr von der bisherigen handwerklichen Arbeitsweise noch nicht erreicht. Erst die weitere Entwicklung zu den Typen Q 3 und Q 3a hat in dieser Hinsicht zwangsläufig eine Wandlung geschaffen. Die vom Chefarchitekten dem Entwurfsbüro für Hochbau I Berlin gestellte Aufgabe, beim Entwurf der sanitären Installation auf die neuesten Erkenntnisse zurückzugreifen, kann nach dem Stande der derzeitigen Entwicklung als im Prinzip gelöst angesehen werden, da es gelungen ist, den alten Planungsgrundsatz, Küche und Bad aus installationstechnischen und kostenmäßigen Gründen hinter- beziehungsweise nebeneinanderzulegen, durchzusetzen und andererseits einen installationstechnischen Schwerpunkt in der Form der Installationszelle zu schaffen.

In diesem Zusammenhang erachte ich es als notwendig, einige begriffliche Klarstellungen einzufügen, um damit Meinungsverschiedenheiten zu klären, die sich aus der bisherigen teilweisen Verschwommenheit der Begriffsbestimmungen ergaben.

Installationszelle ist die räumliche Einheit von Küche, Bad und WC mit den zugehörigen wasser- und energieversorgten Einrichtungsgegenständen und Geräten einschließlich der dafür notwendigen Rohrleitungen und Armaturen.

Installationselemente sind verschiedenartige Formen des Installationsverfahrens. Es seien hier nur die Installationselemente der neuesten Entwicklung genannt:

a) Anschlußelemente sind serienmäßig hergestellte Einzelteile für die horizontale Verteilung von Kalt- und Warmwasser ab Steigestrang sowie Ableitungen von Schmutzwasser bis zum Fallrohr.

b) Rohrbündel sind starre Zusammenfassungen vertikaler Kalt- und Warmwasserleitungen und Abwasser-Fallrohre in Geschoßhöhe.

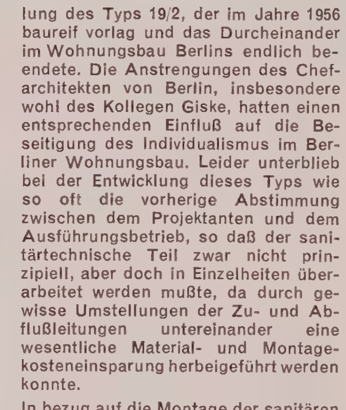
c) Rahmenelemente, wie in dem Typ Q 3 ursprünglich vorgesehen, sind die starre Zusammenfassung sowohl der vertikalen als auch horizontalen Leitungen in geschoßhohen Metall- oder Kunststoffrahmen, die zugleich — nach entsprechender Verkleidung — zur Befestigung der sanitären Objekte, wie Spüle beziehungsweise Waschtisch, vorgesehen sind. Es handelt sich also um eine Kombination aus a und b.

d) Wandelelemente sind meist Betonfertigteile in halber oder auch ganzer Geschoßhöhe, bei denen Teile der Rohrbündel und der Anschlußelemente als Bestandteile der Wand eingezogen sind. — Diese Elemente sind gleichbedeutend mit den sogenannten Installationsblöcken.

e) Installations-Fertigzellen stellen industriell vorgefertigte Räume der Installationszelle einer Wohnung dar, zum Beispiel WC-Zelle, Brausezelle oder komplette Badezimmer, die die zur Ausstattung der Räume gehörigen Rohrleitungen und Objekte fertig montiert enthalten.

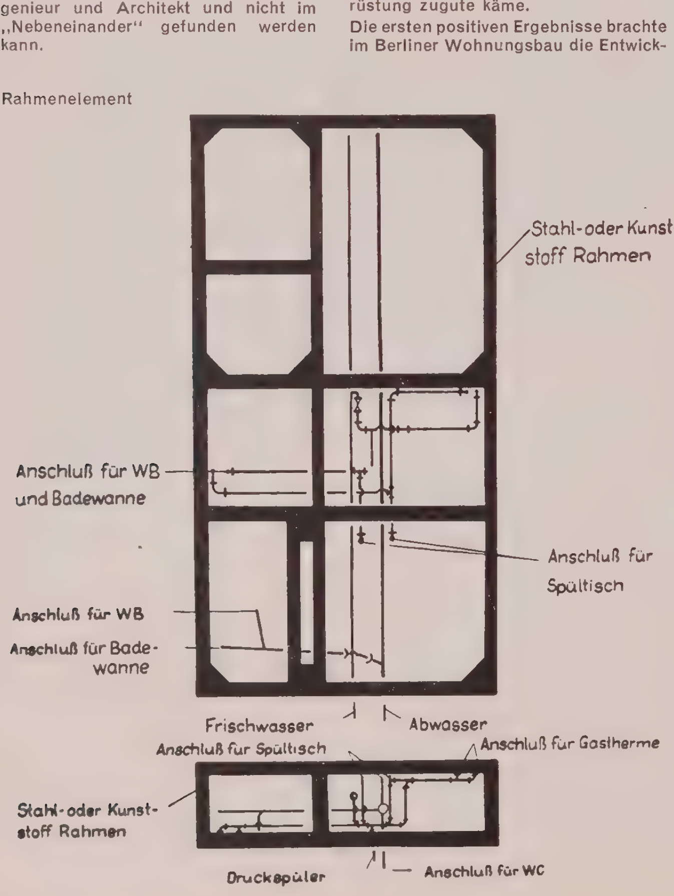
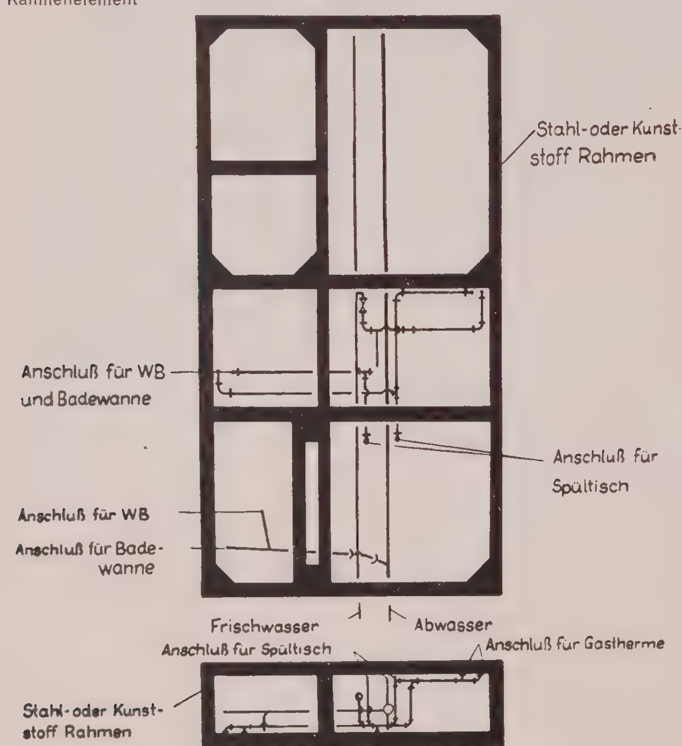
Es ist eine unabstreitbare Forderung im neuzeitlichen Wohnungsbau, von der „klassischen" Form der Installation, das heißt von der rein handwerklichen Form, abzukommen, um die im Anfang aufgestellten Forderungen überhaupt erfüllen zu können. Die sowohl in Deutschland als auch im Ausland gemachten Erfahrungen haben bisher allerdings gezeigt, daß die günstigsten Verhältnisse jedoch nicht durch die Anwendung der extremsten Verfahren erreicht werden, das heißt weder durch die Beibehaltung der „klassischen Installation" noch durch reine Werkstattvorfertigung, sondern durch eine den jeweiligen Verhältnissen angepaßte sinnvolle Kombination der Verfahren.

Es soll nicht Aufgabe dieser Ausführungen sein, den mehr oder weniger großen Wert der oben angeführten Verfahren gegeneinander abzuwägen. Eins muß allerdings noch gesagt werden: Die Anwendung aller der Verfahren,



Zusammenbau von Verteilungsleitungen in der Werkstatt

Rahmenelement

die auf industrieller Vorfertigung von Gesamtelementen beruhen, ist zwangsläufig auf Grund der notwendigen Maßhaltigkeit, die der Vorfertigung zugrunde gelegt werden muß, von vornherein zum Scheitern verurteilt, wenn die Toleranzen des Hochbaus sich nicht in der gleichen Größenanordnung wie die der vorgefertigten Elemente bewegen. Ob diese Forderung in absehbarer Zeit erfüllt werden kann, bleibt abzuwarten. Ihre Erfüllung ist jedoch eine der Voraussetzungen zur weiteren Industrialisierung der Ausführung der gesundheitstechnischen Einrichtungen im Wohnungsbau überhaupt. Nicht zuletzt wird jedoch diese aufgezeigte Unzulänglichkeit einer der Faktoren für die Entwicklung der bekannten HB- und GF-Methoden* gewesen sein.

Wenn also oben die Behauptung aufgestellt wurde, daß die Aufgabe als im Prinzip gelöst betrachtet werden kann, dann soll auch die nun folgende Einschränkung den erzielten Durchbruch in keiner Weise abschwächen. Die Konstruktion des Rahmenelementes erfordert zwangsläufig einen ganz erheblichen Mehraufwand an Stahl beziehungsweise Kunststoff — und damit auch an Kosten — für den zu fertigenden Zellenrahmen, der neben seiner Funktion als tragendes Element für das Rohrsystem zugleich zur Befestigung der Wandplatten dienen sollte.

In Anlehnung an das oben Gesagte, nämlich die einzelnen Verfahren in sinnvoller Kombination anzuwenden, sind nun Vorschläge erarbeitet worden, die darauf abzielen, die werkstattmäßige Vorfertigung sowohl gewisser Teile der Rohrbündel als auch der Anschlußelemente durchzuführen, die Montage auf der Baustelle jedoch, daß heißt den Zusammenbau und die Gesamtverlegung, an vorher befestigten Traversen durchzuführen. Hierdurch wird einerseits pro Wohnungseinheit eine Einsparung von 20 kg Stahl erreicht und andererseits, da die Rohrbündel nicht in voller Geschoßhöhe hergestellt werden, eine Anpassung an die Maßgenauigkeit — oder besser gesagt Maßungenauigkeit — der einzelnen Geschoßhöhen bei der Gesamtmontage ohne zusätzliche Veränderungen möglich. Diese Kombination sollte zweckmäßigerweise als Rohrbündelelement bezeichnet werden, um die vorherige Klassifikation sinnvoll zu ergänzen. Es hat um die Zweckmäßigkeit dieses Verfahrens im Gegensatz zum Rahmenelement sehr lebhafte und leidenschaftliche Auseinandersetzungen gerade in den Kreisen der Berliner Fachkollegen gegeben, und es kann nicht bestritten werden, daß die beiderseitige Ummauerung des Installationsschachtes organisch nicht in das sonstige Montageverfahren hineinpaßt. Zu bedenken bleibt allerdings dabei, daß einmal zu einem Teil Zwischenmauerwerk in jedem Falle bei dem Q-3-Typ vorgesehen war und darüber hinaus die Kosten des Installationsrahmens mit Verkleidung wesentlich höher liegen als die Ummauerung einschließlich der Traversenbefestigung.

Eine weitere Verbesserung könnte meines Erachtens durch die Anwendung des Vorschlages von Dipl.-Architekt Hack, Zentrales Entwurfsbüro für Hochbau, erreicht werden, der vorsieht, den Installationsschacht gleichfalls mit vorgefertigten, entsprechend geformten Wandteilen zu umkleiden.

Nicht unerwähnt bleiben soll jedoch bei der Betrachtung der Versuche, die Typisierung der „Maßeinheit" der Wohnungen zu vervollkommnen, der von der Deutschen Bauakademie in der AWG „1. Mai" zur Ausführung gekommene Entwurf, in dem durch Zusammenfassung von zwei Wohnungen eine vereinfachte und kostensparende Anordnung der Installationselemente möglich war. Die Anordnung von Innenbädern und Innen-WC hat jedoch bisher nicht befriedigt, und es ist daher um so erfreulicher, daß die vom EBH I im Auftrag des Chefarchitekten von Berlin entwickelten Typen 1957/1—5 grundsätzlich eine Anordnung von Innenbädern und Innen-WC nicht mehr vorsehen.

B. Auf diesem Gebiet muß die Aufgabe mindestens ebenso konsequent und konzentriert gelöst werden, wie sie bei der Typisierung der Grundrißlösungen angepackt wurde. Es ist bisher leider so, daß der Entwicklungsstand unserer sanitären Armaturen-Industrie dem projektierenden Ingenieur nur in wenigen Fällen eine Möglichkeit gibt, bei seinem Projekt auf Armaturen zurückzugreifen, die dem neuesten Stand der Erkenntnisse entsprechen. Die Ursachen hierfür zu ergründen, kann nicht Aufgabe dieser Ausführungen sein. Es erscheint jedoch notwendig, auf die besonderen Engpässe in der sanitären Armaturen-Industrie hinzuweisen. Es handelt sich dabei um Untertischbatterien für zweiteilige Spülbecken mit Schwenkauslauf und Schlauchbrause sowie um die Verbesserung der WC-Zeitspüler aus Ekadur — Fabrikat Sanar — und um die Entwicklung der Badeofenbatterie für Badeöfen mit innenliegendem Brauserohr, um nur die wesentlichsten Armaturen zu nennen. Bei den sanitären Objekten muß die Forderung erhoben werden, daß die Produktion von Gas-Wand-Heizgeräten, wie sie in WAW Köpenick bereits entwickelt sind, endlich aufgenommen wird, da die bisherige Dessauer Type infolge ihrer Ausmaße einen Einbau in die Bäder und Küchen der Q-3-Typen nicht zuläßt. Weiterhin wird die Entwicklung eines Wandbadeofens mit Kohlefeuerung sowie eines WC mit tiefliegendem Spülkasten unbedingt notwendig. Die Angleichung der sanitären Keramik an die internationalen Typen wird heute stärker als früher von den Werken beachtet. Es muß jedoch die Forderung erhoben werden, daß die Lieferwerke die sanitären Objekte in nächster Zeit komplett liefern.

Daneben könnte eine ziemlich umfassende Typenbereinigung gerade der sanitären Objekte vorgenommen werden, um so mehr, als auch die mit aller Konsequenz durchgesetzte Typung im Wohnungsbau die Variation in Zukunft vielleicht mehr in der verbesserten Formgebung und der Farbgestaltung liegen kann als in der Unterschiedlichkeit der Maße liegen darf.

Zusammenfassend sei gesagt: Die bisherige Unterbewertung der technischen Aufgaben, insbesondere beim Wohnungsbau, muß aufhören. Damit wird die notwendige gemeinsame, sich ergänzende Arbeit zwischen Architekt, Bauingenieur und Spezialingenieur in entscheidendem Maße mit dazu beitragen, die sich ständig steigernden gesundheitstechnischen Forderungen besser als bisher erfüllen zu können.

Es ist notwendig, nicht nur Mindestforderungen in bezug auf die Hygiene des Wohnungsbaus zu erfüllen, sondern in Voraussicht der künftigen Entwicklung besonders die „Maßeinheit" zu planen und zu bauen.

Es gibt keine „Industrialisierung um jeden Preis". Sie muß die Mehrzahl der oben angeführten Forderungen erfüllen. Die derzeitigen Erkenntnisse lassen eine sinnvolle Kombination zwischen industrieller Werkstattfertigung und zum Teil baustellengebundener Fertigmontage bei der sanitären Installation als ratsam erscheinen.

Dabei muß die Forderung nach wesentlicher Verbesserung der baulichen Maßhaltigkeit aufgestellt werden.

Die Umsetzung dieser Erkenntnisse in die Praxis, verbunden mit der eingeleiteten konsequenten Typisierung der Installationszellen, der Verbesserung der Armaturenauswahl und der Typenbereinigung der sanitären Objekte, wird Projektanten und Ausführungsbetrieben die Möglichkeit geben, ihre künftigen Aufgaben noch besser zu erfüllen.

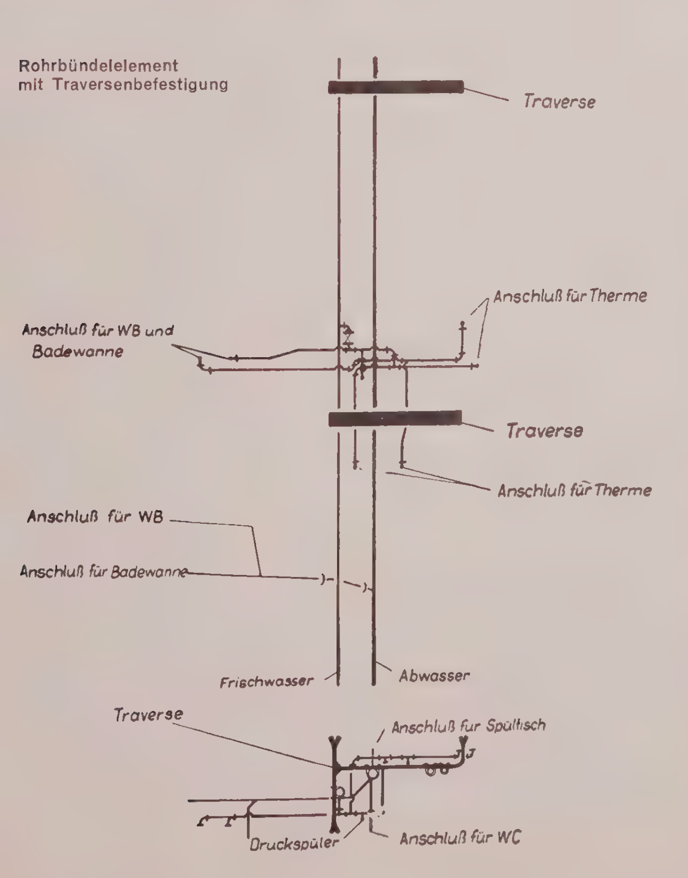
* HB- und GF-Methoden sind schweizerische beziehungsweise deutsche Methoden zur Vorfertigung von Einzelelementen der sanitären Installation.



Montage der werkstattmäßig vorgefertigten Kaltwasserverteilungsleitungen eines Rohrbündelelementes auf der Großblockbaustelle Berlin-Pankow, Damerowstraße



Rohrbündelmontage einschließlich montierte Objekte mit halbgeöffneter Montagewand — Badseite (Typ Q 3a)



# 2. Baukonferenz der DDR

Berichte über die Tätigkeit der Arbeitsgruppen

Fortsetzung aus Heft 5

## Arbeitsgruppe Komplexes Bauen

Das im Sozialismus wirksame Gesetz der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft verlangt nicht nur die Herstellung richtiger Proportionen in unserer Produktion nach Produktionsarten und deren Kapazitäten, sondern vor allem die Überwindung regionaler Strukturdisproportionen unserer Wirtschaftsgebiete. An der Überwindung dieser aus dem Kapitalismus überkommenen Disproportionen haben die Staatliche Plankommission und das Ministerium für Bauwesen gemeinsam mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen mitzuwirken. Die Plankommission hat dabei regional die für unsere sozialistische Volkswirtschaft notwendigen ökonomischen Strukturen in der Perspektivplanung festzulegen, und zwar in einer Koordinierungsplanung für alle fachlich gesonderten Entwicklungsaufgaben. Daraus ergeben sich die gebietsbildenden, stadt- und dorfbildenden Faktoren für die gebietsumfassende Stadt- und Dorfplanung.

Die regional-ökonomische Aufgabe der Perspektivplanung führt zur Planung der künftigen regionalen Grobstreuung der Standortverteilung der Produktivkräfte. Sie wird in der Regionalökonomik der Bezirke und Kreise der Deutschen Demokratischen Republik festgelegt und ist eine Aufgabe der Staatlichen Plankommission sowie der Plankommissionen der Bezirke und Kreise. Mit Recht betonte Professor Reuter, Cottbus, daß bereits während der Bearbeitung dieser regional-ökonomischen Perspektivplanungen der größeren Verwaltungseinheiten engste Zusammenarbeit mit der technisch-gestalterischen Gebietsplanung erreicht werden muß. Die speziellen Aufgaben der Stadt- und Dorfplanung in der Bearbeitung von komplexen Großbauvorhaben erhalten aus diesen regional-ökonomischen Perspektivplanungsunterlagen entscheidende Planungshinweise für den notwendigen jeweiligen Kapazitätsansatz städtebaulicher und dorfbaulicher, besonders aber industriebaulicher Vorhaben.

Dr. Roos unterstrich eindringlich die Bereitschaft der Perspektivplanung der Staatlichen Plankommission zu solchen frühzeitigen Koordinierungsmaßnahmen.

Um jede Verwechselung der Verantwortungsbereiche zu vermeiden, sollte nicht das gleiche fachliche Kennwort „Gebietsplanung" für ganz unterschiedliche planerische Aufgaben und Verwaltungsstellen verwendet werden. Im Sinne der Gesetzgebung sollten daher bei der Staatlichen Plankommission ausschließlich der Begriff „Perspektivplanung" beziehungsweise „regional-ökonomische Perspektivplanung", beim Städte- und Dorfbau hingegen der Begriff „Gebietsplanung" beziehungsweise „technisch-gestalterische Gebietsplanung" Anwendung finden.

Professor Dr.-Ing. Ludwig Küttner hat in der wissenschaftlichen Zeitschrift der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar (Nr. 5, IV. Jahrgang 1956/57, Seite 348) über die räumliche Planung in der Deutschen Demokratischen Republik gesagt:

„Die gesamte räumliche Planung, also sowohl ihre ökonomische Seite (Regionalplanung bei der Plankommission) wie ihre technisch-gestalterische Seite (Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung beim Ministerium für Aufbau), muß als Einheit aufgefaßt werden."

Diese der Arbeitsgruppe mehrfach vorgetragenen Grundthesen wurden einmütig von den Mitarbeitern der Arbeitsgruppe anerkannt. Das bedeutet aber, daß aus arbeitstechnischen Gründen die regional-ökonomische Seite der Aufgabe von der technisch-gestalterischen verwaltungsmäßig und auch terminologisch getrennt werden muß. Einmütig forderten die Teilnehmer der Arbeitsgruppe klare Abgrenzung der Zuständigkeiten bei diesen so wichtigen Hoheitsaufgaben unseres Arbeiter-und-Bauern-Staates.

Aufgabe der Plankommission ist demnach die Erarbeitung einer regional-ökonomischen Strukturplanung für die gebietsbildenden, stadt- und dorfbildenden Faktoren. Aufgabe des Bauwesens, besonders der technisch-gestalterischen Gebietsplanung bei den Baudirektionen der Räte der Bezirke, ist die komplexe gebietsumfassende Stadt- und Dorfplanung auf Grund dieser regional-ökonomischen Planungsfestlegung.

All unsere Energie muß dem komplexen Bauen dienen, weil nur dadurch das große Ziel von künftig 100000 Wohnungen im Jahr erreichbar ist. Plankommission und gebietsumfassender Stadt- und Dorfbau haben zusammenzuwirken, damit dieses große Ziel voll erreicht werden kann.

Die Mitarbeiter der Arbeitsgruppe haben mit der einmütigen Zustimmung zu den sieben Hauptpunkten der „Schlußfolgerungen" zugleich ausdrücklich ihre Bereitwilligkeit bekundet, alle ihre Energie für die Durchsetzung dieser in den Schlußfolgerungen niedergelegten Forderungen einzusetzen, und zwar einschließlich der Verstärkung der forschenden Mitarbeit der Wissenschaft für die Verbesserung aller Voraussetzungen des komplexen Bauens.

Die Frage der komplexen Durchführung umfassender AWG-Bauvorhaben wurde in einem besonderen Verhandlungsteil sehr gründlich beraten, weil hierin der Schwerpunkt und die großen Möglichkeiten unseres Wohnungsbaus liegen.

Die abschließende Einschätzung der Aussprachen über alle wichtigen Voraussetzungen zur Verwirklichung des komplexen Bauens in der Deutschen Demokratischen Republik im Rahmen der Beratungen der Arbeitsgruppe brachte das einmütige Bekenntnis der Mitarbeiter dieser Arbeitsgruppe zur vollen Ausschöpfung der großen Kraftreserven, die besonders in den Kreisen und Gemeinden unserer Republik liegen, zum Ausdruck.

Das Gesetz über die Rechte und Pflichten der unteren Organe der Staatsgewalt vom 17. Januar 1957 und das Gesetz über die Vervollkommnung und die Vereinfachung der Arbeit des Staatsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik bieten entscheidende Möglichkeiten zur Mobilisierung dieser bisher durchaus nicht ausgeschöpften Kräfte unserer Bevölkerung.

Diese Beschlußfassungen wurden nach sehr gründlichen Diskussionen gemeinsam in der Arbeitsgruppe erarbeitet und von einem Mitglied der Redaktionskommission vorgetragen. Die Arbeitsgruppe hat einmütig diese Schlußfolgerungen beschlossen.

Die Bedeutung dieser Schlußfolgerungen wurde im Plenum der 2. Baukonferenz am 26. Februar 1958 allen Teilnehmern vorgetragen und die Durchsetzung dieser Schlußfolgerungen für das komplexe Bauen eindringlich gefordert. Dr. Wiedemann

### Schlußfolgerungen

1. Zur Perspektivplanung

Der Staatlichen Plankommission wird empfohlen, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Bauwesen eine Regelung im Sinne folgender Zielsetzung zu erarbeiten:

Die Perspektivplanung ist allgemein zu verbessern. Das Ziel muß sein, eine langfristige Sicherung des Investitionsvorlaufes herbeizuführen, den Planträgern rechtzeitig sowie in größerem Umfang zu ermöglichen, in ihren perspektivischen Überlegungen komplexe Bauvorhaben zu berücksichtigen und hierauf die geplanten Investitionsmittel zu konzentrieren.

2. Zur Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung

Es ist eine gemeinsame Arbeitsordnung für die Zusammenarbeit der Wirtschaftsräte der Bezirke und der Bauämter der Bezirke im Bereich der Gebietsplanung auf Grund der im Ministerratsbeschluß festgelegten Arbeitsteilung auszuarbeiten.

Dem Ministerium für Bauwesen wird empfohlen, in Zusammenarbeit mit den zuständigen zentralen und örtlichen Organen folgende Regelungen zu treffen:

Ausarbeitung einer Arbeitsordnung für die bezirkliche Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung

Es sind Arbeitspläne für die bis 1960 auszuarbeitenden Gebiets-, Stadt- und Dorfplanungen aufzustellen, insbesondere mit dem Ziel, das komplexe Bauen und den Aufbau der Stadtzentren vorzubereiten.

Es sind Aufbau- und Teilbebauungspläne aufzustellen, die alle Angaben und Feststellungen enthalten, die für eine umfassende Vorplanung erforderlich sind und eine komplexe Baudurchführung ermöglichen.

3. Zur Vorplanung

Zur Herbeiführung einer einwandfreien und allseitig abgestimmten Vorplanung wird vorgeschlagen, möglichst unter der Federführung des Bauamtes Planungsgruppen zu bilden, an denen alle an einem Komplex beteiligten Abteilungen des Staatsapparates, Betriebe und Institutionen zu beteiligen sind. Die Aufgabe dieser Planungsgruppen besteht darin, verbindliche Vereinbarungen über die komplexe Durchführung der Projektierung und der Baumaßnahmen zu treffen.

Zur Beseitigung der Zersplitterung der Projektierungsmittel und zur Erleichterung einer komplexen Projektierung wird der Staatlichen Plankommission empfohlen, in Verbindung mit dem Ministerium für Bauwesen zu überprüfen, ob die Ausreichung der Vorplanungs- und Projektierungsmittel durch den Investitionsplan und nicht mehr durch den Haushaltsplan erfolgen soll.

Das Standortgenehmigungsverfahren bei komplexen Bauvorhaben ist so zu regeln, daß Genehmigungen nur erteilt werden, wenn alle Belange komplexer Lösungen eindeutig geklärt sind. Die Bearbeitung der Vorplanung muß die Grundsätze des komplexen Bauens verwirklichen.

Es ist schon in der Vorplanung vorzusehen, daß ein Entwurfsbüro als Hauptprojektant eines komplexen Vorhabens eingesetzt wird.

Die „Anordnung über die Durchführung komplexer Projektierungen" vom 8. Dezember 1955 (GBl. I/112 vom 29. Dezember 1955) ist außer Kraft zu setzen und durch eine neue, umfassende, dem komplexen Bauen entsprechende Anordnung zu ersetzen.

Die „Anordnung zur Änderung der Anordnung zur Vorbereitung und Durchführung des Investitionsplanes und des Generalreparaturplanes sowie der Lizenzen" vom 19. Dezember 1956 (GBl. II/51 vom 29. Dezember 1956) ist im Sinne des komplexen Bauens anzuwenden.

4. Zur Projektierung

Als Sofortmaßnahmen sind einzuleiten: Im Projektierungsplan sind „komplexe Bauprogramme" gesondert auszuweisen. Es muß gewährleistet sein, daß entsprechend den Bedingungen des komplexen Bauvorhabens eine kontinuierliche Projektierung auch über mehrere Jahre hinweg durchgeführt werden kann.

Die Projektierung ist bei zentralen Vorhaben vom zentralen Planträger, bei örtlichen Vorhaben vom Bauamt an einen Hauptprojektanten mit der Möglichkeit von Subaufträgen zu vergeben.

Die Bestätigung der komplexen Projektierung ist bei örtlichen Vorhaben durch den zuständigen Rat, bei zentralen durch den Planträger nach Zustimmung durch den Rat vorzunehmen.

Die bestätigten Typen und Typenserien haben für einen mehrjährigen Zeitraum Gültigkeit, insbesondere auch von der Programmstellung her.

Um das Verändern während der Projektierung zu vermeiden, sind neue Typen bis zum 30. Juni des dem Baujahr vorausgehenden Jahres festzusetzen.

Parallel und mit genügendem Vorlauf ist auf der Grundlage der Typenserien die Serienproduktion und die Massenfertigung von Bauelementen und Halbfabrikaten für Wohnungs- und Ausbau vorzunehmen.

5. Zur Baudurchführung

Als Sofortmaßnahmen sind einzuleiten: Komplexe Bauvorhaben sollte ein Investitionsträger durchführen. Für die örtlichen komplexen Bauvorhaben wird dies in der Regel das Bauamt bei den örtlichen Räten sein.

Das Investvolumen für komplexe Bauvorhaben, deren Durchführung sich auf mehrere Jahre erstreckt, sollte im Interesse eines kontinuierlichen Bauablaufs über das Investitionsjahr hinaus nach Methoden der langfristigen Planung gesichert werden.

Die Durchführung der Hochbauten eines komplexen Bauvorhabens sollte nach Zweckmäßigkeit einem Hauptauftragnehmer übertragen werden, der für die schlüsselfertige und termingerechte Fertigstellung verantwortlich ist.

Die örtlichen Räte sind zu veranlassen, zur Durchführung komplexer Bauvorhaben Serienfertigungen zu entwickeln und die örtlichen Baubetriebe zu spezialisieren.

6. Zu den Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften

Als Sofortmaßnahmen sind einzuleiten: Bei Durchführung komplexer Bauvorhaben sind Einzel-AWG zu Baugemeinschaften zusammenzufassen. Ein ausführender Betrieb soll nur eine Bauleitung einsetzen. Die Verwaltung des Wohnungsbaus in der Gemeinschaft sollten die Bezirks- und Kreisvorstände des FDGB übernehmen.

Soweit AWG-Bauvorhaben Bestandteil komplexer Bauprogramme sind, sind sie im Interesse des industriellen Bauens und des Städtebaus in Vorbereitung und Durchführung sinngemäß entsprechend den Regelungen für die komplexen Bauprogramme zu behandeln.

Die „Anordnung über die Durchführung des Arbeiterwohnungsbaus" vom 12. April 1955 ist entsprechend den beiden vorhergenannten Punkten 4 bis 6 zu verändern beziehungsweise zu erweitern.

Für die Eigenleistungen, die infolge der industrialisierten Bauvorgänge nicht mehr an der Baustelle abgeleistet werden können, sind geeignete Maßnahmen zur Steigerung der Bau- und Baustoffkapazität festzulegen.

7. Forschung

Die Forschung ist stärker als bisher unter dem Gesichtspunkt des komplexen Bauens zu koordinieren. Durch eine organisierte Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis ist anzustreben, daß die komplexen Planungsarbeiten der Bezirke, Kreise und Städte den neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen entsprechen.

## Arbeitsgruppe Typenprojekte, Typenwohnungen und Folgeeinrichtungen

In den Beratungen der Arbeitsgruppe, die unter der Leitung des Kollegen Latus, Direktor des Instituts für Typung, stattfanden und an denen 92 Delegierte teilnahmen, wurde die weitere Entwicklung der Typung behandelt.

Kollege Latus hielt das Einleitungsreferat, das folgende Schwerpunkte zur Diskussion stellte:

1. Die Bedeutung und die Aufgaben der bautechnischen Typung für die sozialistische Entwicklung des Bauwesens in unserer Republik
2. Der Stand und die weitere Entwicklung der bautechnischen Typung:
   a) Wohnungsbau
   b) Nachfolgeeinrichtungen
   c) Bauelemente
   d) Methode der Typung
3. Grundsätzliche Fragen der örtlichen Anwendung der Typenprojekte
4. Notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Typung im Bauwesen

In den Diskussionsbeiträgen kam zum Ausdruck, daß die bautechnische Typung eine wichtige Voraussetzung für die Industrialisierung des Bauens und damit für die Steigerung der Arbeitsproduktivität darstellt. Hierzu wird die konsequente Anwendung der vom Ministerium für Bauwesen bestätigten zentralen Typen für notwendig gehalten.

Wohnungsbau

Folgende wichtige Aufgaben sind von der Typenprojektierung im Wohnungsbau zu lösen:

1. Erweiterung des Sortiments von Typenentwürfen mit Reihencharakter unter Einhaltung der durch unsere Regierung festgelegten durchschnittlichen Wohnungsgrößen und Baukosten
2. Sicherung der Anwendung von einheitlichen, in Massen hergestellten Typenbauelementen
3. Sicherung des günstigsten Arbeitsablaufes bei der Errichtung von Typenbauwerken durch technologisch einwandfreie Projektierung

Ab 1959 sollen nur noch die vom Ministerium für Bauwesen bestätigten Typenreihen TW und IW 58 zur Anwendung kommen und eine Gültigkeit von fünf Jahren erhalten. Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, daß besonders die Vertreter der Baubetriebe eine konsequente Anwendung zentraler Typen verlangen. Durch unbegründete Abänderungen entstünden ständig Mehrkosten, äußerte der Kollege Rummel vom VEB Bau Halberstadt.

Es wurde angeregt, die Erfahrungen beim Bau der Typen ebenfalls zentral auszuwerten. Mit den theoretischen und experimentellen Vorarbeiten für die Typenreihen, welche die zur Zeit gültigen in fünf Jahren ablösen werden, ist schon jetzt zu beginnen. Dem Vorschlag, verschiedene Typensektionen zu neuen Typenprojekten zusammenzustellen, wurde von der Mehrheit mit dem Hinweis widersprochen, daß bei komplexen Bauvorhaben eine solche Notwendigkeit nicht besteht.

An das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft wurde die Forderung gestellt, der Typenprojektierung bei der Auswahl der Grundlagen für die LPG-Hauswirtschaften mehr Unterstützung zu geben.

Die Chefarchitekten von Magdeburg und Leipzig hoben besonders die Bedeutung von Ausstellungen für die Überzeugung der Bevölkerung, insbesondere der AWG-Mitglieder, von der Zweckmäßigkeit unserer Typen hervor. Während früher überwiegend Zweizweihalbezimmerwohnungen gewünscht wurden, zeigte sich nach der Ausstellung, daß viele der AWG-Mitglieder die Zweieinhalbzimmerwohnung als völlig ausreichend ansehen.

Folgeeinrichtungen

Die Folgeeinrichtungen müssen sich in den Wohnkomplex einordnen. Es sind Typenreihen für Garagen, Schulen, Läden, Klubgaststätten und Wäschereien so zu entwickeln, daß sie in den Bauweisen und in den Technologien des Wohnungsbaus im Komplex gebaut werden können. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Garagen im Wohnkomplex zu Beginn gebaut werden sollten, um als Baustelleneinrichtung mit verwendet werden zu können.

Typenbauelemente

Besonders eindringlich wurde von vielen Delegierten die Forderung gestellt, die Typenbauelemente überall anzuwenden und als Massenelemente preisgünstig herzustellen. Die Deutsche Demokratische Republik muß eine Großbaustelle sein. Der Entwicklung von Typenbauelementereihen für den Ausbau und den Tiefbau soll mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Hierbei sind die Vereinigungen volkseigener Betriebe der Baustoffindustrie und die Bauämter der Bezirke einzuschalten.

Beratung der Empfehlung

Die Ergebnisse der Beratung der Arbeitsgruppe wurden in einer Empfehlung zusammengefaßt. In dieser Empfehlung werden die Maßnahmen mit Terminstellung vorgeschlagen, die zur Verbesserung der Typung in nächster Zeit für notwendig gehalten werden. Als wichtigste der Empfehlungen sei genannt, die Direktive für den zweiten Fünfjahrplan dahingehend zu erweitern, bis 1960 90 Prozent aller Wohn- und Gesellschaftsbauten nach zentral bestätigten Typen zu errichten. Wenn es gelingt, diese Steigerung in der Anwendung der Typen zu erzielen, tragen wir mit dazu bei, die Forderung der 2. Baukonferenz „100 000 Wohnungen im Jahr" zu erfüllen. Irmscher

## Die Deutsche Bauausstellung im neuen Gewande und mit verbessertem Inhalt

Als Rahmen zur 2. Baukonferenz öffnete die Deutsche Bauausstellung in der Deutschen Sporthalle zu Berlin am 24. Februar wieder ihre Wandelgänge. Die Deutsche Bauausstellung ist nicht nur äußerlich, sondern auch zu einem großen Teil inhaltlich neu gestaltet und verbessert worden. Das bisherige Bildertransparent am Ende des aufgehellten Treppenaufganges hat eine farbliche und fototechnische Neuausstattung erhalten.

Im Anschluß hieran wird der Besucher durch einen vom Tierpark-Architekten Graffunder modern und farbenfreudig gestalteten Vorraum empfangen.

Infolge der geschickten Verwendung von Naturstein und Holzverkleidungen in Verbindung mit neuzeitlichen Dekorations- und Werkstoffen an Decke und Wänden sowie der Anordnung eleganter Glasschauvitrinen wird jeder museale Eindruck vermieden. Im anschließenden großen Demonstrationsraum, der zum theoretischen Teil der Ausstellung überleitet, wird die Entwicklung des Aufbaus in Berlin und in der Deutschen Demokratischen Republik an großen und kleinen farbigen Bildtransparenten dargestellt.

Die Bildtransparente werden durch drei Großmodelle von der Zementerzeugung bis zur Montagebauweise ergänzt.

Der anschließende zweite Treppeneingangsraum als Zwischenverbindung zum weiteren Hauptteil verblaßt dagegen in Wirkung und Inhalt. Er sollte konkreter und besser ausgenutzt werden.

Die erste Koje in dem anschließenden Umgang ist grafischen Darstellungen über die Deutsche Bauenzyklopädie vorbehalten.

Bild- und Textdarstellungen sowie Fotokassetten und Broschüren über die erste internationale Typenkonferenz demonstrieren den Erfahrungsaustausch auf Grund der gegenseitigen Hilfe der sozialistischen Länder. Grafische Darstellungen eines Grundprojektes für eine zweizügige Mittelschule in Großblockbauweise vervollständigen diesen Teil.

Die zweite Koje enthält Beispiele über komplexe Bebauungspläne aus Dresden mit Möglichkeiten der Einbeziehung von Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften sowie Texttafeln über die 16 Grundsätze des Städtebaus mit dem Modellbeispiel eines Wohnungskomplexes.

Die „Kontinuierliche Serienfertigung von ganzen Bauwerken" wird in der folgenden Abteilung an zehn Tafeln übersichtlich erläutert.

Die sich darunter befindlichen Angaben über Auswertungsergebnisse aus den Produktionsserien von landwirtschaftlichen Betriebsgebäuden, die als erster Versuch 1957 im Bezirk Neubrandenburg durchgeführt wurden, sind allerdings auch für Fachleute noch zu wenig aufklärend, um die Bedeutung dieser Methode zu beweisen. Dagegen wirken die weiteren Tafeln über die „Einführung der Serienproduktion im allgemeinen Hochbau" und über das geplante Vorgehen an der Musterbaustelle in Wittenberg recht überzeugend.

Das Institut für Typung erläutert an 26 Tafeln durch gute grafische Darstellungen aus dem Wohnungsbau, gesellschaftlichen, ländlichen und industriellen Bauen die Aufgaben und Zielsetzungen der Typenprojektierung im Bauwesen.

Im Mittelpunkt dieses Teiles stehen drei Typenmusterwohnungen, von denen allerdings die erste — eine Zweizimmerwohnung — dem ersten Typ der Plattenbauweise Hoyerswerda entstammt. Die anderen zwei Wohnungen, in Originalgrößen aufgebaut, entsprechen den neuesten TW- beziehungsweise IW-Serien, die ab 1959 verbindlich in allen Bezirken zur Ausführung kommen sollen. Es sind eine Zweieinhalbzimmerwohnung und eine Einzimmerwohnung dargestellt. Die heiztechnischen und sanitären Ausstattungen entsprechen den Investbestimmungen. Der bisherige Engpaß Einbauspülen soll mit der eingebauten Aluminiumspüle — eine Entwicklung der Deutschen Bauakademie — vorerst teilweise überwunden werden.

Es ist wünschenswert, daß sich Fachleute und besonders Hausfrauen über die Zweckmäßigkeit einzelner Einbauschrank-Unter- beziehungsweise Oberteile äußern.

Besondere Aufmerksamkeit sollte dem mit Schiebetüren versehenen Unterbau unter dem Spülenteil gewidmet werden. Schwitzwasserbildungen, die unvermeidbar sind — besonders in nicht zentralbeheizten Küchen —, werden wahrscheinlich ein Verklemmen der Türen hervorrufen. Deshalb wären Kunststoffvorhänge, die eine bessere Lüftung ermöglichen, zweckmäßiger und billiger.

Die Möbelausstattungen in allen drei Wohnungen — als Beispiele aus der laufenden Produktion entnommen — können als gelungen bezeichnet werden.

Hieran wird auch bewiesen, daß, wenn sich die Möbelindustrie auf die neuen Wohnungsgrößen einstellt, die von der Regierung festgesetzten durchschnittlichen Wohnungs- beziehungsweise Zimmergrößen eine gute Bewohnbarkeit gewährleisten. Die zum Teil sehr geschmackvollen Leuchten sowie erste Versuche neuzeitlicher Anwendung von Leuchtstoffröhren vervollständigen die Ausstattung der Wohnungen. In der letzten Koje, in der Typenbeispiele von MTS-Bauten gezeigt werden, ist am Modell der Ausbau des MTS-Dorfes Krien, Kreis Anklam, gezeigt. Hier möchte die Ausstellungsleitung noch nähere Erläuterungen über die grundsätzlichen Forderungen und Möglichkeiten, die bei der Aufstellung des Bebauungsplanes zu berücksichtigen waren, anbringen lassen. Aus der gezeigten Darstellung bleibt zum Beispiel unverständlich, warum das Kulturhaus ausgerechnet an der Peripherie angeordnet ist.

Auch erscheint es empfehlenswert, eine zusammengefaßte Aufklärung über die Notwendigkeit der Errichtung von Rinderoffenställen zu geben. Die Besucher der Ausstellung wollen nicht nur schöne Modelle und gute grafische Darstellungen sehen, sondern auch die politischen, wirtschaftlichen und fachlichen Prinzipien kennenlernen.

Im sogenannten ständigen Teil der Bauausstellung hat sich die Leitung bemüht, das Gesicht und den Inhalt zu verbessern. Aber auch hier gilt die Empfehlung, an einzelnen Exponaten konkrete Angaben, zum Beispiel über Anwendungsbereiche, Konstruktionsprinzipien, Produktionsbedingungen und — wenn möglich — Bezugsquellen sowie Kosten, anzubringen. Die Erfüllung dieser Hinweise würde, ohne den Rahmen zu sprengen, die Qualität der Ausstellung verbessern. Das gilt zum Beispiel für die gezeigten Kippdrehflügelfenster, bei denen keine Hinweise über die Herstellerbetriebe zu finden sind. So dürfte es auch das Interesse durchaus erhöhen, wenn beispielsweise bei den Entwicklungen des Zentralen Entwurfsbüros für Hochbau für Wandplatten, Badewannenverkleidungen, Türgewände aus Gips erwähnt wird, daß die Vorschläge zur Zeit durch praktische Versuche erprobt werden. Besondere Bedeutung für die Industrialisierung im Ausbau besitzt ein Modell im Maßstab 1:1 der Entwicklung eines standardisierungsfähigen Funktionskernes für Küche und Bad bei den TW- und IW-Serien 1958. Es enthält unter anderem auch eine verbesserte Rohrbündelkonstruktion.

Theoretische Abhandlungen mit grafischen Darstellungen über „Wärmeversorgung und Wärmewirtschaft von Wohnbauten", die allerdings ein genaueres Studium erfordern, sind zu beachten.

Dagegen lassen die Modellausführungen der verschiedensten Anwendungsgebiete für Vinidur, unter anderem für Dacheindeckungen, sowie für Plaste im Bauwesen ebenfalls nicht erkennen, daß ein befriedigender Produktionsausstoß erst in einigen Jahren zu erwarten ist. Die Deutsche Bauausstellung muß sich nicht nur zu einer praktischen, sondern auch zu einer realen Informationsstätte für Projektierende und Ausführende entwickeln.

In der weiteren Folge werden die Anwendungsgebiete der keramischen Erzeugnisse für Heizzwecke, Wandverkleidungen sowie in handwerklich gediegener Ausführung für Fliesenverkleidungen an Rundbehältern gezeigt. Bemerkenswert sind ferner noch das „Zwickauer Installationssystem" (Schwachstromsteuerungsschaltung), interessante Darstellungen über Wärmeableitungen und Wasserdampfdiffusionen mit Meßgeräten sowie die Neuerungen für Kleinmechanisierungsgeräte der Bauwirtschaft und Hinweise aus der Baustoffproduktion, wie zum Beispiel die Anwendung von Silikat-Glasuren für Außenflächen.

▪

Während der Dauer der 2. Baukonferenz war die Bauausstellung um Exponate aus allen Bezirken der Deutschen Demokratischen Republik erweitert worden. Es wurde damit der Versuch unternommen, eine Leistungsschau aus den Gebieten der Planung, des Städtebaus, der Projektierung, der Bauausführung und der Entwicklung von Neuerermethoden zu demonstrieren und andererseits den Delegierten während der Tagungspausen Anregungen für ihre Arbeit zu vermitteln. Da die Aufgabenstellung anscheinend nicht begrenzt und eindeutig auf die Zielsetzung der Konferenz „100 000 Wohnungen und Industrialisierung" abgestimmt war, kamen natürlich aus den Bezirken je nach ihren wirtschaftlichen Schwerpunkten und der Regsamkeit der Beteiligten die verschiedensten Darstellungen vom Bau landwirtschaftlicher Gehöfte über Industriebauten und den zur Zeit scheinbar unvermeidbaren Wohnhochhäusern bei allen Gelegenheiten bis zur Denkmalpflege heraus.

So war es unvermeidbar, daß die Absicht, von allem etwas zu bieten — und dies in kürzester Frist —, bei dieser Ausstellung eine gewisse Uneinheitlichkeit bewirkte, die auch das Niveau beeinträchtigte. Dabei konnten allerdings aufmerksame Beobachter erkennen — denn die Projekte haben es bewiesen —, daß bisher in allen Bezirken im Wohnungsbau eigene — im Höchstfall abgewandelte — Typenentwürfe zur Ausführung gekommen sind. Im übrigen sollten die Verantwortlichen bei künftigen Anlässen konkretere Aufgaben mit weitgehender Beschränkung auf die wichtigsten Ziele festlegen. Krause

## Wettbewerbe

### Um die beste und billigste Wohnung

**Aue (Sachsen)**

Nach Bekanntwerden des ausgeschriebenen Wettbewerbs befaßten sich die Kollegen des Entwurfsbüros für Hochbau Aue (Sachsen) in Leitungs- und Brigadebesprechungen mit dem Wettbewerb und beschlossen, sich daran zu beteiligen.

Von den Brigaden wurden die vorzuschlagenden Objekte ausgewählt und Verbindungen mit den Baubetrieben und den Investbauleitungen zur Bildung der Wettbewerbskollektive aufgenommen.

Auf einer vom Gebietsvorstand der Industriegewerkschaft Bau-Holz einberufenen Arbeitstagung wurden die Vorschläge mit Vertretern der Baubetriebe und Investbauleitungen diskutiert und abgestimmt.

Nach Festlegung der einzelnen Objekte und Benennung der betreffenden Kollegen aus dem Entwurfsbüro und den Baubetrieben für die Wettbewerbskollektive erfolgte die Anmeldung zum Wettbewerb in den in Frage kommenden Kreisen.

Für den Wettbewerb um die beste und billigste Wohnung sind im Bereich des Entwurfsbüros für Hochbau Aue (Sachsen) folgende Objekte ausgewählt worden:

Wohnungsbau Aue, Zeller Berg (70 Wohnungseinheiten)
Wohnbauten (Block 15/16) für die AWG „Ernst Schneller", Schwarzenberg
Wohnungsbau für die AWG in Schneeberg (12 Wohnungseinheiten)
Wohnbauten für die AWG „Reichsbahn", Aue (24 Wohnungseinheiten)
Wohnbauten für die AWG „Aufbau", Annaberg (26 Wohnungseinheiten)

Entsprechend den gefaßten Beschlüssen treten die Wettbewerbskommissionen jeden zweiten Montag im Monat zusammen und überprüfen die bisher geleistete Arbeit. Müller

**Dessau**

Der vom Ministerium für Aufbau und der Industriegewerkschaft Bau-Holz ausgeschriebene Wettbewerb um die beste und billigste Wohnung hat bei den Kollegen des Entwurfsbüros, der volkseigenen Baubetriebe und den Aufbauleitungen in unserem Gebiet einen guten Widerhall gefunden. Leider erfolgte die Anleitung durch die Abteilung Aufbau des Rates des Bezirkes Halle und durch den Bezirksvorstand der Industriegewerkschaft Bau-Holz sehr spät. Die erste gemeinsame Besprechung erfolgte erst am 27. Januar 1958. Zu dieser Zeit waren die Investitionen für den Wohnungsbau 1958 bereits festgelegt und die Objekte zum großen Teil in der Projektierung oder bereits fertig projektiert. Diese Besprechung ergab, daß im Bezirk Halle kaum ein Wohnungsbauobjekt vorhanden ist, das den Bestimmungen des Wettbewerbs entspricht.

Da es in diesem Stadium der Projektierung nicht mehr möglich war, den Plan zu verändern, muß also mit den im Plan ausgewiesenen Objekten in den Wettbewerb eingetreten werden. Man kam überein, in den einzelnen Kreisen die günstigsten Blöcke für den Wettbewerb auszuwählen, wobei eventuell — um die richtige Mischung zu erhalten — mehrere Kreise zu einem Kollektiv zusammengeschlossen werden können.

Das Entwurfsbüro für Hochbau beteiligt sich, wie bereits mit dem VEB (K) Bau Dessau und den Aufbauleitungen in Dessau und Roßlau vereinbart, mit je einem Wohnblock in Dessau und in Coswig an dem Wettbewerb. Weitere Verhandlungen hat das Entwurfsbüro für Hochbau mit den Kreisen Bitterfeld, Köthen und Wittenberg eingeleitet. In Wittenberg werden es voraussichtlich Bauten sein, die bereits im Taktverfahren ausgeführt werden.

Es wurde vorgeschlagen, daß der Bezirk als 1. Preis 7000 DM und das Ministerium als 1. Preis 50000 DM aussetzen; denn das Wettbewerbskollektiv, das sich aus den beteiligten Brigaden des VEB (K) Bau, des VEB (K) Ausbau, der Aufbauleitung und des Entwurfsbüros für Hochbau zusammensetzt, kann bis zu 100 Kollegen umfassen. In manchen Kreisen besteht eine gewisse Schwierigkeit darin, daß keine volkseigenen Ausbaubetriebe vorhanden sind beziehungsweise der volkseigene Ausbaubetrieb als Subunternehmer noch private Handwerker einschalten muß. Der Wettbewerb soll aber nach den Richtlinien ausschließlich unter Kollektiven volkseigener Betriebe ausgetragen werden.

Obwohl die Gefahr besteht, daß im Wettbewerb — nur um zu einem niedrigen Preis pro Wohnungseinheit zu gelangen — die Objekte mit den günstigsten Voraussetzungen ausgewählt werden, die man jedoch nicht verallgemeinern kann, wird er dennoch einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Organisation im Bauwesen leisten, indem die bei dem Wettbewerbsobjekt gemachten Erfahrungen verallgemeinert werden.

Außerdem liegt etwas sehr Positives in der zwangsläufigen Zusammenarbeit des VEB (K) Bau, der Aufbauleitungen und der Entwurfsbüros, eine Zusammenarbeit, die im Interesse des Baugeschehens notwendig, aber häufig nicht in der wünschenswerten Weise vorhanden ist. Stier

**Halle**

Auf Grund des Aufrufs des Ministeriums für Aufbau und der Industriegewerkschaft Bau-Holz fand am 27. Januar 1958 eine Besprechung zwischen Vertretern des Bezirksvorstandes der Industriegewerkschaft Bau-Holz, des Rates des Bezirkes, einiger VEB (K) Bau, der Abteilungen Aufbau der Kreise und des Entwurfsbüros für Hochbau Halle statt.

Es wurde eine Bezirks-Wettbewerbskommission gebildet. Die Abteilungsleiter der Abteilungen Aufbau bei den Räten der Kreise erhielten den Auftrag, in ihren Kreisen eine Wettbewerbskommission zu bilden und im Einvernehmen mit den Kreisbaubetrieben die Wohnungsbauobjekte festzulegen, die für den Wettbewerb um den Bau der besten und billigsten Wohnung geeignet sind. Köhlmann

---

Der Rat der Stadt Halle beabsichtigt, voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1958 einen Wettbewerb über die Gestaltung des Thälmannplatzes in Halle auszuschreiben.

---

**Leipzig**

Die Bezirkswettbewerbskommission in Leipzig wurde erst Ende Januar gebildet.

Bei der Durchführung des Wettbewerbs sollen nicht einige besonders günstige Baustellen auf den Wettbewerb spezialisiert werden, da dies nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen und das Bild über die vorhandenen Möglichkeiten verzerren würde.

Der Bezirkswettbewerbskommission gehört auch ein Kollege des Entwurfsbüros für Hochbau des Rates der Stadt Leipzig an. Darüber hinaus wurden auch in den Kreisen Wettbewerbskommissionen gebildet. In den Kreisen Geithain, Leipzig und Borna gehören ebenfalls je ein Kollege des Entwurfsbüros den Wettbewerbskommissionen an. Die Kollegen in den Wettbewerbskommissionen sind nicht die Bearbeiter einzelner Objekte, sondern leitende Kräfte des Entwurfsbüros, die den Wettbewerbskollektiven Anleitung und Hilfe geben.

Die den Kreiswettbewerbskommissionen angehörenden leitenden Kräfte haben den Wettbewerb vor den Brigadeleitern und den stellvertretenden Brigadeleitern des Entwurfsbüros erläutert und popularisiert und damit in jeder Brigade die Bereitschaft zur aktiven Unterstützung für den Wettbewerb gewährleistet. Beim Auftauchen neuer Fragen werden die Vertreter der Brigaden unterrichtet, um neue Erkenntnisse an den verschiedenen Baustellen auswerten zu können. Die Baustellen, auf welche die Richtlinien zum Wettbewerb zutreffen, sind namentlich aufgeführt, und die Wettbewerbskommissionen sollen laufend aufklärend und anspornend tätig sein, um die Ergebnisse auf den Baustellen günstig zu beeinflussen und zu verbessern.

Ihre wichtigste Arbeit sehen die Ingenieure und Architekten des Entwurfsbüros darin, auf den für den Wettbewerb in Frage kommenden Baustellen die Kollegen Bauleiter, die Leitungen der Baubetriebe und die Bauleiter der Investbauleitungen zu wirklichen Wettbewerbskollektiven zusammenzuschließen und mit ihnen gemeinsam laufend zu beraten, durch welche Maßnahmen die besten Ergebnisse auf den Baustellen erzielt werden können.

Zur Durchführung des Wettbewerbs ist jedoch auch einiges Kritische zu sagen.
— Der Wettbewerb wird nicht dazu ausgenutzt, für die Anwendung der in der Deutschen Demokratischen Republik gültigen Typen zu werben. Der Wettbewerb begann ein Jahr zu früh beziehungsweise schließt ein Jahr zu früh ab; denn bis zum 30. Juni 1959 ist noch kein Typ fertig gebaut, und daher ist eine Auswertung in jeder Richtung, also auch kostenmäßig, nicht möglich. Das Entwurfsbüro für Hochbau Leipzig des Rates der Stadt Leipzig baut zwar bereits im Jahre 1958 nach Typen, aber auch diese Bauvorhaben sind bis zum 30. Juni 1959 nicht auswertbar. Auch sonst wird in der gesamten Deutschen Demokratischen Republik im Jahre 1958 nach sogenannten „örtlichen oder bezirklichen Typen" gebaut, also nach Wiederverwendungsprojekten. Wenn im Jahre 1959 diese „örtlichen Typen" als beste und billigste Wohnungen prämiiert werden, so ist das ein Schlag gegen die kompromißlose Anwendung der in der Deutschen Demokratischen Republik gültigen Typen.

Das Entwurfsbüro hat deshalb dem Ministerium für Bauwesen, Abteilung Typung, den Vorschlag gemacht, den Wettbewerb um ein Jahr zu verlängern, das heißt, ihn mit dem 30. Juni 1960 abzuschließen. Dadurch könnte die Auflage gegeben werden, nur die in der Deutschen Demokratischen Republik gültigen Typen im Wettbewerb aufzunehmen und die am besten ausgeführte Wohnung als beste und billigste Wohnung zu prämiieren. Diese Maßnahme scheint gerechtfertigt und möglich, da der Wettbewerb sowieso verhältnismäßig langsam anläuft. Bellmann

**Neubrandenburg**

Nach Erscheinen der Richtlinien zum Wettbewerb um die beste und billigste Wohnung wurde die Bezirkswettbewerbskommission gebildet.

Die Kommission sieht ihre Hauptaufgabe darin, die Kreiswettbewerbskommissionen, die zum größten Teil gebildet sind, zu unterstützen. Ein Mitglied der Bezirkswettbewerbskommission wurde für je zwei Kreise verantwortlich gemacht.

Die Festlegung der einzelnen Bauobjekte — die ersten werden bereits gebaut — erfolgte unter Mitwirkung des Architekten der zuständigen Hochbaubrigade des Entwurfsbüros für Hochbau Neubrandenburg; der betreffende Architekt ist Mitglied des jeweiligen Wettbewerbskollektivs.

In den Wettbewerb sind nur solche Objekte einbezogen, die vom Ministerium für Bauwesen als Typengrundrisse bestätigt wurden. Hübner

**Stalinstadt**

Bereits vor dem Aufruf zum Wettbewerb um die beste und billigste Wohnung durch das Ministerium für Aufbau und die Industriegewerkschaft Bau-Holz erfolgten im Entwurfsbüro für Hochbau Stalinstadt Besprechungen mit den Ausführungsbetrieben. Es wurde ein Ingenieur-Kollektiv aus Kollegen der Bau-Union, des Entwurfsbüros für Hochbau Stalinstadt und des VEB Ausbau Frankfurt (Oder) gebildet. Das Entwurfsbüro für Hochbau Stalinstadt hatte einen innerbetrieblichen Wettbewerb zur Erlangung eines geeigneten Grundrisses ausgeschrieben. Auf Grund der besonderen Lage in Stalinstadt konnten die zur Zeit greifbaren Typengrundrisse nicht verwendet werden. Zur Anwendung kommt der traditionelle Wohnungsbau, da die Hohlblocksteine aus dem Eisenhüttenkombinat Stalinstadt verwendet werden.

Mit diesem Wettbewerb war zugleich die Eingabe von Neuerungen mit ökonomischem Nutzeffekt verbunden. Es ist beabsichtigt, einen Längswandtyp — Zweieinhalbzimmerwohnungen — in Schüttbauweise (Pumpbeton) zu bauen.

Leider stößt der vom Entwurfsbüro begonnene Wettbewerb auf Schwierigkeiten, da der Rat der Sadt Stalinstadt eine durchschnittliche Wohnungsgröße von 55 m² ablehnt.

In bezug auf die Baukostensenkung wurden nicht nur im vorgenannten Wettbewerb, sondern ganz allgemein bei jedem Wohnungsbauprojekt beachtliche Erfolge erzielt. So wurden die Baukosten für den Typ Q-A-S mit 60,7 m² Fläche auf 22800 DM gesenkt. Bei Umrechnung auf eine 55 m² große Wohnung ergeben sich für eine Wohnungseinheit 20700 DM Baukosten.
Lohse

## Tagungen und Vorträge

**Arbeitsausschuß Haustechnik**

Die Kammer der Technik, Fachverband Bauwesen, und besonders der Bezirk Berlin, hat in Erkenntnis der Schwerpunkte unseres Aufbaus am 15. Oktober 1957 einen Arbeitsausschuß „Haustechnik" ins Leben gerufen. Von einem Gründungsgremium wurden nachstehende Aufgaben den in der Gründungsversammlung anwesenden Fachkollegen vorgetragen:

Beratungen über die Berliner Fragen, Erfahrungsaustausch, Publizierung des technischen Standes der Entwicklung, Fragen der Bauhygiene, Empfehlungen für die künftigen Installationsmethoden, Abstimmung der Berliner Interessen mit denen in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Haustechnik soll dazu beitragen, die ökonomischen und politischen Forderungen im Rahmen der Industrialisierung im Bauwesen zu erfüllen. Aus diesen Gründen wurden auch sowohl das Ministerium für Aufbau als auch die verschiedenen Institute gebeten, die Haustechnik mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen und die haustechnischen Ressorts mit anerkannten Fachingenieuren zu besetzen. Die Arbeitsaussprachen finden etwa vierwöchentlich statt. Interessenten werden gebeten, sich an die Kammer der Technik, Fachverband Bauwesen, Bezirk Groß-Berlin, Berlin W 8, Kronenstraße 18, Fernruf 20 03 61, zu wenden.
Heyne

**Arbeitstagung des Fachunterausschusses „Leichtmetall im Bauwesen" der Kammer der Technik in der Hochschule für Verkehrswesen Dresden**

Vor zwei Jahren nahm der Fachunterausschuß „Leichtmetall im Bauwesen" seine Arbeit auf. In jedem Jahre fanden

mehrere Arbeitstagungen statt, bei denen einerseits die theoretischen Probleme erörtert wurden und andererseits zu den Tagesaufgaben, zur schnellen Entwicklung von Aluminium-Konstruktionen Stellung genommen wurde.

Wenn der Fachunterausschuß bereits eine weitgehende Vorklärung des Gebietes erreichen konnte, die in den beim Institut für Typung erschienenen Richtlinien und Merkblättern ihren Niederschlag fand, so verdankt er das der freiwilligen Gemeinschaftsarbeit, bei der die Kollegen des Baufaches durch Kollegen der Metallindustrie freundlicherweise weitgehend unterstützt wurden. Zur letzten Arbeitstagung sprachen auch wieder je ein Kollege von der Halbzeugfabrikation, vom Flugzeugbau und vom Maschinenbau. Außerdem wurden in Dresden Aluminium-Dachkonstruktionen und die Leichtmetallverarbeitung in der Flugzeugindustrie besichtigt.

Zur Arbeitstagung in der Hochschule für Verkehrswesen Dresden sprach zuerst Kollege Ing. K. Renner, Bitterfeld, über „Neue Erkenntnisse bei der Leichtmetallschweißung im In- und Ausland und der Stand der Anwendung in der Deutschen Demokratischen Republik". Bei der material- und lohnsparenden Leichtmetallkonstruktion spielt die Schweißverbindung eine wesentliche Rolle. Die besonders für das Leichtmetall vorteilhafte Schutzgasschweißung unter Argon tritt in den letzten Jahren immer mehr in den Vordergrund. Nach eingehenden Erläuterungen über die Vor- und Nachteile der verschiedenen Schweißverfahren ergibt sich, daß die Azetylen - Sauerstoff - Schweißung dem Wasserstoff-Sauerstoff-Schweißen sowohl in bezug auf Qualität als auch auf Wirtschaftlichkeit überlegen ist. Die Azetylen-Sauerstoff-Schweißung scheint sogar in gewissen Fällen der Schutzgasschweißung überlegen zu sein. Die hohe Schweißgeschwindigkeit und der Wegfall der Anwendung von Flußmittel sind die beiden Hauptvorzüge der Schutzgasschweißung gegenüber den normalen Gasschweißungen.

Auf Grund von Untersuchungen wurde festgestellt, daß auch die Korrosionsbeständigkeit vom Schweißverfahren abhängig ist. Korrosionsuntersuchungen in 7prozentiger wäßriger NaCl-Lösung + 3 Prozent $H_2O_2$ haben ergeben, daß die unter Schutzgas geschweißten Muster am stärksten angegriffen wurden, gefolgt von der Wasserstoff-Sauerstoff-Schweißung, während die durch Azetylen-Sauerstoff geschweißten Teile praktisch korrosionsfrei waren.

Auch wurden Dauerfestigkeitswerte in Abhängigkeit vom Schweißverfahren bekanntgegeben. Bemerkenswert ist hierbei, daß die Schutzgasschweißung der Azetylen-Sauerstoff-Schweißung in geringem Maße unterlegen ist.

Am Schluß seiner Ausführungen gab der Referent noch einige Einzelheiten über neuere Untersuchungen an elektrisch stumpfgeschweißten Nähten aus den Legierungen Al-Mg-Si und $Al\text{-}Mg_5$ bekannt. Da diese Versuche noch nicht abgeschlossen sind, wird hierüber noch später berichtet. Das Stumpfschweißen macht erhebliche Schwierigkeiten. Es eignet sich nur bei sehr großen Serien mit immer gleicher Einstellung des Aggregates.

Kollege Ing. Grosch sprach „Über die Anwendungsmöglichkeiten der Metall-Klebetechnik im Bauwesen". Für das Bauwesen spielt die Klebeverbindung in Zukunft eine besondere Rolle, und zwar wegen der Schwierigkeiten beim Schweißen und dem damit verbundenen Festigkeitsabfall der ausgehärteten Werkstoffe. So wird der Weg vom Nieten gleich zum Kleben führen, ohne daß den Schweißverbindungen eine große Bedeutung zukommt.

Die unterschiedlichen Anwendungsmöglichkeiten heißhärtender und kalthärtender Kleber mit den verschiedenen Eigenschaften setzen jedoch eine intensive Beschäftigung voraus, bei der es immer wieder Rückschläge gibt, wenn nicht rechtzeitig begonnen wird, Erfahrungen zu sammeln. Kollege Grosch zeigte die Wege zu optimalen Festigkeiten und günstigen Alterungsbeständigkeiten.

Die Technologie des Klebens stellt besondere Anforderungen an den Konstrukteur, weil wohl Zug-, Druck- und Scherkräfte aufgenommen werden, jedoch keine Biegezugkräfte, und zwar wegen der Schälbeanspruchung, die unbedingt vermieden werden muß. Einwandfrei ist jetzt schon die Rundlingspaarung, das heißt die Klebverbindung von Rohren mit einer Überlappungslänge, die dem Innendurchmesser entspricht. Das beim Schweißen übliche Aneinanderstoßen ergibt keine guten Klebverbindungen. Bleche sind gegebenenfalls entsprechend aufzubördeln, damit die Flächen zum Kleben aneinandergefügt werden können, so daß Schälwirkung vermieden wird. Kollege Grosch bot den Baukollegen an, sich der von ihm geleiteten Beratungsstelle bei der Aufnahme von Anwendungsversuchen zu bedienen, die jeder anstellen muß, ehe er sich mit der Fertigung von geklebten Konstruktionen befassen kann.

Kollege Ing. Bernert, Dresden, gab dann einen guten Einblick in die vom Flugzeugbau her entwickelte „Kernbauweise", bei der äußere Folien entweder mit Waben oder Schaumstoffen verklebt werden, so daß Wandelemente großer Stabilität entstehen, die den verschiedenen Zwecken auch im Bauwesen dienen können; besonders als Dachelemente, da sie ja gleich eine gute Wärmedämmwirkung haben. Für Folien und Waben beziehungsweise Füllungen kommen neben Aluminium Kunststoffe und Wellpappe in Frage, die auch bei uns seit langem hergestellt werden.

Im Flugzeugbau ist man den Weg von der Fachwerkbauweise zur profilversteiften Schale und weiter zur Kernbauweise gegangen, wobei man neuerdings glasfaserverstärkte Polyesterfolien, die leicht zu verarbeiten und wenig korrosionsanfällig sind, durch moderne Kleber, wie das Epoxydharz, für Kernbauelemente verwendet.

Alle Teilnehmer äußerten ihre Befriedigung über das Gesehene und Gehörte. In einer nächsten Tagung werden die wirtschaftlichen Fragen im Vordergrund stehen.

Es wurde den Referenten und der Dresdner Gruppe des Leichtmetall-Ausschusses für ihre vorzügliche Organisation der Tagung besonders gedankt.

Die Betreuung umschloß zum Abschluß noch eine gemeinsame Besichtigung der Sempergalerie.

Dipl.-Ing. König

## Messen und Ausstellungen

### Bauausstellung des Bezirkes Erfurt

Der Rat des Bezirkes Erfurt beschloß im Oktober vorigen Jahres, in der Zeit vom 13. bis 26. November 1957 eine Bezirksbauausstellung in Verbindung mit der Wanderausstellung der Deutschen Bauausstellung Berlin in Erfurt sowie in anderen Gebieten des Bezirkes durchzuführen. Der Hauptarchitekt des Rates des Bezirkes wurde mit der verantwortlichen Durchführung der Ausstellung beauftragt.

In dieser Ausstellung wurden durch den Bezirk gezeigt: die verbindlichen Typen für den Wohnungsbau 1958, das Modell einer komplett eingerichteten Zweieinhalbzimmerwohnung in natürlicher Größe mit einer im Bezirk Erfurt entwickelten Mustereinbauküche, städtebauliche Planungen, unter ihnen die Ergebnisse des Wettbewerbes „Rautenstraße" in Nordhausen. Ferner waren landwirtschaftliche Planungen, ein Modell einer Offenstallanlage für Milchkühe und weitere LPG-Modelle, aus örtlichen Reserven Bauelemente wie Platten und Vollsteine aus Porenanhydrit, Normalsteine, großformatige Vollsteine und Hohlblocksteine aus Kalktuff, Leichtbausteine und -platten aus Gips, Hohlblocksteine aus Schwerbeton sowie Lehmquader zu sehen.

Die Deutsche Bauausstellung Berlin zeigte ihrerseits Großblock- und -plattenbauweise, Bauelemente und Baustoffe, Baugeräte und Maschinen sowie den Entwurf von Hoyerswerda. Die Ausstellung wurde von über 6000 Personen besucht, ein recht gutes Ergebnis, da es sich ja um eine reine Fachausstellung handelte, die nur 14 Tage geöffnet war.

Hauptanziehungspunkt für die Besucher war das Modell der Zweieinhalbzimmertypenwohnung (TW 58 L 1, Sektion B), die durch eine vorteilhafte Raumgestaltung unbedingt den Eindruck der Funktionstüchtigkeit, des Behaglichen und Wohnlichen erweckte. Zur Möblierung wurden jederzeit im Handel erhältliche Möbel verwendet.

In einer großen Anzahl von Diskussionen konnte vor allem den Mitgliedern der Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften am praktischen Beispiel in anschaulicher Weise klargemacht werden, welchen guten Wohnwert die neuen sparsameren Wohnungstypen 1958 haben, auch wenn die Abmessungen der Küche, des Flurs und des Kinderzimmers geringer sind, oder die lichte Raumhöhe auf 2,46 m herabgesetzt wurde. Besonderen Anklang fand bei den Hausfrauen die Einbauküche, zu der noch eine Variante mit der üblichen Küchenmöblierung gezeigt wurde.

Die Ausstellung hat mit dazu beigetragen, bei den Mitgliedern der Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften die notwendige Klarheit über die neuen Wohnungstypen 1958 zu schaffen. Die bisherige ablehnende Haltung ist überwunden. Für das Wohnungsbauprogramm 1958 werden in unserem Bezirk allgemein die neuen Typen angewendet. Lebhafte Aussprachen entwickelten sich auch über das gezeigte Modell des Offenstalls für Milchkühe. Die Fragen der Haltung und Fütterung der Tiere standen hierbei im Vordergrund.

Allgemein fand die Ausstellung guten Anklang, und die Besucher standen dem Gezeigten aufgeschlossen gegenüber. Die große Zahl der Fragen und die Diskussionen sowie die schriftlichen Stellungnahmen beweisen diese Aufgeschlossenheit recht deutlich.

Gleichartige Ausstellungen, jedoch ohne die Wanderausstellung der Deutschen Bauausstellung Berlin, wurden anschließend in den Kreisen Mühlhausen, Gotha und Eisenach sowie in Sömmerda mit gutem Erfolg durchgeführt. Richter

### „Jedem eine Wohnung" — eine Wohnungsausstellung im Bezirk Gera

Entwurfsbüro für Hochbau Gera

Der Rat des Bezirkes Gera führte in der Zeit vom 14. bis 31. Oktober 1957 in dem Gebäude der Städtischen Museen in Gera eine Ausstellung „Jedem eine Wohnung" durch. Das Entwurfsbüro für Hochbau Gera war mit dem Aufbau der Ausstellung betraut worden.

Die Ausstellung zeigte eine eingerichtete Zweieinhalbzimmerwohnung in natürlicher Größe der TW-Serie, Sektion B, des Instituts für Typung, wie sie in dem Typenkatalog vom März 1957 enthalten ist.

Die Maße betragen:

| | |
|---|---|
| Wohnzimmer | 17,88 m² |
| Schlafzimmer | 15,06 m² |
| Kinderzimmer | 10,19 m² |
| | 43,13 m² |
| Küche | 6,82 m² |
| Bad und WC | 4,82 m² |
| Flur | 4,66 m² |
| | 16,30 m² |

Die Ausstellung wurde von rund 5000 Werktätigen — unter ihnen viele Mitglieder von Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften — besucht.

Das Entwurfsbüro für Hochbau Gera hatte sich bemüht, die Wohnung mit entsprechenden, geschmackvollen Möbeln, Beleuchtungskörpern und Dekostoffen auszugestalten. In einer Variante der Küche wurde eine Einbauküche gezeigt.

Aus den vielen Meinungsäußerungen, die ein großer Teil der Besucher schriftlich niederlegte, kann folgende Analyse gezogen werden:

Die überwiegende Mehrheit der Besucher war mit der Größe der Wohnung einverstanden und durch den Eindruck der Zimmer bei richtiger Möblierung überrascht.

Es wurde vorgeschlagen, die Küche mit dem Bad zu vertauschen, also unmittelbar neben das Treppenhaus zu legen, damit die Kreuzungswege Flur—Küche—Wohnzimmer einerseits und Schlafzimmer — Kinderzimmer — Bad andererseits beseitigt werden. Die Beheizung des Schlafzimmers wird als nicht unbedingt erforderlich erachtet. Das Kinderzimmer könnte durch Verkleinerung des Badzimmers um 12 bis 14 cm breiter vorgesehen werden. Für das Wohnzimmer sollten möglichst breite Fenster, eventuell französische Fenster, vorgesehen werden, welche die Größe des Wohnraumes optisch steigern und so das Wohnzimmer als den Hauptraum der Wohnung kennzeichnen. Die Anordnung von Balkons wünschte nur ein geringer Teil der Besucher. Das Schlafzimmer empfanden die Besucher in seiner Größe und mit der Anordnung der Tür sowie des Fensters als gut.

Die oben erwähnte Verkleinerung des Bades wurde oft auch mit einer leichteren Erwärmung und Sauberhaltung des Raumes begründet. Eine Verringerung des Bades in der Tiefe bis zum Schornstein würde die Schaffung einer kleinen Abstellnische im Flur ermöglichen.

Die gezeigte Einbauküche nahm ein großer Teil der Hausfrauen mit Begeisterung auf. In den Diskussionen wurde immer wieder nach der Speisekammer gefragt, wobei man die gezeigte Form des Speiseschrankes in Tischhöhe als unzureichend bezeichnete. Der eingebaute Schrank unter dem Fenster fand sowohl positive als auch negative Bewertung. Sehr oft äußerten die Besucher den Wunsch, einen kleinen Kühlschrank einzubauen. Ebenso gab es Hinweise auf die Notwendigkeit eines Lüftungsflügels im Fenster der Küche beziehungsweise auf die Anordnung eines Wrasenrohres. Die angebrachte Beleuchtung als zusätzliche Lichtquelle über dem Herd in der Küche empfand man als gut. Es wurde empfohlen, der Küchentür eine Glasfüllung zu geben, um zu vermeiden, daß die Tür unverhofft geöffnet wird, wenn die Hausfrau am Herd beschäftigt ist.

Das Fehlen eines Abstellraumes im Flur für die Aufbewahrung des Staubsaugers, der Bohnermaschine, von Schirmen, Arbeitskleidung u. a. m. ist allgemein als sehr nachteilig empfunden worden.

Mit den Raumhöhen — Geschoßhöhe von 2,80 m (Großblock) — waren die Besucher durchaus einverstanden und von den guten Raumwirkungen überrascht.

Um mehr Spielfläche im Kinderzimmer zu erhalten, wurden Vorschläge für die Entwicklung von Möbeln für das Kinderzimmer gemacht, zum Beispiel Stockwerks-, Klapp- oder Drehbetten.

Einer der wichtigsten Diskussionspunkte war die Frage der Möblierung und der zur Zeit von der Industrie hergestellten Möbel. Immer wieder kam zum Ausdruck, daß sich die Möbelindustrie auf die jetzigen Raumgrößen umstellen und vor allen Dingen mehr Einzelmöbel an Stelle fertiger Möbelgarnituren herstellen müßte. Dadurch wäre eine größere Variantion der Möblierung und die Berücksichtigung des persönlichen Geschmacks möglich.

# Die Anlage stationärer Bildwerferräume der Gefahrenklasse A

Dipl.-Ing. Udo Schultz, Berlin

Die Einführung der neuen Breitwandverfahren im Seitenverhältnis von 1:2,55 (Cinemaskope) in Filmtheatern zieht einige Änderungen im technischen Bereich nach sich, die es bei der Neuprojektierung oder dem Umbau von Filmtheatern zu berücksichtigen gilt. Besondere Aufmerksamkeit ist der Lage, Größe und Anordnung des Bildwerferraumes zuzuwenden. Um Fehlprojektierungen zu vermeiden, sollen die räumliche Anordnung und Einrichtungen von stationären kinotechnischen Anlagen der Gefahrenklasse A nach den Bestimmungen der Feuerschutzpolizei und des Arbeitsschutzes so getroffen werden, daß nach Vergebung der Projektierung an eine Fachinstitution keine baulichen Veränderungen erforderlich sind. — Daher ist folgendes zu beachten:

### Allgemeines

Die Grundlage für den Entwurf und den Ausbau von Bildwerferräumen ist die Sonderbauordnung für Versammlungsräume und Theater (Sonderdruck Nr. 95 vom 1. Juli 1955), insbesondere § 17, Bildwerferräume. Außerdem sind die Arbeitsschutzbestimmungen Nr. 11 und 945 sowie die VDE-Vorschrift 0108 zu beachten. Für die Projektierung von Neu- und Umbauten von Bildwerferräumen und Filmtheatern gilt außerdem die Verordnung über das Lichtspielwesen vom 2. April 1953, veröffentlicht im Gesetzblatt Nr. 46/1953.

### Die Lage im Bauwerk

Der Bildwerferraum ist in einem Gebäude in der Achse des Zuschauerraumes anzuordnen. Die Projektoren sollen nach Möglichkeit ohne Neigung zur Bildwand aufgestellt werden. Die Abweichung des Projektionsstrahls zur Bildwandmitte soll in der Vertikalen $\pm 3°$ (Altgrad) nicht überschreiten und maximal nicht größer sein als $\pm 8°$. Bei Umbauten von Filmtheatern ist ein Neigungswinkel bis maximal $\pm 16°$ zulässig. Allerdings macht sich jede Abweichung der Achse in der Horizontalen oder Vertikalen nachteilig bemerkbar, da eine Schrägprojektion das Bild trapezförmig verzerrt, was sich besonders bei großen Bildwänden (Cinemaskope) nachteilig auswirkt.

Läßt sich eine vertikale Projektionsneigung nicht umgehen, gleicht man die entstehenden Verzerrungen dadurch aus, daß die Bildwand um das 0,25- bis 0,5fache des Projektionswinkels nach hinten geneigt wird.

Bei Neu- und wenn möglich bei Umbauten von Filmtheatern — ganz gleich, ob mit oder ohne Rang — ist ebenfalls anzustreben, daß der Bildwerferraum so angeordnet wird, daß die Projektionsentfernung annähernd die gleiche ist wie die Entfernung der letzten Reihe des Parketts oder des Ranges bis zur Bildwand. Ist die Entfernung Bildwerferraum — Bildwand wesentlich geringer, so bedingt die erforderliche Bildgröße für die Projektion Objektive mit sehr kurzen Brennweiten.

### Die Abmessungen des Bildwerferraumes

Die erforderlichen Kinomaschinen mit Hochleistungslampen verlangen eine Einbautiefe von etwa 1,60 m. Der einzuhaltende Mindestabstand zwischen Bildwerferraumvorderwand und Objektiv beziehungsweise Vorsatzoptik bereitet Schwierigkeiten, den Umroller im Bildwerferraum im vorgeschriebenen Abstand zum Lampenhaus von 1,50 m anzubringen, und auch die Durchgangsbreite hinter den Maschinen ist zu knapp. Daher sollte der Bildwerferraum entsprechend nachstehender Tabelle bemessen werden:

Vorgeschriebene Mindestgröße = 6 m²
Möglichst aber ...... ........ = 10 m²

1. bei 2 Vorführmaschinen (davon eventuell 1 mit einschwenkbarem Diaprojektor):
   Breite 4,50 m (Minimum 4,00 m),
   Tiefe 4,00 m = 18 m²
   Nur bei Umbauten von Filmtheatern zulässig
2. bei 2 Vorführmaschinen und 1 Dia-Projektor:
   Breite 5,00 m (Minimum 4,50 m),
   Tiefe 4,00 m = 20 m²
   Mindestgrundfläche bei Neubauten von Filmtheatern
3. bei 3 Vorführmaschinen und 1 Dia-Projektor:
   Breite 6,50 m (Minimum 6,00 m),
   Tiefe 4,00 m = 26 m²
4. bei 4 Vorführmaschinen und 1 Dia-Projektor:
   Breite 8,00 m (Minimum 7,50 m),
   Tiefe 4,00 m = 32 m²

Bei Umbauten von Bildwerferräumen kann die lichte Raumtiefe auf 3,50 m reduziert werden.

Alle angegebenen Maße sind lichte Raummaße.

Unter Berücksichtigung der weiteren Entwicklung der Filmtechnik sollen — wenn möglich — bei Neubauten die unter 4. angegebenen Maße eingehalten werden. Innerhalb dieser Abmessungen ist es dann auch möglich, den plastischen Film vorzuführen, für den zwei gleichzeitig laufende Projektoren erforderlich sind, ohne die Abmessungen des Bildwerferraumes verändern zu müssen.

Die lichte Raumhöhe muß an allen Stellen mindestens 2,80 m betragen, wobei die Anordnung von Podesten zu vermeiden ist.

### Die baulichen Einzelheiten

Wände, Decke und Fußboden des Bildwerferraumes und seiner Nebenräume müssen druckfest und feuerbeständig sein, also mindestens aus 24 cm starkem Mauerwerk oder 10 cm starkem bewehrten Beton bestehen. Alle Wände, eventuell auch die Decke, außer der Kabinenvorderwand, können schallschluckend bekleidet sein. Der Fußboden muß den Forderungen nach Staubfreiheit, Elastizität und Wärme entsprechen. Staubbildende Fußböden, wie Steinböden, Fliesen und Zementestriche, sind daher nicht zulässig. Schwimmende Estriche und Spachtelböden werden bevorzugt. Die Decke unter dem Bildwerferraum ist für eine Verkehrslast von mindestens 300 kg/m² vorzusehen, die Einzellasten durch Bildwerfermaschinen und Gleichrichter sind zu berücksichtigen.

An die Decken sind in bezug auf Tritt- und Luftschalldurchgang dieselben Anforderungen zu stellen wie an Wohnungstrennwände (DIN 52210 E und DIN 5221 E).

Im übrigen gelten die Vorschriften der Sonderbauordnung, die auch bei den Ausgängen und der Anordnung von Tür- und Fensteröffnungen zu beachten sind. Die Lage der Schau- und Projektionsfenster ist abhängig von den einzubindenden Geräten.

Für die Türen schreibt die Sonderbauordnung eine Mindestbreite von 0,885 m vor. Sie müssen feuerhemmend sein, nach außen aufschlagen und dürfen auch nur von außen verschließbar sein. Als Verschlüsse eignen sich Rollfallenschlösser, Federbänder, Zugfedern oder Bodentürschließer. Es ist empfehlenswert, einen zweiten Ausgang als Notausgang vorzusehen. Erfolgt der Eingang zum Bildwerferraum über eine Treppe, so darf das Steigungsverhältnis von 1:1 nicht überschritten werden. Die Treppe muß sicher begehbar sein, eine Mindestbreite von 0,65 m besitzen und mit einer Handleiste versehen sein. Führt diese Treppe als alleiniger Zugang zum Bildwerferraum, so muß sie, um einen Transport der technischen Geräte zu ermöglichen, zwischen Wand und Handlauf beziehungsweise zwischen den beiden Handläufen eine Mindestbreite von 0,90 m aufweisen. Die Tragfähigkeit der Treppe muß für eine Nutzlast von 250 kg berechnet sein. Die Anforderungen an Heizung und Lüftung sind ebenfalls den Vorschriften der Sonderbauordnung zu entnehmen.

Das Überdruckfenster, dessen Mindestgröße mit 0,25 m² festgelegt ist, kann in der Rückwand oder der Decke eingebaut sein. Ist dies nicht möglich, so muß ein feuerbeständiger Überdruckkanal — Größe 0,80×0,60 m — an zweckmäßiger Stelle im Bildwerferraum angeordnet werden.

Kleiderablagen, Waschgelegenheit und WC sind den Vorschriften der Sonderbauordnung entsprechend anzulegen. Allerdings ist es nicht erforderlich, sie im gleichen Geschoß wie der Bildwerferraum anzuordnen. Sie müssen aber vor dem Schaltraum und dem Bildwerferraum liegen und direkt an den Fluchtweg anschließen.

Führen die Abgasleitungen der Bogenlampengehäuse der Bildwerfer und des Dia-Geräts durch einen anderen Raum, so muß ein gesonderter feuerbeständiger Schornstein mit einem Querschnitt von 175 bis 240 cm² (freier Durchgang) vorgesehen werden. Dieser Schornstein ist mindestens 50 cm über Dach zu führen und mit einer Regenhaube, besser noch mit einer drehbaren Windhaube, abzudecken. Die einzelnen Abgasleitungen der Geräte müssen von den Maschinen senkrecht nach oben durch die Decke geführt und oberhalb der Decke zusammengeführt (Kanal oder Sammelrohr mit Reinigungsmöglichkeit) in den Abgasschornstein geleitet werden. Sie können auch in einem unterhalb der Decke angebrachten Kanal mit Reinigungsmöglichkeit eingeführt werden. Dieser Kanal muß an den Abgasschornstein angeschlossen sein. Sein Querschnitt hat mindestens 225 cm² im Hochformat zu betragen.

Für die Kühlung der Bildwerfer ist ein Wasseranschluß zu installieren, der den Wasserverbrauch von maximal 25 Liter in der Stunde je Bildwerfer deckt. Besteht in dem Raum die Gefahr des Einfrierens, so ist außerdem eine Entleerungsmöglichkeit vorzusehen.

Von den im Schaltraum stehenden Kühlgebläsen muß eine Luftkühlleitung (Vinidur- oder innenverzinktes Eisenrohr, lichte Weite etwa 12 bis 20 mm) zu den Bildwerfern führen. Durch diese Leitung wird die durch die Kühlgebläse (Kompressoren) erzeugte Druckluft, die durch ein Feuchtluftgefäß geleitet wird, zu den Bildwerfern, jedoch nicht zu dem Dia-Gerät transportiert.

An Energie sind für den Bildwerferraum bis zur Schalttafel im Schaltraum im Durchschnitt insgesamt 20 kW heranzuführen.

Der Hauptschalter des Bildwerfers ist außerhalb des Bildwerferraums, nahe der Fluchttür und auf dem Wege, den die Feuerwehr zur Erreichung des Bildwerferraums benutzt, anzubringen. Er muß durch eine Notbeleuchtung ausreichend erhellt werden und auffällig als „Schalter Bildwerferraum" gekennzeichnet sein.

Im Bildwerferraum sind zwei Brennstellen zu je 60 bis 100 W an der Decke und drei beziehungsweise fünf an der Frontwand (je Bildwerfer und Dia-Gerät eine) zu je 60 W zu installieren. Weiterhin müssen über dem Umrolltisch eine Brennstelle zu 60 W an der Wand sowie ein Drehstromanschluß von 0,1 kW angebracht werden.

Für Bildwerfer- und Schaltraum sowie für die Rückzugswege muß außerdem eine Notbeleuchtung vorhanden sein, die an die allgemeine Notbeleuchtung angeschlossen werden kann, jedoch einen eigenen Stromkreis besitzen muß.

Die Raumtemperatur darf auch in der kalten Jahreszeit nicht unter + 10° C liegen.

### Die Nebenräume des Bildwerferraumes

#### Der Schaltraum

Der Schaltraum dient zur Aufnahme der Bogenlampengleichrichter, der Kühlgebläse und der Bildwerferraum-Hauptschalttafel. Seine Mindestbreite muß 1,80 m, seine Mindestgrundfläche 6,00 m² und seine lichte Höhe mindestens 2,50 m betragen. Für ausreichende Be- und Entlüftung ist zu sorgen. Die durch die Maschinen und technischen Geräte bedingten Verkehrslasten betragen 500 kg/m². Ist der Schaltraum vom Bildwerferraum nicht feuerbeständig abgetrennt, müssen die Umfassungswände und die Decken wie die des Bildwerferraums ausgebildet werden. Die Tür zum Schaltraum muß mindestens 0,885 m (Rohbaumaß) breit sein.

#### Der Batterieraum

Zum Unterbringen der Notbeleuchtungsbatterie ist ein Batterieraum mit einer Grundfläche von mindestens 3 m² erforderlich. Seine Mindestbreite muß 1,50 m, seine Mindesthöhe 2 m im Lichten betragen. Da der Batterieraum als feuergefährdete Betriebsstätte gilt, sind Decke und Wände feuerbeständig auszuführen. Der Batterieraum muß ferner einen säurefesten Fußboden und säuregeschützte Wandflächen (Wasserglasanstrich) aufweisen. Er muß außerdem bei etwaiger Beschädigung der Batterien eine Abfluß- oder Sammelmöglichkeit für ausfließende Säuren aufweisen. Die Eingangstür zum Batterieraum muß eine säurefeste Schwelle mit einer Höhe von mindestens 5 cm erhalten. Ausreichende Be- und Entlüftung müssen vorhanden sein.

#### Schaltraum für Saal- und Notlicht

Bei größeren Häusern wird ein Schaltraum für Saal- und Notlicht mit etwa 6 m² Grundfläche benötigt, der in der Nähe des Saaleingangs angeordnet sein soll.

#### Sondereinrichtungen

Bei wahlweiser Benutzung des Zuschauerraums für Filmvorführungen oder Bühnendarbietungen sind zwei Schaltstellen, die eine im Bildwerferraum, die andere hinter der Bühne, zur Fernbetätigung der Zuschauerraumverdunkelung zu installieren.

Die Tonsteuerung sollte im Zuschauerraum an der Rückwand an leicht zugänglicher Stelle eingebaut sein.

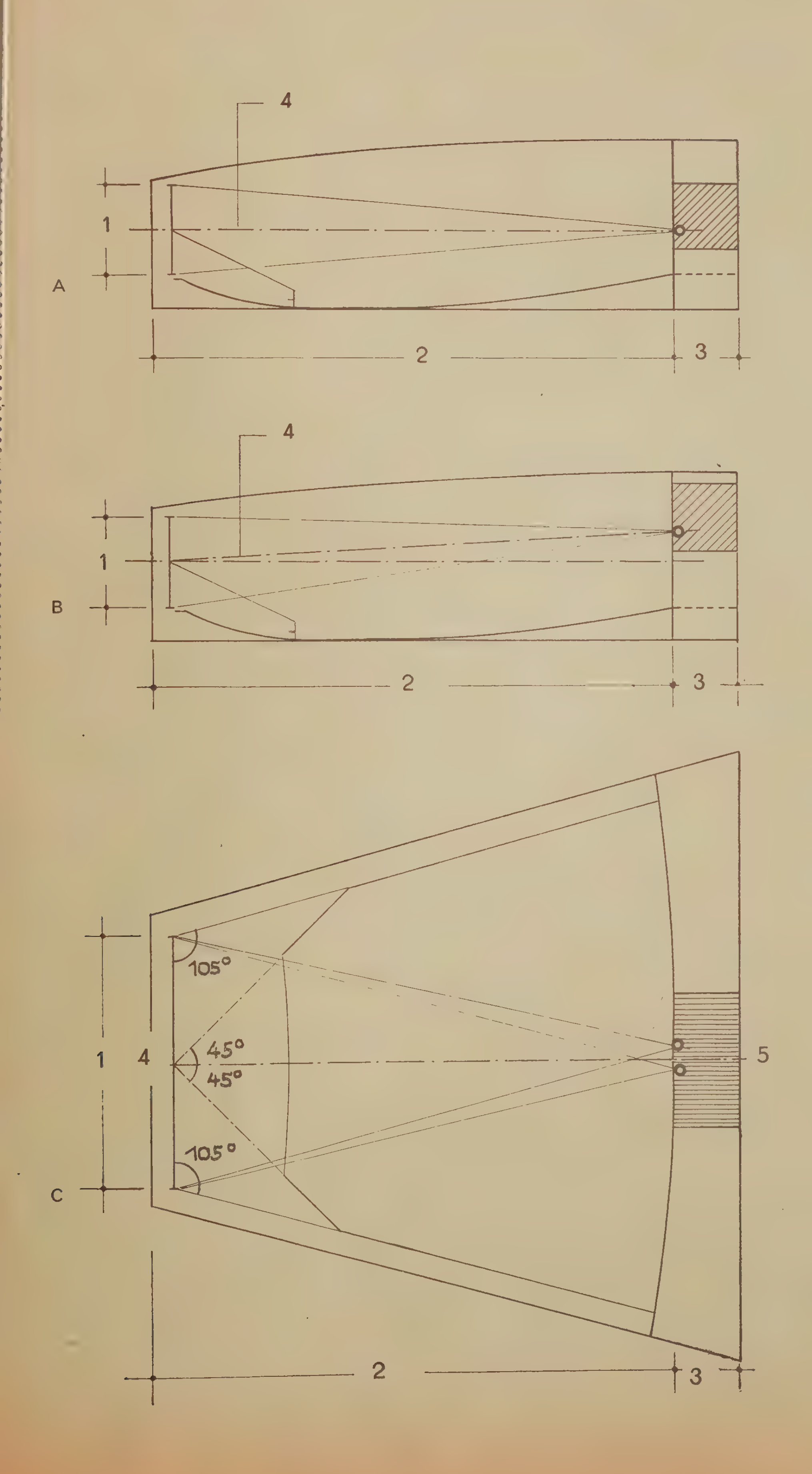
Dies sind die wesentlichsten Gesichtspunkte, die beim Bau oder Umbau eines Bildwerferraums zu beachten sind. Nach Bestätigung der Projektierungsunterlagen durch die Hauptverwaltung Film des Ministeriums für Kultur (GBl. 46/53 vom 13. April 1953) ist es erforderlich, daß jeweils der zuständige VEB Kinotechnik, der später auch den Einbau der kinotechnischen Anlage übernimmt, einen Auftrag für die Projektierung der kinotechnischen Anlage erhält, aus dem dann alle näheren Einzelheiten, wie zum Beispiel Lage und Größe der Kabinenfensteröffnungen, Be- und Entlüftung des Bildwerferraums und der Nebenräume, Abgaskanal für die Lampenhäuser und Verlegung der Kabelkanäle, ersichtlich sind.

---

Anmerkung: Vorstehendem Artikel hat in wesentlichen Teilen die Richtlinie des Instituts für Typung, Sachwertverzeichnis 613.49, zugrunde gelegen.

**DETAILBLATT NR. 69**

zu Seite 344




**Bildwerferräume (Gefahrenklasse A)**

Lage des Bildwerferraumes im Gebäude

A Bildwerferraum mit waagerechter Projektionsachse

1 Saalbreite
2 Saallänge
3 Bildwerfer
4 Projektionsachse ± 0°

B Bildwerferraum mit einer Abweichung der Projektionsachse von + 3° (Altgrad)

1 Saalbreite
2 Saallänge
3 Bildwerfer
4 Projektionsachse + 3°

C Lage des Bildwerferraumes im Grundriß in der Achse des Zuschauerraumes

1 Saalbreite
2 Saallänge
3 Bildwerfer
4 Breitwand
5 Saalachse und Bildwerferachse

**Bildwerferräume (Gefahrenklasse A)**

Die Abmessungen des Bildwerferraumes 1 : 100

A Zwei Bildwerfer und ein Dia-Projektor, Minimal-Grundfläche bei Neubauten von Filmtheatern

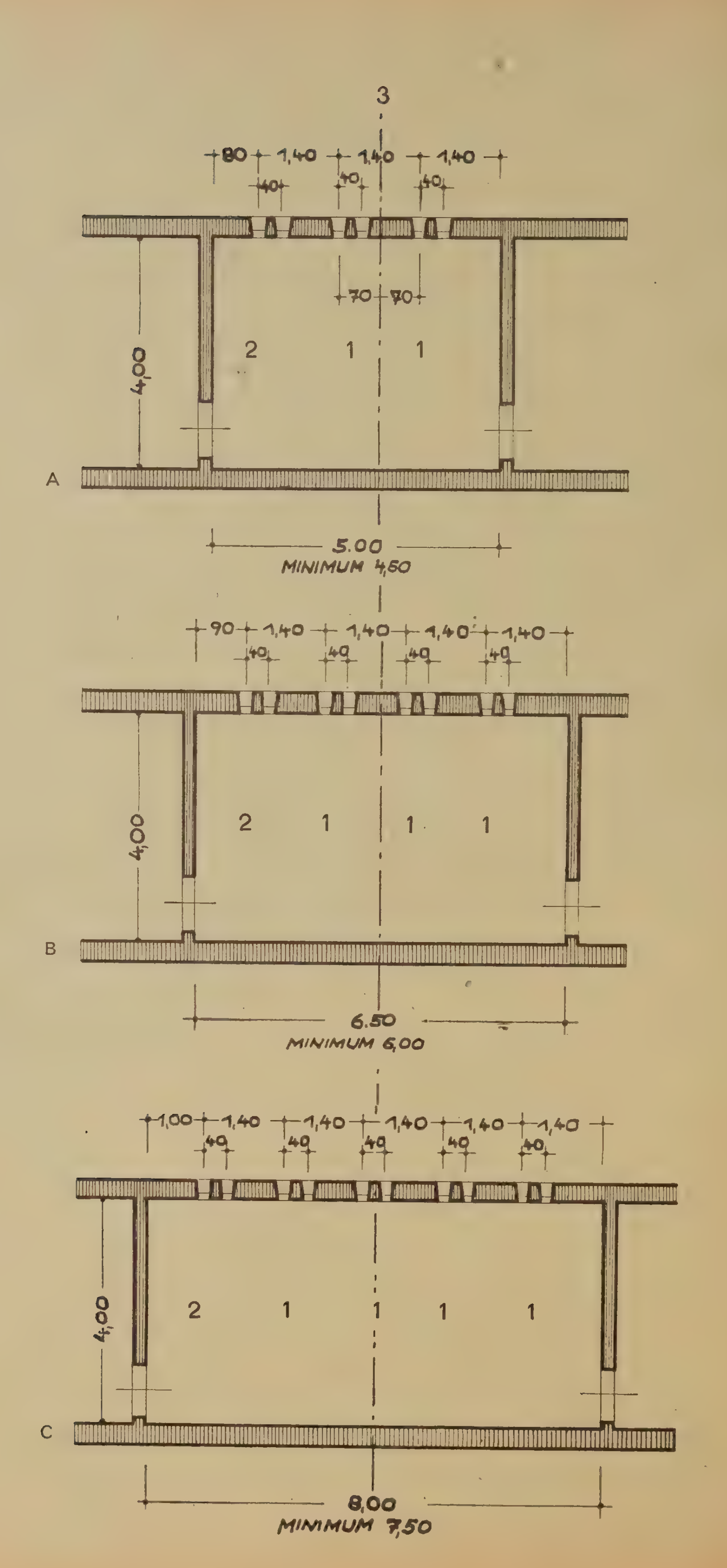
1 Bildwerfer, Schauöffnung
2 Dia-Projektor, Schauöffnung
3 Bildwandmitte

B Drei Bildwerfer und ein Dia-Projektor

1 Bildwerfer, Schauöffnung
2 Dia-Projektor, Schauöffnung

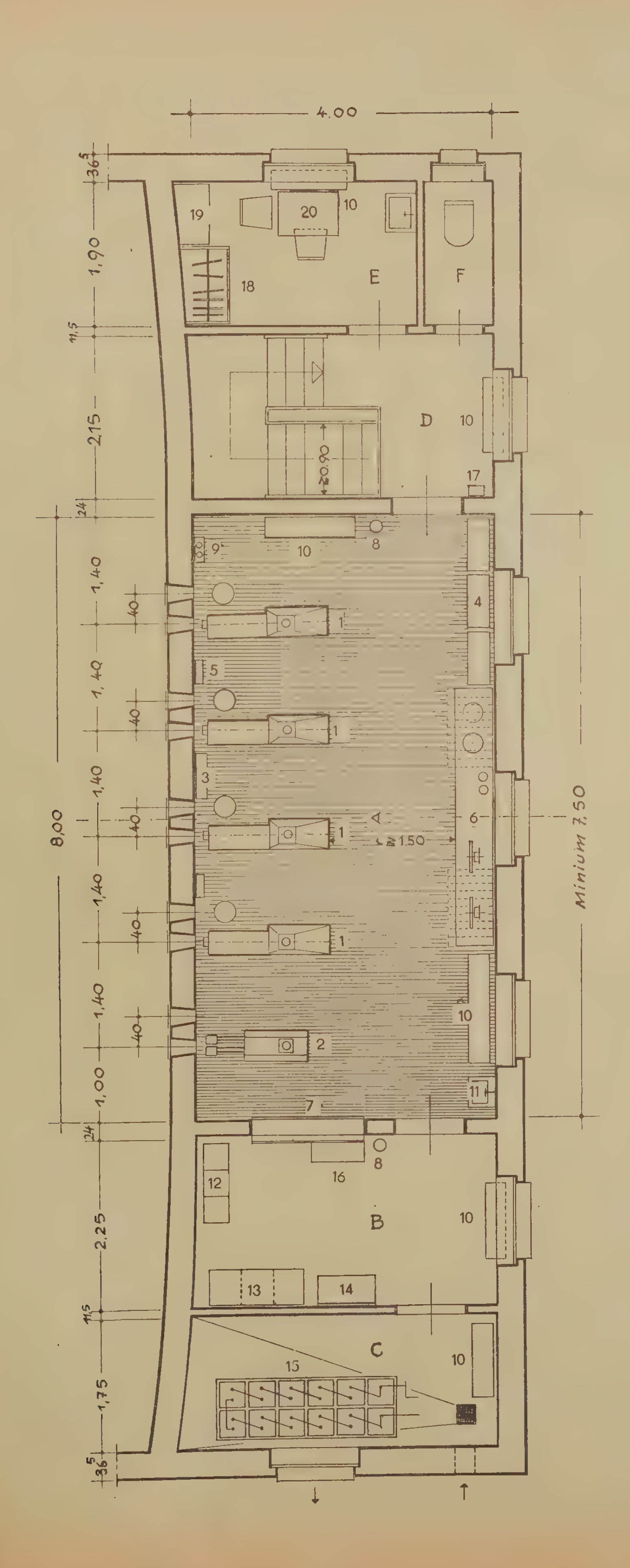
C Vier Bildwerfer und ein Dia-Projektor, bei Neubauten von Filmtheatern erwünscht

1 Bildwerfer, Schauöffnung
2 Dia-Projektor, Schauöffnung



**DETAILBLATT NR. 71**

zu Seite 344




**Bildwerferräume (Gefahrenklasse A)**

Bildwerferraum für vier Bildwerfer und einen Dia-Projektor 1 : 75

A Bildwerferraum
B Schaltraum
C Batterieraum
D Treppe
E Personalraum
F WC

1 Bildwerfer
2 Dia-Projektor
3 Vorverstärker
4 Hauptverstärker
5 Kontrollautsprecher
6 Filmschrank mit Umrolltisch, Magnetbandgerät und Plattenspieler
7 Schalttafel (am günstigsten in der Wand zwischen Vorführ- und Schaltraum)
8 $CO_2$-Feuerlöscher
9 Elektrogong
10 Heizkörper
11 Waschbecken (bei wassergekühlten Bildwerfern mit Kühlwasserrücklauf)
12 Kühlgebläse
13 Gleichrichter
14 Notbeleuchtungs-Schaltgerät
15 Notlichtbatterie
16 Saalverdunkler
17 Fluchtschalter
18 Garderobenschrank
19 Regal
20 Tisch und Stühle

## Bildwerferräume (Gefahrenklasse A)

### A Bildwerfervorderwand 1 : 75

1 Personalraum
2 Treppe
3 Bildwerferraum
4 Schaltraum
5 Batterieraum

Bildwerfervorderwand mit Anordnung der Projektions- und Schauöffnung, der Druckknopftafeln, der Arbeitsleuchten und des Telefons

Bildfenstergröße am Austritt (im Saal) 25×25 cm; bei über 25 cm Stärke der Trennwand 30×30 cm

Projektionsachse waagerecht 1,25 m von Oberkante Bildwerferraum

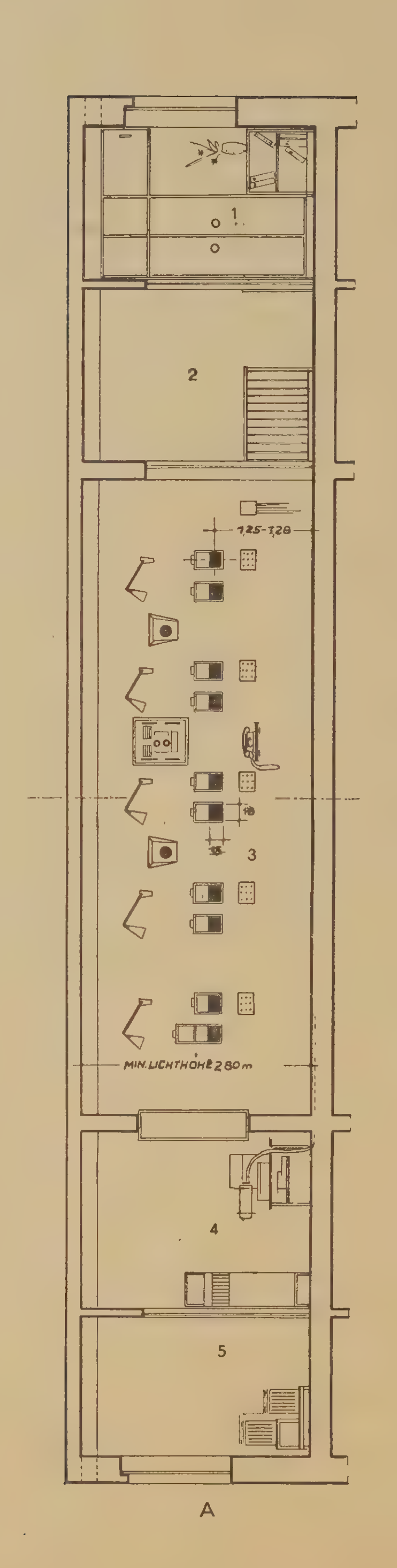
Projektionsachse bei 3° Neigung abwärts 1,22 m von Oberkante Bildwerferraum

Projektionsachse bei 3° Neigung aufwärts 1,28 m von Oberkante Bildwerferraum (nur für $D/_1$- und $D/_2$-Maschinen)

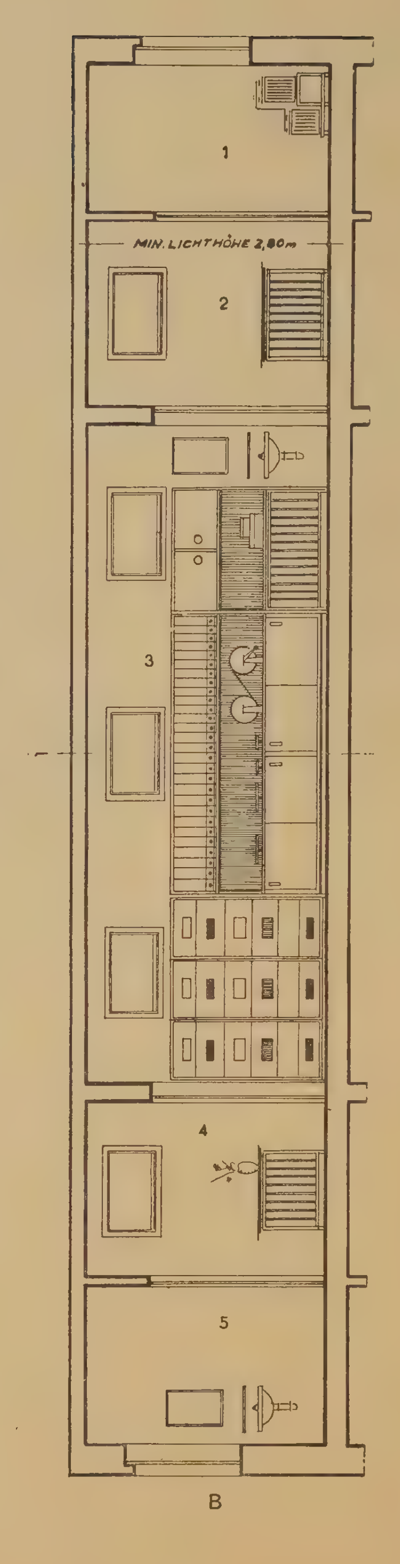
### B Bildwerferrückwand 1 : 75

1 Batterieraum
2 Schaltraum
3 Bildwerferraum
4 Treppe
5 Personalraum

Bildwerferrückwand — Anordnung der Geräte: Hauptverstärker, Nadelton, Magnetton(-bandgerät), Vierkanal-Magnetton-Filmschrank mit darunterliegendem Magnetbandgerät, Plattenspieler und Umrolltisch in einem eingebauten Schrank, in dem Schallplatten, Ersatzteile, Wechseloptik und Kinokohlen aufbewahrt werden



A



B

## Fragen an eine theoretische Konferenz

Wir begannen im Heft 5/1958 mit der Veröffentlichung von Zuschriften zur Vorbereitung einer theoretischen Konferenz über Probleme der Architekturtheorie und Architekturkritik. Wir setzen heute die Veröffentlichung von Fragestellungen und Stellungnahmen fort.

Dipl.-Ing. E. Mauke, Jena, fordert in seiner Zuschrift eine

„Klare Umschreibung des Begriffes ‚Formalismus' in der Baukunst"

und fragt dann weiter:

„Was erscheint uns bei der Betrachtung historischer Bauwerke so wertvoll und so überzeugend, daß wir es bei unserer heutigen Arbeit anwenden könnten — Details, äußere Formen oder was sonst?

Soll man zerstörte Baudenkmäler wieder aufbauen oder ihre Ruinen stehenlassen (Beispiel: Frauenkirche Dresden)? Soll oder kann man in unmittelbarer Nachbarschaft eines historischen Bauwerkes modern, das heißt im Geiste unserer gesellschaftlichen Ordnung und im Material unserer Zeit, bauen?

Welche Gestaltungsmöglichkeiten ergeben sich für den Architekten bei der Anwendung von Typen? Kann man dabei von schöpferischer Arbeit sprechen?"

Architekt BDA Dipl.-Ing. D. Stier, Dessau, schreibt:

„Die Durchführung einer theoretischen Konferenz über ungelöste Fragen auf dem Gebiet der Architekturtheorie wird für notwendig gehalten. Es könnte damit erreicht werden, daß ein größerer Kreis von Architekten sich mit diesen Fragen erst einmal beschäftigt und sich über die eigene Arbeit und das eigene Verhältnis beispielsweise zur Gestaltung von individuellen und vonTypenprojekten Klarheit verschafft.

Zunächst muß festgestellt werden, daß sich die meisten Kollegen mit der Architekturtheorie noch nicht beschäftigt haben."

Von den Architekten des Entwurfsbüros für Industriebau Dessau werden folgende Fragen gestellt:

„Die Frage des streng axial-symmetrisch gebundenen oder des funktionell beeinflußten Bauens (nicht zu verwechseln mit Funktionalismus)

Die Frage der Wirtschaftlichkeit bei der Gestaltung"

Die Kollegen des Entwurfsbüros für Hochbau Dessau fragen:

„Kann ein gutes Spannungsverhältnis in einer Fassade nur bei individueller Projektierung erreicht werden oder ist dies auch bei einer Typenprojektierung und industrieller Ausführung mit Rasterung möglich?

Welches sind die Merkmale nationaler deutscher Architektur im Gegensatz zu der kosmopolitischen Architektur amerikanischer Prägung?

Worin besteht der Unterschied zwischen der Architektur des 20. Jahrhunderts und der Architektur des Klassizismus?"

Der Kollege Zielke übermittelte uns im Namen der Sektion Zittau des Bundes Deutscher Architekten folgende Stellungnahme:

„Die Architekturtheorie der vergangenen Jahrhunderte zeichnet sich durch eine ganz klare und präzise Auffassung in den einzelnen Fragen der Gestaltung aus.

Nehmen wir die Werke von Vignola, Vitruv, Alberti oder Palladio, so zeigt sich ein großer Unterschied zu den Meinungen der Gegenwart und der unmittelbaren Vergangenheit.

Selbst Winkelmann fängt schon an, im Allgemeinen zu sprechen; die Entwicklung geht weiter, um des öfteren selbst bei dicken Schriften im Nichtssagenden zu enden.

Heute reitet der Architekt auf künstlerischen Meinungen herum, ohne daß in Fachkreisen Übereinstimmung erzielt werden könnte. Die Bedeutung der Einzelperson entscheidet.

Während der Architekt heute zu stark im Gestalterischen schwelgt, ist es bei Alberti zum Beispiel erstaunlich, zu beobachten, welchen großen Umfang seines Werkes er den technischen Fragen widmet. Für die Form hat er klare, genaue Auffassungen und Regeln.

Daß wir in unserer Architekturtheorie rückständig sind, kann seinen Grund nur in drei Faktoren haben:

1. Wir sind zu allgemein, manche Veröffentlichungen sind ganz einfach leer und nichtssagend. Wir müssen ins Detail gehen und uns zu klaren Gestaltungsgrundsätzen durchringen. Die künstlerische Freiheit geht nicht soweit, überhaupt jede Bindung abzulehnen. Es lassen sich Gesetze bilden und finden, die gleichermaßen für die Gotik wie für die Neuzeit angewendet werden können. Dieser Weg ist in demselben Maße notwendig, wie die Überzogenheit persönlicher Auffassungen durch den kollektiven Geist ersetzt wird.

2. Der Architekt denkt immer noch zu stark an den künstlerischen Teil seiner Aufgabe. Er meint zum Schaden des Werkes, daß dieser Teil den ersten Platz vor der funktionellen Bewältigung der Aufgabe, vor der technischen Durchbildung, vor wirtschaftlichen Überlegungen hätte.

Die Form darf nicht vernachlässigt werden. Von ihr kann aber erst die Rede sein, wenn alles andere in Verbindung mit der Form gelöst ist.

3. Die Architekturtheorie gehört unbedingt in die Hände von Architekten und nicht von Kunsthistorikern."

Die Kollegen de Petrement und Litzkow im Entwurfsbüro für Industriebau Stralsund fragen:

„In welcher Form will sich die ‚Deutsche Architektur' in den Dienst einer Ost-West-Verständigung stellen? Eine solche Einstellung könnte, statt Gegensätze zu vertiefen, den Friedenswillen, der in den Angeboten der Sowjetunion und des sozialistischen Blocks zum Ausdruck kommt, unterstützen.

Soll statt des Abdruckes von Gegenbeispielen nicht mehr das Gemeinsame betont werden?

Soll die internationale Eierkiste (Bonatz) an den Hochschulen als Ideallösung hingestellt werden?

Wie kann das industrielle Bauen mit dem nationalen Kulturerbe oder genauer gesagt mit einem landschaftsgebundenen Bauen in Verbindung gebracht werden?

Warum wird die Architekturtheorie von der Betrachtung unserer Materiallage getrennt (zum Beispiel Vormauersteine, Klinker, Beschläge für Schwingflügel, Stahl- und Aluminiumfenster)?"

Die erste Frage der Kollegen aus Stralsund, die direkt an die Redaktion der „Deutschen Architektur" gerichtet ist, möchten wir sofort beantworten:

Die Redaktion der Zeitschrift „Deutsche Architektur" will u. a. dadurch beitragen, die Ost-West-Verständigung zu erleichtern, indem sie Beiträge unserer Kollegen über die wichtigsten aktuellen politischen Aufgaben veröffentlicht. Zur Grundlage solcher Beiträge sollen die Vorschläge der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik über die Konföderation beider deutscher Staaten sowie die Vorschläge über die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa dienen. Die Redaktion sieht es als ihre Aufgabe an, den Kampf aller fortschrittlichen Menschen gegen die Atomdrohung zu unterstützen. Um diese politische Aufgabe lösen zu helfen, veröffentlichten wir beispielsweise die Beiträge von Theo Zolina, Gustav Schmidt, die Stellungnahme des Präsidiums des Bundes Deutscher Architekten vom Mai 1957 und jetzt wieder im Heft 4/1958 den Brief des Präsidiums vom 24. Januar 1958.

Was die ideologischen und fachlichen Probleme anbelangt, so sind wir der Meinung, daß wir einen konsequenten Kampf gegen alle Theorien der ideologischen Koexistenz führen müssen. Dem dienten einige Beiträge, die wir im letzten Jahrgang veröffentlichten, wie beispielsweise der Artikel von Kurt W. Leucht „Es geht um Berlin" oder der Diskussionsbeitrag von Hans Gericke „Modeschau oder Stadtplanung" bis zu dem Beitrag von Lothar Kühne „Gegen opportunistische Auffassungen in der Architekturtheorie", den wir im Heft 4/1958 veröffentlichten. Gerade im letztgenannten sind die Kollegen aus Stralsund unmittelbar angesprochen worden, und es wäre gewiß von großem Interesse, wenn sie darauf antworten würden.

Die Kollegen Eisenwinter und Dipl.-Ing. Kind vom Entwurfsbüro für Hochbau Plauen schreiben:

„Gespräche und Diskussionen bei Zusammenkünften unserer Betriebssektion, Referate und Aussprachen anläßlich der letzten Kreiskonferenz des Bundes Deutscher Architekten ließen hier Gedanken und Fragen aufkommen, die in letzter Gültigkeit noch keine genügende Klarstellung finden konnten.

### Architektur — Teilgebiet unserer Gesamtkultur?

Jede gesellschaftliche Formation hat sich den ihr eigenen, typischen künstlerischen Ausdruck geschaffen. Alle Künste, gleich ob Musik oder Literatur, Architektur oder bildende Kunst, formten das ihrer Zeit zugehörige Gesamtbild.

Auch unser heutiges architektonisches Schaffen ist nicht losgelöst von unserer gesellschaftlichen Entwicklung, sondern unser gegenwärtiges Gestalten ist die Darstellung unseres Lebens, wird zum gestalteten Sein an sich. Gleiches gilt ebenso für alle anderen Künste.

Die Kräfte aller Kulturschaffenden und Künstler für unsere gesellschaftliche Entwicklung zu nutzen und einzuspannen, ist eine politische Aufgabe ersten Ranges, die zu lösen uns obliegt. Solchen Willens, gefördert von höchster Stelle des Staates und seiner Organisationen, fanden die Kulturkonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Oktober des vergangenen Jahres und der Bundeskongreß des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands statt. Beide Kulturkonferenzen auf höchster Ebene, oder — so fragen jetzt viele Architekten und Städtebauer — waren es doch nur ‚Teil'kulturkonferenzen?

Wir haben diese Tagungen mit Interesse in Presse, Rundfunk und Fachorganen verfolgt. Wo aber blieb die Behandlung der Fragen der Gestaltung, kam jeweils einer unserer führenden Architekten oder Städtebauer überhaupt zu Wort?

Ist man des Glaubens, daß unsere neuen Städte, unsere neuen Straßen und Wohnkomplexe nur Fachgebiete der Technik und der Ökonomik berühren? Hat man nicht daran gedacht, daß das Gesicht unserer Städte und Dörfer sichtbarer, ablesbarer Maßstab unseres kulturellen Schaffens ist, daß in der Gültigkeit unseres Gestaltens eine in hohem Maße wirksame propagandistische Aussagekraft für unsere gesellschaftliche Entwicklung ihre Wurzel findet?

Legt man in solchen Konferenzen den neuen Weg unserer Kultur fest, fordert man Parteilichkeit und Einsatz für unsere Sache, so ist hier ein Versäumnis festzustellen, weil eine der zu lösenden Hauptaufgaben nur ungenügende Beachtung fand. Der Bund Deutscher Architekten, unser Fachorgan und unsere führenden Kräfte haben es unterlassen, sich zu diesen Konferenzen einzuschalten und auf die Notwendigkeit solcher Erörterungen, die im Zusammenhang mit den anderen behandelten Fragen sowie im Ergebnis der Konferenzen hätten ihren Niederschlag finden müssen, hinzuweisen.

### Das Alltagsgesicht unserer Städte und Dörfer

Der III. Bundeskongreß des Bundes Deutscher Architekten behandelte Fragen der Theorie und der Ästhetik neben wesentlichen Problemen der Praxis. Niemand aber sprach davon, daß es ebenfalls notwendig ist, sich um das Alltagsgesicht unserer Städte und Dörfer zu kümmern.

Es ist das erstemal in der Geschichte Deutschlands, daß der werktätige Mensch, der Arbeiter und Bauer, dazu berufen ist, sein Leben selbst zu formen und sein Land dabei selbst zu gestalten. Solches Vorhaben ruft den Widerspruch, den Haß aller derjenigen hervor, die es nicht wahrhaben wollen, daß der arbeitende, einfache Mensch hierzu berechtigt und auch berufen ist. Ihm Unverständnis, Unvermögen nachzuweisen, ihm Primitivität und Kulturlosigkeit vorzuwerfen, sind die gehässigen Kampfmittel des Gegners, wie es Hunderte von Beispielen immer und immer wieder beweisen.

Breitenarbeit, Mitarbeit in Räten und Kommissionen werden empfohlen, um den Fachmann als Berater und Initiator in den Brennpunkt unseres demokratischen Lebens zu stellen. Aber mehr noch gilt es in dieser Hinsicht zu tun, stärker möge sich der Bund an zentraler Stelle einschalten, ernster die Notwendigkeit hierzu ins Blickfeld der Öffentlichkeit rücken, besser die Bezirks- und Kreisinstitutionen anleiten und wenn es nottun sollte, auch kontrollieren!

### Die Gestaltung unserer Wohnkomplexe

Nicht abreißen darf das Fachgespräch über die Gestaltung unserer sozialistischen Wohnkomplexe. Durch eingehendes Beschäftigen mit diesen Dingen, durch Studienreisen, durch gemeinsames Betrachten wertvollen Bildmaterials haben wir versucht, Gesetzmäßigkeiten, Grundsätzlichkeiten, verwertbare Gültigkeiten des historischen Städtebaus zu finden und zu sichten. Dabei ist immer wieder erkennbar, daß die Wurzeln solcher Grundsätzlichkeiten zutiefst im Gesellschaftlichen zu finden sind. Der Wettbewerb Hoyerswerda hat gezeigt, daß bislang noch scheinbar Gültiges unserer neuen sozialistischen Lebensäußerung weder Ausdruck noch Gestalt zu geben vermag. Veränderte Produktionsverhältnisse erbrachten ein neues Zusammenleben der Menschen, das Verhältnis des einzelnen zur Gesellschaft wandelte sich grundsätzlich. Die Masse unserer Wohnbauten wird in den Städten drei- beziehungsweise viergeschossig ausgeführt sein. Die Bauwerke der Gemeinschaft, die Bauten der gesellschaftlichen und kulturellen Zentren werden sehr oft niedriger als die Masse der Wohnhäuser sein. Eine Menge Gedanken werden hier aufzuwerfen sein, weil bisher Gewohntes nicht mehr anwendbar ist. Genügt nur zum Beispiel das Wohnhochhaus als Inhalt einer städtebaulich erforderlichen Dominante, wird hier die angestrebte Übereinstimmung von Form und Inhalt nicht grundsätzlich gestört? — So lautet die erste solcher Fragen unserer jungen Kollegen. Neue Sicht- und Raumbeziehungen unter Einbeziehung gestalteter Grünflächen als Lebensräume unserer städtischen Bevölkerung sind zu schaffen, neue Raumordnungsprinzipien sind zu erarbeiten, welche die Industrialisierung des Bauens und die Typung des Einzelwerkes umfänglich ermöglichen und

die den Bedürfnissen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens am ehesten gerecht werden.

Die Auseinandersetzung mit diesen Problemen muß wieder stärker vorangetrieben werden, darf nicht zur Ruhe kommen, damit die rechte Darstellung unseres Lebens sich bald zu kristallisieren vermag.

Neue Wohnungstypen

Der III. Bundeskongreß hat für die künftige Weiterentwicklung unserer Wohnungstypen nach einer gewissen Zeit Wettbewerbe angekündigt, die mit Spannung erwartet werden. Dabei wird heute bereits die Feststellung erhoben, daß unseren derzeitigen, hier verwandten Wohnungstypen noch Wohngepflogenheiten anhaften, die im Bestreben, eine neue, unserer Zeit entsprechende Wohnqualität zu entwickeln, zum Teil als überholungsbedürftig zu gelten haben. Die Familie, als kleinstes Kollektiv unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens, wird Abkehr halten von den noch vorhandenen individualistischen Tendenzen, die in unseren heutigen Grundrissen noch erkennbar sind. Der Grundriß mit Mittelflur, von dem aus jedes Zimmer erschlossen wird, verlangt außerordentlich hohe Verkehrsflächenanteile, die zu Lasten der nutzbaren Wohnfläche gehen. Dem Wohnraum die optimale Größe zu geben, damit alle dort verlangten Wohnfunktionen ihre beste Erfüllung finden — ohne die Angehörigen der Familie durch allzu große Beengtheit sich gegenseitig stören zu lassen —, müßte eine vorrangig zu beachtende Forderung des neuen Grundrisses bleiben. So könnte unter stärkerer Berücksichtigung heutiger Lebens- und Wohngepflogenheiten eine Erhöhung der Wohnfläche zu Lasten der bisherigen, zu reichlich bemessenen Verkehrsflächen angestrebt werden, um damit eine bessere Wohnqualität zu erreichen, die unter Umständen zu weiteren Kostensenkungen führt. Mit der Diskussion über die Gestaltungsmerkmale unserer Wohnkomplexe wäre dieses Problem zu aktivieren."

## Fragen des dialektischen Materialismus

Die BDA-Bezirksgruppe Dresden begann am 21. Februar 1958 eine Reihe von Aussprachen für die Mitglieder der Bezirksgruppe über das Thema „Der Architekt und die Architektur in ihrer unlösbaren Verbindung mit dem gesellschaftlichen Geschehen unserer Zeit", die von Oberassistent Dipl. rer. pol. Stein vom Institut für Gesellschaftswissenschaften der Technischen Hochschule Dresden geleitet wird.

Diese Aussprachen haben das Ziel, die Kollegen aus dem Aufgabengebiet des Architekten und der Entwicklung der Architektur im letzten halben Jahrhundert an die grundlegende philosophische Problematik heranzuführen. Zunächst wurden die Teilnehmer mit der Grundfrage der Philosophie des dialektischen Materialismus und — davon ausgehend — mit der materialistischen Geschichtsauffassung der Philosophie des Marxismus-Leninismus bekannt gemacht, und zwar von der Tatsache ausgehend, daß jede Klasse während des Heranreifens der geschichtlichen Situation, in der diese Klasse objektiv die führende Rolle in der Weiterentwicklung spielt, auf allen Gebieten des geistigen Lebens einschließlich der Kunst ein bestimmtes Material vorfindet, eine bestimmte Summe von Geistesströmungen, Theorien, Auffassungen über die Welt und die Gesellschaft mit all ihren vielfältigen Erscheinungen.

So wie jede Klasse hat auch das Proletariat die Aufgabe, hieran anzuknüpfen und dieses Material kritisch zu verarbeiten. Dies erweist sich besonders kompliziert auf den Gebieten der Kunst — und speziell auf dem Gebiet der Architektur. Hierzu wurde an dem Beispiel der „Reden auf der Münchener Tagung des Deutschen Werkbundes" im Jahre 1928 gezeigt, wie durchgängig auf dem Gebiet der Architektur die grundlegenden weltanschaulichen Auffassungen von der idealistischen Philosophie in all ihren Spielarten bestimmt wurden; wie besonders in den Ausführungen des Kultursoziologen Alfred Weber und des Kunsthistorikers Wilhelm Pinder, den führenden Vertretern der damaligen Architekturtheorie Deutschlands, in massiver Form philosophisch idealistisches Gedankengut angeboten und von den Architekten auch entsprechend ihrem bürgerlichen Klassenstandpunkt aufgenommen wurde.

Es zeigte sich dabei deutlich, daß in den damaligen herrschenden theoretischen Auffassungen der deutschen Architekten jede Stellungnahme und Erklärung zu Entwicklungsproblemen der Architektur von der idealistischen Ausgangsposition bestimmt wurde. Anstatt diese Fragen aus der wirklichen gesellschaftlichen Praxis abzuleiten und zu erklären, zeigt sich ein völliges Negieren der bestimmenden Rolle der praktisch kritischen, revolutionären, produktiven Tätigkeit der Gesellschaft. An die Stelle des einzig wissenschaftlichen Ausgangspunktes für das Aufstellen von Theorien, an die Stelle der Praxis — deren Begriff als Kategorie des dialektischen Materialismus eingehend erläutert wurde — setzte man Irrationalismus und Mystizismus, verquickt mit positivistischen Auffassungen und einer eindeutigen Leugnung der Gesetzmäßigkeiten in der gesellschaftlichen Entwicklung.

Eine Gesamteinschätzung der Architekturdiskussion in der Deutschen Demokratischen Republik läßt erkennen, daß die heute so viel gerühmten und sich rühmenden „Fachleute", die zu all und jedem eben nur als „Fachleute ihre Bedenken und Vorbehalte anmelden", als Teil unserer baukünstlerischen Intelligenz noch heute — ihnen selbst mehr oder weniger unbewußt — solche idealistischen Grundkonzeptionen haben, die aus der Zeit der zwanziger Jahre und des Faschismus bis heute mitgeschleppt werden.

Das ist der eigentliche Grund, daß manche Diskussionen zum Teil mehr oder weniger unerfreuliche Begleiterscheinungen aufwiesen, zu angeblich persönlichen Verärgerungen und Verstimmungen führten.

Die Schlußfolgerung daraus bedeutet, daß die endgültige und bis zum letzten konsequente Aufdeckung und theoretische Zerschlagung der bürgerlichen Ideologie auch auf dem Gebiet der Architektur erst noch erfolgen müssen.

Hierzu bedarf es aber bei jedem Angehörigen der baukünstlerischen Intelligenz einer philosophischen Klarheit, einer Kenntnis des dialektischen und historischen Materialismus als der Philosophie der Arbeiterklasse. Nicht bestimmte Teile unserer Architekten haben Forderungen gegenüber der Partei der Arbeiterklasse hinsichtlich des Eingestehens angeblich falscher Grundkonzeptionen zu erheben, sondern umgekehrt; heute steht als Forderung der Partei der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte unserer Republik die Parteinahme für den Sozialismus und für den dialektischen Materialismus, der das theoretische Fundament des sozialistischen Aufbaus auch in der Deutschen Demokratischen Republik ist, auf der Tagesordnung. Erst von diesem Standpunkt aus kann in erschöpfender Weise und mit wissenschaftlicher Gründlichkeit an die Problematik der Architekturentwicklung in den letzten zehn Jahren bei uns herangegangen und die in ihr enthaltene tatsächliche Widersprüchlichkeit aufgedeckt und für die weitere theoretische Arbeit fruchtbar gemacht werden.

Stein

## Das Vorhandene erhalten und Neues schaffen

**Zur Diskussion über den Platz der Akademie in Berlin***

Professor Hermann Henselmann

Das von der „Deutschen Architektur" eingeleitete Gespräch über den Platz der Akademie ist für den Städtebauer sehr interessant und wirft verschiedene Probleme auf.

Bei der Darstellung der Geschichte dieses Platzes durch Dr. Zimmermann fällt sofort auf, daß dieser städtebauliche Raum verschiedenen Wandlungen unterworfen wurde. Mehrere Epochen haben an diesem Platz gebaut. Die Gestalt, die er heute erhalten hat, ist das Ergebnis eines historischen Prozesses.

Wir selbst sind jedoch auch äußerst lebendig und werden veranlaßt, zu dem aus der Geschichte Überkommenen neue und ebenfalls veränderte Beziehungen aufzunehmen. Die beste Denkmalpflege besteht meiner Meinung nach darin, die Denkmale aus der Vergangenheit zu benutzen.

Die Belebung des Gespräches über den Platz der Akademie ergibt sich aus zwei Grundtatsachen, nämlich erstens der Beschädigung der zentralen Gebäude und der Zerstörung eines Teiles der Platzwände im Laufe des letzten Krieges und zweitens durch die Veränderung des städtebaulichen Organismus im Prozeß der Umbildung Berlins zu einer sozialistischen Stadt.

Es sollte also die Frage gestellt werden:

Welche Veränderungen im Stadtorganismus vollziehen sich denn in der unmittelbaren Nähe des Platzes der Akademie? Gewiß beeinflussen die veränderten Verkehrsbedürfnisse den Stadtraum an dieser Stelle ganz erheblich. Das ist eine wichtige Seite des Problems der veränderten Stellung des Platzes im Stadtorganismus. Aber auch das ist nur ein Teil dieser Veränderung. Wir — die heutigen Menschen — haben außerdem eine völlig andere Art, uns miteinander in Beziehung zu setzen als in früheren Epochen, und das schlägt sich auch im Städtebau nieder. So habe ich — und ich glaube, das geht allen Mitbürgern so — vor dem Raster der Friedrichstadt überhaupt keinen Respekt. Diese Rasterung ist mechanistisch, langweilig und ebenso geistlos wie dieser fürchterliche Friedrich Wilhelm, der dieses Straßennetz bebauen ließ. Man sollte also jede Gelegenheit, in dieses Rastersystem Luft hineinzublasen, ergreifen, besonders dort, wo die Bomben nun einmal den Platz dafür geschaffen haben. Diese Gelegenheit ergibt sich zum Beispiel genau an der Rückseite des Platzes der Akademie, zwischen der Mohrenstraße und der Französischen Straße über die Friedrichstraße hinweg bis zur Mauerstraße. Leider sind bereits vor der Übernahme meines Städtebau-Auftrages in Berlin die Standortgenehmigungen für das Gebäude des DIA und der NDPD ausgesprochen worden, so daß diese Gelegenheiten, die Stadt an dieser Stelle aufzulockern, eingeschränkt wurden. Trotzdem würde ich diese einmalig sich bietende Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, das heißt, es ergibt sich etwa in der Breite des Platzes der Akademie ein Raum, der sich von diesem Platz bis zur Mauerstraße erstreckt und unseren Bedürfnissen entsprechend neu gestaltet werden kann. Die Friedrichstraße wird eine Handelsstraße bleiben — natürlich mit verändertem Charakter. Es könnten also an dieser Stelle eine ganze Reihe von Anlagen geringerer oder höherer Bauhöhe angesiedelt werden, die dem Fußgänger in äußerst lebendiger Weise die verschiedensten städtebaulichen Eindrücke vermitteln.

Auf diese Weise bekommt aber auch eben die bisherige Rückseite des Platzes eine neue Bedeutung.

Stellen wir uns doch einmal das Leben an diesem Platz in der Perspektive vor:

Die den Platz tangierenden Straßen haben veränderte Funktionen erhalten. In den Verkehrsspitzenzeiten fahren in der Französischen Straße, bei der von uns angenommenen Verkehrsdichte, 4350 Fahrzeuge in der Stunde. Mit Rücksicht auf die vorhandene Substanz am Werderschen Markt und am Friedericianischen Forum wird ein Ausgleich durch eine Untertunnelung geschaffen. Trotzdem muß der bisherige Straßenraum von 22 m auf 36 m verbreitert werden. Durch die Markgrafenstraße werden um die gleiche Zeit etwa 2000 Fahrzeuge fahren. Hier wird der Straßenraum von 22 m auf 28 m verbreitert. Es ist in unserer Planung jedoch dafür Sorge getragen, daß der freibleibende Raum des Platzes der Akademie nicht zum Parken genutzt wird, sondern daß die in diesem Raum anfallenden Standplätze auf den umliegenden Parkplätzen nachgewiesen werden. So bildet sich also gewissermaßen eine repräsentative Verkehrsinsel, die jedoch im Grunde über die Friedrichstraße bis zur Mauerstraße hinwegreichen kann — eine weiträumige, sehr großzügig aufgefaßte Anlage, die am Platz der Akademie mit der Markgrafenstraße im Rücken sehr festlich wirkt und beim Durchschreiten dieses Platzraumes auf die Mauerstraße zu eine immer größere Intimität gewinnt bis zum, sagen wir einmal, Besuch in Verkaufspavillons, kleinen Kaffeestuben und kulturellen Einrichtungen aller möglichen Art.

Ich sehe in dieser sehr speziellen Dialektik zwischen Repräsentation und Intimität, zwischen dem brausenden Leben der Verkehrsmittel und dem unnervösen Spazieren des Fußgängers, zwischen der steilen Vertikalität der beiden Dome, dem Fanfarenstoß des Schauspielhauses und der Kammermusikalität der Gebäude im rückwärtigen Teil dieses städtebaulichen Raumes einen sehr speziellen Widerspruch, der baukünstlerisch geformt und städtebaulich organisiert sein will. Nach meiner Meinung ist das eine sehr reizvolle Aufgabe, die wir im Laufe dieses Jahres einmal zum Wettbewerb stellen wollen.

Ich bin der Meinung, daß Dr. Zimmermanns Überlegungen und auch die Diskussionsbeiträge mit allem Für und Wider diese Dialektik vielleicht doch noch nicht in allen Beziehungen richtig aufgriffen.

Erst von daher nämlich kann man zu einer solchen Frage wie des Abrisses der kleinen Kirchengebäude an den Türmen Stellung nehmen. Meine Meinung ist, daß unsere Generation genug Zerstörungen erlebt hat. Unsere Aufmerksamkeit sollte sich darauf richten, Neues zu schaffen und das Vorhandene zu erhalten. Die Entscheidung über den Abriß dieser oder jener vorhandenen historischen Substanz, teilbeschädigt oder nicht, möge man getrost auch einmal der kommenden Generation überlassen. Auch Schinkels Autorität würde mich keineswegs irritieren. Die Entscheidung über den Verbleib oder das Verschwinden dieser beiden Kirchen kann nur im Zusammenhang mit der gesamten städtebaulichen Organisation des Raumes mindestens bis zur Friedrichstraße getroffen werden. Was aber die Gesimshöhen anbelangt, so schließe ich mich völlig der Meinung von Dr. Zimmermann an. Die Platzwände muß man von den beherrschenden Gebäuden des Platzes aus bewerten. Infolgedessen sollte die Traufenhöhe des Schauspielhauses nicht überschritten werden.

* Siehe „Deutsche Architektur", Heft 6/1957, S. 326 ff., und Heft 12/1957, S. 702 ff.

## AUS DEM BDA UND SEINEN BEZIRKSGRUPPEN

**Gemeinsame Erklärung des Ungarischen Architektenverbandes und des Bundes Deutscher Architekten**

In dem Bewußtsein, daß ein Atomkrieg zur Vernichtung ganzer Völker in Europa führen würde und daß die in Jahrhunderten geschaffenen kulturellen Güter und Bauwerke ebenfalls der Vernichtung anheimfielen, fordern beide Architektenverbände die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, wie sie in dem Plan des polnischen Außenministers Rapacki vorgeschlagen wurde. Die Sowjetunion, die Regierungen der Länder der Volksdemokratie und die Deutsche Demokratische Republik haben diesem Plan ihre Zustimmung gegeben, während die Regierung der Bundesrepublik die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone abgelehnt hat. Die Architekten erkennen die ernste Gefahr, die in der vom Bonner Bundestag beschlossenen Ausrüstung der Wehrmacht der Deutschen Bundesrepublik mit atomaren Waffen liegt.

Sie fordern darum die Architekten in der Bundesrepublik auf, sich an der Volksbewegung gegen atomare Aufrüstung aktiv zu beteiligen und für eine atomwaffenfreie Zone in Europa einzutreten.

Kampf den Kriegstreibern!
Friede den Völkern!

Für den Bund Deutscher Architekten in der Deutschen Demokratischen Republik
gez. Prof. Hanns Hopp
Für Magyar Építömüvészek Szövetsége
gez. Prof. Máté Major

## Wir gratulieren

Architekt BDA Werner Buschendorf, Gera
1. 7. 1893, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Friedrich Sauer, Erfurt
1. 7. 1903, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Otto Richter, Dessau
5. 7. 1908, zum 50. Geburtstag

Prof. Dipl.-Ing. Franz Reuter, Halle
7. 7. 1903, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Willy Müller, Erfurt
13. 7. 1908, zum 50. Geburtstag

Architekt BDA Alfred Kase, Brandenburg/Havel
16. 7. 1898, zum 60. Geburtstag

Dipl.-Ing. Johannes Kramer, Magdeburg
19. 7. 1893, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Alexander Künzer, Dresden
19. 7. 1903, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Robert Röder, Teltow-Seehof bei Berlin
22. 7. 1908, zum 50. Geburtstag

Prof. Dipl.-Ing. Kurt Hemmerling, Berlin
24. 7. 1898, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Max Riegel, Dresden
24. 7. 1873, zum 85. Geburtstag

Architekt BDA Willi Wernecke, Magdeburg
31. 7. 1903, zum 55. Geburtstag

**Brandenburg (Havel)**

**Fragen der Grüngestaltung**

Vor Mitgliedern des Bundes Deutscher Architekten und des Fontaneklubs sprach Gartenarchitekt BDA W. Funcke, Potsdam, in Brandenburg (Havel) über das Thema „Beispiele guter Zusammenarbeit zwischen Architekten, Gartenarchitekten und bildenden Künstlern".

Aus einer Übersicht ging klar die Entwicklung bis zur Großraumgrünplanung in der Deutschen Demokratischen Republik hervor, die sich dank unserer Gesetze verwirklichen läßt. Dieser Möglichkeit stehen aber die bisher immer noch auftretenden Mängel gegenüber.

Sehr schöne Farbdias gaben einen Einblick in die neuzeitliche Grüngestaltung, insbesondere wurde Vorbildliches aus der Schweiz gezeigt. Mit welchen Überlegungen selbst das Detail im Grünen gestaltet werden kann, veranschaulichten Lichtbilder von Badehäuschen, Strandanlagen und Gartenausstellungen.

Einige schöne Beispiele aus der Deutschen Demokratischen Republik gaben Aufschluß von dem Können unserer Gartenarchitekten. Mit Fug und Recht kann behauptet werden, daß die architektonisch wertvollen Gebäude erst im Rahmen von Grün die künstlerische Wirkung erhalten, die der Gestalter beabsichtigt. Stolze

**Gera**

**Mitgliederversammlung**

Die Mitglieder der Bezirksgruppe Gera befaßten sich in ihrer Mitgliederversammlung am 12. Februar 1958 mit den Ergebnissen des III. Kongresses des Bundes Deutscher Architekten.

Die Delegierten legten in den einzelnen Referaten vor allen Dingen die Ergebnisse der Arbeitsgruppen eingehend dar, wobei vor allem Fragen der Typisierung behandelt wurden.

Weiterhin besprachen die Mitglieder die Vorbereitung der 2. Baukonferenz der Deutschen Demokratischen Republik.

Mitglieder der Bezirksgruppe Gera beteiligen sich an dem Wettbewerb um die beste und billigste Wohnung und waren an der Vorbereitung der Bezirksausstellung auf der 2. Baukonferenz maßgeblich beteiligt.

Die Versammlung beschloß, der 2. Baukonferenz eine Grußadresse zu übersenden. Lonitz

**Die neuen Wohnungstypen und ihre Möblierung**

Ausgehend von der 33. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands gab Dipl.-Arch. W. Lonitz auf einer Veranstaltung der Kreisgruppe Gera am 29. Januar 1958 einen Überblick über den derzeitigen Wohnbedarf und die Entwicklung des Wohnungsbaus seit Kriegsende nach Größe, Anzahl und Kosten der Neubauwohnungen. Um die Forderung unserer Regierung nach einer weitgehenden Steigerung des Wohnungsbaus zu erfüllen, sind die Anwendung von Typen mit Wohnungsgrößen, die den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechen, und das komplexe Bauen unter Anwendung moderner industrieller Baumethoden erforderlich. Die neuen Typen stellen uns vor die Aufgabe, auch in der Möblierung der Räume neue Wege zu beschreiten.

An Hand einer instruktiven Lichtbildreihe alter und neuer Wohnräume zeigte der Referent, daß die Forderung nach schönem und zeitgemäßem Wohnen durch die neue Wohnung mit ihrer Durchschnittsgröße von 38 m² Wohnfläche erfüllt werden kann.

Erforderlich ist jedoch, daß Möbelindustrie und Handel nun ebenfalls den entscheidenden Schritt zum neuen Möbel machen und damit die praktische Voraussetzung zu einer sinnvollen Möblierung der neuen Wohnungen schaffen.

Durch eine Reihe von Gebrauchsgegenständen — an Beispiel und Gegenbeispiel gezeigt — wurde das dem Architekten vorschwebende Bild der modernen kultivierten Wohnung ergänzt und vervollständigt.

Die Zustimmung der Mitglieder zu den Ausführungen des Referenten und zu dem von unserer Regierung beschrittenen Weg zur Lösung des Wohnungsproblems in der Deutschen Demokratischen Republik war ungeteilt. Bauer

**Halle**

**Zusammenkunft mit Vertretern des Staatsapparates**

In Halle fand zwischen Mitgliedern des Bezirksvorstandes des Bundes Deutscher Architekten und dem stellver-

# Neue Wege in der Abwassertechnik

Sie gründen sich auf Erkenntnisse, die zur Weiterentwicklung der DIN-Normen führten.

1. Jeder Fachmann weiß, daß sich Schrauben und Spindeln im Abwasserbereich nicht bewähren. Selbst wenn sie aus Messing bestehen, werden auch sie nach einer gewissen Zeit durch Korrosion so stark angegriffen, daß sie entweder zu Bruch gehen oder nicht mehr gelöst werden können. WAL setzt an die Stelle der Reinigungsschraube bei Bodenabläufen einen Reinigungsdeckel, der in Dichtungskitt gedrückt und dadurch gasdicht wird, aber jederzeit durch leichten Hebeldruck mit einem Schraubenzieher spielend leicht angehoben werden kann. Die Reinigungsöffnung selbst ist hierbei erheblich größer als bisher üblich, so daß es möglich ist, auch grobe Verstopfungen durch die Reinigungsöffnung zu beheben (Bild 1—4).

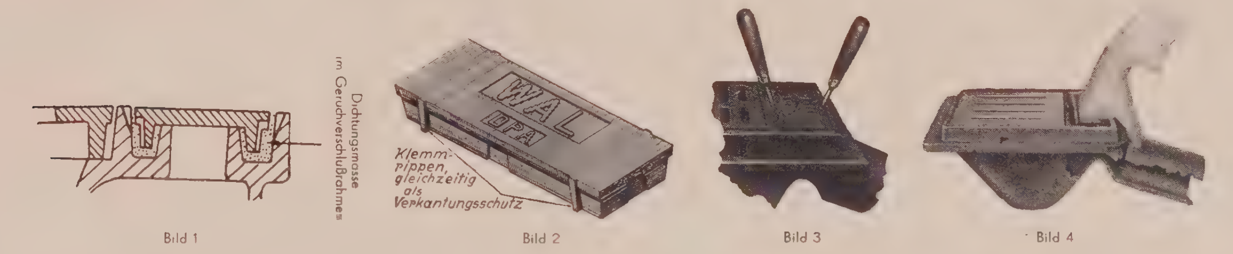
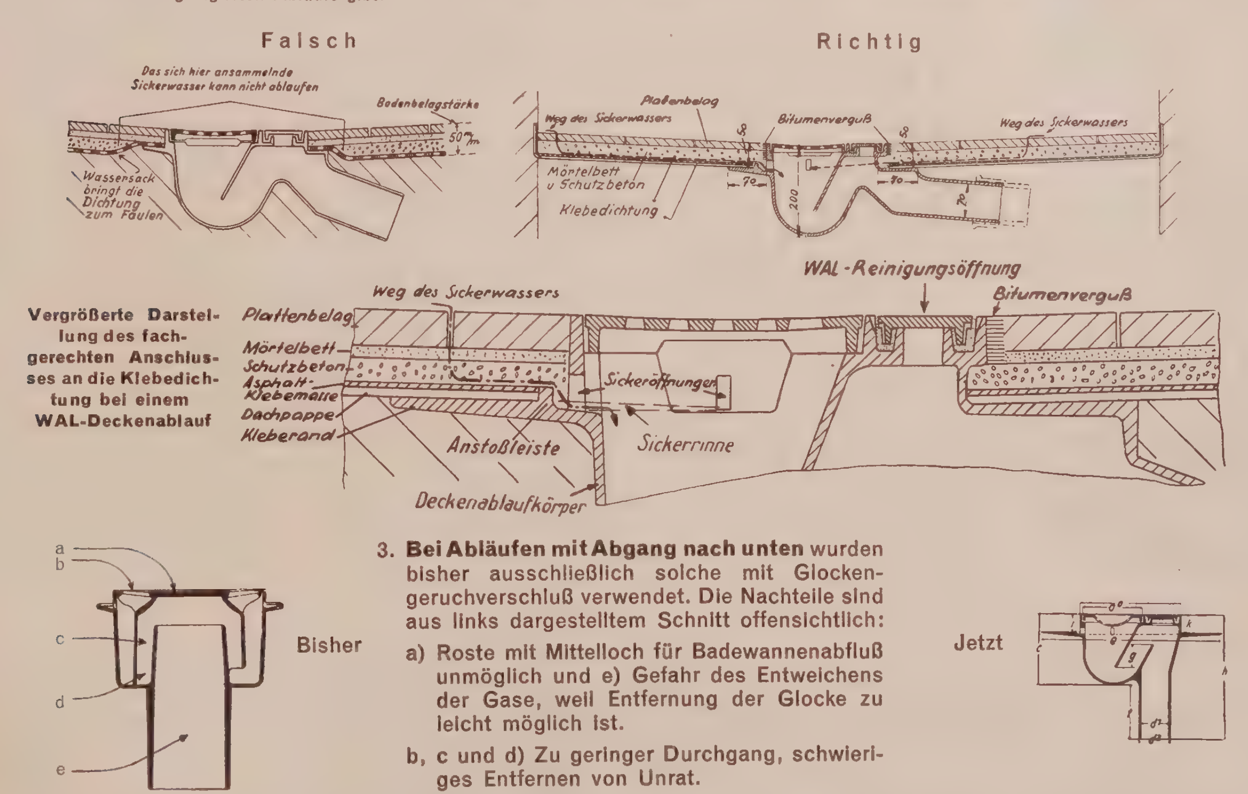



Bild 1 Bild 2 Bild 3 Bild 4

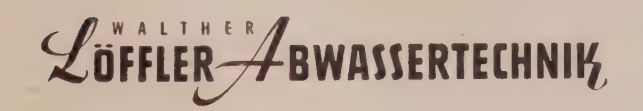
2. Die Gefahr, daß Sickerwasser sich bei Verwendung von üblichen Deckenabläufen mit der niedrigen Kragenhöhe von nur 24 mm ansammelt und durch die Decke dringen kann, hat WAL dadurch beseitigt, daß der Kragen auf 50 mm und mehr erhöht und ein recht breiter Kleberand und aufrechte Sickeröffnungen mit umlaufender Sickerrinne geschaffen wurden. Die Anstoßleiste vor der Sickerrinne gibt dem Klebeabdichter eine einwandfreie Begrenzung für die Dichtungsschicht, so daß Sickeröffnungen und Sickerrinne nicht verklebt werden können. (Wenn man dem Sickerwasser den Ablauf bahnt, wird es keine eigenen Wege gehen bzw. keinen Schaden anrichten.)

**Die Abdichtung der Naßräume und damit die Auswahl geeigneter Abläufe wurde allzuoft leider schon beim Entwurf als nebensächlich behandelt. Feuchtigkeitsschäden verringern aber erheblich die Benutzbarkeit der Räume, und Fehler an den Dichtungen sind nachträglich nur mit beträchtlichen Kosten zu beseitigen. Nach dem Erscheinen der WAL-Modelle kann sich bei Schadenersatzklagen niemand mehr darauf berufen, daß es keine geeigneten Abläufe gibt!**




3. **Bei Abläufen mit Abgang nach unten** wurden bisher ausschließlich solche mit Glockengeruchverschluß verwendet. Die Nachteile sind aus links dargestelltem Schnitt offensichtlich:
   a) Roste mit Mittelloch für Badewannenabfluß unmöglich und e) Gefahr des Entweichens der Gase, weil Entfernung der Glocke zu leicht möglich ist.
   b, c und d) Zu geringer Durchgang, schwieriges Entfernen von Unrat.

Hier geht WAL ganz neue Wege. Das Ablaufrohr wird exzentrisch vom Körper angeordnet und der Ablauf ebenfalls mit dem schon beschriebenen Reinigungsdeckel versehen. Die Tauchwand ist fest eingegossen. Außerdem ist das Ablaufrohr so lang, daß die Muffendichtung nicht mehr **in** der, sondern **unter** der Decke erfolgen kann.








**Markkleeberg** (Bez. Leipzig)
Friedrich-Ebert-Str. 43–45
Ruf Leipzig 36 472 / 35 269

tretenden Vorsitzenden des Rates des Bezirkes eine Zusammenkunft statt. Im Mittelpunkt des Gespräches standen die Erörterungen über die Art und Weise, in der die Bezirksgruppe Halle des Bundes Deutscher Architekten den Rat des Bezirkes bei der Durchführung der Bauaufgaben, insbesondere auf dem Gebiet des Wohnungsbaus, tatkräftig unterstützen kann.

Es wurde weiter hervorgehoben, daß ein engerer Kontakt mit verwandten Organisationen, wie zum Beispiel der Kammer der Technik und dem Kulturbund, sowie Vertretern der Bezirksleitung und der Kreisleitungen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wesentlich zur Lösung der Bauaufgaben beitragen könnte. Kotzauer

### Leipzig

#### Ausstellung und Aussprache

Der Rat der Stadt Leipzig führte unter Mitwirkung der Bezirksgruppe des Bundes Deutscher Architekten in der Zeit vom 21. Dezember 1957 bis 6. Februar 1958 eine Ausstellung „Wohnungstypen 1958 bis 1960" durch. Die Ausstellung wurde von nahezu 100000 Personen besucht. Sie brachte den überzeugenden Beweis, daß die vorgesehenen Wohnungsgrößen ausreichend sind und eine geschmackvolle Einrichtung ermöglichen.

Die Bezirksgruppe organisierte eine Aussprache im Stadtverordnetensaal mit Vertretern einiger Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften, der Ausführungsbetriebe und des Arbeitskreises Wohnkultur des Kulturbundes. Der Chefarchitekt, Kollege Lucas, gab einleitend bekannt, daß in Leipzig zur Zeit 30000 Wohnungen fehlen, wovon etwa 9000 dringend benötigt werden. Außerdem besteht ein Bedarf von etwa 35000 m² für gewerbliche Räume.

Kollege Kern von der Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaft der Deutschen Reichsbahn forderte, daß für die geplanten Räume unbedingt die Möbel in den erforderlichen Größen hergestellt werden.

Die Kollegen Dr. Merkel und Lipinski schlugen vor, mehr halbe Zimmer als Schlafgelegenheiten für Kinder zu schaffen.

Vom Kollegen Buchmann wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, dem Bau von Balkonen größere Aufmerksamkeit zu widmen; besonders aber wies er auf die Verwendung von Einbauküchen hin.

*

Am 20. Januar 1958 empfing der Vorsitzende des Rates des Bezirkes Leipzig, Herr Adolfs, den neugewählten Vorstand des Bundes Deutscher Architekten der Bezirksgruppe Leipzig. Der Vorsitzende des Rates betonte in der Begrüßung, daß zum ersten Mal auch die Architekten als Organisation bei ihm vorsprächen. Er werte dies als ein gutes Zeichen für den Willen zur ersprießlichen Zusammenarbeit mit der staatlichen Verwaltung.

In der Aussprache wies Kollege Dr. Weber darauf hin, daß die Planung häufig immer noch ohne die gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen auch im Wohnungsbau durchgeführt wird.

Der Hauptarchitekt, Kollege Dr. Wurster, bestätigte diesen Hinweis und erklärte, daß sich infolge der ungenügenden Vorplanung durch die Plankommission Verzögerungen der Fertigstellung von Wohnungsbauten in Leipzig ergeben hätten.

Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes sagte zu, sich mit dieser Frage gründlich zu befassen und stellte seinerseits die Frage, ob es möglich sei, die Wohnungseinheit für 22000 DM auch im Bezirk Leipzig herzustellen. Kollege Lucas als Chefarchitekt von Leipzig bestätigte diese Möglichkeit für das Jahr 1959.

Mit dem Hinweis auf den guten Erfolg der im neuen Rathaus durchgeführten Ausstellung „Mehr Wohnungen" wurde zum Ausdruck gebracht, daß auch bei Beschränkung der Raumgrößen schöne Wohnungen gebaut und eingerichtet werden können. Die Beratungen erstreckten sich auch auf die Rekultivierung der Braunkohlengebiete im Leipziger Gebiet. Der Ratsvorsitzende teilte dazu mit, daß die Wirtschaftskommission der Volkskammer sich bereits mit dieser Frage beschäftigt habe und die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Hilfe prüfe. Vom Hauptarchitekten wurde bekanntgegeben, daß ein Flächenentwicklungsplan für das gesamte Gebiet bereits bearbeitet werde. Er empfahl der Fachgruppe für Gartenarchitektur und Landschaftsgestaltung, sich in diese Arbeit einzuschalten. Am Schluß der etwa zweistündigen Aussprache dankte der Ratsvorsitzende für die von der Bezirksgruppe ergriffene Initiative und schlug vor, die Aussprache am 6. Mai des Jahres fortzusetzen. W. Mickin

### Neubrandenburg

#### Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung der BDA-Bezirksgruppe Neubrandenburg am 19. März 1958 wurde mit der Besichtigung des Wohnkomplexes Neubrandenburg „Süd" eingeleitet. Der Chefarchitekt der Stadt Neubrandenburg, Architekt BDA Ulrich Meier, erläuterte die Planung des neuen Wohnkomplexes „Süd" und übernahm die anschließende Führung durch das Betonwerk und die Großblockbaustelle. Der Wohnkomplex „Süd" wird nach einer Planung des Staatlichen Entwurfsbüros für Stadt- und Dorfplanung Halle erbaut.

Den zweiten Teil der Versammlung bildete das Referat des Architekten BDA Walter Paech über die 2. Baukonferenz.

In der Diskussion wurde die Notwendigkeit der generellen Planung unserer Städte und Dörfer betont. Der Aufbau des Sozialismus erfordert ein schnelleres und billigeres Bauen, daher ist die Schaffung von Bauschwerpunkten und komplexen Baustellen notwendig.

Im weiteren Verlauf des Abends sprach der Bezirksbaudirektor, Architekt BDA Rudolf Hiller, über Probleme des Bauens in Neubrandenburg und über die Bauschwerpunkte Pasewalk und Prenzlau.

Die durch Krieg zerstörten Innenstädte von Pasewalk und Prenzlau sollen nach Planungen von Professor Hermann Henselmann in Großblockbauweise nach modernsten städtebaulichen und technischen Gesichtspunkten neu entstehen.

In der weiteren Diskussion wurden Fragen der Umbildung und Vereinfachung des Staatsapparates speziell im Bauwesen erörtert. Gisder

#### Einrichtung von Wohnräumen

Auf der Mitgliederversammlung der BDA-Bezirksgruppe Neubrandenburg wurde am 18. Februar 1958 im Anschluß an die Beratungen zur 2. Baukonferenz ein Lichtbildervortrag über die Innenraumgestaltung von Wohnräumen durchgeführt.

Außer den Mitgliedern waren Werktätige aus volkseigenen Möbelbetrieben, Vertreter der Nationalen Front, des Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, des Kulturbundes und des Handels erschienen. Kollege Fölsche von der Deutschen Bauakademie erklärte in seinem Vortrag, daß es jetzt darauf ankäme, entsprechend den typisierten Grundrissen auch typisierte Möbel von höchster Funktionstüchtigkeit und ästhetisch besten Formen zu schaffen. Durch die Typisierung ist auch eine höhere Produktionsauflage zu erreichen.

Besonders zu berücksichtigen ist, daß

1. typisierte Einbauschränke, die sich auch variabel und herausnehmbar herstellen ließen, entsprechend den Typengrundrissen geschaffen werden;

2. funktionstüchtige Küchen — als feste oder auch komplettierungsfähige Einbauküche — geschaffen werden, wobei auch die örtliche Industrie für den Bau von komplettierungsfähigen Einzelmöbeln eingeschaltet werden muß;

3. Wohnberatungsstellen eingerichtet werden, die den Werktätigen helfen, die richtige Auswahl der Ausstattungen nicht nur bei Möbeln, sondern auch bei Leuchtkörpern, Fenstervorhängen, Teppichen und der Farbgestaltung zu treffen. W. Mickin

### Plauen

#### Kreiskonferenz der BDA-Kreisgruppe Plauen/Zwickau

Auf der Konferenz der Kreisgruppe Plauen/Zwickau am 7. Februar 1958 erörterten die Delegierten der Kreisgruppe vor den Mitgliedern und Gästen die Ergebnisse des III. Kongresses des Bundes Deutscher Architekten.

Kollege Eisenwinter legte, rückblickend auf den III. Bundeskongreß, dar, daß für den Architekten in der Deutschen Demokratischen Republik das Bauen eine gesellschaftliche Aufgabe be-

deutet, die ihren Inhalt dadurch erhält, daß nicht mehr der einzelne kapitalistische Unternehmer, sondern das Volk der Auftraggeber ist.

Zum Städtebau, der an sich eine komplexe Aufgabe darstellt, kommen unter den Bedingungen des sozialistischen Aufbaus noch folgende wesentliche Faktoren hinzu: die konsequente Typisierung und Industrialisierung, der Aufbau zerstörter Städte, der Aufbau neuer Städte und Industrien nach einem einheitlichen Plan und entsprechend den Forderungen unserer Gesellschaft. Dazu sind eine klare Aufgabenstellung für die gesamte Bauwirtschaft, klare Programme für die zu errichtenden Bauten der zentralen Stellen sowie des Bezirks, der Städte und Kreise erforderlich.

Um die vor uns liegenden Aufgaben erfüllen zu können, ist es notwendig, die jetzige Methode der Planung zu ändern und zu einer komplexen Planung überzugehen, die sich über die Wohnkomplexe zur Gebietsplanung und schließlich zur Planung in der gesamten Republik entwickeln muß. Voraussetzung ist, daß für die gesamte Republik eine Wirtschaftsgebietsplanung erfolgt, die die vorläufige und spätere Entwicklung unserer Republik mit allen Schwerpunkten der Industrie, des Verkehrs und der Wasserwirtschaft enthält. Auf dieser Basis arbeiten dann die Bezirke, die Städte und Kreise ihre Planungen aus.

Weiterhin ist erforderlich, daß diese Planungen mit der Bevölkerung diskutiert werden und daß die Planungen für aufzubauende Stadtteile oder Industriezentren bei einem Projektanten liegen und nicht — wie gegenwärtig — durch Aufteilung an verschiedene Büros zersplittert bearbeitet werden und daß die erforderlichen Perspektiv- und Vorplanungen rechtzeitig vorliegen. Auch für die Maßnahmen der Werterhaltung ist eine komplexe Planung unerläßlich. Hier müssen die vorhandenen Schwerpunkte festgelegt werden, um planmäßig die Erhaltung des Gebäudebestandes vornehmen zu können.

Kollege Grenzer berichtete anschließend, daß auf dem Bundeskongreß in Leipzig Fragen des Städtebaus ausführlich erörtert wurden. Im Vordergrund standen dabei die Typisierung und die Industrialisierung.

Stark diskutiert wurde in der Arbeitsgruppe Städtebau das Beispiel Hoyerswerda. Hier hat man versucht, sich die Erfahrungen von Stalinstadt zunutze zu machen.

Zu den Fragen des Wohnungsbaus, die ebenfalls auf dem Bundeskongreß diskutiert wurden, nahm Kollege Kind Stellung.

An Hand von statistischem Zahlenmaterial wurde festgestellt, daß es zwingende Notwendigkeit ist, komplex und industriell zu bauen. Die Ausführung der Rohbauten ist gesichert, für die Ausbauarbeiten ist die Schaffung von volkseigenen Ausbaubetrieben dringend erforderlich. Im Vordergrund stehen die komplexe Projektierung sowie die Anwendung und richtige Mischung der Typen.

Zur farbigen Gestaltung der Wohnbauten sind — wie es die Beispiele im Plauener Wohnungsbau zeigen — Experimente nötig, vor allem auf dem Gebiet der Werkstoffe, ehe der gültige Weg gefunden ist. Bedauerlich ist, daß die Presse — im Gegensatz zur Bevölkerung — diese Versuche negativ beurteilte. Wir brauchen helfende Kritik und nicht beißenden Spott.

Durch die Typisierung hat sich das Gesicht unserer Bauten ständig vereinfacht. Das drückt sich auch im Preis pro Wohnungseinheit aus — früher 40000 DM, jetzt 22000 DM —, so daß es nicht ganz verständlich ist, wenn in der Presse vom 31. Januar 1958 von „Überladung" gesprochen wird, zumal jeder Vereinfachungsabsicht Grenzen gesetzt sind. Sehr zu begrüßen ist daher der Verbesserungsvorschlag für eine neue Binderfuß-Lösung der Normengruppe des Entwurfsbüros für Hochbau Plauen. Dieser Vorschlag bietet die Möglichkeit, den Preis für 1 m² Geschoßdecke um 4 DM zu senken. Das sind echte Einsparungsmöglichkeiten, die genützt werden müssen.

In den vergangenen Jahren war es möglich, im Gebiet der Pauluskirche und in der Südvorstadt manche Baulücke zu schließen. Jetzt ist es an der Zeit, an die Planung für die Obere Bahnhofsvorstadt und das Gebiet um den Nonnenturm zu denken. Dort wird die Möglichkeit weitgehender Anwendung des industrialisierten Bauens gegeben sein, das in Plauen durch die vorwiegende Lückenbebauung bisher kaum möglich war. Diese neuen Stadtteile müssen unser sozialistisches Leben widerspiegeln.

Die Angehörigen des Bundes Deutscher Architekten haben viele Aufgaben zu erfüllen. Es gilt, die Werktätigen für unsere gute Sache zu gewinnen, die ihren Teil dazu beitragen, daß das Gesicht unserer Städte heiter, sauber und fröhlich in unsere Zeit hineinblickt.

Kollege Groh bezog sich in seinen Ausführungen auf den Artikel „800 Wohnungen zusätzlich" in der „Freien Presse" vom 31. Januar 1958 und erläuterte das Wesen des Verbesserungsvorschlages, der von ihm und Bauingenieur Schäfer vom Entwurfsbüro für Hochbau Plauen über die Fußpunkt- und Hauptsimsausbildung gemacht wurde. Dieser Vorschlag ist auf den einfachsten Regeln der Baukunst aufgebaut und ersetzt die bisher angewendeten komplizierten und aufwendigen massiven Simsteile. Folgende Vorteile wurden angeführt:

1. Sparsamster Materialverbrauch
2. Erhebliche Kostensenkung (pro lfd. m Sims 17 DM)
3. Vollständiger Wegfall der Aufschieblinge
4. Gestaltungsmöglichkeit je nach den örtlichen Gegebenheiten
5. Schnellster Bauablauf und größte Arbeitsproduktivität
6. Vor Anbringung des Außenputzes keine äußere Rüstung erforderlich
7. Größtmögliche Arbeitssicherheit
8. Der ohnehin geringe Mehrverbrauch an Holz wird unerheblich, da Vorhalteholz auf ein Minimum beschränkt
9. Serienherstellung durch die Fußpunktänderung in keiner Weise beeinträchtigt
10. Bessere Anbringungsmöglichkeit der Dachrinne

Diese verbesserte Simsausbildung soll im Bezirk Karl-Marx-Stadt bereits für den Wohnungsbau 1958 generell zur Anwendung kommen.

Zu den Fragen des Industriebaus führte Kollege Zeidler aus, daß neben dem Wohnungsbau die Bauten der Industrie und der Landwirtschaft eine bedeutende Stellung einnehmen. Der Architekt muß, um die ihm hier gestellten Aufgaben erfüllen zu können, allen Fragen gegenüber, die das Leben stellt, aufgeschlossen sein. Dem Architekt fällt die Aufgabe zu, zu verhüten, daß die Industrie unsere Landschaft verschandelt und daß das Gefühl von Häßlichkeit beim Anblick einer Fabrik entsteht. Zur richtigen Einfügung eines Industriebaus in die Landschaft sind verschiedene Voraussetzungen zu erfüllen, zum Beispiel Beachtung der Himmelsrichtung und Windrichtung, Lärmbekämpfung, Fragen der Typung, Normung und Industrialisierung. Über allen aber steht der Mensch. Unerläßlich ist weiterhin beim Industriebau eine gute Zusammenarbeit zwischen Architekt und Technologen sowie die richtige Wahl des Standortes. Dringend erforderlich ist die Schaffung getypter Unterlagen für neue Industrieanlagen, neue Anlagenteile sowie ganze Bauten und Segmente.

In der anschließenden Diskussion erläuterte Kollege Reichmann, Plankommission Zwickau, daß die großen Aufgaben nur dann gelöst werden können, wenn alle, die um den sozialistischen Aufbau bemüht sind, sich gegenseitig unterstützen. Wir können einfach nicht umhin, eine neue sozialistische Lösung der Bauweise zu finden. Es ist dringend erforderlich, die Diskussion der ökonomischen Seite im Zusammenhang mit der bautechnischen Seite und unter Einbeziehung der Bevölkerung in Gang zu bringen. Die Stadtplanung wird erst dann richtig arbeiten können, wenn die Wirtschaftler auf lange Sicht die wirtschaftliche und damit die politische Entwicklung eines bestimmten Territoriums planen. Eine Stadt begründet ihre Bedeutung auf ihren Industriebetrieben. Aus der Perspektive dieser Industriebetriebe lassen sich konkret die notwendigen Folgeeinrichtungen ableiten, wobei das Zusammenwirken zwischen der ökonomischen Planung, der Stadtplanung und der Projektierung von wesentlicher Bedeutung ist.

Zu den Fragen des Verkehrs im Rahmen unseres Städtebaus äußerte Kollege Sturtzkopf, daß wir aus den Fehlern, aus der Verkehrsnot und aus den Verkehrsunfällen lernen müssen, unsere

Städte so verkehrssicher wie möglich zu bauen. Jede Straße für den Kraftverkehr muß so angelegt sein, daß kein Verkehrsteilnehmer sie niveaugleich überkreuzen muß. Der Verkehr — sowohl für unsere bestehenden wie für unsere neuen Städte — ist genauso vorrangig zu planen wie zum Beispiel unsere Industrie.

Kollege Zeidler wies darauf hin, daß bei unseren künftigen Verkehrsplanungen nicht nur der Kraftwagenverkehr, sondern auch der Flugverkehr Berücksichtigung finden muß. Es genügt nicht, einen Flughafen anzuordnen, sondern auch der kurzstreckige Verkehr, dessen Flugbasis sich im Innern der Städte, in der Nähe der Verkehrsmittel befindet, ist zu beachten.

Oberbürgermeister Schneider, Zwickau, sagte in der Diskussion, daß man sich ungenügend mit den Perspektiven des Bauwesens, und zwar nicht nur der Architektur, sondern auch des bautechnischen Ablaufes, beschäftigt habe. Es ist nicht möglich, daß die Architekten unabhängig von der Bautechnik projektieren können. Wenn man nach dem heutigen Bausystem weiterarbeiten will, ist wohl eine wesentliche Senkung der Baukosten nicht mehr möglich, sofern dies nicht auf Kosten der Qualität gehen soll. Es müßten deshalb neue Baustoffe und neue Methoden gefunden werden, zum Beispiel die Verwendung der Flugasche der Zwickauer Industrie zur Herstellung von Mauersteinen.

Die Verwendung von Abfallstoffen und damit die Schaffung neuer Baustoffe müßte auch die Architekten interessieren. Es wird sich eine Umwälzung des Bauwesens notwendig machen.

Besonders gedacht sei hierbei an die Leichtbetonbauweise oder an die Montagebauweise. Es müßte möglich sein, Teile einschließlich Installationen fix und fertig herzustellen und auf der Baustelle nur noch zu montieren. Auf diese Weise könnte das Bauen viel billiger werden und trotzdem bequeme und schöne Wohnungen entstehen.

## Rechtsspiegel

### Gesetzliche Bestimmungen über den Wohnungsbau im zweiten Fünfjahrplan

Aus jüngster Zeit ist über eine Reihe wichtiger gesetzlicher Bestimmungen von besonderer Bedeutung für das Wohnungsbauwesen zu berichten. Am 9. Januar 1958 ist das Gesetz über den zweiten Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1956 bis 1960 ergangen[1]. Am gleichen Tage hat die Volkskammer auch über die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1958[2] Beschluß gefaßt. Die Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin hat am 22. Januar 1958 die Aufgaben der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung von Groß-Berlin im zweiten Fünfjahrplan und die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1958 beschlossen[3]. Der Magistrat von Groß-Berlin hat dazu den Beschluß vom 24. Januar 1958 über die Maßnahmen zur Verwirklichung der Hauptziele des zweiten Fünfjahrplans und zur Sicherung des Volkswirtschaftsplans 1958 erlassen[4]. Sie alle befassen sich ausdrücklich auch mit der Entwicklung im Bauwesen und insbesondere mit dem Wohnungsbau. Danach sind in der Republik im zweiten Fünfjahrplan 315 000 neue Wohnungen, das heißt ab 1958 noch etwa 230 000 Wohnungen, davon 60 000 noch im Jahre 1958, fertigzustellen. Ferner sind weitere 25 000 Wohnungen, davon 6000 im Jahre 1958, durch Um- oder Ausbau geeigneter Räumlichkeiten oder durch Wiederherstellung teilzerstörten Wohnraumes zu gewinnen. Ab 1960 sollen dann laufend mindestens 100 000 Neubauwohnungen im Jahr gebaut werden. In Berlin werden im Verlauf des zweiten Fünfjahrplans mindestens 41 000 Wohnungen gebaut, wovon auf die Jahre 1958 bis 1960 noch etwa 31 000 entfallen. Das Gesetz über den Fünfjahrplan der Republik bestimmt, daß die Baukosten 1958 pro Wohnungseinheit im Durchschnitt 26 000 DM nicht übersteigen dürfen und bis 1959 auf durchschnittlich 22 000 DM zu senken sind. Sowohl für die Republik als auch für Berlin ist es nunmehr ausdrücklich gesetzlich festgelegt, daß neu zu beginnenden Wohnungsbauten eine durchschnittliche Gesamtwohnfläche von 55 Quadratmetern zugrunde zu legen ist, wobei im staatlichen und genossenschaftlichen Wohnungsbau ausschließlich nach entsprechenden Typen projektiert werden muß. In den Städten ist überwiegend die viergeschossige und in den ländlichen Gegenden die dreigeschossige, mindestens jedoch die zweigeschossige Bauweise vorzusehen. Den Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften ist die Möglichkeit zu geben, sich am Bau von Wohnkomplexen und am Wiederaufbau teilzerstörter Städte zu beteiligen. In Berlin soll das aufgeschlossene und abgeräumte Gelände des Stadtinnern verstärkt wieder mit Wohnungen bebaut, unter anderem die Bebauung der Stalinallee in Richtung Alexanderplatz fortgeführt werden. Volkskammer und Stadtverordnetenversammlung befaßten sich in diesem Zusammenhang auch mit der Entwicklung der industrialisierten Bauweise. In ihr sollen in der Republik 50 Prozent aller Wohnungsbauten des Jahres 1960 errichtet werden.

### Über die neue sozialistische Finanzierung des volkseigenen Wohnungsbaus

Im Hinblick auf diese großen Aufgaben im Wohnungsbau hat die Volkskammer — ebenfalls am 9. Januar 1958 — das Gesetz über die Finanzierung des volkseigenen Wohnungsbaus beschlossen[5]. Sein Zweck ist, die Massenbasis des Wohnungsbaus, die sich im genossenschaftlichen Arbeiterwohnungsbau so gut bewährt hat, auch für denjenigen Teil des Wohnungsbauprogramms zu stärken, der von den örtlichen Staatsorganen durchzuführen ist. Nachdem die bauliche Verantwortung im volkseigenen Wohnungswesen bereits seit Jahren bei den örtlichen Organen liegt, denen auch die dafür in Betracht kommenden Baubetriebe unterstehen[6], geht nunmehr auch die Verantwortung für die Finanzierung auf sie über. Diese Entwicklung liegt im Sinne der Demokratisierungsmaßnahmen des Gesetzes vom 17. Januar 1957 über die örtlichen Organe der Staatsmacht[7], das in § 6, Absatz 2, Buchstabe k, besonders den Wohnungsbau schlechthin zu einer Aufgabe der örtlichen Volksvertretungen erklärt hat.

**VEB Kommunale Wohnungsverwaltungen**

Das Gesetz über die Finanzierung des volkseigenen Wohnungsbaus ermächtigt die örtlichen Organe, volkseigene Wohnungsverwaltungsbetriebe mit der Bezeichnung „VEB Kommunale Wohnungsverwaltung" zu bilden. Diesen Betrieben, die nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung zu arbeiten haben, obliegt unter anderem zunächst die Aufgabe, den vorhandenen volkseigenen Wohngrundbesitz zu verwalten und neu errichtete volkseigene Gebäude in Verwaltung zu nehmen. Ihre besondere Aufgabe ist aber die Finanzierung des im Investitionsplan enthaltenen volkseigenen Wohnungsneubaus auf Grund eines Beschlusses der für sie zuständigen örtlichen Volksvertretung. Dadurch werden sie berechtigt, bis zur Höhe der jährlich im Volkswirtschaftsplan festgelegten Mittel für den Wohnungsbau Obligationen auszugeben.

**Obligationen für den volkseigenen Wohnungsbau**

Die Ausgabe erfolgt unter Kontrolle der örtlichen Volksvertretung. Sie wird durch die zuständige Sparkasse besorgt, die auch die Verwaltung der Obligationen übernimmt. Diese Obligationen haben eine Laufzeit von 20 Jahren und werden mit bis zu 4 Prozent jährlich verzinst. Sie sind auf den Namen des Berechtigten lautende, jederzeit übertragbare Wertpapiere (Schuldverschreibungen). Für die planmäßige Zahlung von Kapital und Zinsen übernimmt die Deutsche Demokratische Republik die Garantie. Die Obligationen gelten kraft Gesetzes als mündelsicher. Ihr Wert unterliegt weder der Vermögens- noch der Gewerbe- oder Erbschaftssteuer. Die Zinsen sind einkommen-, gewerbe- und kapitalertragssteuerfrei. Durch die Obligationsausgabe werden die von Jahr zu Jahr wachsenden Sparbeträge unserer Bevölkerung für den staatlichen Wohnungsbau mobilisiert. Die Obligationen können von jedem Bürger der Deutschen Demokratischen Republik — unabhängig von seinem Wohnsitz — erworben werden, ferner von den deutschen Sparkassen, den Banken für Handwerk und Gewerbe und den Bäuerlichen Handelsgenossenschaften sowie von der Deutschen Versicherungsanstalt mit Mitteln des Deckungsstockes aus abgeschlossenen Lebensversicherungs- und Spar-Renten-Verträgen. Jeder andere Erwerb wird, um spekulativen Absichten von vornherein den Boden zu entziehen, vom Gesetz ausdrücklich für nichtig erklärt. Die durch die Obligationen aufgebrachten Mittel sind zweckgebunden für den volkseigenen Wohnungsbau. Sie werden der Deutschen Investitionsbank für die entsprechenden Invest-Sonderbankkonten zur Verfügung gestellt. Um die Verbundenheit der Bürger mit den Bauvorhaben zu stärken, ist vorgesehen, in den einzelnen Obligationen das Objekt zu bezeichnen, das daraus finanziert wurde.

**Wer trägt die Verzinsung?**

Der sozialistische Charakter der mit dem Gesetz eingeführten neuen Finanzierungsmethode des staatlichen Wohnungsbaus erhellt besonders daraus, daß, wie es ausdrücklich bestimmt, die für die Verzinsung der Obligationen benötigten Mittel nicht vom Mieter getragen, sondern im jährlichen Haushaltsplan der Republik bereitgestellt werden. Würden die Zinsen von den Obligationsausgebern, den VEB Kommunale Wohnungsverwaltung, zu tragen sein, so würden sie zwangsläufig in die Miete eingehen und die Miete für die Wohnungen verteuern. In unserem staatlichen Wohnungsbau entfallen aber zwei für die Mietpreisbildung im kapitalistischen Wohnungsbau ausschlaggebende Faktoren, und zwar die Grunderwerbskosten und der Zinsendienst für das Baukapital.

Der Grund und Boden wird in der Deutschen Demokratischen Republik vom Staat unentgeltlich zur Verfügung gestellt, so daß damit jegliche Art der Grundrente ausscheidet, während die Zinsen nach dem Gesetz über die Finanzierung des volkseigenen Wohnungsbaus den örtlichen Organen durch den Staatshaushalt erstattet werden. Die Höhe der Miete hängt daher jetzt allein von den Bau- und Unterhaltungskosten ab, Faktoren, die durch die örtlichen staatlichen Organe, die Bauarbeiter und die Mieter als die eigentlichen Interessenten unseres Wohnungsbaus beeinflußbar sind. Diese Tatsache wird ebenfalls zu einer nicht zu unterschätzenden Steigerung des Mitverantwortlichkeitsgefühls der Bevölkerung für die Bauvorhaben führen.

**Baukostenzuschüsse**

Neben den Obligationen dienen der Finanzierung des volkseigenen Wohnungsbaus weitere Geldquellen. Es handelt sich dabei — zum Teil auf Grund gesetzlicher Bestimmung, zum Teil auf Beschluß der örtlichen Volksvertretung — um bestimmte Anteile an Lotto- und Totomitteln, um verfügbare Mehreinnahmen oder Einsparungen im Haushalt, um die Erlöse aus dem Verkauf von Eigenheimen, ferner um die im Nationalen Aufbauwerk von der Bevölkerung für den Wohnungsbau aufgebrachten Leistungen und um Baukostenzuschüsse, die von den Bürgern nach Beschluß durch die örtlichen Organe gegeben werden können. Diese Baukostenzuschüsse haben eine ähnliche Bedeutung wie die Genossenschaftsanteile in den Arbeiter-Wohnungsbau-Genossenschaften. Es handelt sich bei ihnen um keine verlorenen Zuschüsse, sondern um in jedem Fall bei Beendigung des Mietsverhältnisses rückzahlbare Guthaben. Der Einsatz aller dieser Mittel führt notwendigerweise zur weiteren Verbilligung der Mieten im volkseigenen Wohnungsbau.

**Keine eigenen Baukapazitäten**

Die VEB Kommunale Wohnungsverwaltung werden sich als Investitionsträger vielfach eigene Reparatur- und Erhaltungskapazitäten schaffen, um die anfallenden laufenden Arbeiten in eigener Regie zu erledigen. Nicht ihre Aufgabe dagegen ist es, eigene Neubaukapazitäten zu unterhalten oder Bauleitungen zu bilden. Sie sind vielmehr bei der Durchführung von ihnen zu vergebender Neubauaufträge gehalten, sich der bestehenden Kreisbauleitungen zu bedienen. Es ist vorgesehen, dies in ihrem Statut noch besonders zum Ausdruck zu bringen.

Dr. Linkhorst

[1] GBl. I S. 41
[2] GBl. I S. 56
[3] VOBl. I S. 49, 58
[4] VOBl. I S. 63
[5] GBl. I S. 69
[6] Vergleiche Teil V, Ziff. 9b des Ministerratsbeschlusses vom 21. April 1955 über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen — GBl. I S. 297
[7] GBl. I S. 65, 120

Berichtigung: In dem Artikel „Die Entwicklung und die neuen Aufgaben des Städtebaus in der Tschechoslowakischen Republik" im Heft 2/1958 sind folgende Autorenangaben zu verändern beziehungsweise zu ergänzen:

Die Turmhochhäuser in Kladno-Rozdélov (Seite 81) wurden von J. Havlicek unter Mitarbeit von K. Bubenicek und K. Filsak entworfen.

Der Autor der Siedlung Petriny (Seite 82) ist F. A. Benda. Die Autoren des Siedlungsprojektes in Brezové Hory (Seite 85/86) sind L. Korecek und V. Hilsky.

## Wer liefert was?

**Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr**

**Asphaltbeläge**

**Leipzig,** Asphaltwerk Rob. Emil Köllner, Bitumenfußbodenbelag AREKTAN gemäß DIN 1996 für Straßen, Industriebau, Tierställe usw. N 24, Abtnaundorfer Straße 56, Tel. 6 55 62

**Aufzugs- und Maschinenbau**

**Mylau i. V.,** VEB Vogtl. Aufzugs- und Maschinenbau, Personenaufzüge mit Lastenbeförderung, Kleinlastenaufzüge

**Aufzüge**

**Wilsdruff/Sa.,** Bräuer & Möhlmann KG., Gerüstloser Kleinlastenaufzug für 100 kg Nutzlast, Tel. 130




**Leipzig,** Willy Arndt Kom.-Ges. Aufzügefabrik, Aufzüge für Personen- und Lastenbeförderung, N 25, Mockauer Straße 11—13, Tel. 50907

**Betoneisen-Biegeapparate**

Siehe Rubrik **Biegeapparate**

**Beton- und Stahlbetonbau**

**Karl-Marx-Stadt,** F. Otto Semmler, Betonsteinwerk Steinmetzbetriebe, Leninstr. 16, Tel. 401 48/49

**Biegeapparate**




**Gera,** MORITZ PERTHEL Spezialfabrik für Eisen- und Rohrbiegeapparate für Industrie und Handwerk, Hainstr. 10, Tel. 44 00

**Bodenbeläge**

**Auerbach/Vogtl.,** Bauer & Lenk, Inh. Willi Lenk, Parkett-Fußböden, Karl-Marx-Straße 45, Tel. 27 05

**Berlin-Friedrichsfelde,** KEDU-Spezial-Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21




**Berlin-Niederschönhausen,** „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

**Dresden,** Baustoff-Haupold, Fußbodenspezialbetrieb, A 1, Kohlenbahnhof, Einfahrt Bauhofstr., Tel. 4 59 12

**Dresden,** Otto Reinsch, Cellubit-Papierstein, Betex-Kunstharzspachtel u. a., Industriegelände, Tel. 5 41 75

**Dresden,** Rowid-Gesellschaft, Dietz & Co., Rowidfußböden, Spachtelbeläge, Porenrowid-Baufertigteile, Ruboplastic-Spannteppiche, Bautzner Straße 17, Tel. 5 33 23

**Hirschfeld, Kreis Zwickau/Sa.,** Parkettfabrik Hirschfeld, Inh. Willi Lenk, Tel. Kirchberg 3 57

**Hohenfichte, Krs. Flöha/Sa.,** „Parkettfabrik Metzdorf", Herbert Schwarz, Tel.: Augustusburg 2 19

**Karl-Marx-Stadt,** Walter Knöfel, Rowid-Fußböden, Linol- u. Parkett-Estriche, Spachtel- u. Kunststoffbeläge, Rudolf-Harlaß-Straße 81, Tel. 32814

**Oberlichtenau,** MICHAEL'S SÄURIT - ZEMENTIT - SPACHTEL — ein neuartiger fugenloser, staubfreier Spachtel-Fußbodenbelag auf PVC-Basis für alle unnachgiebigen Untergründe

Beratung durch die Produktionsstätte der Michael-Lacke: Böhme & Michael, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

**Weimar,** Baustoffproduktion Menge KG, Rowidfußböden, Ruboplastic-Spannteppich, Rießner Straße, Tel. 36 05

**Weimar,** Fritz Grau, Parkettfußböden, Mosaikfußböden und neuzeitlicher Fußbodenbelag, Seifengasse 5, Tel. 37 63

**Bücher — Zeitschriften**

**Berlin,** Buchhandlung Handel und Handwerk Erwin Röhl, N 4, Chausseestraße 5, Tel. 42 72 63

**Bürogeräte**




**Dresden,** Philipp Weber & Co., KG, Arbeitsplatzleuchten, Telefon-Scherenschwenkarme, Chemnitzer Straße 37, Tel. 4 69 47

**Luckenwalde,** Wilhelm Pieper, Kartei-, Registratur- und Organisationseinrichtungen, Ernst-Thälmann-Straße 17, Tel. 23 26

**Einbauten**

**Waldheim/Sa.,** Rockhausen & Co., KG, Fabrik für Ladeneinrichtungen, Niederstadt 7, Tel. 1 73

# Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM, bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

**Estriche und Steinfußböden**




**Berlin-Niederschönhausen,** „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

**Farben und Lacke**

**Oberlichtenau,** Michael-Lacke, Böhme & Michael, Lackfabrik, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

**Fenster**

**Neukirchen/Erzgeb.,** Carl-Friedrich Abstoß, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

**Fensterbeschlag**




**Schmalkalden/Thür. Wald** Joseph Erbe K. G., Striegelfabrik, gegr. 1796, **Dreh-Kipp-Fensterbeschlag** — die ideale Belüftung —

**Fertigteile für Wohnungs-, Kultur- und Sozialbauten**




**Berlin-Friedrichsfelde,** VEB Stuck und Naturstein, Hohenschönhauser Weg, Tel. 55 51 91

**Festhartbeton**

**Leipzig,** Weise & Bothe, Duromit, Festhartbeton, W 43, Bahnhof Knauthain, Ladestraße

**Fotobücher — Fotozeitschriften**

**Halle (Saale),** fotokinoverlag-halle, Mühlweg 19

**Gewerbliche und industrielle Einrichtungen**

**Friedrichroda,** Ewald Friedrichs, Verdunklungsanlagen, Filmwände, Sonnenschutzrollos, Tel. 381 u. 382

**Neukirchen/Erzgeb.,** Carl-Friedrich Abstoß, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

**Harmonika-Türen**

**Karl-Marx-Stadt,** Max Schultz, Tel. 4 03 23

**Hartbeton**

**Berlin-Friedrichsfelde,** KEDU - Spezial - Hartbeton-Material, Schloßstraße 34, Tel. 55 41 21

**Haustechnik**

**Leipzig,** VEB Montagewerk Leipzig C 1, Bitterfelder Straße 19, Ruf 5 07 57



**Wir projektieren und montieren:**
Heizungs-, Lüftungs- und Rohrleitungs-Anlagen, Be- und Entwässerungen, Gas- und sanitäre Anlagen; Spezialität: Einrichten von Krankenhäusern, Kliniken und Kulturhäusern

**Dresden,** VEB Montagewerk Leipzig, Dresden A 45, Pirnaer Landstraße 23, Ruf 2 82 50, Heizungs-, Lüftungs- und sanitäre Anlagen

**Karl-Marx-Stadt,** VEB Montagewerk Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Gartenstraße 3, Ruf 4 06 67, Heizungs-, Lüftungs- und sanitäre Anlagen

**Heizungsbau**

**Erfurt,** Ing. W. Mehner
Bau von **Heizungsanlagen** sämtlicher Systeme, **Melkanlagen** nach sowjetischer und deutscher Bauart, Straße der Einheit 10, Fernruf 2 12 06

**Holz und Holzplatten**

**Leipzig,** Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

**Waldheim/Sa.,** Rockhausen, Ernst, Söhne, A 36, Holzprofilleisten mit jedem beliebigen Metallbelag

Rockhausen Söhne

**Industriefußböden**

**Freital I,** Deutsche Xylolith-Platten-Fabrik, Fußbodenplatten **nur** für Industrie, Tel.: Dresden 88 12 75

**Industrielle Einrichtungen**

**Apolda,** VEB (K) Metallbau und Labormöbelwerk (komplette Laboreinrichtungen, auch transportable Bauweise)

**Dresden,** VEB Laborbau, Laboreinrichtungen, N 23, Großenhainer Straße 99, Tel. 5 08 44

**Zwickau/Sa.,** VEB Zwickauer Möbel- und Ladenbau, moderne Ladenausbauten, Ossietzkystraße 5, Ruf 28 30

**Isolierungen**

**Hermsdorf/Thür.,** W. Hegemann & Söhne, Hematect-Werk, Hematect bituminöse Dichtungs- u. Sperrstoffe f. Bauwerkabdicht. nach DIN u. AIB, Ruf 505 u. 506

**Isolierungen Kälte und Wärme**

**Dresden,** Isolierungen für Kälte und Wärme, Rheinhold & Co., in Verw., N 23, Gehestr. 21, Tel. 5 02 47

**Karl-Marx-Stadt,** Otto Westhoff, Isolierungen für Kälte und Wärme, Lutherstraße 89, Tel. 5 19 30

**Isolierungen Schall und Erschütterungen**

**Berlin,** VEB (K) GUMMI-METALLWERK VELTEN AKUSTIK-ISOLIERUNGEN

N 4, Linienstraße 145

**Installationstechnik**



**Halle/Saale,** VEB Montagewerk
**Ausführung und Projektierung**
Warmwasser-, Heißwasser- und Dampfheizungen, Be- und Entwässerungen, Gas- und Warmwasserleitungen, sanitäre Einrichtungen
C 2, Böllberger Weg 85, Tel. 71 51

**Jalousien**

**Berlin-Weißensee,** VEB Bautischlerei u. Jalousiefabrik übernimmt sämtliche Arbeiten von Roll- u. Stabjalousien, Lehderstraße 86

**Kunsthandwerk**




**Friedrichroda/Thür.,** Georg Reichert, Kunstschmiede, Schmiedearbeiten für die zweckdienende Innen- u. Außenarchit. i. Schmiedeeisen u. Metall. Entwürfe — Entwicklungsarbeiten

**Leipzig,** Max Gottschling, Holzeinlegearbeiten (Intarsien), W 31, Ernst-Mey-Straße 20, Tel. 5 12 15



**Oelsnitz i. Vogtl.** Paul O. Biedermann, Iltis - Kunstschmiede, Türbeschläge, Laternen, Gitter

**Kessel-Einmauerung**

**Gera/Thür.,** Louis Fraas & Co., Laasener Straße 6, Tel. 66 00

**Kunststoffbeläge**

**Berlin-Niederschönhausen,** „Steinholz"-Köhler KG Kunststoffbeläge, Blankenburger Straße 85/89 Tel. 48 55 87 und 48 38 23

**Kachel- und Wandplatten-Verlegung**

**Oberlichtenau,** Michael's Granatina-Dichtung C 10 150 zum Kleben abgefallener und neu zu verlegender Kacheln bzw. Wandplatten

Das Verkleben mit Granatina-Dichtung C 10 150 spart zeitraubendes Abschlagen des Putzes.

Schnelles, sauberes Verarbeiten des Klebers und ebenso rasches Anziehen und Festbacken der Platten

Alle technischen Einzelheiten auf Anfrage beim Herstellerbetrieb

Böhme & Michael, Chem.-techn. Werke, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 DM bei Mindestabschluß für ein halbes Jahr

**Kegelsportanlagen**

**Leipzig,** Alfred Ahlborn, Werkstätten für Kegelsport-Anlagen, W 33, Angerstraße 18, Tel. 4 59 10

**Kinoanlagen**

**Dresden,** VEB Kinotechnik Dresden, Kinoanlagen, A 20, Oskarstraße 6, Tel. 4 20 57 und 4 66 07

**Klaviere**

**Erfurt,** Werner Uschmann, Eichenstraße 1, Tel. 2 48 17

**Landwirtschaftliche Geräte**

**Gera-Langenberg,** William Prym, Hobeleisen, Schraubzwingen, Spaten, Landmasch.-Ersatzteile und Handschlepprechen, Langenberger Straße 21, Ruf 207/208, Gera-Langenberg

**Linoleumestriche**

**Berlin-Niederschönhausen,** „Steinholz"-Köhler KG, Linoleumestriche und schwimmende Estriche, Blankenburger Str. 85-89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

**Lufttechnische Anlagen**

**Leipzig,** Marcus, Helmbrecht & Co., lufttechn. Anlagen für alle Industriebauten, O 27, Glafeystr. 19, Ruf 6 30 60

**Modellbau**

**Leipzig,** Atelier für Formgestaltung, E. F. K. Wagert-Waszinski, künstlerischer Feinmodellbau und plastische Entwicklungsstudien für die Projektierung C 1, Paul-Gruner-Straße 63, Tel. 3 39 32 und 3 02 96

**Naturstein**




**Berlin-Friedrichsfelde,** VEB Stuck und Naturstein, Hohenschönhauser Weg, Tel. 55 51 91

**Natursteinplatten**

**Jena,** Jenaer Muschelkalkstein für Wand- und Fußbodenverkleidung, Fenstersohlbänke usw. Otto Kramer, Steinmetzmeister, Jena, Kötschauweg 8, Tel.: Wohnung 21 84, Werkstatt 31 67

**Ofenrohre**

**Leipzig S 3,** Curt Benkwitz, Elof-Patent-Ofenrohre, Kurt-Eisner-Straße 64, Tel. 3 02 68

**Parkettverlegung**

**Oberlichtenau,** Michael's Granatina-Dichtung C 10 150 zum Verlegen von Dünnparkettstäben — der bewährte Kleber mit schnellem Antrocknungsvermögen und einer gewissen Dauerelastizität

Alle technischen Einzelheiten über den Kleber selbst und über seine Verarbeitung durch den Herstellerbetrieb

Böhme & Michael, Chem.-techn. Werke, Oberlichtenau, Bezirk Karl-Marx-Stadt

**Putz und Stuck**

**Crimmitschau/Sa.,** Winkler & Neubert, Stuck- und Rabitzarbeiten, Karlstraße 13, Tel. 29 96

**Ehrenfriedersdorf/Erzgeb.,** Otto Heidel, Stuck- und Rabitzarbeiten — Lieferung von Trockenstuck — Tel. 2 67

**Karl-Marx-Stadt,** Hans Werner, Stukkateurmeister, Dimitroffstraße 54, Tel. 4 53 62



**Karl-Marx-Stadt,** Max Selle, Stukkateurmeister, Stuck- und Rabitzbau, Karl-Immermann-Straße 43, Tel. 4 29 82

**Rabitz-Gewebe**

**Neustadt/Orla,** VEB Metallweberei, Rabitz-Gewebe-Fugendeckstreifen, Tel. 4 81/4 84

**Reißzeug**

**Bad Liebenwerda,** VEB (K) Reißzeug- und Gerätebau, Präzisions-Reißzeuge

**Sitzmöbel**

**Dresden,** Stuhl-Fischer, N 6, Glacisstraße 5, Tel. 5 15 66

**Sonnenschutzrollos**

**Friedrichroda/Thür.,** Ewald Friederichs, Sonnenschutzrollos, Tel. 3 81 und 3 82

**Neukirchen/Erzgeb.,** Carl-Friedrich Abstoß, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

**Schornsteinbau**

**Gera/Thür.,** Louis Fraas & Co., Laasener Straße 6, Tel. 6600

**Sperrholztüren**

**Leipzig,** Rohstoffgesellschaft für das Holzgewerbe, Nachf. Frank & Co., Sperrholztüren, Holzspanplatten, C 1, Wittenberger Straße 17, Tel. 5 09 51

**Steinfußbodenplatten**

**Erfurt,** Heinze & Kraner, Steinfußbodenplatten, Brühler Straße 45, Tel. 2 17 39

**Steinholzfußböden**




**Berlin-Niederschönhausen,** „Steinholz"-Köhler, Steinholz- und Linoleumlegerei, Holzbetonwerk, Blankenburger Straße 85/89, Tel. 48 55 87 und 48 38 23

**Zwickau/Sa.,** Albin Förster, Inh. Ernst Förster, gegr. 1904, Linolith-Fußböden, Robert-Müller-Straße 40/42, Tel. 59 33

**Stuck**




**Berlin-Friedrichsfelde,** VEB Stuck und Naturstein, Hohenschönhauser Weg, Tel. 55 51 91

**Technischer Korrosionsschutz**



**Leipzig,** VEB Säurebau — Technischer Korrosionsschutz, Säurebau, säure- und laugenfeste Auskleidungen für sämtliche korrosionsgefährdeten Anlagen, Richard-Wagner-Straße 10, Tel. 2 02 26 / 2 08 65

**Teppiche**



**Oelsnitz (Vogtl.),** VEB Halbmond-Teppiche

Wir fertigen: Durchgewebte Doppelplüsch-, Tournay-, Axminster-, Stickteppiche, Brücken, Läufer, Auslegeware

Teppiche bis 12 m Breite und beliebiger Länge ohne Naht

**Verdunklungsanlagen**

**Friedrichroda/Thür.,** Ewald Friederichs, Verdunklungsanlagen, Tel. 381 und 382

**Neukirchen/Erzgeb.,** Carl-Friedrich Abstoß, Spezialfabrik für Rolläden aus Holz und Leichtmetall, Präzisions-Vdl.-Anlagen mit elektr.-mot. Antrieb, Springrollos, Holzdrahtrollos, durchsichtige Sonnenschutzrollos, Karl-Marx-Straße 11, Tel.: Karl-Marx-Stadt 3 71 30

**Verlage**

**Berlin,** Henschelverlag Kunst und Gesellschaft, N 4, Oranienburger Straße 67, Tel. 42 53 71

**Wärmegeräte**




**Berlin-Köpenick,** VEB Wärmegeräte Armaturenwerk Berlin Herstellung von: Öfen, Herden, Gasgeräten und Kohlebadeöfen für den Haushalt, Seelenbinderstr. 129

**Preis 2,50 DM**